



TECHNISCHE
UNIVERSITÄT
WIEN

Diplomarbeit

Intra- und interregionale Prozesse der Zentralisierung und Peripherisierung in den urbanen Räumen der Steiermark

ausgeführt zum Zwecke der Erlangung des akademischen Grades eines Diplom-
Ingenieurs unter der Leitung von

Univ.-Prof. Mag. Dr. Rudolf Giffinger

Fachbereich Stadt- und Regionalforschung, Department für Raumplanung (E280/2)

eingereicht an der Technischen Universität Wien

Fakultät für Architektur und Raumplanung

von

Marc Michael Seebacher, BA MA

00608181

Wien, 22.10.2018

.....
Marc Michael Seebacher

Zusammenfassung

Die Diplomarbeit thematisiert stadtregionale Prozesse der Peripherisierung und Zentralisierung in der Steiermark. Es erfolgt eine inter- und intraregionale Analyse der Raumentwicklung, wobei eine demographische (Abwanderung vs. Zuwanderung), eine ökonomische (Abkoppelung vs. Integration) und eine politische (Abhängigkeit vs. Steuerung) Dimension von Peripherisierung und Zentralisierung im Fokus stehen. Die Arbeit verknüpft konzeptionell dieses mehrdimensionale, relationale und prozessorientierte Verständnis von urbanen „Zentren“ und „Peripherien“ mit der Betrachtung von stadtregionalen Sub- und Reurbanisierungstendenzen, speziell am Fallbeispiel der Stadtregion Graz. Regionalpolitische und -planerische Implikationen sowie Handlungsansätze auf stadtregionaler Ebene werden diskutiert, wobei als Fallbeispiel die Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg behandelt wird.

Als theoretische Grundlegung finden einerseits „klassische“ regionalökonomische Ansätze (Polarisationstheorie und Theorie der Zentralen Orte) Anwendung, andererseits bilden der Strukturwandel hin zur Wissensökonomie und der demographische Wandel als gesellschaftliche „Makrotrends“ die Schwerpunkte der theoretischen Argumentation. Die Methodik umfasst eine sekundärstatistische, quantitativ ausgerichtete Raumstrukturanalyse, die durch einen qualitativen methodischen Zugang in Form von Experteninterviews ergänzt wird.

Als zentrale Ergebnisse der Untersuchung können interregional divergente Entwicklungspfade und damit „peripherisierte“ und „zentralisierte“ Stadtregionen identifiziert werden. In intraregionaler Perspektive sind parallel ablaufende Sub- und Reurbanisierungstendenzen zu beobachten. Regionalpolitische und -planerische Maßnahmen werden in der Steiermark vor allem auf Grundlage des neuen StLREG 2018 gesetzt und durch Mittel aus dem IWB/EFRE-Programm 2014-2020 unterstützt. Auf stadtregionaler Ebene stehen hier Projekte zur Interkommunalen Kooperation und Standortentwicklung im Mittelpunkt.

Abstract

This work describes processes of peripheralization and centralization in Styrian city regions. It aims at analyzing intra- and interregional spatial dynamics from a process-orientated centre-periphery perspective. Specifically, demographic (out- vs. in-migration), economic (disconnection vs. integration) and political dimensions (dependence vs. control) are integrated. Conceptually, these dimensions and processes are linked with current trends of suburbanization and reurbanization in the urban areas of Styria, especially in the city region of Graz. In addition, potential implications of regional development policies and spatial (urban) planning within the city region of Weststeiermark-Voitsberg are discussed.

As a theoretical basis, “classical” approaches of regional economics (theory of polarized development and central place theory) are used. Besides that the macro-trends of “socio-demographic change” and the economic change towards what is called the “knowledge economy” are discussed. Methodologically, a quantitative spatial analysis is applied, combined with a qualitative research approach using verbal data obtained by expert interviews with regional actors.

As main results the data show interregionally divergent trajectories of urban development in Styria. Thus a distinction between “centralized” and “peripheral” city regions can be made. Intraregionally, processes of suburbanization und reurbanization were identified to exist parallel. Regarding regional development and regional planning in Styrian city regions, the new “Steiermärkisches Landes- und Regionalentwicklungsgesetz 2018” provides an important legal framework. In addition, the IWB/EFRE program (2014-2020) provides the financial means for the funding of projects, particularly in relation to intercommunal cooperation and the development of industrial locations.

Danksagung

Die Bearbeitung der vorliegenden Diplomarbeit wäre ohne Unterstützung und Hilfe nicht möglich gewesen. Mein Dank gilt diesbezüglich folgenden Personen:

- Meinen Interviewpartnerinnen und Interviewpartnern in der Region Weststeiermark-Voitsberg für ihre Bereitschaft mit mir ausführlich über aktuelle (stadt-)regionale Themen und die „praktische“ Seite der Stadt- und Regionalentwicklung zu diskutieren.
- Den Kolleginnen und Kollegen im Diplomseminar im SoSe 2018 am Fachbereich Stadt- und Regionalforschung der TU Wien für kritische Diskussionen in Bezug auf Fragestellung und Methodik der Arbeit.
- Herrn Dipl.-Ing. JOSEF HOLZER, Landesstatistik Steiermark, für die unkomplizierte Bereitstellung von (regional-)statistischem Datenmaterial.
- Herrn Dipl.-Ing. Dr. HANS KRAMAR, Fachbereich Stadt- und Regionalforschung, Department für Raumplanung, TU Wien, für die Hilfe und Unterstützung in Bezug auf die Organisation und Aufbereitung von (regional-)statistischem Datenmaterial.
- Frau BARBARA RAUSCHER, BA, Stadt Graz – Referat für Statistik, für die unkomplizierte Bereitstellung von (regional-)statistischem Datenmaterial.
- Herrn Mag. ALEXANDER WISBAUER, Statistik Austria, für die Unterstützung und Beratung in Bezug auf Fragen zu statistischem Datenmaterial und Auswertungsmöglichkeiten.
- Herrn Dr. PETER HOFER, BSc MSc, für die Unterstützung bei der Korrektur erster Versionen des Manuskriptes sowie für wertvolle Hinweise und Kommentare.

Besonders zu danken ist Herrn **Univ.-Prof. Mag. Dr. RUDOLF GIFFINGER** vom Fachbereich Stadt- und Regionalforschung am Department für Raumplanung der TU Wien. Er hat die Betreuung der Diplomarbeit übernommen und mich bei der Themenfindung, bei der Formulierung der Fragestellung, bei methodischen Fragen sowie bei vielen weiteren Arbeitsschritten sehr kompetent und hilfsbereit unterstützt. Vielen Dank!

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	8
Tabellenverzeichnis	10
1 EINLEITUNG	12
1.1 Problemstellung und Erkenntnisinteresse	12
1.2 Forschungsfragen	14
1.3 Aufbau der Arbeit.....	16
2 THEORIE: ZENTRALISIERUNG UND PERIPHERISIERUNG IN STADTREGIONEN.....	18
2.1 Von Zentrum und Peripherie zu Prozessen der <i>Zentralisierung</i> und <i>Peripherisierung</i>	18
2.1.1 Raumentwicklung im Wechselspiel von Zentralisierung und Peripherisierung.....	18
2.1.2 Prozesse der Peripherisierung und Zentralisierung.....	21
2.1.2.1 Demographische Dimension: Abwanderung und Zuwanderung.....	21
2.1.2.2 Ökonomische Dimension: Abkoppelung und Integration	22
2.1.2.3 Politische Dimension: Abhängigkeit und Steuerung.....	23
2.1.2.4 Soziokulturelle-Dimension: Stigmatisierung	24
2.1.3 Zusammenfassung: Zentralisierung und Peripherisierung als sozialräumliche Prozesse.....	25
2.2 Zentralisierung und Peripherisierung in urbanen Räumen.....	26
2.2.1 Städte und Stadtregionen: Zentrum und/oder Peripherie?.....	26
2.2.2 Stadt, Stadt-Umland und Stadtregion.....	31
2.2.3 Phasenmodell der Stadtentwicklung: De-, Sub- und Reurbanisierung	33
2.2.4 Zusammenfassung: Stadtregionale Entwicklungen im Kontext von Zentralisierung und Peripherisierung	41
2.3 „Klassische“ Regionalökonomische Ansätze zur Erklärung von Zentren-Peripherie Strukturen	41
2.3.1 Standortstrukturtheorien: <i>Theorie der Zentralen Orte</i> und <i>Theorie der Marktnetze</i>	42
2.3.2 Polarisierungstheorien.....	45
2.3.3 Zusammenfassung: Zentren und Agglomerationseffekte.....	46
2.4 Gegenwärtige gesellschaftliche Transformationen und ihr Einfluss auf stadtregionale Prozesse der <i>Zentralisierung</i> und <i>Peripherisierung</i>	47
2.4.1 Ökonomie: Innovationsbasierte Wissensökonomie	48
2.4.2 Gesellschaft: Demographischer Wandel.....	52
3 METHODIK	57
3.1 Räumliche Abgrenzung der Untersuchungsregionen	57
3.1.1 Abgrenzung von Stadtregionen in Österreich: Urban-Rural Typologie (2016).....	57
3.1.2 Die Stadtregionen (Urbanen Zentren) der Steiermark im Überblick	60
3.2 Operationalisierung von „Peripherisierung“ und „Zentralisierung“	65
3.2.1 Demographische Dimension: Abwanderung – Zuwanderung.....	65
3.2.2 Ökonomische Dimension: Abkoppelung – Integration	65
3.2.3 Politische Dimension: Abhängigkeit – Steuerung.....	66

3.3	Quantitative Raumstrukturanalyse: Datengrundlagen und Methodologie	67
3.4	Analyse von Fallbeispielen: <i>Graz</i> und <i>Weststeiermark-Voitsberg</i>	68
3.5	Qualitative Experteninterviews: Akteure in der Stadtregion	69
4	INTERREGIONALE PROZESSE DER ZENTRALISIERUNG UND PERIPHERISIERUNG ZWISCHEN DEN STADTREGIONEN DER STEIERMARK.....	71
4.1	Demographische Dimension: Zuwanderung und Abwanderung	71
4.1.1	Bevölkerungsentwicklung	71
4.1.2	Wanderungsgeschehen	74
4.2	Ökonomische Dimension: Integration und Abkoppelung.....	77
4.2.1	Entwicklung von Unternehmen, Arbeitsstätten und Beschäftigten	77
4.2.2	Branchenspezifische Beschäftigungsentwicklung und stadtregionale Spezialisierung.....	79
4.2.3	Qualifikationsstruktur der Erwerbsbevölkerung	85
4.3	Politische Dimension: Abhängigkeit und Steuerung.....	87
4.3.1	Finanzhaushalte der Gemeinden.....	87
4.3.2	Unternehmenssitze (Headquarter).....	90
4.4	Zusammenfassung: „Zentral“ und „Peripher“: Stadtregionen mit Wachstumsdynamik vs. Stadtregionen in der Abwärtsspirale	91
5	INTRAREGIONALE PROZESSE DER ZENTRALISIERUNG UND PERIPHERISIERUNG IN DEN STADTREGIONEN DER STEIERMARK.....	95
5.1	Demographische Dimension: Zuwanderung und Abwanderung	95
5.1.1	Bevölkerungsentwicklung	95
5.1.2	Wanderungsgeschehen	100
5.2	Ökonomische Dimension: Integration und Abkoppelung.....	103
5.2.1	Entwicklung von Unternehmen, Arbeitsstätten und Beschäftigten	103
5.2.2	Branchenspezifische Beschäftigungsentwicklung und stadtregionale Spezialisierung.....	104
5.2.3	Qualifikationsstruktur der Erwerbsbevölkerung	108
5.3	Politische Dimension: Abhängigkeit und Steuerung.....	109
5.3.1	Finanzhaushalte der Gemeinden.....	110
5.3.2	Unternehmenssitze (Headquarter).....	111
5.4	Fallbeispiel: Urbanes Großzentrum <i>Graz</i>	112
5.4.1	Kleinräumige Dynamik von Zentralisierung und Peripherisierung im stadtregionalen Kontext: <i>demographische</i> Entwicklung	113
5.4.2	Kleinräumige Dynamik von Zentralisierung und Peripherisierung im stadtregionalen Kontext: <i>ökonomische</i> Entwicklung.....	117
5.5	Zusammenfassung: Intraregionale „Wachstumskerne“ und „Peripherien“ im Kontext von stadtregionalen Sub- und Reurbanisierungsprozessen	123
6	„PROBLEMATISIERUNG“ UND STEUERUNG VON ZENTRALISIERUNG UND PERIPHERISIERUNG IN DEN STADTREGIONEN DER STEIERMARK.....	126

6.1	Regionalpolitische Strategien und raumplanerische Instrumente im Umgang mit stadtreionalen Prozessen der <i>Zentralisierung</i> und <i>Peripherisierung</i> in der Steiermark.....	126
6.1.1	Rechtliche Rahmenbedingungen: Steiermärkisches Landes- und Regionalentwicklungsgesetz 2018 und Steiermärkisches Raumordnungsgesetz 2010	127
6.1.2	Regionalplanung: Regionale Entwicklungsprogramme und Regionale Entwicklungsstrategien	128
6.1.3	Regionalverbände und Regionalmanagements.....	130
6.1.4	EU-Regionalpolitik und Regionalförderung	131
6.1.5	Kleinregionen, Gemeindeverbände und die Gemeindestrukturreform 2015	132
6.2	<i>Zentralisierung</i> und <i>Peripherisierung</i> als „Problem“: politische, administrative und planerische Perspektiven am Beispiel der Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg.....	134
6.2.1	Vom Bergbau-Zentrum zur „Peripherie“ – Regionaler Strukturwandel.....	135
6.2.2	„Peripherie“ im Zentralraum? – Herausforderungen und Chancen	137
6.2.3	„Entperipherisierung“ der Stadtregion – „Stärken und Schwächen“	143
6.3	Anwendung regionalpolitischer Strategien und raumplanerischer Instrumente in der Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg	145
6.3.1	Interkommunale Kooperation und Gemeindefusion.....	145
6.3.2	Standortentwicklung und Standortmanagement.....	151
7	ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN.....	156
	Literatur- und Quellenverzeichnis.....	163

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Vier Dimensionen von Peripherisierung (Quelle: Kühn 2016, 81).	25
Abbildung 2: Stadtregionsmodell nach Boustedt (Quelle: Fassmann 2009, 57).	32
Abbildung 3: Phasenmodell der Stadtentwicklung (Quelle: Friedrichs 2005, 1056).	34
Abbildung 4: Phase der Urbanisierung (Quelle: Maier & Tödtling 2006, 162).	35
Abbildung 5: Phase der Suburbanisierung (Quelle: Maier & Tödtling 2006, 163).	36
Abbildung 6: Phase der Desurbanisierung (Quelle: Maier & Tödtling 2006, 165).	37
Abbildung 7: Typen von Reurbanisierung/Zentralisierung im stadtreionalen Kontext (Quelle: nach Herfert & Osterhage 2012, 89).	40
Abbildung 8: Stadtregionen (Teilräume) und Raumtypen in der Steiermark (eigene Abbildung).	63
Abbildung 9: Indexdarstellung der Bevölkerungsentwicklung nach Stadtregionen. Daten: Statistik Austria.	71
Abbildung 10: Durchschnittliche jährliche Veränderungsrate der Bevölkerung nach Stadtregionen 1981- 2017. Daten: Statistik Austria.	72
Abbildung 11: Außenwanderungssaldo nach Stadtregionen 2002-2016. Daten: Statistik Austria.	74
Abbildung 12: Binnenwanderungssaldo nach Stadtregionen 2002-2016. Daten: Statistik Austria.	75
Abbildung 13: Zusammensetzung der Steuerkraft-Kopfquote 2016 nach Steuergruppen und nach Stadtregionen. Daten: Landesstatistik Steiermark.	90
Abbildung 14: Indexdarstellung (1981=100) der Bevölkerungsentwicklung nach Raumtypen. Daten: Statistik Austria.	96
Abbildung 15: Indexdarstellung (2001=100) der Bevölkerungsentwicklung nach Raumtypen. Daten: Statistik Austria.	96
Abbildung 16: Durchschnittliche jährliche Veränderungsrate nach Raumtypen 1981-2017. Daten: Statistik Austria.	97
Abbildung 17: Außenwanderungssaldo nach Raumtypen 2002-2016. Daten: Statistik Austria.	100
Abbildung 18: Binnenwanderungssaldo nach Raumtypen 2002-2016. Daten: Statistik Austria.	101
Abbildung 19: Zusammensetzung der Steuerkraft-Kopfquote 2016 nach Steuergruppen und nach Raumtypen. Daten: Landesstatistik Steiermark.	111
Abbildung 20: Indexdarstellung (1981=100) der Bevölkerungsentwicklung in der Stadtregion Graz nach Raumtypen. Daten: Statistik Austria.	113
Abbildung 21: Veränderung der Bevölkerungsanteile nach Raumtypen 1981-2017. Daten: Statistik Austria.	115
Abbildung 22: Wanderungsfälle und (absoluter) Wanderungssaldo zwischen der Kernstadt Graz, der Urbanen Zone und der Außenzone der Stadtregion Graz 2002-2016. Daten: Statistik Austria.	116
Abbildung 23: Wanderungssalden der Kernstadt Graz mit ausgewählten Raumeinheiten (Stadtregion, Steiermark, Österreich und Ausland) 2002-216. Daten: Statistik Austria.	117
Abbildung 24: Ausschnitt aus dem REPRO 2016 „Steirischer Zentralraum“	129
Abbildung 25: Strukturmodell des Steirischen Zentralraumes als Teil des Entwicklungsleitbildes 2014.	129

Abbildung 26: Lage der (Stadt-)Region Weststeiermark-Voitsberg im Zentralraum der Steiermark, ÖK 50. Quelle: GIS-Steiermark.	134
Abbildung 27: Kernraumgemeinden in der Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg, Orthofoto. Quelle: GIS-Steiermark.	149
Abbildung 28: Siedlungsgebiete der Gemeinden Voitsberg und Bärnbach, Ortsplan und Orthofoto. Quelle: GIS-Steiermark.	150
Abbildung 29: Lage des ÖDK-Geländes (inkl. der inzwischen abgetragenen Kraftwerksanlage) am südlichen Stadtrand von Voitsberg, Orthofoto. Quelle: GIS-Steiermark.	153

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Gegenüberstellung „Peripherie“ und „Peripherisierung“ (Quelle: Kühn 2015, 369 (erweitert und ergänzt)).	20
Tabelle 2: Phasen der Stadtentwicklung – Veränderung der Bevölkerung in Kern, Ring und Stadtregion (Quelle: Friedrichs 2005, 1064).	35
Tabelle 3: Zuordnung der Gemeinden zu Stadtregionen und Raumtypen (Kernstadt, Urbane Zone, Außenzone) auf Basis der Urban-Rural Typologie 2016.	64
Tabelle 4: Absolute und relative Bevölkerungsveränderung nach Stadtregionen nach 5-jährigen Beobachtungszeiträumen. Daten: Statistik Austria.	73
Tabelle 5: Veränderung der Bevölkerungsanteile nach Stadtregionen 1981-2017. Daten: Statistik Austria.	74
Tabelle 6: Außen- und Binnenwanderungssalden nach Stadtregionen und Altersgruppen. Daten: Statistik Austria.	76
Tabelle 7: Beschäftigte, Unternehmen und Arbeitsstätten (Anzahl, Anteile und Veränderung 2011-2015) nach Stadtregionen. Daten: Landesstatistik Steiermark.	78
Tabelle 8: Beschäftigungsanteile nach ÖNACE-Abschnitten 2015, Lokalisationsquotienten 2015 und räumliche Verteilung der Beschäftigten 2015 nach Branchen und Stadtregionen. Daten: Statistik Austria.	81
Tabelle 9: Veränderung (absolut und relativ) der Beschäftigungsanteile 2011-2015 nach ÖNACE-Abschnitten und nach Stadtregionen. Daten: Statistik Austria.	82
Tabelle 10: Spezialisierungskoeffizienten 2015 und Ergebnisse der Shift & Share Analyse 2011-2015 nach Stadtregionen. Daten: Statistik Austria.	84
Tabelle 11: Höchste abgeschlossene Ausbildung (Anteile in % der über 14-Jährigen) 1991, 2001 und 2015 nach Stadtregionen. Daten: Landesstatistik Steiermark.	85
Tabelle 12: Steuerkraft-Kopfquote 2016, Gemeinden mit höchster und niedrigster Steuerkraft-Kopfquote 2016 und Veränderung der Steuerkraft-Kopfquote 2014 bis 2016 nach Stadtregionen. Daten: Landesstatistik Steiermark.	88
Tabelle 13: Absolute und relative Bevölkerungsveränderung nach Raumtypen nach 5-jährigen Beobachtungszeiträumen. Daten: Statistik Austria.	99
Tabelle 14: Veränderung der Bevölkerungsanteile nach Raumtypen 1981-2017. Daten: Statistik Austria.	99
Tabelle 15: Außenwanderungssalden nach Raumtypen und Altersgruppen 2002-2016. Daten: Statistik Austria.	101
Tabelle 16: Binnenwanderungssalden nach Raumtypen und Altersgruppen 2002 -2016. Daten: Statistik Austria.	102
Tabelle 17: Beschäftigte, Unternehmen und Arbeitsstätten (Anzahl, Anteile und Veränderung 2011-2015) nach Raumtypen. Daten: Landesstatistik Steiermark.	104
Tabelle 18: Beschäftigungsanteile nach ÖNACE-Abschnitten 2015, Lokalisationsquotienten 2015 und räumliche Verteilung der Beschäftigten 2015 nach Branchen und Raumtypen. Daten: Statistik Austria.	105
Tabelle 19: Veränderung (absolut und relativ) der Beschäftigungsanteile 2011-2015 nach ÖNACE-Abschnitten und Raumtypen. Daten: Statistik Austria.	106

Tabelle 20: Spezialisierungskoeffizienten 2015 und Ergebnisse der Shift & Share Analyse 2011-2015 nach Raumtypen. Daten: Statistik Austria.	107
Tabelle 21: Höchste abgeschlossene Ausbildung (Anteile in % der über 14-Jährigen) 1991, 2001 und 2015 nach Raumtypen. Daten: Landesstatistik Steiermark.	108
Tabelle 22: Steuerkraft-Kopfquote 2016, Gemeinden mit höchster und niedrigster Steuerkraft-Kopfquote 2016 und Veränderung der Steuerkraft-Kopfquote 2014 bis 2016 nach Raumtypen. Daten: Landesstatistik Steiermark.	110
Tabelle 23: Bevölkerungsstände, absolute und relative Bevölkerungsveränderung in der Stadtregion nach Raumtypen und nach 5-jährigen Beobachtungszeiträumen. Daten: Statistik Austria. .	114
Tabelle 24: Beschäftigte, Unternehmen und Arbeitsstätten (Anzahl, Anteile und Veränderung 2011-2015) in der Stadtregion Graz nach Raumtypen. Daten: Landesstatistik Steiermark.....	118
Tabelle 25: Veränderung (absolut und relativ) der Beschäftigungsanteile 2011-2015 in der Stadtregion Graz nach ÖNACE-Abschnitten und Raumtypen. Daten: Statistik Austria.	120
Tabelle 26: Beschäftigungsanteile nach ÖNACE-Abschnitten 2015, Lokalisationsquotienten 2015 und räumliche Verteilung der Beschäftigten 2015 in der Stadtregion Graz nach Branchen und Raumtypen. Daten: Statistik Austria.	120
Tabelle 27: Spezialisierungskoeffizienten 2015 und Ergebnisse der Shift & Share Analyse 2011-2015 in der Stadtregion Graz nach Raumtypen. Daten: Statistik Austria.....	121
Tabelle 28: Höchste abgeschlossene Ausbildung (Anteile in % der über 14-Jährigen) 1991, 2001 und 2015 in der Stadtregion Graz nach Raumtypen. Daten: Landesstatistik Steiermark	122

1 Einleitung

Das folgende Kapitel umreist zu Beginn die dieser Arbeit zugrundeliegende Problemstellung und das Erkenntnisinteresse (Kap. 1.1). Daran anschließend werden in Kapitel 1.2 die drei zentralen Forschungsfragen vorgestellt. Im Anschluss daran wird der Aufbau der Arbeit erläutert und damit ein Ausblick auf die folgenden Kapiteln und ihre Inhalte gegeben (Kap. 1.3). Dieses Einleitungskapitel bietet damit einen grundlegenden Überblick über Aufbau und Inhalt der Arbeit.

1.1 Problemstellung und Erkenntnisinteresse

Die Stadtregion Graz ist ein dynamischer Wachstumsraum. Die zweitgrößte Stadt Österreichs und vor allem auch ihr Umland gehören zu den am stärksten demographisch wachsenden Regionen des Landes. So verzeichnete Graz im Jahr 2015 mit einem positiven Wanderungssaldo von 5.953 Personen im Vergleich mit allen österreichischen Bezirken eine der stärksten Zuwanderungen (Inninger & Konrad 2017, 201). Zu Beginn des Jahres 2016 lebten ca. 282.500 Menschen in Graz, was mehr als einem Fünftel (22,9%) der Gesamtbevölkerung der Steiermark entspricht. Gemeinsam mit dem Bezirk Graz-Umgebung (ca. 147.000 EW) leben rund 430.000 Menschen im Steirischen Zentralraum. Das beobachtete Bevölkerungswachstum in den letzten Jahren, wie auch die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung der Steiermark in der nahen Zukunft, wurde und wird somit ganz erheblich durch die Dynamik des Zentralraumes bestimmt (Inninger & Konrad 2017, 200).

Diesem starken demographischen, aber auch ökonomischen, Wachstum der Stadtregion Graz als „Zentrum“ stehen die „peripheren“ Gebiete der Steiermark mit ihrer Entwicklungsdynamik gegenüber. Wenn von Peripherie die Rede ist, dann wird dabei in der (raum-)wissenschaftlichen Literatur, wie auch in Planung und Politik, meist von den ländlichen Räumen gesprochen, die weit entfernt von den Zentren liegen, nur dünn besiedelt sind, sowie allgemein als „strukturschwach“ gelten. Es herrscht somit das Bild einer klaren dichotomen Zweiteilung vor: hier die ländliche, abgehängte Peripherie (Schrumpfung), dort das wachsende städtische Zentrum (Wachstum). Auf einer regionalen Maßstabsebene wird somit meist recht grob (z.B. auf Bezirks-Ebene) zwischen ländlichen Räumen in peripherer Lage und den städtischen Zentren mit guter Erreichbarkeit differenziert.

Vor allem für die Steiermark scheint dieses vereinfachte dichotome Bild schon seit längerer Zeit nicht zutreffend zu sein. So waren es primär die größeren obersteirischen Städte, die als Folge des Umbruchs in der Eisen- und Stahlindustrie sowie im Bergbau seit Ende der 1970iger Jahre zu „Peripherien“ wurden und welche mit Abwanderung, Überalterung und Arbeitslosigkeit zu kämpfen hatten. Trotz zentraler Lage und guter Erreichbarkeit entstand eine „städtische Peripherie“, die in einer negativen Entwicklungsspirale gefangen war deren Wirkungen bis in die Gegenwart reichen. Diese „Peripherisierung“ von Städten als Folge eines Strukturwandels und von Deindustrialisierungsprozessen war dabei ein Phänomen, das viele Städte weltweit erfasst hat, von Detroit in den USA bis in das deutsche Ruhrgebiet (vgl. z.B. Haase 2018, 407ff).

Eine weitere (globale) Entwicklung, die die Rolle von vielen Städten als „Zentren“ in den letzten Jahrzehnten verändert und zu einer Entstehung von „peripherisierten Städten“ beigetragen hat, war die Suburbanisierung. Durch die Verlagerung von Bevölkerung und ökonomischer Aktivitäten aus den Kernstädten an den Stadtrand bzw. ins städtische Umland konnte in vielen Städten ein Niedergang der innenstadtnahen „City-Bereiche“ beobachtet werden, besonders drastisch in vielen Innenstädten der USA. Auch in Österreich und in der Steiermark waren Suburbanisierungsprozesse lange Zeit der dominierende Trend in der stadtreionalen Raumentwicklung. Auch wenn hier keine umfassenden (inner-)städtischen Verfallserscheinungen auszumachen waren, so kann doch angenommen werden, dass aufgrund von Suburbanisierungsprozessen eine demographische, ökonomische und politische „Schwächung“ von vielen (Kern-)Städten als „Zentren“ aufgetreten ist. Zusammenfassend kann auf Basis dieser beiden Beispiele (Deindustrialisierung und Suburbanisierung) festgehalten werden, dass Städte mit guter Erreichbarkeit und zentraler Lage nicht natürlicherweise dynamisch wachsende Zentren sein müssen. Genauso können diese auch einen „peripherisierten“ Charakter mit demographischer wie ökonomischer Schrumpfung annehmen.

Gegenwärtig wird die Frage von Städten als Zentren oder Peripherien im Hinblick auf neue gesellschaftliche und ökonomische Herausforderungen umfassend neu diskutiert: einerseits führt der demographische Wandel und eine nachhaltige Veränderung von Lebensstilen und Haushaltsstrukturen zu einer Abschwächung der Suburbanisierungsdynamik. Andererseits trägt der Wandel hin zu einer innovationsbasierten Wissensökonomie zu einer veränderten Standortpräferenz von Unternehmen und Arbeitnehmern und damit vielfach zu einer „Renaissance“ der Städte als Arbeits- und auch Wohnort bei. Zusammengefasst wird von einer Phase der Reurbanisierung gesprochen (vgl. z.B. Siedentop 2018 und Herfert & Brake 2012), von einer demographischen, ökonomischen sowie politischen „Aufwertung“ der Stadt und auch von einer neuen „Zentralisierung“ der Raumentwicklung in Richtung der urbanen Räume. Auszugehen ist dabei jedoch davon, dass nicht alle Städte gleichermaßen von diesen Entwicklungen profitieren und eine Dynamik der Zentralisierung erfahren. So ist für die Steiermark z.B. anzunehmen, dass die Landeshauptstadt Graz von einem Wachstum der Wissensökonomie stärker profitiert als die Städte der Obersteiermark. Generell kann somit gegenwärtig wie auch zukünftig ein enges räumliches (und auch zeitliches) Nebeneinander von „peripherisierten“ Städten einerseits und von „zentralisierten“ Städten andererseits angenommen werden.

Die vorliegende Arbeit will am Beispiel der Steiermark der Frage nach Prozessen der Peripherisierung und Zentralisierung von Städten bzw. Stadtregionen nachgehen. Untersucht werden soll die Frage, welche räumlichen Entwicklungen in den steirischen Stadtregionen im Kontext von demographischem Wandel und ökonomischen Transformationsprozessen auszumachen sind und wie diese die Struktur von städtischen „Zentren“ und städtischen „Peripherien“ verändern. Unter dem Eindruck der oben angesprochenen Entwicklungstrends werden Prozesse der Peripherisierung und Zentralisierung zwischen und innerhalb der steirischen Stadtregionen empirisch untersucht, wobei eine Verbindung zur Dynamik von Sub- und Reurbanisierung hergestellt wird. „Zentrum“ und „Peripherie“ werden hierbei als Ergebnis von mehrdimensionalen, sozial-räumlichen Prozessen und nicht als lagebasierte Raumkategorien aufgefasst (vgl. z.B. Kühn 2016).

Prozesse der Peripherisierung wie auch der Zentralisierung sind damit grundsätzlich in „Zentralräumen“ mit guter Erreichbarkeit ebenso möglich wie in der geographischen „Peripherie“. Werden „Zentrum“ und „Peripherie“ als Resultat eines Entwicklungsprozesses konzeptualisiert, so rückt auch die Frage nach der Möglichkeit der Veränderung und planerischen Beeinflussung von Zentrum-Peripherie Strukturen in den Vordergrund. Auch dies wird in der Arbeit am Beispiel der für die Stadtregionen relevanten regionalpolitischen und raumplanerischen Strategien und Instrumente in der Steiermark allgemein und an einem Fallbeispiel thematisiert.

Das Erkenntnisziel der Arbeit liegt darin, mit Hilfe von quantitativen Indikatoren und Daten aus den Bereichen Demographie, Ökonomie und Politik, ein empirisch fundiertes Bild über aktuelle intra- und interregionale Peripherisierungs- und Zentralisierungsprozesse in und zwischen den urbanen Räumen (Stadtregionen) der Steiermark zu erhalten, sowie weiters regionalpolitische und raumplanerische Handlungsmöglichkeiten bzw. Steuerungsansätze im Umgang mit Phänomenen der Peripherisierung und Zentralisierung darzustellen. Die vorliegende Arbeit leistet damit einen Beitrag zum besseren Verständnis von gegenwärtigen Raumentwicklungsprozessen in Stadtregionen, speziell in Bezug auf die Debatte um „Reurbanisierung“. Diese wird hier als räumliche wie auch funktionale Zentralisierung verstanden, die sich demographisch, ökonomisch und politisch niederschlägt. Hierzu liegen für die Stadtregionen in Österreich bislang keine näheren Untersuchungen vor.

1.2 Forschungsfragen

Abgeleitet aus der dargelegten Problemstellung lassen sich die folgenden zentralen Forschungsfragen der Arbeit, gruppiert in drei zusammenhängende Fragenkomplexe, formulieren. Diese drei Fragenkomplexe strukturieren in weiterer Folge auch den empirischen Teil der Arbeit.

1. Können *zwischen* den Stadtregionen der Steiermark, in einer *interregionalen Perspektive*, Prozesse der Zentralisierung (Zuwanderung, ökonomische Integration, politische Steuerung) und/oder Peripherisierung (Abwanderung, ökonomische Abkoppelung, politische Abhängigkeit) ausgemacht werden? Welche Stadtregionen sind in *interregionaler Perspektive* und mit Blick auf die langfristige Entwicklung durch Zentralisierung geprägt und welche durch Peripherisierung (Desurbanisierung)? Welche raumstrukturellen Charakteristika weisen die einzelnen Stadtregionen auf?

Auf Basis einer Differenzierung von geographischer „Peripherie“ und „Zentrum“ kann diese Frage weiter differenziert werden:

- a. Lassen sich in der „geographischen Peripherie“ der Steiermark Stadtregionen mit Zentralisierungstendenzen („Wachstumsmotoren“) und/oder Peripherisierungstendenzen („Abwärtsspirale“) ausmachen?
- b. Lassen sich im geographischen Zentralraum der Steiermark Stadtregionen mit Zentralisierungstendenzen („Metropolisierung“) und/oder Peripherisierungstendenzen („Innere Peripherie“) ausmachen?

Im Hinblick auf die Struktur des steirischen Städtesystems wird schließlich noch folgende Teilfrage gestellt:

- c. Kann aufgrund der beobachtbaren interregionalen Zentralisierungs- und/oder Peripherisierungsprozesse von einer *monozentrierten* Struktur des steirischen Städtensystems („Dominanz“ einer Stadtregion) und einer Tendenz zu einer „Metropolisierung“, oder von einer *polyzentrischen* Struktur mit mehreren Stadtregionen als „Zentren“ gesprochen werden?
2. Können *innerhalb* der Stadtregionen der Steiermark allgemein und in einer ausgewählten Stadtregion im Speziellen (Fallbeispiel Stadtregion Graz), in einer *intraregionalen* Perspektive, Prozesse der Zentralisierung (Zuwanderung, ökonomische Integration, politische Steuerung) und/oder Peripherisierung (Abwanderung, ökonomische Abkoppelung, politische Abhängigkeit) ausgemacht werden? Welches räumliche Muster von Zentralisierung und Peripherisierung zwischen den Raumtypen Kernstadt, Urbaner Zone und Außenzone kann in den Stadtregionen der Steiermark beobachtet werden und in wie weit lässt sich dieses mit Suburbanisierungs- und Reurbanisierungsprozessen in Verbindung setzen?

Mit besonderem Fokus auf stadtregionale Prozesse der Suburbanisierung und der Reurbanisierung lässt sich die Frage weiter differenzieren:

- a. Sind die Stadtregionen durch eine intraregionale Zentralisierung in Bezug auf die Kernstadt/Kernzone und damit durch *Reurbanisierungstendenzen* geprägt? Kann hier von einer Peripherisierung der Außenzone gesprochen werden?
 - b. Sind die Stadtregionen durch eine intraregionale De-Zentralisierung und damit durch *Suburbanisierungstendenzen* geprägt? Kann hier von einer Peripherisierung der Kernstadt/Kernzone gesprochen werden?
 - c. Kann für die Stadtregionen der Steiermark allgemein ein Trend zu einer Reurbanisierung und damit zu einer intraregionalen Zentralisierung in Bezug auf die Kernstadt/Kernzone festgestellt werden? Oder sind umgekehrt Suburbanisierungsprozesse einhergehend mit einer Peripherisierung der Kernstädte, vorherrschend?
3. Wie werden in einer ausgewählten Stadtregion (Fallbeispiel Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg) Prozesse der Zentralisierung und Peripherisierung durch Akteure (aus Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Verwaltung) thematisiert? Wird inter- und intraregionale Zentralisierung auf der einen und inter- und intraregionale Peripherisierung auf der anderen Seite als handlungsrelevantes „Problem“ wahrgenommen? Welche regionalpolitischen Strategien und Instrumente der Regionalentwicklung und Raumplanung können zur stadtregionalen Steuerung von Zentralisierung und Peripherisierung in der Steiermark eingesetzt werden? Wie werden diese Strategien und Instrumente in der ausgewählten Stadtregionen angewandt?

1.3 Aufbau der Arbeit

Die vorliegende Arbeit ist wie folgt aufgebaut: nach Erläuterung der Problemstellung und der Forschungsfragen in Kapitel 1 behandelt Kapitel 2 die theoretischen Grundlagen der Arbeit. Im Mittelpunkt steht dabei eine Auseinandersetzung mit Konzeptualisierungen und mit den Dimensionen von Zentralisierung und Peripherisierung. Zentralisierung und Peripherisierung werden dabei als sozialräumliche, relationale Prozesse aufgefasst und in einem nächsten Schritt auf urbane Räume bzw. Stadtregionen bezogen. Nach einer Klärung des Begriffes „Stadtregion“ erfolgt eine Auseinandersetzung mit dem Phasenmodell der Stadtentwicklung und mit dem Diskurs der Reurbanisierung. Dabei werden Prozesse der Peripherisierung und Zentralisierung auf Ebene der Stadtregion explizit mit Prozessen der Suburbanisierung (Peripherisierung der Kernstadt, Zentralisierung in den suburbanen Gebieten) und der Reurbanisierung (Peripherisierung der suburbanen Gebiete, Zentralisierung der Kernstadt) zueinander in Beziehung gesetzt. Im Anschluss werden ausgewählte „klassische“ regionalökonomische Theorien zur Erklärung von regionalen Zentralisierungs- und Peripherisierungstendenzen vorgestellt. Eine Diskussion gegenwärtiger Makrotrends in Gesellschaft („demographischer Wandel“) und Ökonomie („Strukturwandel zur Wissensökonomie“) sowie die Auswirkungen dieser auf die stadtregionale Raumentwicklung schließen Kapitel 2 ab.

Kapitel 3 setzte sich mit der Methodik der Arbeit auseinander. Dabei wird ausführlich die Frage nach den Abgrenzungsmöglichkeiten von Urbanen Räumen diskutiert, bevor die Definition von Stadtregionen auf Basis der Urban-Rural Typologie der Statistik Austria, die dieser Arbeit zugrunde liegt, erörtert wird und die Stadtregionen der Steiermark als Untersuchungsraum kurz beschrieben werden. Ebenfalls wird in Kapitel 3 auf die Operationalisierung der Dimensionen von Prozessen der Peripherisierung und Zentralisierung und auf die dafür verwendeten (quantitativen) Daten eingegangen. Abschließend wird das methodische Vorgehen im Rahmen der (quantitativen und qualitativen) Analyse von einzelnen Stadtregionen als Fallbeispiele noch näher ausgeführt.

Kapitel 4, 5 und 6 bilden den empirischen Teil der Arbeit. Dabei untersucht Kapitel 4 Prozesse der Peripherisierung und Zentralisierung in *interregionaler* Perspektive, d.h. es stehen die Unterschiede zwischen den einzelnen Stadtregionen der Steiermark im Mittelpunkt. Eingegangen wird dabei auf die demographische Dimension von Zentralisierung (Wachstum) und Peripherisierung (Schrumpfung), auf die ökonomische (Integration vs. Abkoppelung) und auf die politische Dimension (Steuerung vs. Integration).

Kapitel 5 thematisiert anschließend stadtregionale Entwicklungen in *intraregionaler* Perspektive, d.h. die Entwicklungen innerhalb der Stadtregionen, bzw. die Entwicklungsunterschiede zwischen den Kernstädten, den suburbanen Gebieten und der stadtregionalen Außenzone stehen hier im Fokus. Auch hier werden die demographische, die ökonomische und die politische Dimension von Peripherisierung und Zentralisierung analysiert und in Beziehung zu Prozessen der Suburbanisierung und Reurbanisierung gesetzt. Als Fallbeispiel wird in einem Teilkapitel ein detaillierter Blick auf die Prozessdynamik in der Stadtregion Graz geworfen.

Kapitel 6 erweitert schließlich die Perspektive und ergänzt die quantitativ-deskriptiv orientierten Analysen durch eine Auseinandersetzung mit der Thematisierung und „Problematisierung“ von Prozessen der Peripherisierung und Zentralisierung durch einzelne Akteursgruppen im

stadtregionalen Kontext. Erläutert werden auch Ansätze, Strategien und Instrumente der Regionalentwicklung und der Raumplanung für einen steuernden Umgang mit stadtregionalen Entwicklungen in der Steiermark, wobei speziell auf die Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg als Fallbeispiel näher eingegangen wird. Die Arbeit schließt mit einer Zusammenfassung und Schlussfolgerungen in Kapitel 7.

2 Theorie: Zentralisierung und Peripherisierung in Stadtregionen

Das folgende Kapitel spannt den theoretisch-konzeptionellen Rahmen der Arbeit auf. Ziel ist eine Klärung und Definition zentraler Begriffe, eine Erläuterung der verwendeten Konzepte sowie eine Darlegung theoretischer Erklärungsansätze im Hinblick auf die raumwissenschaftliche Analyse von Zentren-Peripherie Strukturen. In einem ersten Kapitel (2.1) wird näher auf die sozialräumlichen Prozesse der Peripherisierung und Zentralisierung eingegangen, wobei hier gegen ein lagedeterminiertes Verständnis von Peripherie und Zentrum argumentiert wird. Daran anschließend überträgt Kapitel 2.2 die ausgeführte prozessorientierte Konzeptualisierung auf urbane Räume (Städte und Stadtregionen) und bindet sie in aktuelle Diskussionen um Sub- und Reurbanisierungstendenzen im stadtreionalen Kontext ein. Kapitel 2.3 stellt schließlich im Überblick „klassische“ Ansätze aus Regionalökonomie und Wirtschaftsgeographie vor, welche wichtige Einblicke in die kausalen Dynamiken von Zentralisierung und Peripherisierung geliefert haben. Abschließend werden in Kapitel 2.4 fundamentale gesellschaftliche Wandlungsprozesse thematisiert, welche im ökonomischen (Strukturwandel zur Wissensökonomie) wie im sozialen Bereich (demographischer Wandel) gegenwärtig feststellbar sind und erheblichen Einfluss auf Prozesse der Peripherisierung und Zentralisierung in urbanen Räumen zeigen.

2.1 Von Zentrum und Peripherie zu Prozessen der *Zentralisierung* und *Peripherisierung*

Das folgende Kapitel setzt sich konzeptuell mit „Zentrum“ und „Peripherie“ auseinander. Im Mittelpunkt steht dabei die Entwicklung eines relationalen, prozessorientierten Verständnisses von Prozessen der Zentralisierung und Peripherisierung (Kap. 2.1.1). Hierbei werden die räumlichen Kategorien „Zentrum“ und „Peripherie“ nicht als lage- bzw. strukturdeterminiert angenommen, sondern vielmehr als Ergebnis einer sozialräumlichen Prozessdynamik aufgefasst. Dargestellt werden weiters, in Anlehnung an Kühn (2016), vier Dimensionen von Zentralisierung und Peripherisierung, welche sich auf die Bevölkerungsentwicklung, auf die Wirtschaftsentwicklung, auf die Frage nach den politischen Steuerungspotentialen, sowie auf die Frage nach Image und Stigmatisierung beziehen (Kap. 2.1.2).

2.1.1 Raumentwicklung im Wechselspiel von Zentralisierung und Peripherisierung

Zu den grundlegendsten Fragestellungen der Raum- und Regionalwissenschaften zählt jene nach ungleichen räumlichen Entwicklungen auf unterschiedlichen Maßstabsebenen, von lokal bis global, den sich daraus ergebenden Raumstrukturen und ihren gesellschaftlichen Implikationen. Empirisch zeigt sich, dass gesellschaftliche Aktivitäten (wie z.B. Siedlungstätigkeit, Wanderungsströme, Arbeitsplätze, Infrastrukturen etc.) sich nicht gleichmäßig räumlich verteilen, sondern sich vielmehr stark konzentrieren, was in weiterer Folge zur Ausbildung von Disparitäten führt. Konzentration auf der einen Seite bedingt Dekonzentration auf der anderen Seite und damit zwangsläufig eine Polarisierung der Raumstruktur zwischen „höher“ entwickelten und „weniger“ entwickelten Räumen und Regionen. Einen Ausgleich dieser Unterschiede, mit dem Ziel der Minderung von räumlicher Polarisierung und der Stimulierung von räumlicher Konvergenz und Kohäsion, haben zahlreiche Konzepte, Strategien, Förderungen und Pläne aus den Bereichen

der Regional- und Strukturpolitik, der Stadt- und Regionalentwicklung, sowie der Raumplanung zum Ziel.

Zur Charakterisierung einer regional ungleichen Entwicklung und zur Bezeichnung von ungleich „entwickelten“ Raumstrukturen werden in der fachwissenschaftlichen Debatte, wie auch in Planung und Politik, zwei Begriffe bevorzugt verwendet: *Zentrum und Peripherie*. Als „Zentrum“ wird dabei meist ein „Aktivraum“ bezeichnet, der für Wachstum und Prosperität steht, während der „Passivraum“ der „Peripherie“ mit Schrumpfung, Niedergang und Rückständigkeit in Zusammenhang gebracht wird. Eine Reihe von theoretischen Perspektiven und Forschungsansätzen haben sich mit (räumlichen) Peripherien auf unterschiedlichsten Maßstabsebenen auseinandergesetzt und dabei sowohl ökonomische als auch politische und soziologische Aspekte in den Vordergrund gerückt. Zu nennen wären hier z.B. polarisationstheoretische Ansätze und Zentrum-Peripherie Modelle (vgl. Kap. 2.3.2), die stark mit einer dependenztheoretischen Logik in Verbindung stehen, neo-marxistische Ansätze wie z.B. in Form der *radical geography*, die die Entstehung von Peripherien als zwangsläufiges Element des kapitalistischen Systems auffassen, sowie soziologische Ansätze, die die Funktionen von Netzwerken in den Mittelpunkt stellen (vgl. Kühn & Weck 2013, 25ff). Sie alle thematisieren Prozesse der Entstehung von Peripherien auf der einen und von Zentren auf der anderen Seite als Ausdruck ungleicher räumlicher Entwicklungsprozesse (vgl. Kühn & Weck 2013, 25).

Neben dieser ansatzweisen prozessbezogenen Auseinandersetzung mit Peripherien und Zentren in der Forschung wird v.a. in Politik und Planung jedoch meist mit einem Verständnis von Peripherie und Zentrum operiert, das auf der Annahme einer räumlich-geographischen Gegebenheit dieser Raumkategorien basiert und damit die Dimension der räumlichen Lage in den Vordergrund stellt. Peripherien sind damit Randregionen in einem räumlichen Sinne, die sich in großer Entfernung von den Zentralräumen, welche den „geographischen Mittelpunkt“ bilden, befinden und demnach schlecht erreichbar sind. Dies trifft z.B. auf Grenzregionen zu, die eine Randlage aufweisen und damit in Bezug auf die zentral gelegenen Regionen als „peripher“ bezeichnet werden. Zentrum oder Peripherie sind „geographisches Schicksal“. Langfristig lässt sich dieses Schicksal nur über eine Veränderung der Erreichbarkeit, z.B. durch den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, überwinden. Parallel zu diesem „Lagedeterminismus“ werden Peripherien auch zugleich meist mit dem „ländlichen Raum“ gleichgesetzt. Als zentraler Parameter wird hier der strukturelle Indikator der Bevölkerungsdichte herangezogen. Regionen die nur gering besiedelt sind, bilden diesem Verständnis folgend die Peripherie, während dicht besiedelte Regionen die (städtischen) Zentren bilden. Räumliche Lage und siedlungsstrukturelle Charakteristika bilden damit die Grundlage einer Kategorisierung von Regionen; eine Verknüpfung mit beispielsweise ökonomischen Indikatoren bleibt jedoch weitestgehend aus (vgl. Kühn & Weck 2013, 29).

Ein näherer Blick auf die empirische Realität wie auch auf die oben angeführten theoretischen Ansätze macht jedoch deutlich, dass ein rein lage- und siedlungsstrukturelles Verständnis von Peripherie und Zentrum gegenwärtig wenig hilfreich erscheint, um dynamische Raumentwicklungsprozesse adäquat zu erfassen. Anstelle einer statischen Definition von Zentrum und Peripherie gilt es viel mehr sich in dynamischer Perspektive mit den *sozialräumlichen Prozessen* der Peripherisierung und Zentralisierung auseinanderzusetzen und die Konstruktion von „Peri-

perie“ und „Zentrum“ zu analysieren (vgl. Kühn 2016, Kühn 2015, Kühn & Weck 2013). Peripherien und Zentren werden als gesellschaftliches Produkt verstanden. Sie sind das Resultat makrostruktureller gesellschaftlicher Entwicklungen, wie auch der Handlungen einzelner Akteure. Nach Kühn und Weck (2013, 41) ist die Entstehung von Peripherien und Zentren dabei als multidimensionaler Prozess zu konzeptualisieren, d.h. es gibt nicht einen Faktor, der eine Region zur Peripherie „macht“. Vielmehr ist von einem komplexen Wirkungsgefüge von ökonomischen, politischen, infrastrukturellen und sozial-kommunikativen Faktoren auszugehen. Auch sind Peripherisierung und Zentralisierung immer *relational* zusammen zu denken. Die Entstehung von Peripherien kann nicht ohne Zentren und umgekehrt die Entstehung von Zentren nicht ohne die Peripherie erfasst werden (Kühn 2015, 374). In Tabelle 1 ist ein lage- und strukturbasiertes Verständnis von Peripherie dem prozessorientiertem Verständnis von Peripherisierung anhand einzelner Dimensionen gegenübergestellt.

	Peripherie	Peripherisierung
Räumliches Verständnis	Am Rand des Raumes: räumlich-geographische Lage mit sozialen Auswirkungen	Am Rand der Gesellschaft: Soziale Rolle/Beziehungen mit räumlichen Auswirkungen
Zeitliches Verständnis	Statischer Zustand	Dynamischer Prozess
Raumstruktureller Kontext	<ul style="list-style-type: none"> • „ländlicher“ Raum • dünne Besiedlung 	<ul style="list-style-type: none"> • „ländlicher“ <i>und</i> „städtischer“ Raum • dünne <i>und</i> dichte Besiedelung
Indikatoren	<ul style="list-style-type: none"> • Distanz zu Zentren (Erreichbarkeit) • Bevölkerungs- und Siedlungsdichte 	<ul style="list-style-type: none"> • Abwanderung • Abkoppelung • Abhängigkeit • Stigmatisierung
Handlungskontext für Akteure	<ul style="list-style-type: none"> • Strukturelle Defizite • „Lagedeterminismus“ – Peripherie als „Schicksal“ 	<ul style="list-style-type: none"> • „Making“ von Peripherien • Veränderbare Rolle bzw. Funktion im System (Entperipherisierung)
Anwendungsfelder in Planung und Politik	<p><u>Nicht-urbane Räume:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Ländliche Räume • Grenzräume • Randgebiete von Metropolregionen und Stadtgebieten 	<p><u>Urbane und ländliche Räume:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Metropolen, Städte und Regionen • Großstadtquartiere • Ländliche (nicht-metropolitane) Räume

Tabelle 1: Gegenüberstellung „Peripherie“ und „Peripherisierung“ (Quelle: Kühn 2015, 369 (erweitert und ergänzt)).

Die prozessbezogene Konzeptionalisierung macht es möglich, „Zentrum“ und „Peripherie“ losgelöst von einem gänzlich geographisch-räumlich fundiertem Begriffsverständnis zur Beschreibung von Phänomenen der Raumentwicklung einzusetzen. Prozesse der *Zentralisierung* können nämlich sowohl in gut erreichbaren, „zentralen“ und dicht besiedelten, städtischen Regionen auftreten, wie auch in „peripher“ gelegenen, dünn besiedelten, ländlichen Regionen. Kühn (2016, 153) bringt die Kombination aus räumlich-zentraler Lage und Zentralisierungsprozessen mit dem Raumtyp der Metropole bzw. Metropolregionen (vgl. Kap. 2.2.1) in Verbindung und spricht von „Metropolitanen Zentren“, in denen durch die kumulativen Wirkungen von Agglomerationsfaktoren (vgl. Kap. 2.3.3) dynamische Entwicklungen zu beobachten sind („Metropolenfieber“). Zentralisierungsprozesse in räumlich-peripheren Regionen führen hingegen zur

Ausbildung von sog. „Peripheren Zentren“, welche sich durch eine Wachstumsdynamik abseits großstädtischer Strukturen auszeichnen („Mittelstädte“). Als ein Beispiel führt Kühn (2016, 153) hier die Bodensee-Region an. Aber auch Prozesse der *Peripherisierung* können sowohl in zentral-geographischer Lage und im urbanen Kontext, als auch in peripher-geographischer Lage und im ländlichen Kontext auftreten. Peripherisierung in zentraler Lage bedingt die Entstehung von „Inneren Peripherien“ (Kühn 2016, 154), in welchen trotz guter Erreichbarkeit und dichter Siedlungsstrukturen, Schrumpfungsphänomene wie Abwanderung und De-Investitionen vorherrschen. Vor allem ehemalige Industriestädte, wie z.B. die Automobilmetropole Detroit in den USA, große Städte im Ruhrgebiet oder in anderen Altindustrieregionen in Europa, können hier als Beispiel herangezogen werden. Schließlich verweist Kühn (2016, 153) auf „Peripherien in der ‚Abwärtsspirale‘“. „Damit sind peripher gelegene Räume gemeint, die noch dazu durch Peripherisierungsprozesse qualifizierte Arbeitskräfte, Kapital, zentralörtliche Funktionen und damit Entscheidungsmacht verlieren. In diesen Räumen besteht am ehesten die Gefahr von sich selbst verstärkenden, kumulativen Effekten des Niedergangs und Abstiegs“.

2.1.2 Prozesse der Peripherisierung und Zentralisierung

Kühn (2016) schlägt auf Basis einer intensiven Auswertung bestehender Literatur und der darin diskutierten Ansätze vor, Peripherisierung und Zentralisierung anhand von vier Dimension bzw. vier Indikatoren zu konzeptualisieren und in weiterer Folge auch zu operationalisieren: Unterschieden werden kann dabei eine *demographische* Dimension von Peripherisierung und Zentralisierung, welche Abwanderung und Zuwanderung thematisiert. Eine *ökonomische* (und infrastrukturelle) Dimension, die sich auf die Integration einer Region in und auf die Abkoppelung einer Region aus überregionalen Wirtschaftsdynamiken bezieht. Weiters eine *politische* Dimension, die sich mit Fragen nach Abhängigkeit einerseits und selbstbestimmten (regionalen) Steuerungsmöglichkeiten andererseits auseinandersetzt, sowie schließlich eine *soziokulturelle* Dimensionen, die regionale Images und *place-identity* in den Mittelpunkt stellt und Peripherisierung dabei beispielsweise mit Stigmatisierungen verknüpft. Im Folgenden wird auf diese Dimensionen, deren Differenzierung für analytische Zwecke sinnvoll erscheint, die jedoch stets als ein zusammenhängendes Wirkungsgefüge zu verstehen sind (vgl. Kühn 2016, 76), noch näher eingegangen.

2.1.2.1 Demographische Dimension: Abwanderung und Zuwanderung

In Bezug auf eine demographische Dimension kann Peripherisierung mit Abwanderung und Zentralisierung mit einer Zuwanderung von Bevölkerung verknüpft werden (vgl. Kühn 2016, 76f). Peripherisierte Regionen verlieren an Einwohner_innen, während die Zentren ein Bevölkerungswachstum aufweisen. Hierbei ist weniger das Fertilitätsniveau von Bedeutung, welches im (mittel-)europäischen Kontext keine große räumliche Differenzierung zeigt, als vielmehr das Wanderungsverhalten der Bevölkerung. Auf Basis aktiv getroffener Wanderungsentscheidungen verlieren Regionen an Bevölkerung, was sowohl als Folge als auch als Ursache von Peripherisierung verstanden werden kann („demographische Schrumpfung“, vgl. Kap. 2.4.2). Zugrunde liegen den individuellen Wanderungsentscheidungen dabei unterschiedliche Gründe, welche in der einen Richtung als Push-Faktoren, in der anderen Richtung als Pull-Faktoren wirken. Anzunehmen ist, dass v.a. ökonomische Gründe (z.B. das Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen) einen

wesentlichen Treiber für Abwanderung auf der einen und für Zuwanderung auf der anderen Seite darstellen. Wanderungsprozesse laufen dabei höchst selektiv ab (vgl. Kühn 2016, 77): besonders jüngere Menschen am Beginn einer Ausbildung oder einer Berufslaufbahn, sowie Menschen mit höherer Ausbildung und Qualifikation sind mobil und wanderungsbereit. Die Abwanderung dieser Bevölkerungsgruppen führt in peripherisierten Regionen neben einer allgemeinen Abnahme der Bevölkerungszahl auch zu einer verstärkten Überalterung sowie zu einem Verlust von Wissen und Humankapital. In jenen Regionen, welche Zuwanderungsgewinne verzeichnen, wirken die gegenteiligen Prozesse: die Bevölkerung wird „jünger“ und das Arbeitskräftepotential steigt an. Im Zuge des demographischen Wandels (vgl. Kap. 2.4.2) ist auch für Österreich davon auszugehen, dass es zu einer räumlichen Polarisierung zwischen demographisch wachsende Zentren auf der einen, und demographisch schrumpfenden Regionen, geprägt durch eine hohe Abwanderungsdynamik, auf der anderen Seite kommen wird (vgl. Mayerhofer 2014). Hierbei spielt vor allem auch die unterschiedliche Dynamik und Struktur von Außenwanderungen, welche sich stark auf wenige hochrangige Zentrumsregionen als Zielräume konzentrieren, und von Binnenwanderungen, welche auch auf Regionen im Stadtumland oder im ländlichen Raum ausgerichtet sind, eine bedeutende Rolle.

2.1.2.2 Ökonomische Dimension: Abkoppelung und Integration

In Bezug auf die ökonomische Dimension von Prozessen der Peripherisierung und Zentralisierung kann von einer ökonomische Abkoppelung einerseits und von einer ökonomischen Integration andererseits gesprochen werden. „Eine ökonomische Abkoppelung von Städten und Regionen erfolgt durch Innovationsschwäche, wodurch die Unternehmensstrukturen veralten. Diese Innovationsschwäche kann sich u.a. in fehlenden Hochschulen, niedrigen industriellen FuE-Aktivitäten, einem niedrigen Bildungs- und Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte oder einer geringen Innovationstätigkeit der Unternehmen in neue Produkte und Verfahren ausdrücken.“ (Kühn 2016, 77). Peripherisierte Regionen sind aus der Dynamik der ökonomischen Entwicklung in der gegenwärtigen Wissensökonomie (vgl. Kap. 2.4.1) weitestgehend ausgeschlossen, sie erfahren keine nennenswerten Zuwächse an wachstumsstarken Unternehmen und an (qualifizierter) Beschäftigung. Die Einbindung in den (globalen) Markt ist nicht gegeben und der Marktzugang ist für lokale, meist wenig innovationsstarke Unternehmen schwierig, was schließlich zu Arbeitsplatzverlusten führen kann (vgl. Kühn & Weck 2013, 33f). Sie verfügen demnach über keine attraktiven Standortbedingungen und gelten als „Verlierer“ im (globalen) Standortwettbewerb. Die Folge sind geringe Wachstumsraten, strukturelle Arbeitslosigkeit, eine erhöhte Krisenanfälligkeit und ein verzögerter Strukturwandel.

Nach Kühn (2016, 78) kann sich Abkoppelung weiters auf die technische und soziale Infrastruktur beziehen. Im Prozess der Peripherisierung werden dann beispielsweise Verkehrsanlagen (z.B. Eisenbahn-Nebenbahnen) rückgebaut, was sich wiederum negativ auf die regionale Standortattraktivität auswirkt. Oder es werden öffentliche Ämter und Dienststellen (z.B. der Polizei), sowie Einrichtungen der Daseinsvorsorge (z.B. Schulen) geschlossen, was die Lebensqualität vor Ort mindert und so die Abwanderung der Bevölkerung intensivieren kann. Hier spielt das Handeln staatlicher Organe und das der Politik eine wesentliche Rolle, denn sie bestimmen die Standorte öffentlicher (Versorgungs-)Einrichtungen. Eine infrastrukturelle Abkoppelung einer

Region muss dabei jedoch nicht immer mit einem aktiven Rückbau oder einer Schließung von Einrichtungen einhergehen, vielmehr können auch fehlende (Neu-)Investitionen und Standortentscheidung zuungunsten der Region (z.B. bei neuen Infrastrukturprojekten) zu einer Abkoppelung beitragen („passives Zurückfallen“) (Kühn & Weck 2013, 34).

Der ökonomischen und infrastrukturellen Abkoppelung gegenüber stehen Prozesse der Integration in Zentralregionen. Hier gibt es Unternehmen, die in die Weltmärkte der Wissensökonomie eingebunden sind und eine hohe Innovationsdynamik in Verbindung mit einer intensiven F&E-Tätigkeit aufweisen (Kühn & Weck 2013, 34). Die Beschäftigten sind hochqualifiziert und die Arbeitslosigkeit ist gering. Die ökonomische Integration bedingt ein überdurchschnittliches Wachstum, vor allem in hochproduktiven Branchen des Dienstleistungssektors. Mit Blick auf die Infrastruktur bedeutet Integration in Bezug auf Prozesse der Zentralisierung einen verstärkten Ausbau von beispielsweise Flughäfen und Bahnverbindungen, wie auch die Errichtung von Bildungseinrichtungen oder Versorgungsinfrastruktur (ebd., 34).

2.1.2.3 Politische Dimension: Abhängigkeit und Steuerung

Aus einem politischen Blickwinkel kann Peripherisierung als eine Form von Abhängigkeit verstanden werden (vgl. Kühn 2016, 78f). Vor allem im Rahmen der Entwicklung der Dependenztheorie wurde die Frage nach der Abhängigkeit der Peripherien von einem Zentrum thematisiert (vgl. Kühn 2016, 78). Peripherisierte Regionen sind von Akteuren auf anderen, übergeordneten Ebenen, wie z.B. Land und Bund, in Bezug auf die Gestaltung der zukünftigen Entwicklung stark abhängig und aus den relevanten formellen wie auch informellen Entscheidungsnetzwerken weitestgehend ausgeschlossen. Es bestehen nur wenig Möglichkeiten selbstbestimmt zu entscheiden und politisch zu handeln, da die eigenen Gestaltungsspielräume eng begrenzt sind. Ein zentraler Grund hierfür kann eine ausgeprägte Finanzschwäche in peripherisierten Regionen und die damit verbundene Abhängigkeit von staatlichen Transfers (Finanzausgleich) und/oder Förderungen sein. Gemeinden in peripherisierten Regionen können meist nur geringe Einnahmen aus eigenen Steuern lukrieren und haben demgegenüber oft eine hohe Last an Sozialausgaben zu tragen (vgl. Kühn & Weck 2013, 37). Die Folge ist ein hoher Verschuldungsgrad und nur geringe Möglichkeiten für Investitionen.

Abhängigkeit kann sich auch ökonomisch zeigen, z.B. wenn auch die ansässigen Unternehmen oder Betriebe in einer Region über wenig autonome Handlungsmacht verfügen und von den Entscheidungen in den Unternehmens-Headquartern in den Zentren abhängig sind. Dies trifft v.a. auf Fertigungsbetriebe zu, die als „verlängerte Werkbänke“ in der Wertschöpfungskette und in Produktionsnetzwerken nur eine marginalisierte Positionen einnehmen und von externen Großunternehmen und Konzernen, sei es als Abnehmer oder als Eigentümer, gesteuert werden (vgl. Kühn & Weck 2013, 36f). Oder aber auch auf den wachsenden Back-Office Sektor, der in peripherisierte Regionen ausgelagert wird.

In den Zentralräumen hingegen ist eine politische wie auch ökonomische Abhängigkeit nicht gegeben, vielmehr sind hier die Steuerungsfunktionen lokalisiert, welche die „abhängigen“ Peripherien kontrollieren. Zentralisierung bedeute demnach eine regionale Konzentration von „autonomen Entscheidungszentralen in Wirtschaft und Politik“ (Kühn & Weck 201, 37). Dies sind einerseits die Zentralen von nationalen wie internationalen Unternehmen (Headquarter) sowie

andererseits politische und administrative Einrichtungen, wie Regierungsämter und Behörden. Regionen die durch Zentralisierungsprozesse geprägt sind erfahren eine vermehrte Konzentration dieser kontrollierenden und steuernden Einrichtungen.

2.1.2.4 Soziokulturelle-Dimension: Stigmatisierung

Eine weitere Dimension bezieht sich auf kommunikative und diskursive Prozesse, welche weniger klar messbar sind, jedoch ebenso entscheidenden Einfluss auf Peripherisierung und Zentralisierung nehmen können, indem Prozesse der Abwanderung, der Abkoppelung und der Abhängigkeit verstärkt oder geschwächt werden. Gemeint sind hier kommunikative und diskursive Zuschreibungen, die über alltägliche, aber auch über politische und wissenschaftliche Sprachpraktiken ein bestimmtes Bild („Image“), eine bestimmte Wahrnehmung einer Region erzeugen. Bei peripherisierten Region sind diese Bilder dabei meist deutlich negativ konnotiert, was zu einer Stigmatisierung führen kann. Diese negativen, stigmatisierenden Wahrnehmungen können sowohl Folge als auch Ursache der Peripherisierung sein und zeigen sich in „...dramatisierenden Problemzuschreibungen wie ‚Entleerung‘, ‚Verödung‘, ‚Vergreisung‘ und ‚Schrumpfung...‘“ (Kühn & Weck 2013, 39). Peripherisierung geschieht damit auch „in den Köpfen“ (Kühn 2016, 80).

Eine negative Fremdzuschreibung, also ein negatives Image von Seiten der Akteure außerhalb der Region, kann die Attraktivität der Region für Zuwanderer und für unternehmerische Investition im Rahmen von Standortentscheidungen schwächen (vgl. Kühn & Weck 2013, 39). Ergänzend kann ein negatives Selbstbild in den Köpfen der regionalen Bevölkerung auch zu einem Gefühl des „Abgehängt Seins“ führen, was schließlich in Apathie, Resignation und einer „Kultur der Hoffnungslosigkeit“ (Kühn & Weck 2013, 40) münden kann. Endogenes Entwicklungspotential wird so blockiert. Zentralregionen sind im Gegenteil durch ein positives Selbst- und Fremdbild geprägt, das oft auch mit der spezifischen Konstruktion einer „Marke“ oder eines Images im Rahmen von Marketing-Aktivitäten in Zusammenhang steht. Vor allem „Urbanität“ wird gegenwärtig positiv bewertet und stellt damit einen zentralen, „weichen“ Standortfaktor dar, welcher Zuwanderungen und Investitionen anzieht.

Die vier genannten Dimensionen von Peripherisierung und Zentralisierung können, so Kühn & Weck (2013, 40), in einzelnen Regionen jeweils unterschiedlich bedeutsam und die mit ihnen verbundenen Teilprozesse unterschiedlich stark ausgeprägt sein. In der Regel ist jedoch von einem multiplen Zusammenwirken auszugehen. In Abbildung 1 ist dieses Zusammenwirken der vier Dimensionen in Bezug auf die Peripherisierung einer Region zusammenfassend dargestellt.

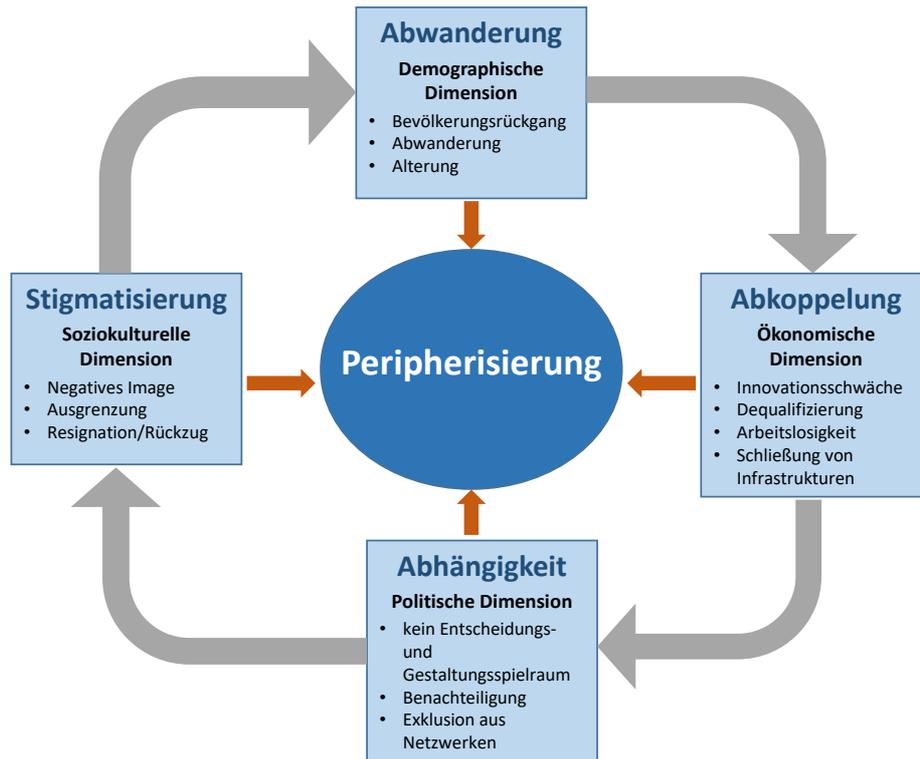


Abbildung 1: Vier Dimensionen von Peripherisierung (Quelle: Kühn 2016, 81).

2.1.3 Zusammenfassung: Zentralisierung und Peripherisierung als sozialräumliche Prozesse

In diesem Kapitel wurden die mehrdimensionalen und relational zusammenhängenden sozialräumlichen Prozesse der Peripherisierung und Zentralisierung näher vorgestellt, wobei die demographische, die ökonomisch-infrastrukturelle, die politische sowie die sozial-kommunikative Dimension der beiden Prozesse anhand der analytischen Begriffspaare Abwanderung-Zuwanderung, Abkoppelung-Integration, Abhängigkeit-Steuerung sowie Stigmatisierung erörtert wurde.

Die vorgestellte konzeptionelle Fassung von Peripherisierung und Zentralisierung, wie sie von Kühn (2016, 2015) vorgeschlagen wird, eignet sich zur „Rahmung“ von Prozessen der Raumentwicklung und zur Loslösung von einem rein lage- und strukturbasierten Verständnis von „Peripherie“ und „Zentrum“, bietet jedoch wenig theoretisches Erklärungspotential. Auch wenn klar herausgestrichen wird, dass die Peripherisierung von Regionen ihre Ursache in Abwanderungsprozessen, einer Innovationsschwäche der Ökonomie, einer infrastrukturellen Abkoppelung sowie einer Abhängigkeit von den Zentren und einem negativem Image hat, so kann damit aber letztlich nicht erklärt werden, warum genau diese Prozesse überhaupt in einer bestimmten regionalen Differenzierung auftreten. Zur Komplettierung ist demnach, wie es auch Kühn vorschlägt (2016, 59-68), auf entsprechende sozial- und raumwissenschaftliche Theorien zurückzugreifen. Für die vorliegende Arbeit sind dabei einerseits besonders „klassische“ regionalökonomische Theorienansätze von Bedeutung, wie sie in Kapitel 2.3 diskutiert werden. Andererseits

werden Prozesse der Peripherisierung und Zentralisierung aber auch erheblich durch die makrostrukturellen Veränderungen in Gesellschaft und Ökonomie im Rahmen des demographischen Wandels und dem Strukturwandel hin zu einer Wissensökonomie beeinflusst. Diese Makrotrends werden daher in Kapitel 2.4 näher betrachtet.

2.2 Zentralisierung und Peripherisierung in urbanen Räumen

Im folgenden Kapitel wird die zuvor vorgestellte relationale, prozessorientierte Konzeptualisierung von Peripherisierung und Zentralisierung auf urbane Räume übertragen. Im Mittelpunkt steht damit die Frage, wie Stadtentwicklungsprozesse mit den Dimensionen von Zentralisierung und Peripherisierung in Beziehung gesetzt werden können. Zu Beginn (Kap. 2.2.1) wird am Beispiel der Phänomene von „Schrumpfung“ und „Metropolisierung“ der Frage nachgegangen, wie und warum Städte sich einerseits als Zentren zu (globalen) Metropolen entwickeln können, andererseits in den letzten Jahrzehnten aber, oft nach langen Wachstumsphasen, vermehrt auch eine Schrumpfungsphase erfahren. Daran anschließend wird auf den Stadtregionsbegriff näher eingegangen (Kap. 2.2.2). Abschließend erfolgt eine detaillierte Auseinandersetzung mit dem Phasenmodell der Stadtentwicklung und dabei speziell mit den Phasen der Suburbanisierung und Reurbanisierung (Kap. 2.2.3).

2.2.1 Städte und Stadtregionen: Zentrum und/oder Peripherie?

Im alltäglichen Sprachgebrauch, aber teilweise auch im raumwissenschaftlichen Diskurs, werden Städte meist mit einem „Zentrum“ gleichgesetzt. Die Stadt wird als ein zentraler Ort angesehen, als ein (räumlicher) Mittelpunkt der gut erreichbar ist, und – v.a. seit der Industrialisierung – auch als ein Zentralraum, welcher sich vom Umland und vom ländlichen Raum klar abhebt. Der Ländliche Raum hingegen nimmt, räumlich wie auch gesellschaftlich-wertend, eine negativ konnotierte „Randposition“ ein, er ist Peripherie und bildet damit das Gegenstück zum städtischen Zentrum (vgl. Lang 2013, 406). Wie in Kapitel 2.1 dargelegt, wird in dieser Arbeit, auch unter dem Eindruck der Auflösung von eindeutigen Stadt-Land Gegensätzen (vgl. Kap. 2.2.2), eine prozessorientierte Perspektive eingenommen, die davon ausgeht, dass „Zentrum“ und „Peripherie“ nicht als gegebene Kategorien verstanden werden sollen, welche sich räumlich klar „fixieren“ und eindeutig verorten lassen. Demnach ist auch die vereinfachende Zusammenführung von „Stadt und Zentrum“ sowie von „Ländlicher Raum und Peripherie“ nicht zielführend; eine dualistische Kategorisierung von „städtisch“ und „ländlich“ erscheint wenig hilfreich. Vielmehr interessieren in dieser Arbeit die komplexen, mehrdimensionalen und multiplen *Prozesse*, welche einzelne Regionen zu „Zentren“ oder „Peripherien“ *machen* (vgl. Lang 2013, 406). Gefragt werden kann in dieser Perspektive beispielsweise danach, „[w]arum [...] bestimmte Räume durch sinkende Wertschätzung an den Rand gedrängt [werden], während andere an Aufmerksamkeit, Bedeutung und Macht gewinnen. Warum konzentrieren sich bestimmte (neue) Raumnutzungen in ausgewählten Gebieten, während andere Regionen weniger intensiv genutzt werden oder eben nicht zum Ziel für Neues werden?“ (Lang 2013, 406). Somit kann sowohl eine auf Basis von bestimmten Strukturmerkmalen oder Lagekriterien als ländlich klassifizierte Region ein wachsendes

und dynamisches Zentrum bilden und umgekehrt können auch städtische Räume mit guter Erreichbarkeit und hoher Bevölkerungsdichte Abwanderung, ökonomischen Niedergang und negative Stigmatisierung erfahren (vgl. Kap. 2.1.2).

Städte und Stadtregionen, welche in dieser Arbeit im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen, können damit „Zentrum“ wie auch „Peripherie“ sein. Entscheidend ist die räumliche Prozessdynamik, wobei diese Dynamik sowohl quantitative, „reale“ Veränderungen (Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung), als auch eher qualitative, „weiche“ Prozesse (Image, Macht- und Diskursstrukturen) umfasst (vgl. Lang 2013, 406). Aus einer *zeitlich-historischen Perspektive* ist die Möglichkeit eines Wandels bedingt durch diese Prozessdynamik gegeben: aus wachsenden städtischen Zentren können im Laufe der Zeit durch grundlegende ökonomische Umstrukturierungen schrumpfende und „peripherisierte“ Städte oder Stadtregionen werden, wie das Beispiel der Stadt Detroit eindrucksvoll zeigt (vgl. Kühn 2016, 85ff). Aber auch der umgekehrte Wandel – von Peripherie zu Zentrum – erscheint möglich, beispielsweise induziert durch eine Änderung politischer Rahmenbedingungen, wie die Lage in einem Grenzraum, oder durch infrastrukturelle Erschließungen. Ebenso kann aus einer *räumlichen Perspektive* davon ausgegangen werden, dass in einer Raumeinheit „zentralisierte“ Städte, die durch demographisches und ökonomisches Wachstum geprägt sind, in enger räumlicher Nachbarschaft zu „peripherisierten“ Städten, welche aktuell eine negative Entwicklung erfahren, liegen. Wachstum und Schrumpfung, Zentralisierung und Peripherisierung können ebenso auf Ebene einzelner Stadtviertel und -quartiere parallel nebeneinander auftreten, was zu einem komplexen räumlichen Muster führt.

Zwei wissenschaftliche Diskurse haben in den letzten Jahren in den Raumwissenschaften die Debatte um die Frage, ob Städte „Zentrum“ oder „Peripherie“ seien, zentral geprägt: Einerseits ist dies die Auseinandersetzung mit dem Thema der „*Schrumpfung*“ und mit „schrumpfenden Städten“ (vgl. Haase 2018) als Zeichen einer „Peripherisierung der Stadt“ und andererseits sind es Diskussionen über den Prozess der „*Metropolisierung*“, worunter die zunehmende Konzentration von politischen und ökonomischen Steuerungsfunktionen sowie infrastrukturellen Einrichtungen in einzelnen wenigen Städten verstanden wird. Dies ist Ausdruck einer „Zentralisierung“ der Dynamik auf ausgewählte Städte, die als „Metropolen“ in nationalen aber auch im globalen Städtesystem eine dominierende Position einnehmen.

Als „*Schrumpfung*“ wird allgemein der quantitative Rückgang der Bevölkerung in einer Raumeinheit definiert, der sich durch einen negativen Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung und/oder durch einen negativen Wanderungssaldo ergeben kann (vgl. Gans 2005, 1004f). In städtischen Räumen sind dabei besonders die Kernstädte von einer Bevölkerungsabnahme betroffen (vgl. Borsdorf & Bender 2010, 212). Der Rückgang der Bevölkerung zieht zahlreiche Konsequenzen nach sich, die vor allem in Bezug auf die Auswirkungen auf regionale Arbeitsmärkte, den Wohnungsmarkt (Wohnungsleerstand) sowie die Erhaltung sozialer und technischer Infrastrukturen (sinkende Steuereinnahmen der Kommunen) gegenwärtig diskutiert werden (vgl. Gans 2005). Schrumpfung ist somit als ein mehrdimensionaler Prozess aufzufassen, „bei dem die wechselseitige Beeinflussung der demographischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und physisch-materiellen Gegebenheiten in einer Stadt zirkulär-kumulative Entwicklungen (,Schrumpfungsketten‘) hervorruft“ (Killisch & Siedenhof 2006, 60 zit. nach Borsdorf & Bender 2010, 212).

Das Phänomen schrumpfender Städte ist, wie Bernt (2014, 118) darlegt, kein gänzlich neues. Immer wieder konnte in der Vergangenheit das Schrumpfen von Städten beobachtet werden. Seit der Phase der intensiven Urbanisierung zur Zeit der Industrialisierung war jedoch über lange Zeit das Bild der wachsenden Stadt klar dominierend. In Mitteleuropa wurden erhebliche Schrumpfungsprozesse in der jüngeren Vergangenheit vor allem in alten Bergbau- und Industrie-regionen (z.B. Ruhrgebiet, Saarland) beobachtet, wo die Städte durch den beginnenden Strukturwandel in den 1970iger Jahren ihre ökonomische Dynamik einbüßten. Das Schrumpfen ganzer Städte steht ebenso in Verbindung mit politischen Transformationen, wie die negative Bevölkerungsentwicklung in den meisten Städten Mittel- und Osteuropas und Ostdeutschlands nach dem Fall des Eisernen Vorhangs in den 1990iger Jahren zeigt (vgl. Bernt 2014, 118; Lang 2012). In der öffentlichen wie auch wissenschaftlichen Diskussion wird der Begriff der „Schrumpfung“ zur Beschreibung von quantitativen Bevölkerungsverlusten von Städten erst seit wenigen Jahren verwendet, hat sich aber seither zu einem wichtigen Diskursfeld von Planung und Politik weiter entwickelt. Gegenwärtig wird davon ausgegangen, dass Schrumpfung keinen extremen Sonderfall städtischer Entwicklung markiert, sondern vielmehr im europäischen Kontext zum „Normalfall“ geworden ist (vgl. Bernt 2014, 119). Das Schrumpfen von Städten, ganzen Stadtregionen oder auch einzelnen Stadtteilen stellt eine „normale“ mögliche Entwicklungsphase dar, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten auftreten kann (vgl. Kap. 2.2.3). Anzumerken ist hier jedoch, dass von „Schrumpfung“ erst gesprochen werden kann, wenn negative Entwicklungen über einen längeren Zeitraum andauern und eine bestimmte Intensität aufweisen. Dadurch können kurzfristige Effekte, wie z.B. Konjunkturschwankungen, aus der Betrachtung ausgeklammert werden (vgl. Giffinger & Kramar 2008, 119).

Die Erklärungsansätze zu, sowie die konzeptionellen Fassungen von Schrumpfungprozessen sind äußerst vielfältig, da auch die Ursachen für Schrumpfungphänomene, je nach räumlichem Kontext und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, sehr heterogen sind (vgl. Bernt 2014, 121, Haase 2018, 414ff). In der Literatur wird, neben einer Reihe von regionalökonomischen Ansätzen, vor allem der demographische Wandel (vgl. Kap. 2.4.2) als wesentlicher Treiber von Schrumpfung diskutiert (vgl. Bernt 2014, 121; Giffinger & Kramar 2008, 12f; Gans 2005, 1006ff). Zur konzeptionellen Einordnung wird weiters auf die in dieser Arbeit noch intensiver diskutierte Stadien- oder Zyklustheorie, bzw. auf das sog. Phasenmodell der Stadtentwicklung verwiesen (vgl. Kap. 2.2.3), welches auf stadtreionaler Ebene einzelne Phasen der (demographischen) Stadtentwicklung identifiziert (vgl. Bernt 2014, 119f). Vor allem die Phase der Sub- und Desurbanisierung geht hierbei mit Schrumpfungstendenzen der Kernstadt einher. Weiters werden großräumigere interregionale Wanderungsverluste für Schrumpfung verantwortlich gemacht (Borsdorf & Bender 2010, 212). Im Kontext der vorliegenden Arbeit werden Schrumpfungphänomene in Städten als ein Teil von Peripherisierungsprozessen aufgefasst, wobei „Peripherisierung“ und „Schrumpfung“ in einem dialektischen Verhältnis stehen (vgl. Lang 2012, 1749f).

Einzelne Städte können demnach, wie oben dargestellt, durch Prozesse der Schrumpfung und Peripherisierung zur „Peripherie“ werden. Umgekehrt können in einem Städtensystem bestimmte Städte oder Stadtregionen aber auch zu regional, national oder gar international be-

deutsamen Zentren aufsteigen. Sie nehmen als „Metropole“ dann eine demographisch, ökonomisch, sozial und politisch dominierende Position in der Städtehierarchie ein. Der Prozess der Bildung solcher Metropolen wird als „*Metropolisierung*“ bezeichnet und kann als eine bestimmte urbane Form von umfassenderen Zentralisierungsprozessen gedeutet werden.

Im Rahmen von Metropolisierungsprozessen kommt es zu einer räumlichen Konzentration von Bevölkerung (v.a. durch Außenwanderung), ökonomischen Aktivitäten (v.a. Unternehmenssitze, Innovationszentren), infrastruktureller Ausstattung (v.a. hochrangige Verkehrsanbindungen) sowie politischer Macht in ausgewählten Städten oder Stadtregionen, die als Metropolen „zentrale Orte der höchsten Hierarchiestufe im Städtesystem“ darstellen (Kühn & Lang 2017, 3). Was ist jedoch konkret unter einer „Metropole“ bzw. „Metropolregion“ oder allgemein unter „Metropolität“ zu verstehen? Grundsätzlich lässt sich hier eine Unterscheidung zwischen einer politisch-normativen und einer analytisch-funktionalen Definition treffen (vgl. Blotevogel 2010, 6): Die erstgenannte Definitionsvariante beschreibt das bewusste aktiv-strategische Bezeichnen und Abgrenzen von Metropolen durch Planung und Politik mit dem Ziel, die internationale Sichtbarkeit im Rahmen des Städte- und Standortwettbewerbs zu erhöhen. Der Begriff „Metropole“ oder „Metropolregion“ wird von Akteuren demnach als eine spezifische Form eines Leitbilds „vermarktet“ (vgl. Blotevogel 2010, 6; Kühn & Lang 2017, 5f) oder als „...ein mehr oder weniger fest institutionalisierter Kooperationsraum lokaler und regionaler Akteure, wobei neben der Kernstadt [...] auch kommunale Körperschaften des näheren oder weiteren Umlandes sowie ggf. auch nichtöffentliche Akteure wie Verbände, Kammern usw. mitwirken können.“ (Blotevogel & Danielzyk 2009, 24). Beispiele hierfür wären die Ausweisung von Metropolregionen in Deutschland durch die Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO). Diesem Begriffsverständnis gegenüber steht eine analytische Definition, welche sich an den *Funktionen*, die in einer als Metropole klassifizierten Stadt konzentriert sind, orientiert. Diese metropolitanen Funktionen lassen sich in vier Bereiche gliedern (vgl. Blotevogel 2010, 5; Blotevogel & Danielzyk 2009, 25ff): (1) *Entscheidungs- und Kontrollfunktionen*: Sie beziehen sich auf Standorte von Unternehmenszentralen sowie auf wichtige staatliche Behörden oder sonstige politische Organisationen (z.B. EU, UNO, NGOs), die ihren Sitz in der jeweiligen Metropole haben. (2) *Innovations- und Wettbewerbsfunktion*: Dieser Funktionsbereich lässt sich v.a. über Standorte, an denen einerseits wirtschaftlich-technische (F&E-Einrichtungen, wissensintensive Dienstleistungen etc.) und andererseits soziokulturelle Innovationen (z.B. neue Kommunikations- und Lebensformen, „Urbanität“) „produziert“ werden, abbilden. (3) *Gateway-Funktion*: Hier stehen vor allem hochrangige Infrastrukturen im Mittelpunkt, welche Zugang zu Menschen (Fernverkehr, Flughafen), zu Wissen (Medien, Kongresse etc.) sowie zu Märkten (z.B. Messen) ermöglichen. (4) *Symbolfunktion*: Die vierte Gruppe von Metropolfunktion bezieht sich auf das „Image“ einer Stadt in Verbindung mit Architektur, Stadtgestalt und kulturellen Veranstaltungen.

Empirisch messen lässt sich die „Metropolität“ einer Stadt, differenziert nach diesen vier Funktionsbereichen, mit Hilfe von (quantitativen) Indikatoren (vgl. hierzu allgemein auch Blotevogel & Schulze 2009), wie sie beispielsweise Blotevogel (2010) definiert und in einer Untersuchung des deutschen Städtesystems im Zeitraum von 2008 bis 2010 verwendet hat. Eine europaweite Untersuchung zu Metropolfunktionen und Metropolräumen wurde 2010 vom BBSR veröffentlicht (vgl. BBSR 2010). Hier erfolgte eine Gliederung der mit einer Metropole verknüpften

Funktionen in fünf Bereiche: Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Verkehr und Kultur (vgl. BBSR 2010, 2f). Ausgehend von 38 Indikatoren wurde ein Metropolfunktionsindex berechnet, der differenziert nach den fünf Teilbereichen dargestellt wird und für die Stadt London am höchsten ausfällt. Ebenfalls wird in dieser Untersuchung eine Typologie von Metropolräumen vorgestellt, basierend darauf, ob eine Metropole durch funktionale Vielfalt oder durch einen hohen Grad an Spezialisierung in einzelne Funktionsbereiche (z.B. Wissenschaft oder Kultur) gekennzeichnet ist (vgl. BBSR 2010, 14).

Was sind die wesentlichen Gründe und Ursachen von Metropolisierungsprozessen? Warum findet man in bestimmten (wenigen) Städten eine hohe Dichte von metropolitanen Funktionen? Blotevogel (2010, 6ff) verweist hier auf fundamentale Wandlungsprozesse im Zuge der Globalisierung: Der Wandel von einer vorherrschenden sozialen, ökonomischen und politischen Logik der Territorien (z.B. in Form von Nationalstaaten) und einer territorialen Fassung von Stadt hin zu einem relationalen Raumverständnis („*space of flows*“) und einer „Netz-Knoten-Logik“ hat Städtesysteme, v.a. auch in Europa, stark verändert. Metropolen und Metropolregionen sind als „Knoten in global vernetzten Personen-, Kapital-, Waren-, Dienstleistungs- und Informationsströmen“ (Blotevogel 2010, 6) zu verstehen und nehmen damit wichtige Steuerungs- und Kontrollfunktionen in global organisierten Prozessen ein. Auch der Strukturwandel hin zu einer Wissensökonomie (vgl. Kap. 2.4.1), wo Wissen, Innovationen und Kreativität zu zentralen Determinanten der Wettbewerbsfähigkeit werden, begünstigt die Konzentration von Funktionen in Metropolen.

Ähnlich geht auch Hesse (2010, 43ff), der den Prozess der Metropolisierung mit der These der Reurbanisierung (vgl. Kap. 2.2.3) konzeptionell verknüpft, davon aus, dass die Metropolisierung bestimmter Städte durch die ökonomische Globalisierung und durch neue Informations- und Kommunikationstechnologien angetrieben wird. Metropolfunktionen sind dabei aber nicht eindeutig an das gesamte Territorium einer Metropole „fixiert“, sondern unterliegen einer komplexen und wettbewerbsgetriebenen Standortdynamik, was zu Ungleichheiten zwischen sowie innerhalb von Metropolregionen führt. Dies schlägt sich in einer polyzentralen Entwicklung von Metropolregionen nieder, wo sich zusehends eine Differenzierung zwischen einzelnen stadtregionalen Standortzentren zeigt. „Dies beinhaltet die parallele Existenz von Kern, Subzentren und Knotenpunkten im weiteren Einzugsbereich der Stadtregion, die sich durchaus komplementär zueinander verhalten können. Der Wechsel von Konzentration (Zentrenbildung), Expansion (Suburbanisierung), Stagnation und Schrumpfung ist insofern konstituierend für Stadtregionen. Zyklizität im zeitlichen Entwicklungstrajekt der Stadtregionen als Ganzes [...] findet offenbar eine Entsprechung in einer räumlich differenzierten Entwicklung der Stadtregion.“ (Hesse 2010, 44).

Prozesse der Metropolisierung wirken damit in räumlicher Perspektive höchst selektiv. Metropolitan Funktionen konzentrieren sich einerseits auf v.a. international stark vernetzte Städte und Stadtregionen, die in ihrer Gesamtheit demnach als Metropolregionen etikettiert werden, und andererseits wiederum auf spezielle Standorte innerhalb dieser Stadtregionen, wie beispielsweise die Kernstädte oder aber auch auf spezialisierte suburbane Zentren. Metropolisierung steht damit in einer engen Verbindung mit Prozessen der Reurbanisierung (vgl. Kap. 2.2.3) und kann vor allem auch mit Prozessen der räumlich-funktionalen Zentralisierung, wie sie

in Kapitel 2.1.2 anhand der Dimensionen demographische Zuwanderung, ökonomische Integration und politische Steuerung diskutiert wurden, verknüpft werden. Die Transformation von Städten hin zu „Metropolen“ mit metropolitanen Funktionen und Attributen ist auch als „Aufstieg“ einer Stadt sowie von bestimmten stadtreionalen Standorten zu demographischen, ökonomischen, politischen und auch „symbolischen“ Zentren aufzufassen. In der vorliegenden Arbeit erfolgt keine nähere Auseinandersetzung mit Metropolisierungsprozessen und den metropolitanen Funktionen in allen Stadtregionen der Steiermark, jedoch wird, ähnlich wie bei Schrumpfung und Peripherisierung, von einem engen Zusammenhang von „Metropolisierung“ (und der Entwicklung von „Entscheidungs- und Kontrollfunktion“, „Innovations- und Wettbewerbsfunktion“, „Gateway-Funktion“ und „Symbolfunktion“) und räumlicher „Zentralisierung“ (demographische Zuwanderung, ökonomische Integration und politische Steuerung) ausgegangen (vgl. hierzu auch Kühn & Weck 2016). Den Prozessen der Peripherisierung (vgl. Kap. 2.1.2) lassen sich als relationale „Gegenprozesse“, in Bezug auf urbane Räume, demnach auch Prozesse der Metropolisierung gegenüberstellen (vgl. Kühn & Lang 2017, Lang 2012).

2.2.2 Stadt, Stadt-Umland und Stadtregion

Eine strikte Trennung von „Stadt“ und „Land“ erscheint gegenwärtig nicht (mehr) möglich zu sein. Städtischer und ländlicher Raum greifen in komplexen Mustern und Strukturen ineinander über, sei es im Bereich der Siedlungsentwicklung, der infrastrukturellen Erschließung und auch in Bezug auf die Aktions- und Handlungsräume der Bevölkerung. Das dichotome Bild von hier „Stadt“ und dort „Land“ wurde von einem fließenden Übergang in Form eines Stadt-Land Kontinuums abgelöst (vgl. Borsdorf & Bender 2010, 246) und anstelle von „Stadt“ wird vielfach von „Stadtregion“ gesprochen (vgl. Fassmann 2009, 56). Für die vorliegende Arbeit bilden diese Stadtregionen die zentrale räumliche Bezugseinheit. Für eine Analyse der Raumentwicklung in diesen Stadtregionen ist dabei sowohl eine problemadäquate Abgrenzung der Stadtregion als Gesamttraum, als auch eine Gliederung des Stadt-Land Kontinuums in einzelne Teilräume eine grundlegende Aufgabe, da nur so räumliche Entwicklungsprozesse erfasst und beschrieben werden können. Hierzu lassen sich unterschiedliche Zugänge der Modellierung ausmachen, die sich in der Auswahl der zugrundeliegenden Indikatoren, Maßzahlen und den räumlichen Bezugseinheiten unterscheiden (vgl. für einen Überblick z.B. Borsdorf & Bender 2010, 29ff).

Grundsätzlich kann zwischen einer *strukturellen* und einer *funktionalen* Herangehensweise differenziert werden: Modelle, die auf einer *strukturellen* Logik basieren, nehmen eine Abgrenzung von möglichst homogenen Räumen auf Basis bestimmter Strukturmerkmale (z.B. Bevölkerungs- und Bebauungsdichte) vor. Bei einer *funktionalen* Abgrenzung stehen hingegen die Beziehungen und Verflechtungen zwischen Kernstadt und Umland, wie z.B. Pendlerströme, im Mittelpunkt (Bender & Borsdorf 2010, 255f). So definiert Fassmann (2009, 56) eine Stadtregion als eine „funktionsräumliche Einheit“, die aus einer Kernstadt und einem Einzugsbereich zusammengesetzt ist. Mit Kernstadt ist hier das „Verwaltungsgebiet der zentralen Stadtgemeinde“ gemeint, welches mit dem Umland funktional verbunden ist. Oft wird zur räumlichen Gliederung von Stadtregionen auf eine Kombination beider Ansätze zurückgegriffen. So ist das grundlegende

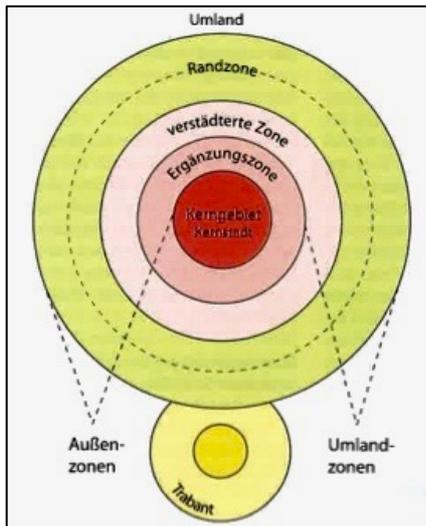


Abbildung 2: Stadtregionsmodell nach Boustedt (Quelle: Fassmann 2009, 57).

Modell der Stadtregion nach O. Boustedt (1970) aus strukturellen wie auch aus funktionalen Indikatoren aufgebaut. Wie in Abbildung 2 dargestellt, bildet die *Kernstadt* das Zentrum des Modells, welche von einer *Ergänzungszone* umschlossen wird. Beide zusammen bilden das strukturell und funktional weitestgehend homogene *Kerngebiet*. Daran anschließend wird auf Basis der Pendlerbeziehungen eine *verstädterte Zone* sowie eine *Randzone* ausgewiesen (zusammengefasst als *Umlandzone* bezeichnet), bevor die Stadtregion sich in das *Umland* auflöst. Dort können sich sog. *Trabantenstädte* ausbilden, welche im Vergleich mit dem Umland intensivere Verflechtungen mit der Kernstadt aufweisen. Die exakte Abgrenzung der einzelnen Raumtypen basiert auf „Verdichtungs-, Struktur- und Verflechtungsmerkmalen“ sowie der Festlegung bestimmter statistischer Schwellenwerte (vgl. Heineberg 2014, 61). Das Modell

geht von einer räumlichen Zentrum-Peripherie Struktur der Stadtregion aus; es beschreibt ein zentriertes System mit der Kernstadt als Zentrum bzw. räumlichen Mittelpunkt (vgl. Fassmann 2009, 56).

Das Modell nach Boustedt mit seinen konzentrischen Raumtypen dient als wichtige Grundlage für zahlreiche Stadtregionsabgrenzungen in unterschiedlichen nationalen Kontexten (vgl. für einen internationalen Überblick über verschiedene Varianten der Stadtregionsabgrenzung Fassmann 2009, 57ff oder Wonka & Laburda 2010, 1108f). So wurde in Deutschland vom BBSR eine Abgrenzung von Großstadtregionen in Anlehnung an das Boustedt-Modell vorgenommen, wo zwischen Zentrum, Ergänzungsgebiet sowie engerem und weiterem Pendlerverflechtungsraum differenziert wird. Auch die österreichische Abgrenzung von Stadtregionen durch die Statistik Austria, wie sie beispielsweise auf Basis der Volkszählungsdaten von 2001 durchgeführt wurde und in Kapitel 3.1.1 erläutert wird, bedient sich in ihren Grundzügen an dem Modell nach Boustedt (vgl. auch ÖROK 2009, 53ff) .

Die vorliegende Arbeit richtet ihren Fokus einerseits auf die Ebene der Stadtregionen, andererseits ist aber auch die innere räumliche Gliederung dieser Stadtregionen, wie sie im Modell nach Boustedt dargestellt wird, von Bedeutung. Damit wird auf der einen Seite die Tatsache berücksichtigt, dass sich im Prozess der Suburbanisierung „städtische“ Funktionen und Aktionsräume über die administrativen (Gemeinde-)Grenzen der Kernstadt hinaus ausgebreitet haben. Die Stadtregion bildet gegenwärtig einen zusammenhängenden, funktionalen Handlungsraum, sei es für Akteure der Wirtschaft (Unternehmen), für die Bewohner_innen oder, zunehmend auch, für die Politik und Planung (vgl. z.B. ÖROK 2017). Auf der anderen Seite gilt es diesen Handlungsraum in seiner inneren Differenziertheit zu betrachten um so Rückschlüsse auf die Dynamik der stadtregionalen Entwicklung ziehen zu können. Dabei muss eine prozessorientierte Perspektive Anwendung finden, wie sie in dieser Arbeit über die Betrachtung von intraregionalen Prozessen der Peripherisierung und Zentralisierung konzeptualisiert wird. Diese beiden Prozesse werden mit den Phänomenen der *Suburbanisierung* und der *Reurbanisierung* entsprechend verknüpft.

Die räumlichen Entwicklungen innerhalb der (europäischen) Stadtregionen waren in den letzten Jahrzehnten durch intensive und massive Prozesse der Suburbanisierung geprägt. War es zu Beginn vor allem die Wohnfunktion, welche aus der Kernstadt in das Umland verlagert wurde, kam es später auch zu einer Verlagerung von ökonomischen Aktivitäten nach Suburbia. Industriebetriebe und flächenintensive Dienstleistungen (z.B. Logistikdienstleister) nutzten die günstigen Standortbedingungen abseits der Kernstadt zuerst. Bedingt durch negative Agglomerations-effekte wie hohe Boden- und Mietpreise oder einer unzulänglichen Erreichbarkeit in Folge von Verkehrsüberlastungen, folgten schließlich auch weitere Dienstleistungsfunktionen. Wurde lange Zeit das Wachstum der Stadtregion dabei von der Kernstadt als Zentrum aus gedacht, also im Sinne eines kontinuierlichen konzentrischen Wachstums von Innen nach Außen, so zeigte sich zunehmend, dass suburbane Räume sich selbst zu Zentren transformierten und dass das Wachstum in der Stadtregionen oft patchworkartig differenziert erfolgte. Bestimmte, meist ökonomisch funktional spezialisierte Wachstumskerne (vgl. Knapp & Volgmann 2011), weisen eine räumlich konzentrierte, große Dynamik auf, während andere Teilräume von Suburbia gar nicht (mehr) wachsen. Diese Entwicklung wurde als „Post-Suburbanisierung“ umschrieben bzw. der suburbane Raum als „Post-Suburbia“ bezeichnet (vgl. z.B. Hesse & Siedentop 2018, Borsdorf & Bender 2010, 149ff). Damit kann auch nicht mehr von einer hierarchischen Struktur oder gar Abhängigkeit zwischen Kernstadt und Umland gesprochen werden. Zentren im suburbanen Raum können vielmehr als vor allem ökonomisch und funktional eigenständige Räume interpretiert werden, in welchen eine Dynamik von positiven Agglomerationsfaktoren wirksam werden kann (besonders z.B. in der Nähe von Flughäfen). Auch Pendlerströme sind in der Stadtregion zunehmend weniger eindeutig alleine auf die Kernstadt hin ausgerichtet, sondern netzwerkartig zwischen den einzelnen Zentren organisiert (vgl. Knapp & Volgmann 2011, Growe 2012). Eng verbunden ist diese post-suburbane Entwicklung in der Stadtregion dabei auch mit der Entstehung von polyzentralen Zentren, bzw. mit einer Stärkung polyzentraler Raumstrukturen (vgl. z.B. Growe 2012).

Aufgrund dieser empirischen Befunde erscheint eine Beschäftigung mit der kleinräumigen intraregionalen Dynamik in Stadtregionen, auf Basis der Konzepte von Peripherisierung und Zentralisierung und unter gleichzeitiger Berücksichtigung von Prozessen der Sub- und Reurbanisierung, wie sie in dieser Arbeit für die Steiermark vorgenommen wird, relevant zu sein. Im folgenden Kapitel wird der Prozess der Suburbanisierung nun in ein Phasenmodell der Stadtentwicklung eingeordnet und v.a. der Prozess der Reurbanisierung noch näher erläutert.

2.2.3 Phasenmodell der Stadtentwicklung: De-, Sub- und Reurbanisierung

Stadtentwicklungsprozesse in einer allgemeinen Perspektive zu beschreiben und in weiterer Folge zu erklären, ist ein äußerst komplexes Unterfangen. Im Rahmen einer analytischen Betrachtung können eine Reihe von einzelnen Dimensionen berücksichtigt werden, wie beispielsweise die demographische und soziale Entwicklung, ökonomische Faktoren, Politik und Planung, aber auch technologische Aspekte (z.B. in Bezug auf Verkehr und Bautätigkeit), über welche sich städtische Entwicklungsprozesse auf unterschiedlichen räumlichen Maßstabsebene erfassen lassen (vgl. Fassmann 2009, 74ff; Friedrichs 2005, 1059ff). Auf Basis dieser Dimensionen und Determinanten wurde eine Vielzahl von Modellen der Stadtentwicklung formuliert, von denen das

Phasenmodell der Stadtentwicklung, wie es von van den Berghs et al. (1982) vorgeschlagen und auch empirisch validiert wurde, in dieser Arbeit speziell Berücksichtigung findet. Dieses Modell, welches einzelne Phasen der Stadtentwicklung unterscheidet und die Bevölkerungsentwicklung auf Ebene einer funktionalen Stadtregion („functional urban region“ (FUR)) wie auch zwischen den Teilräumen der Stadtregion beschreibt, ermöglicht eine dynamische Erfassung von Suburbanisierung und Reurbanisierung auf stadtregio­naler Ebene und damit auch von Prozessen der Peripherisierung und Zentralisierung.

Wie ist dieses Modell, welches annimmt, dass Städte bestimmte Entwicklungsphasen durchlaufen, nun im Detail konzipiert? Als räumliche Bezugseinheit dienen, wie bereits angesprochen, einerseits die gesamte Stadtregion („FUR“), andererseits auch die Kernstadt („core“) sowie das Umland („ring“) als einzelne Teilräume in der Stadtregion. Die Abgrenzung von Kernstadt und Umland, aber auch jene der gesamten Stadtregion, ist dabei eine grundlegend wichtige Frage (vgl. Kap. 2.2.2) und wird bei empirischen Anwendungen des Modells unterschiedlich gelöst. Die Tatsache, dass diese Abgrenzungen nicht klar und eindeutig sind, wird vielfach als problematisch betrachtet (vgl. Maier & Tödtling 2006, 160).

Zur Bestimmung der einzelnen Entwicklungsphasen wird der Saldo der Bevölkerungsveränderung in den drei räumlichen Bezugseinheiten („FUR“, „core“ und „ring“) herangezogen, woraus vier Hauptphasen – *Urbanisierung*, *Suburbanisierung*, *Desurbanisierung* und *Reurbanisierung* – abgegrenzt werden, welche in Abbildung 3 graphisch und in ihrer zeitlichen Abfolge dargestellt sind.

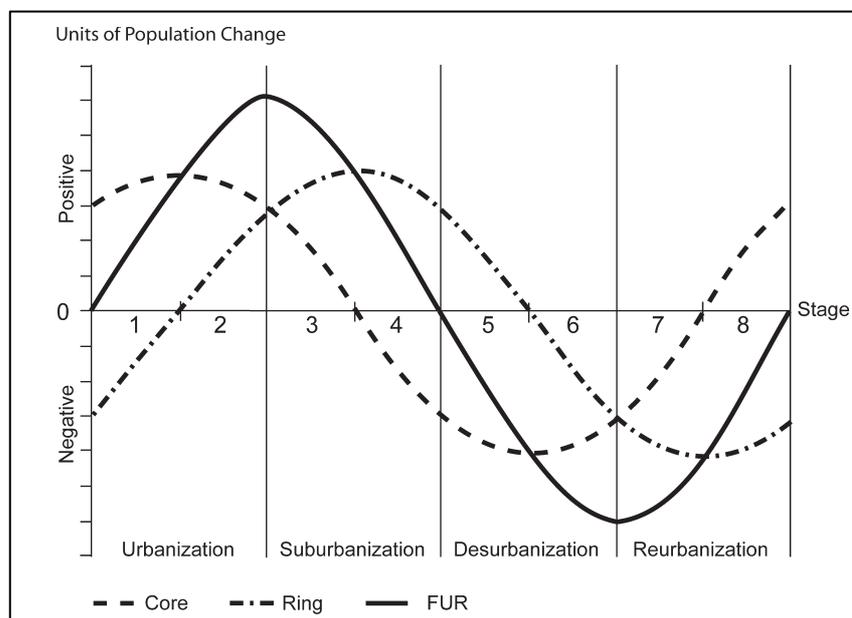


Abbildung 3: Phasenmodell der Stadtentwicklung (Quelle: Friedrichs 2005, 1056).

Die vier Hauptphasen des Modells lassen sich in einzelne weitere Phasen näher ausdifferenzieren (vgl. Friedrichs 2005, 1064), wie in Tabelle 2 dargestellt. Eine Bestimmung dieser einzelnen Teilphasen erfolgt dabei anhand der Frage, ob die Prozesse der Zentralisierung (Konzentrationsprozesse in Bezug auf die Kernstadt (Urbanisierung und Reurbanisierung)) oder der Dezentralisierung (Dekonzentration mit Wachstum des Umlandes (Sub- und Desurbanisierung)) zu absoluten oder relativen Differenzen im Saldo der Bevölkerungsentwicklung zwischen Kern und Umland führen. In Tabelle 2 wurde die (gegenwärtige) Phase der Reurbanisierung noch detaillierter in vier Unterphasen unterteilt, auf welche in diesem Kapitel noch näher eingegangen wird. Zu Beginn steht jedoch die Erläuterung der vier Hauptphasen im Vordergrund.

PHASE	Typ der Klassifikation	Veränderung		
		Kern	Ring	Stadtregion
Urbanisierung	1. Absolute Zentralisierung	++	-	+
	2. Relative Zentralisierung	+	+	+++
Suburbanisierung	3. Relative Dezentralisierung	+	++	+++
	4. Absolute Dezentralisierung	-	++	+
Desurbanisierung	5. Absolute Dezentralisierung	--	+	-
	6. Relative Dezentralisierung	--	-	---
Reurbanisierung	7. Relative Zentralisierung (Schrumpfung)	-	--	---
	8. Relative Zentralisierung (Wachstum)	+++	++	+
	9. Absolute Zentralisierung (Schrumpfung)	+	--	-
	10. Absolute Zentralisierung (Wachstum)	++	-	+

Tabelle 2: Phasen der Stadtentwicklung – Veränderung der Bevölkerung in Kern, Ring und Stadtregion (Quelle: Friedrichs 2005, 1064).

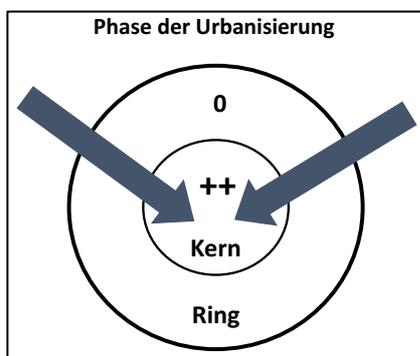


Abbildung 4: Phase der Urbanisierung (Quelle: Maier & Tödtling 2006, 162).

Die erste Phase, die Phase der *Urbanisierung*, war in den europäischen Städten zur Zeit der Industrialisierung auszumachen. Damals kam es zu einem raschen Wachstum der Städte, bedingt durch intensive Zuwanderung aus dem ländlichen Raum. Dabei wuchs und verdichtete sich zuerst vor allem der Kern, aber das Wachstum griff in weiterer Folge auch auf die Randbereiche über. Insgesamt wuchs die Bevölkerung der gesamten Stadtregion. Ein zentrales Problem dieser Entwicklungsphase bildete der Mangel an Wohnraum sowie die Überlastung der öffentlichen Infrastruktur (vgl. Maier & Tödtling 2006, 162f). In Abbildung 4 ist die Urbanisierungsphase in räumlicher Perspektive schematisch dargestellt.

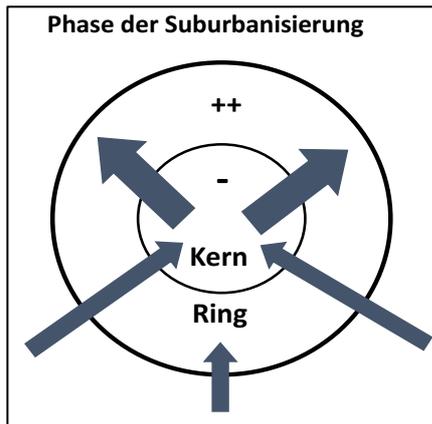


Abbildung 5: Phase der Suburbanisierung
(Quelle: Maier & Tödting 2006, 163).

Auf die Phase der Urbanisierung folgt die Phase der *Suburbanisierung* (vgl. Abb. 5). Sie setzte in den europäischen Städten mit dem Wirtschaftsaufschwung in den 1950iger Jahren ein und ist eng verbunden mit einem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sowie mit dem Aufkommen und der Verbreitung des Autos als Massenverkehrsmittel. In dieser Phase reduziert sich nun die Zuwanderung aus den ländlichen Gebieten in die Stadtregion, stattdessen kommt es zu einer Umverteilung der Bevölkerung innerhalb der Stadtregion: aus dem dicht besiedelten Kern wandert die Bevölkerung, und in weiterer Folge auch Unternehmen und Arbeitsplätze, in den anfangs noch weniger dicht besiedelten Randbereich der Stadtregion ab. Der Kern, bzw. die Kernstadt, verliert damit an Bevölkerung, oder die Bevölkerungszahlen stagnieren, während in den nahen Umlandgemeinden die Bevölkerung stark anwächst (Maier & Tödting 2006, 163f). Die Siedlungsentwicklung in der Stadtregion dekonzentriert sich folglich, die räumliche Konzentration auf den Kernbereich nimmt ab. Vor allem einkommensstarke Bevölkerungsgruppen sowie Familien mit Kindern ziehen an den Stadtrand und nutzen die dortigen Standortvorteile wie relativ günstige Bodenpreise und größere Freiräume. Als problematisch erweist sich dabei der hohe Flächenverbrauch durch geringe Bebauungsdichten, sowie das steigende Verkehrsaufkommen bedingt durch eine hohe Pendlermobilität in die Kernstadt. Ebenso ergeben sich kommunale Finanzierungsprobleme zwischen Gemeinden im Kern und jenen im Umland, da die Kernstadt bei einer sinkenden Einwohnerzahl weiterhin eine Reihe von Infrastrukturen und Einrichtungen für die gesamte Stadtregion erhalten muss (ebd., 164). In der Kernstadt bleiben auch meist jene Bevölkerungsgruppen zurück, welche sich einen Umzug an den Stadtrand oder in das Stadtumland nicht leisten konnten (ärmere Haushalte, Ausländer und Migrant_innen). Suburbanisierung verstärkt damit die sozialräumlich residenzielle Segregation in Stadtregionen und begünstigt den sozialen „Abstieg“ der Kernstadt und das Entstehen „innerstädtischer Problemgebiete“.

Näheres zu Ursachen und Folgen von Suburbanisierungsprozessen im europäischen Kontext kann beispielsweise bei Siebel (2005) oder, aus gesellschaftskritischer Perspektive, bei Keil (2014) nachgelesen werden. Eine umfassende Untersuchung von Suburbanisierungsprozessen in Österreich wurde von Giffinger, Kramar und Loibl (2001) vorgelegt. In den letzten Jahren wurde der suburbane Raum („Suburbia“), der vielfach unter dem Begriff „Post-Suburbia“ (Borsdorf & Bender 2010, 149ff) als ein inzwischen von der Kernstadt unabhängiges räumliches Gefüge von Arbeiten, Wohnen und Freizeitfunktionen gedeutet wurde, mehr und mehr, aufgrund der Erosion der sozialen Basis der Suburbanisierung (Familien, fordistische Lebensweise) im Kontext des demographischen Wandels (vgl. Siebel 2015, 161ff), auch als neuer „Problemraum“ ausgewiesen (vgl. z.B. Adam 2016, Hesse et al. 2016). Die beiden folgenden Phasen der Stadtentwicklung stehen mit dieser Wandlung in enger Beziehung.

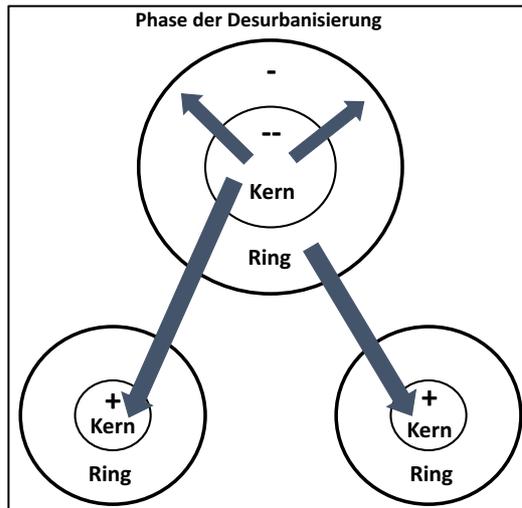


Abbildung 6: Phase der Desurbanisierung (Quelle: Maier & Tödtling 2006, 165).

In der an die Phase der Suburbanisierung anschließende *Desurbanisierung* (vgl. Abb. 6) kommt es zu einem Bevölkerungsrückgang in der gesamten Stadtregion. Sowohl der Kernbereich wie auch weniger intensiv die Umlandgemeinden, verlieren an Attraktivität, beispielsweise aufgrund einer mangelnden bzw. überlasteten Infrastruktur oder zu hohe Bodenpreise. Die Bevölkerung wandert in gut angeschlossene Klein- und Mittelstädte im weiteren Umkreis der Stadtregion ab, diese Städte erfahren damit eine Phase der Urbanisierung und wachsen. Anstelle einer Umverteilung der Bevölkerung innerhalb der Stadtregion erfolgt in dieser Phase eine Umverteilung innerhalb des Städtesystems, bzw. auch eine Umverteilung von Bevölkerung in das weitere ländliche Um-

land. Die Phase der Desurbanisierung kann allgemein als eine Phase der „Stadtflucht“ bezeichnet werden, in welcher demographische und ökonomische Schrumpfungsprozesse (vgl. Kap. 2.2.1) sowie städtebauliche Verfallserscheinungen die Stadtentwicklung bestimmen.

Im Phasenmodell der Stadtentwicklung wird als vierte und letzte Phase die Phase der *Reurbanisierung* ausgewiesen (vgl. Siedentop 2018). Auf die große „Stadtflucht“ folgt eine „Renaissance der Stadt“, die sich in einer allgemein gesteigerten gesellschaftlichen Wertschätzung des „Urbanen“, sowie in einer neuen Attraktivität der Stadt bzw. der z.T. revitalisierten (und gentrifizierten) Kernstadt ausdrückt, und sich in weiterer Folge auch in einer positiven Einwohnerentwicklung in den urbanen Räumen bzw. in den Kernräumen der Stadtregionen niederschlägt (Grove & Münter 2010, 54; Basten & Gerhard 2016, 120). Im ursprünglichen Modell von van den Bergs et al. (1982) war diese vierte Phase nur als eine *mögliche* Entwicklungsphase theoretisch konzipiert, nicht jedoch, wie die drei anderen Phasen, empirisch überprüft. Gegenwärtig findet in der Stadtforschung und in den Raumwissenschaften eine breite Diskussion über diese mögliche gegenwärtig zu beobachtende Entwicklungsphase statt (vgl. hierzu Brake & Herfert 2012a, Engler 2013). Allgemein kann Reurbanisierung dabei als ein „... Entwicklungsprozess [verstanden werden], der mit dauerhafter Wirkung zu einer neuerlichen Bedeutungszunahme von Städten durch eine belebende Nutzung ihrer zentralen Gebiete beiträgt.“ (Brake & Herfert 2012b, 14f). Auf Basis bisheriger empirischer Befunde wird deutlich, dass die Phase der Reurbanisierung nicht zwangsläufig sukzessive auf die vorgehenden Phasen folgt und diese auch nicht gänzlich ablöst. Vielmehr ist von einem Nebeneinander einzelner Entwicklungsprozesse in der Stadtregion auszugehen. So können Sub- und Reurbanisierungsprozesse gleichzeitig ablaufen und zu einem komplexen Muster der stadtregionalen Raumentwicklung führen (vgl. Basten & Gerhard 2016, 122). Dieses Muster kann beispielsweise konkret als ein Nebeneinander von Schrumpfung und Wachstum sowie, wie in dieser Arbeit, von Peripherisierung und Zentralisierung gedeutet werden. Reurbanisierung muss demnach als ein höchst selektiver Prozess aufgefasst werden, der nicht alle Stadtregionen in gleichem Ausmaß erfasst, nicht in allen Teilräumen einer Stadtregion gleichermaßen seinen Niederschlag, sei es nun in Form von Zu- oder von Abwanderung, findet und der

auch nur von bestimmten Bevölkerungsgruppen getragen wird (vgl. Maier & Tödtling 2006, 166f; Basten & Gerhard 2016, 121f).

In den Diskussionen um „Reurbanisierung“ werden unterschiedliche Bedeutungsvarianten und Abgrenzungen des Begriffes vorgeschlagen (vgl. Brake & Urbanczyk 2012, Engler 2013). So weisen z.B. Brake und Urbanczyk (2012, 36ff) auf eine Reihe von Dimensionen hin, die für eine Strukturierung der Begriffsvielfalt um „Reurbanisierung“ herangezogen werden können, wie beispielsweise eine raumzeitliche Dimension, eine physische Dimension, oder auch eine soziodemographische und sozialstrukturelle Dimension. Eine grundlegende Unterscheidung im Begriffsverständnis und in der Konzeptionalisierung von Reurbanisierung, welche in der Literatur auch immer wieder klar herausgestrichen wird (Grove & Münter 2010, 54), ist jene zwischen einem *qualitativen* und einem *quantitativen* Prozessverständnis.

In einem *qualitativen* Sinne wird bei Reurbanisierung von einer „Aufwertung“ der Stadt oder auch einzelner Stadtviertel bzw. -quartiere gesprochen, von einer Zunahme „urbaner Qualität“ infolge einer städtebaulichen Revitalisierung (z.B. in Bezug auf den öffentlichen Raum) oder von einem neuen Fokus auf die Stadt als Wohn- und Lebensort von Seiten einer stadtaffinen, „kreativen“ und jungen Bevölkerung mit urbanem Lebensstil. Das „Image“ der Stadt, und dabei vor allem das Image der innenstadtnahen Wohngebiete, erfährt eine positive Wandlung und führt so zu einer neuen allgemein wahrgenommenen „Attraktivität“ des urbanen Stadtlebens. Eng mit dieser symbolischen „Aufwertung“ begrifflich und konzeptionell verbunden ist das Phänomen der (nachfrageinduzierten) Gentrifizierung, deren negative Kehrseite Verdrängungsprozesse im Stadtraum sind. Hesse (2008) weist hier ergänzend auch darauf hin, dass der Begriff der „Reurbanisierung“ mit seiner diskursiven Wirkung generell kritisch hinterfragt werden muss, da er auch gezielt zur Schaffung eines positiven städtischen Images eingesetzt werden kann und so Entwicklungen, die empirisch möglicherweise gar nicht stattfinden, gezielt, beispielsweise über Stadtmarketing-Aktivitäten, „herbeigeredet“ werden.

In einer Vielzahl von Untersuchungen wird Reurbanisierung hingegen überwiegend als ein *quantitativ* messbarer Prozess aufgefasst (vgl. z.B. Herfert & Osterhage 2012, Matthes 2013, Beran et al. 2015, Hamm et al. 2017), bei welchem demographische Veränderungen im Zentrum stehen und der durch eine Reihe von (auch qualitativen) Einflussfaktoren gesteuert wird. Konkret steht hier die Überprüfung der These im Mittelpunkt, dass die Kernstadt im Vergleich mit dem Umland eine absolut oder relativ positivere Bevölkerungsentwicklung aufweist. Die Suburbanisierung kehrt sich damit um, das Umland stagniert oder wächst nur mehr leicht, während die Kernstadt Bevölkerungsgewinne, oder auch einen Zuwachs an Arbeitsplätzen, verzeichnet. Stadtregional ist damit von (neuen) Konzentrationstendenzen auszugehen, die eine lange Zeit dominierende Phase der Dekonzentration von Bevölkerung und Arbeitsplätzen durch Suburbanisierungsprozesse ablösen. Maier und Tödtling (2006, 166f) verstehen die Phase der Reurbanisierung dabei nicht einfach als eine „neue Urbanisierung“. Die Zuwanderung aus dem ländlichen Raum findet nun nicht mehr in jenem umfassenden Ausmaß statt, wie es in der Urbanisierungsphase der Fall war. Reurbanisierung ist somit vor allem als Umverteilung von Bevölkerung innerhalb des Städtesystems sowie innerhalb der Stadtregion zu verstehen. Dies führt dazu, dass einzelne

Städte und Stadtregionen in unterschiedlichem Ausmaß von Prozessen der Reurbanisierung geprägt sind und dass Wachstum und Schrumpfung in enger räumlicher Nachbarschaft zueinander auftreten (Maier & Tödtling 2006, 167f).

Gerade diese Annahmen, dass sich die Phase der Reurbanisierung als ein räumlich höchst selektiver Prozess zeigt, ist auch für die Fragestellung der vorliegenden Arbeit zentral (vgl. Kap. 4). Zentralisierungs- und Peripherisierungsprozesse in Stadtregionen stehen mit Reurbanisierungstendenzen in einer engen Verbindung: durch Prozesse der Reurbanisierung kann sich das demographische und ökonomische Verhältnis von Kern- und Umlandgemeinden, wie es in den vergangenen Jahrzehnten durch Suburbanisierung entstanden ist, wandeln. Es können neue, abgehängte Peripherien an den Rändern und dynamische Zentren im Kernbereich von Stadtregionen entstehen. Und es können sich auch zwischen einzelnen Stadtregionen neue interregionale Ungleichheiten ergeben. Ob die Entwicklungen in dieser Form stattfinden, wird in dieser Arbeit an den Stadtregionen der Steiermark empirisch überprüft.

Der Prozess der Reurbanisierung wird mit grundlegenden gesellschaftlichen Transformationsprozessen in Verbindung gebracht (vgl. hierzu ausführlich Kap. 2.4), welche auch in der Literatur immer wieder als Ursachen und Erklärungsfaktoren herausgestrichen werden. Mit Siebel (2015, 160) kann hier zwischen *sozialen* Ursachen einerseits, und *ökonomischen* Ursachen andererseits, differenziert werden, die sich bei einer detaillierten Betrachtung jedoch auch tlw. überschneiden. Zu den entscheidendsten ökonomischen Ursachen zählt der Wandel hin zu einer Wissensökonomie (vgl. Siebel 2015, 193ff). Der urbane Raum bietet für wissensintensive und kreative ökonomische Aktivitäten, wie auch für die in diesen Wirtschaftsbereichen tätigen Akteure („Wissensarbeiter“, „Kreative Klasse“), günstige Standortbedingungen, die sich aus der Bedeutung von räumlicher Nähe, *face-to-face* Kontakten, der Möglichkeit des einfachen Wissens- und Informationsaustausches, sowie allgemein aus einem „urbanen Flair“ ergeben (vgl. Kap 2.4.1). Auch Deindustrialisierungsprozesse in den inneren Bereichen der größeren Städte können als Ursache herangezogen werden, da durch sie innenstadtnahe und meist gut erreichbare Brachflächen entstanden (v.a. ehemalige Industrie- und Gewerbeanlagen, Bahnhöfe), die nun für neue Nutzungen bereitstehen (vgl. Basten & Gerhard 2016, 121). Zu den sozialen Ursachen zählt vor allem der demographische Wandel sowie ein damit in Verbindung stehender, umfassender gesellschaftlicher Wertewandel, der sich in einer Pluralität von (neuen) Lebensstilen und in einem Wandel der Haushalts- und Familienstrukturen niederschlägt. Dies bedingt eine „...schwindende Dynamik der Suburbanisierung und eine[r] neue[n] Nachfrage nach Stadt als Wohnort. Beides beruht auf einer wachsenden Zahl typischer Innenstadtbewohner (Migranten, Studenten, Arme, Singles) einerseits und auf der gewandelten Rolle der Frau und den Veränderungen der Arbeitswelt andererseits.“ (Siebel 2015, 160f) (vgl. Kap. 2.4.2).

Um die Komplexität von Reurbanisierungsprozessen erfassen zu können, erscheint eine Unterteilung dieser Hauptphase des dargestellten Phasenmodells der Stadtentwicklung in einzelne Unterphasen bzw. in einzelne Typen, wie sie sich in der Empirie zeigen können, sinnvoll zu sein (vgl. Tabelle 2, zu den Typen vgl. auch Herfert & Osterhage 2012, 89). Abbildung 7 gibt diese Typen in einer räumlich-schematisierten Darstellung wieder. Alle vier angeführten Typen beschreiben Zentralisierungsprozesse innerhalb der Stadtregion, d.h. es kommt zu einer räumlichen

Konzentration von Bevölkerung (oder auch von ökonomischen Aktivitäten) im Kernbereich. Unterschieden werden können diese Zentralisierungsprozesse einerseits dahingehend, ob sie unter Schrumpfungs- oder unter Wachstumsbedingungen ablaufen, oder ob sie andererseits als absolute oder relative Zentralisierung auftreten.

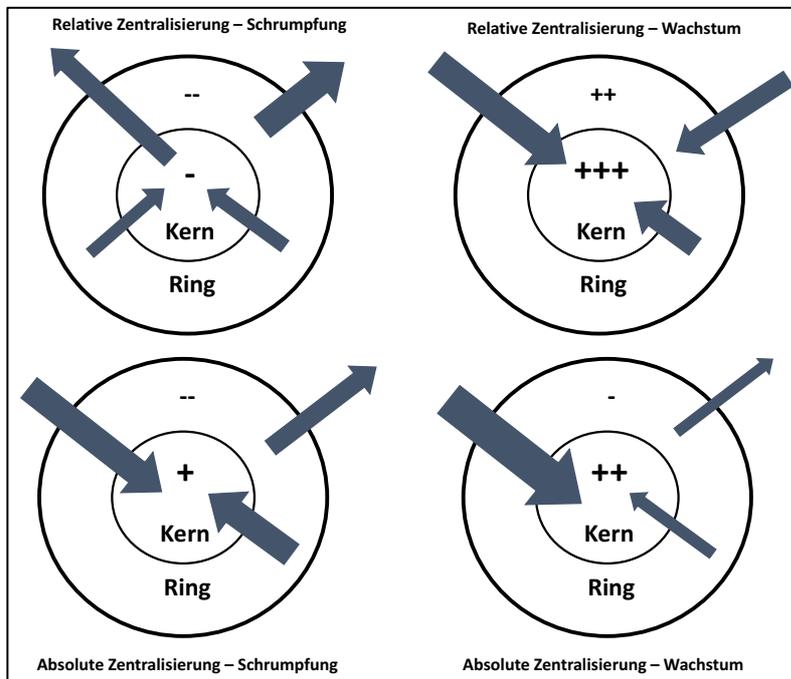


Abbildung 7: Typen von Reurbanisierung/Zentralisierung im stadtreionalen Kontext (Quelle: nach Herfert & Osterhage 2012, 89).

Typ 1 (links oben) beschreibt eine Stadtregion, die insgesamt an Bevölkerung verliert, jedoch schrumpft der Umlandbereich (Ring) stärker als der Kernbereich. Hier kann von einer relativen Zentralisierung gesprochen werden. Bei einer absoluten Zentralisierung unter Schrumpfungsbedingungen (Typ 2, links unten), verliert das Umland stark an Bevölkerung. Der Kern hingegen wächst (leicht), die Bevölkerung entwickelt sich hier positiv, sei es aufgrund von Zuwanderung von außerhalb der Stadtregion oder durch Wanderungsgewinne mit dem Umland. Insgesamt nimmt die Bevölke-

rung in der Stadtregion jedoch auch hier ab. In einer wachsenden Stadtregion kann ebenso zwischen relativer und absoluter Zentralisierung differenziert werden. Im ersten Fall (Typ 3, rechts oben) wächst die Kernstadt der Stadtregion stärker als das Umland. Eine positive Bevölkerungsentwicklung ist jedoch in beiden Teilräumen feststellbar. Im zweiten Fall (Typ 4, rechts unten) ist nur die Entwicklung im Kern positiv, jedoch nicht Umland. Im Unterschied zu Typ 2 führt hier das starke (und alleinige) Wachstum der Kernstadt zu einer insgesamt zunehmenden Bevölkerung in der Stadtregion. Inwieweit sich diese vier Typen von Reurbanisierungsprozessen in den steirischen Stadtregionen nachweisen lassen, wird in Kapitel 4 näher analysiert.

Am hier vorgestellten Phasenmodell der Stadtentwicklung lassen sich eine Reihe von Kritikpunkten festmachen. So wurde bereits kurz nach der Veröffentlichung darauf hingewiesen, dass die verwendeten Indikatoren (Fokus rein auf Bevölkerungsveränderungen) sowie die Abgrenzung zwischen Ring und Kern unterkomplex und wenig eindeutig sind (vgl. Hesse 2010, 38). Grundlegend wird aber besonders der deterministische Charakter des Modelles kritisiert, da die einzelnen Phasen der Stadtentwicklung als logisch und zwangsläufig aufeinander folgend konzipiert und dargestellt werden. Vielmehr konnte empirisch jedoch beobachtet werden, dass die einzelnen Phasen in unterschiedlichen Abfolgen und teils auch gleichzeitig ablaufen, was dem zyklischen Gedanken des Modells und der Annahme eines „finale[n], historische[n] Kontinuum[s]“ (Hesse 2010, 38) nicht entspricht. Weiters liefert das Modell keine nähere Erklärung,

warum die einzelnen Phasen auftreten bzw. *warum* genau die im Modell dargestellte Abfolge von Entwicklungsphasen auftritt (vgl. Hesse 2010, 38).

Auch wenn all diese Kritikpunkte berechtigt erscheinen, so bringt doch jedes Modell zwangsläufig notwendige Vereinfachungen und Abstraktionen mit sich, um einzelne Phänomene und/oder Entwicklungen isoliert sichtbar zu machen. In der vorliegenden Arbeit wird das Phasenmodell demnach nicht als „Theorie“ zur Erklärung von Stadtentwicklung angewandt sondern mehr als ein konzeptionelles Raster zur Erfassung und Typisierung der stadtreionalen Entwicklungsdynamik. Zusammenfassend dient das dargestellte Phasenmodell, und hierbei v.a. die Phasen der Suburbanisierung und der Reurbanisierung, als eine konzeptionelle Grundlage zur besseren Erfassung von Zentralisierungs- und Peripherisierungsprozessen zwischen und innerhalb von Stadtregionen. Vor allem die vorgenommene konzeptuelle Verschneidung von Phänomenen und Prozessen der *Suburbanisierung* (stadtreionale Dezentralisierung) und der *Reurbanisierung* (stadtreionale Zentralisierung) auf der einen Seite, und von Prozessen stadtreionaler *Peripherisierung* und *Zentralisierung* auf der anderen Seite, welche bislang nicht explizit vorgenommen wurde, bietet die Möglichkeit von neuen Einsichten in die komplexe Dynamik der Raumentwicklung in und zwischen Stadtregionen.

2.2.4 Zusammenfassung: Stadtreionale Entwicklungen im Kontext von Zentralisierung und Peripherisierung

In diesem Kapitel wurde eine theoretisch-konzeptionelle Verknüpfung von Zentralisierung und Peripherisierung mit Städten und Stadtregionen vorgenommen. Dabei wurden die Phänomene „Schrumpfung“ (in Bezug auf städtische Peripherisierung) und „Metropolisierung“ (in Bezug auf städtische Zentralisierung) diskutiert; es wurde der Raumtyp „Stadtregion“ erläutert und schließlich detailliert das Phasenmodell der Stadtentwicklung, mit einem besonderen Schwerpunkt auf den Übergang von einer Phase der Suburbanisierung auf eine Phase der Reurbanisierung, erklärt.

Zentral für die vorliegende Arbeit ist dabei einerseits die räumliche Ebene der Stadtregion auf Basis derer in einer inter- und interregionalen Perspektive die empirischen Analysen vorgenommen werden. Andererseits ist es die Verknüpfung von Zentralisierung und Peripherisierung mit Sub- und Reurbanisierung. Damit stehen nicht einzelne Orte im Fokus sondern Raumtypen, wie die Kernstadt und das suburbane Umland, mit ihren entsprechenden Entwicklungsdynamiken.

2.3 „Klassische“ Regionalökonomische Ansätze zur Erklärung von Zentren-Peripherie Strukturen

Die Beschäftigung mit Zentren und Peripherien, ihren Strukturen, ihrer Entwicklung und ihrer Genese, ist seit den Anfängen der Regionalökonomie ein wichtiges Forschungsfeld. Eine Vielzahl unterschiedlicher theoretischer Ansätze wurde entwickelt, um die empirisch beobachtbaren Zentren-Peripherie-Muster der Raumstruktur zu erklären, um die räumliche Verteilung wirtschaftlicher Aktivitäten besser zu verstehen, sowie um mögliche regionalpolitische Maßnahmen im Umgang mit Zentren und Peripherien aufzuzeigen. Im Folgenden wird kurz auf ausgewählte regionalökonomische und standorttheoretische Ansätze eingegangen, welche im Kontext

der Fragestellung dieser Arbeit von Bedeutung sind und dabei gleichsam auch als „Suchraster“ für die Bestimmung der näheren Ursachen von Peripherisierung und Zentralisierung herangezogen werden können. Begonnen wird hierbei mit zwei Standortstrukturtheorien, der Theorie der Zentralen Orte (Christaller) sowie der Theorie der Marktnetze (Lösch), welche über einen raumwissenschaftlich und neoklassischen Zugang sich der Frage nach der Entstehung und Spezialisierung von städtischen sowie ökonomischen Zentren widmen. Mit den Polarisierungstheorien wird schließlich ein Gegenentwurf zum neoklassischen Theoriegebäude diskutiert. Eine Zusammenfassung schließt die kurze Darstellung der Theorieansätze ab, wobei hier im Überblick noch auf Agglomerationseffekte eingegangen wird.

Anzumerken ist an dieser Stelle, dass die im Folgenden diskutierten Ansätze vorwiegend die *demographische* und *ökonomische Dimension* von Peripherisierung und Zentralisierung in den Blick nehmen. Wie von Kühn (2016, 2015) sowie auch von Kühn & Sommer (2013) dargelegt, können für eine umfassendere Erklärung von Peripherisierungs- und Zentralisierungsprozessen jedoch auch Theorieansätze aus den Politikwissenschaften, wie z.B. die Dependenztheorie, und aus der Planungstheorie, wie z.B. der Bereich der Governanceforschung, herangezogen werden. In der vorliegenden Arbeit steht diese theoretische Rahmung jedoch nicht primär im Mittelpunkt, da in den empirischen Analysen vorwiegend ein Schwerpunkt auf die demographischen und ökonomischen Treiber und Determinanten der Raumentwicklung in den steirischen Stadtregionen gelegt wird, ohne dabei jedoch die Komplexität und Mehrdimensionalität von Peripherisierung und Zentralisierung auszublenden.

2.3.1 Standortstrukturtheorien: *Theorie der Zentralen Orte* und *Theorie der Marktnetze*

Im Rahmen der Auseinandersetzung mit Prozessen der stadtreionalen Peripherisierung und Zentralisierung scheint es naheliegend, sich auch mit jener Theorie zu beschäftigen, die sich erstmalig näher mit Städten als funktionelle Zentren und mit der räumlichen Organisation des Städtesystems näher auseinandergesetzt hat. Die von Walter Christaller in den 1930iger Jahren entwickelte und in Süddeutschland deduktiv-empirisch überprüfte Theorie der zentralen Orte stellt den Versuch dar, auf Basis bestimmter Prämissen und einer neoklassischen Modelllogik folgend, die Entstehung und räumliche Verteilung von Städten unterschiedlicher Größe (bzw. „Zentralität“) funktional zu erklären. Vor allem die Versorgungsfunktion von Städten für ihr Umland („Ergänzungsgebiet“) steht hierbei im Mittelpunkt.

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit kann nicht auf das gesamte Christallersche Theoriegebäude im Detail eingegangen werden. Grundlagen und detaillierte Einblicke in die Theorie der Zentralen Orte können beispielsweise bei Maier & Tödting (2006, 139-149), Kulke (2013, 155-160) oder Bathelt & Glückler (2012, 129-133) nachgelesen werden. Für die hier vorgenommene Untersuchung sind primär jene Aspekte der Theorie relevant, welche als Erklärungsfaktoren oder als konzeptuelle Beschreibungsraster für Zentralisierungs- und/oder Peripherisierungsprozesse herangezogen werden können (vgl. z.B. die Diskussion der Theorie der Zentralen Orte bei Kühn & Sommer 2013, 8-12 oder Kühn 2016, 64ff). Ergänzend scheint eine Bezugnahme auf die Theorie der Zentralen Orte auch im Hinblick auf deren Bedeutung als normative Grundlage in Planungsprozessen gerechtfertigt, wo das Zentrale-Orte-Konzept nach wie vor eine wichtige Rolle im Bereich der Versorgungs- und Entwicklungsplanung spielt (vgl. Blotevogel 2005, 1310ff).

Der Aufstieg einer Stadt zu einem funktionalen „Zentrum“ („Zentralisierung“) wird von Christaller mit der Konzentration von v.a. tertiären Funktionen in Zusammenhang gebracht, sowie mit dem Angebot an zentralen Gütern (Handel) und Dienstleistungen. Diese befriedigen nicht nur die Nachfrage im Zentrum selbst, sondern auch jene im Umland und im ländlichen Raum. Die Stadt weist somit einen „Bedeutungsüberschuss“ auf, dessen Größe Rückschlüsse auf die Zentralität der Stadt zulässt. Die angebotenen Güter und Dienste besitzen unterschiedliche (räumliche) Reichweiten, die sich einerseits aus einem Mindestabsatzgebiet aus Sicht der Anbieter (innere Reichweite), sowie andererseits aus jenem Gebiet, welches durch die Nachfrager unter Berücksichtigung der mit der Distanz steigenden Transportkosten noch erreicht wird (äußere Reichweite), zusammensetzen. Je höher diese Reichweite und je größer die Vielfalt der angebotenen Güter und Dienstleistungen, desto höher ist der Zentralitätsgrad und desto größer ist das Ergänzungsgebiet, dessen „Bedeutungsdefizit“ durch den städtischen „Bedeutungsüberschuss“ ausgeglichen wird. Auf Basis dieses Prinzips ergibt sich schließlich ein hierarchisch strukturiertes System von Städten bzw. zentralen Orten, mit wenigen hochrangigen Zentren (wie z.B. Metropolen mit einem großem Umland) an der Spitze und vielen Zentren niederer Ordnung (z.B. Hauptorte einer Gemeinde) an der Basis.

Christaller geht davon aus, dass insgesamt drei Prinzipien die Zentralität einer Stadt bestimmen und damit die Ausbildung eines Zentrale-Orte Systems beeinflussen. An erster Stelle steht das „*Versorgungsprinzip*“, welches sich, wie oben dargelegt, auf die angebotenen zentralen Güter und Dienstleistungen und deren Reichweite bezieht. Die Zentralität einer Stadt ergibt sich damit aus ihrer funktionalen Rolle als Versorgungszentrum für das Umland und hängt erheblich von Art, Vielfalt und Umfang der angebotenen Dienste und Güter ab (vgl. Kühn & Sommer 2013, 9). Ergänzt wird dies durch das sog. „*Verkehrsprinzip*“, welches die Verkehrsfunktion zentraler Orte thematisiert. Die Zentralität eines Ortes wird auch durch seine Anbindung an das Verkehrsnetz bestimmt (vgl. Kühn & Sommer 2013, 9f). Anschluss an den Fernverkehr über Bahn (und Flugzeug) ist für höherrangige zentrale Orte ein Charakteristikum, wirkt jedoch zu gleich auch zentralitätsreduzierend auf jene Orte, welche nicht infrastrukturell angeschlossen sind oder nicht regelmäßig angefahren werden. Und drittens benennt Christaller das sog. „*Absonderungsprinzip*“, das sich auf politisch-administrative Funktionen und den Charakter eines Ortes als „Hauptstadt“ bezieht. Die Zentralität eines Ortes wird damit auch über die politischen Verwaltungsfunktionen bestimmt, wobei hier unterschiedliche Ebenen und damit auch Zentralitätsgrade differenziert werden können (z.B. Bezirkshauptstadt, Landeshauptstadt etc.) (vgl. ebd., 9f).

Die Theorie der Zentralen Orte beschäftigt sich primär mit jenen Prozessen, welche die Zentralität eines Ortes bestimmen. Ein Blick auf Prozesse, die mit einem Rückgang der Zentralität und der zentralörtlichen Bedeutung eines Ortes in Verbindung stehen, also mit jenen Prozessen die auch als Peripherisierung gedeutet werden können, findet eher nur implizit statt (vgl. ebd., 10). Auch hier spielen die oben beschriebenen drei Prinzipien eine wichtige Rolle. Ein Verlust an Zentralität kann damit über die Dimensionen Versorgung, Verkehr und Verwaltung erklärt werden.

Ein *Rückgang der Versorgungsfunktion* kann die Zentralität eines Ortes nachhaltig negativ beeinflussen. Die Ursache dafür liegt nach Christaller vor allem in einer Abnahme der Bevöl-

kerung begründet, durch welche sich in Folge die lokale Nachfrage nach den angebotenen zentralen Gütern und Diensten reduziert. Dies betrifft vor allem Orte der untersten zentralörtlichen Stufe, Mittel- und Oberzentren hingegen sind von einem Rückgang der Versorgungsfunktion meist nicht betroffen, da sich die Nachfrage, bei Wegfall der lokalen Versorgungsangebote, auf höherrangige Orte konzentriert (ebd., 10). Die Argumentation von Christaller lässt sich hier klar in Beziehung zu den in Kap. 2.1.2 beschriebenen Prozessen der Peripherisierung setzen, konkret zur Dimension der Abwanderung. Prozesse der demographischen Schrumpfung nehmen damit sowohl in der „klassischen“ Theorie der Zentralen Orte, als auch in neueren Ansätzen zur Konzeptionalisierung von Peripherisierung (vgl. Kap. 2.1), eine wichtige Position. Eine nähere Erklärung, warum Schrumpfungsprozesse jedoch überhaupt auftreten, bietet die Theorie der Zentralen Orte nicht.

Die Abnahme der Zentralität kann weiters mit einer *rückläufigen Verkehrsfunktion* in Zusammenhang gebracht werden. Durch Änderungen im Verkehrswesen oder fehlende An- und Einbindungen in Transportsysteme können sich Zentrenfunktionen verändern und innerhalb des zentralörtlichen Systems verlagern (vgl. ebd., 10). Auch hier lässt sich eine Verbindung zur Konzeptionalisierung von Peripherisierung, wie sie in Kap. 2.1 diskutiert wurde, herstellen, da auch dort die infrastrukturelle Abkoppelung, welche sich auch auf Verkehrsinfrastrukturen bezieht (z.B. Bahnanschluss, Flughafen etc.), als ein Merkmal für Peripherisierungsprozesse beschrieben wird.

Schließlich wirken auch Veränderungen in der *Verwaltungsfunktion* eines Ortes negativ auf die Zentralität, z.B. dann, wenn im Zuge von Veränderungen der Verwaltungsgebiete und von politisch-administrativen Zuständigkeiten Verwaltungsfunktionen wegfallen und beispielsweise auf Orte höherer Zentralität übertragen werden (vgl. ebd., 10). Dies korrespondiert tlw. mit der in Kap. 2.1.2 erörterten Dimension der politischen „Abhängigkeit“. Als konkretes Beispiel kann hier die Gemeindestrukturreform in der Steiermark 2015 angeführt werden.

Kühn & Sommer (2013, 11) halten zusammenfassend fest, dass damit in der Theorie der Zentralen Orte Anknüpfungspunkte für eine Auseinandersetzung mit Peripherisierungsprozessen gegeben sind, welche sich jedoch nicht direkt auf eine umfassende Analyse von stadtreionalen Peripherisierungs- und Zentralisierungsprozessen übertragen lassen. So ist beispielsweise die Möglichkeit einer „Entzentralisierung“ und Peripherisierung von höherrangigen zentralen Orten (Mittel- und Oberzentren), vor allem durch die empirisch beobachteten Phänomene Deindustrialisierung und Suburbanisierung, aus der Theorie nicht ableitbar (vgl. ebd., 12). Allgemein kann die Theorie der Zentralen Orte stadtreionale Entwicklungstrends der letzten Jahrzehnte, wie eben beispielsweise die große Suburbanisierungsdynamik sowie die Entstehung polyzentraler Siedlungsstrukturen, nicht erklären. Auch die Wirkung von Agglomerationsfaktoren bleibt unberücksichtigt (vgl. ebd., 11f).

Eine ebenfalls deduktiv argumentierende und gleichgewichtsorientierte Theorie, die sich mit der räumlichen Ordnung ökonomischer Aktivitäten und mit der Entstehung von Industriezentren befasst und die Theorie der Zentralen Orte erweitert, stellt die Theorie der Marktnetze nach Lösch dar (vgl. Bathelt & Glückler 2012, 133). Im Mittelpunkt steht auch hier die Bestimmung von hexagonalen Marktnetzen, welche die Versorgung (Produktion = Konsum) eines

Raumes mit den Produkten des verarbeitenden Gewerbes sicherstellt. Im Unterschied zu Christaller ergibt sich hier aufgrund des komplexen Zusammenwirkens mehrerer Ordnungsprinzipien kein streng hierarchisches System und keine räumliche Gleichverteilung. Lösch zeigt, dass sich Städte als Industriestandort räumlich ballen können und dass auch eine Spezialisierung der einzelnen Städte auftreten kann (vgl. Bathelt & Glückler 2012, 133). Für die Analyse von städtischen Zentren und Peripherien bedeutet dies, dass angenommen werden kann, dass in ökonomischer Perspektive Prozesse der Zentralisierung einerseits auf bestimmte Regionen beschränkt bleiben können, und dass andererseits eine Zentralisierung auch zu einer Spezialisierung der jeweiligen Zentren führen kann.

2.3.2 Polarisierungstheorien

Unter dem Oberbegriff „Polarisationstheorien“ werden eine Reihe von vor allem in den 1970er Jahren auf induktivem Wege entwickelte wirtschaftswissenschaftliche Ansätze zusammengefasst, die sich auf unterschiedlichen räumlichen Maßstabsebenen, von lokal bis global, kritisch mit dem neoklassischen Gleichgewichtsmodell und dessen Übertragung auf die Analyse räumlicher Entwicklungsprozesse auseinandersetzen (vgl. Tripl, Maier & Tödtling 2012, 77). Das neoklassische Modell geht, allgemein formuliert, auf Basis bestimmter Grundannahmen, wie z.B. zweckrationales Handeln der Akteure und uneingeschränkte Mobilität der Produktionsfaktoren, davon aus, dass durch die marktwirtschaftliche Dynamik es langfristig zu einer Abnahme räumlicher Disparitäten kommt. Durch Faktorwanderung (Arbeit und Kapital), ausgelöst durch Unterschiede in der jeweiligen Grenzproduktivität, gleichen sich die in den einzelnen Regionen unterschiedlich hohen Faktorpreise an, was in Folge zu einer konvergenten räumlichen Entwicklung führt. Vertreter der Polarisierungstheorie betonen hingegen, dass sich räumliche Disparitäten ohne steuernde Eingriffe von Seiten der (Regional-)Politik auf lange Sicht selbst verstärken, was schließlich zu einer divergenten Raumentwicklung führt. Zurückgeführt wird dies v.a. auf eine teilweise Immobilität der Produktionsfaktoren, auf durch Monopole und Externalitäten gekennzeichnete Marktstrukturen sowie auf Informationsdefizite und -barrieren (vgl. Tripl, Maier & Tödtling 2012, 78).

Diese Faktoren bedingen eine sich selbstverstärkende Polarisierung, die sich sowohl *sektoral*, also in unterschiedlich hohen Wachstumsraten einzelner Wirtschaftssektoren (mit den sog. „motorischen Einheiten“ an der Spitze der Dynamik), als auch *regional* zeigt. In regionaler Perspektive bewirkt eine zirkulär-kumulative Prozessdynamik eine Verstetigung und Verstärkung von Entwicklungsunterschieden zwischen Regionen. Wachstumsstarke Regionen (Zentren) wachsen durch positive interne Rückkoppelungseffekte beständig weiter, wachstumsschwache Regionen (Peripherien) fallen, bedingt durch sich selbst verstärkende negative Impulse („Teufelskreislauf“), wie z.B. eine sinkende regionale Nachfrage infolge gestiegener Arbeitslosigkeit in der Region, immer weiter zurück (vgl. ebd., 80). Vertreter des polarisationstheoretischen Ansatzes, wie z.B. Gunnar Myrdal, gehen dabei davon aus, dass durch Faktorwanderung, aufgrund einer selektiven Einschränkung der Mobilität von Arbeitskräften und ungleicher Kapitalströme kein Ausgleich dieser Unterschiede möglich ist (vgl. ebd., 81ff).

In Bezug auf die möglichen Interaktionen zwischen Regionen weist Myrdal auf zwei entgegengesetzt wirkende Effekte hin (vgl. ebd., 83): einerseits auf *Ausbreitungseffekte* („spread

effects“), andererseits auf *Entzugseffekte* („backwash effects“). Unter Ausbreitungseffekte werden dabei jene Impulse zusammengefasst, welche ausgehend von einem wachsenden Zentrum auf angrenzende Regionen übergreifen und dort eine positive Entwicklungsdynamik induzieren. Entzugseffekte hingegen wirken umgekehrt das wachsende Zentrum beeinflusst seine räumliche Umgebung negativ und behindert die wirtschaftliche Entwicklung in angrenzenden Regionen. Dies kann beispielsweise durch den Entzug von qualifizierten Arbeitskräften, Ressourcen oder Innovationspotential bedingt sein (vgl. ebd., 83f). Die langfristige regionale Entwicklung ist dabei durch das Kräfteverhältnis und relationale Wechselspiel von Ausbreitungs- und Entzugseffekten bestimmt.

Die im polarisationstheoretischen Ansatz vorgebrachten Argumente implizieren (regional-)politische Maßnahmen, die sich von einer Regionalpolitik basierend auf neoklassischen theoretischen Überlegungen fundamental unterscheiden (vgl. ebd., 85). So steht hier nicht die aktive Förderung von Faktormobilität, was entsprechend der polarisationstheoretischen Logik auch kontraproduktiv wäre, und von „Marktfreiheit“ im Zentrum. Vielmehr werden gezielte Markteingriffe gefordert, v.a. eine aktive Förderung von entwicklungsschwachen Regionen. Dies soll bei der Unterbrechung negativer regionaler „Teufelskreisläufe“ helfen. Im Fokus steht damit das Ziel eines regionalen Ausgleichs (Verteilungsgerechtigkeit) und nicht jenes eines effizienten Marktes. Die möglichen politischen Maßnahmen auf Grundlage der Polarisationstheorie wurden auch auf globaler Ebene im Kontext der Entwicklungsforschung und -zusammenarbeit intensiv diskutiert.

Wichtige Weiterentwicklungen innerhalb der polarisationstheoretischen Theoriefamilie bilden das Wachstumspolkonzept (vgl. Kühn & Sommer 2013, 12ff), welches die gezielte Förderung von regionalen Zentren und die Stimulierung von Ausbreitungseffekten aus diesen thematisiert, sowie eine Reihe von Zentrum-Peripherie Modellen (vgl. Trippel, Maier & Tödting 2012, 86-91, Kühn & Sommer 2012, 16). Für die vorliegende Arbeit kann die polarisationstheoretische Argumentationslogik zur Deutung von langfristigen Prozessen der Zentralisierung und Peripherisierung herangezogen werden. Durch die kumulativ-zirkulär wirkende Dynamik verstärken sich ohne steuernde Eingriffe stadtreionale Peripherisierungs- und Zentralisierungsprozesse selbst. „[Z]irkulär verursachte kumulative Prozesse [bewirken] auf regionaler Ebene eine räumliche Differenzierung in zentrale Wachstumsregionen einerseits und periphere, wirtschaftlich zurückbleibende Regionen andererseits“, wobei „zentripetale Wachstums- und zentrifugale Ausbreitungskräfte“ (Kühn & Sommer 2013, 16) auftreten, die das Verhältnis von Zentren und Peripherie entsprechend konfigurieren.

2.3.3 Zusammenfassung: Zentren und Agglomerationseffekte

Die vorgestellten „klassischen“ regionalökonomischen Ansätze stellen elaborierte Theoriemodell zur Erklärung von Zentrums-Peripherie Strukturen – auch auf Ebene von Städten und Stadtregionen – dar, wobei die Theorie der Zentralen Orte und die Theorie der Marktnetze auf Basis einer neoklassischen, gleichgewichtsorientierten Argumentationslogik operieren. Die Polarisationstheorie geht hingegen von einer zunehmenden Verschärfung der Gegensätze zwischen Zentren und Peripherien aus.

Die Entwicklungsdynamik von (städtischen) Zentren als Konzentrationspunkte ökonomischer Aktivitäten wird auch als Folge der Wirkung von Agglomerationsfaktoren aufgefasst, die in

der Theorie der Zentralen Orte wie auch in den Polarisierungstheorien jedoch nicht explizit thematisiert werden. Agglomerationsfaktoren können als externe Effekte aufgefasst werden, welche quasi „von außen“ auf die ökonomischen Akteure an einem Standort (Agglomeration) einwirken und dabei entweder Vorteile oder Nachteile generieren. Agglomerationsvorteile stellen einen positiven Nutzen dar und bedingen eine verstärkte Konzentration Agglomerationsnachteile hingegen bedeuten hohe externe Kosten aufgrund des Standortes und führen folglich zu Prozessen der räumlichen De-Konzentration. Damit können Zentralisierungsprozesse auch als Folge der Wirkung von positiven Agglomerationswirkungen und Prozesse der Peripherisierung auch als Folge von Agglomerationsnachteilen verstanden werden.

In der Literatur (vgl. Bathelt & Glückler 2013, 152ff) wird zwischen zwei Gruppen von Agglomerationsfaktoren unterschieden: Lokalisationseffekte („localisation economies“) und Urbanisationseffekte („urbanisation economies“). Die erstgenannten ergeben sich aus der Ballung von mehreren Unternehmen derselben Branche an einem Standort. Urbanisationseffekte hingegen resultieren aus der räumlichen Konzentration von Unternehmen aus unterschiedlichen Branchen. Vorteile, die sich aus der Lokalisation von Unternehmen einer Branche ergeben, sind vorwiegend Spezialisierungs- und Größenvorteile (Arbeitsmarkt, Zulieferer, Wissen), welche Kooperationen zwischen Unternehmen erleichtern, während sich positive Urbanisationseffekte als eine Konsequenz der „Mischung“ und der Vielfalt (von Wissen, Arbeitskräften, Nachfragern und Zulieferern etc.) ergeben. Zu den negativen Agglomerationswirkungen zählen bei Betrieben derselben Branche vor allem hohe Konkurrenz und Preise für Zuliefererprodukte und Arbeitskräfte. Bei Betrieben verschiedener Branchen bewirken vor allem Überlastungserscheinungen und ebenso hohe Faktorpreise externe Kosten.

Für eine Auseinandersetzung mit stadtreionalen Entwicklungsprozessen im Spannungsfeld von Zentralisierung und Peripherisierung sind somit auch die Wirkungen von Agglomerationsfaktoren zu berücksichtigen, bzw. bieten diese eine theoretisch-konzeptuelle Basis für eine nähere Betrachtung der Entwicklungsdynamik von städtischen Räumen. Im Rahmen der in dieser Arbeit vorgenommenen Analysen wird versucht, diese Wirkungen entsprechend zu berücksichtigen, wobei besonders die Frage nach der jeweiligen Bedeutung von Lokalisations- und/oder Urbanisationsvorteilen, und damit nach stadtreionalen Spezialisierungsmustern, im Mittelpunkt steht.

2.4 Gegenwärtige gesellschaftliche Transformationen und ihr Einfluss auf stadtreionale Prozesse der *Zentralisierung* und *Peripherisierung*

Neben den in Kapitel 2.3 vorgestellten regionalökonomischen Theorieansätzen, die vorwiegend einer raumwissenschaftlichen Logik folgen (Fokus auf räumliche (d.h. metrische) Distanzen, Transportkosten etc.), werden zur Deutung und Erklärung von Phänomenen der Peripherisierung und der Zentralisierung im folgenden Kapitel auch zwei *gesellschaftliche und ökonomische Makrotrends* diskutiert, die bislang keine abgeschlossenen Theoriegebäude repräsentieren, aber doch erhebliches Potential zur Erklärung gegenwärtiger Transformationsprozesse besitzen. Zum einen ist dies der Trend hin zu einer *Wissensökonomie*, in welcher v.a. Innovation und Kreativität zu den zentralen Triebkräften der wirtschaftlichen Dynamik werden und in welcher in weiterer Folge sich auch die Räumlichkeit der Ökonomie tiefgreifend umstrukturiert (vgl. Kap.

2.4.1). Zum anderen führt auch der *demographische Wandel* als Ausdruck gesellschaftlicher Veränderungen und die mit ihm verbundenen Prozesse der Pluralisierung, Schrumpfung, Individualisierung und Alterung der Bevölkerung zu Auswirkungen auf die Raumstruktur (vgl. Kap. 2.4.2). Beide Trends werden im Hinblick auf ihre Verbindungen zu stadtreionalen Zentralisierungs- und Peripherisierungsphänomenen in den folgenden zwei Kapiteln diskutiert.

2.4.1 Ökonomie: Innovationsbasierte Wissensökonomie

Die gegenwärtige Gesellschaft wird vielfach als eine „Wissensgesellschaft“ beschrieben. Produktion, Distribution und Konsumtion von „Wissen“ strukturieren fundamental gesellschaftliche Prozesse und beeinflussen damit auch die Raumentwicklung. Nach Stein & Kujath (2013, 150ff) lässt sich die Entwicklung hin zu einer Wissensgesellschaft an drei Dimensionen bzw. Teilentwicklungen festmachen (vgl. auch Kujath & Stein 2009, 370ff):

- *Technische Dimension*: Vor allem der räumlich globale und zeitlich flexible Austausch von Wissen zwischen Akteuren bedarf einer Infrastruktur, wie sie durch Kommunikations- und Informationstechnologien bereitgestellt wird.
- *Ökonomische Dimension*: Bei der Produktion von Gütern und Dienstleistungen wird Wissen zum zentralen Input- und Produktionsfaktor, bzw. zur bestimmenden Produktivkraft, welche Wertschöpfung auf Basis von vielfältigen Produkt- und Prozessinnovationen ermöglicht. Alle Wirtschaftssektoren sind diesem Wandel hin zu einer *Wissensökonomie* unterworfen.
- *Soziale Dimension*: Wissen verändert auch die Gesellschaft. Die Reflexivität sozialen Handelns führt zu einem beständigen Hinterfragen und zu einer vermehrt dominierenden strategischen Handlungslogik in unterschiedlichen Kontexten. Parallel dazu nimmt allgemein die Komplexität sozialer Interaktion deutlich zu.

Die Wissensökonomie kann demnach als Teil einer umfassenderen Wissensgesellschaft verstanden werden. Liefner (2017, 1) weist darauf hin, dass sich die Wissensökonomie vor allem durch die zentrale Stellung von Wissen als Produktionsfaktor von anderen Formen der Ökonomie, wo die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital dominieren, unterscheiden werden kann. Wissen wird einerseits zum dominierenden Produktionsfaktor, andererseits aber auch „ökonomisiert“ und zu einer handelbaren Ware (Siebel 2015, 194). „Wirtschaftliche Aktivitäten sind in der modernen Wissensökonomie direkter als früher mit der Produktion, der Verteilung, der Nutzung und insbesondere auch mit der Kommerzialisierung von Wissen verbunden“ (Strambach 2004, 1). Nach Strambach (2014, 4) sind demnach zwei analytische Perspektiven voneinander zu trennen: einerseits die Wissensökonomie als wissensbasierte Wirtschaft, andererseits die Perspektive der „Ökonomie des Wissens“.

In der ersten Perspektive steht der Einfluss von Wissen und v.a. von Innovationen auf die langfristige Entwicklung von Wachstum, Produktivität und Beschäftigung im Fokus. „Die Verfügbarkeit von Wissen aber auch der Einsatz und Gebrauch von Wissen [...] werden heute als entscheidend angesehen, um im Globalisierungsprozess Wettbewerbsvorteile zu erzielen.“ (Strambach 2014, 6). Die Wettbewerbsfähigkeit von Gesellschaften ist von einer beständigen Generierung neuen Wissens und in weiterer Folge von einer hohen Innovationsdynamik abhängig.

Wissen wird dabei als eine akteursgebundene Ressource bzw. als Handlungsvermögen angesehen und von „Information“, worunter „thematisch oder funktional strukturierte Daten“ (Strambach 2014, 6) zusammengefasst werden, differenziert. Informationen entsprechen eher dem Typ des „expliziten Wissens“, welches systematisch kodifiziert und übertragbar ist. „Implizites Wissen“ („*tacit knowledge*“) ist hingegen ein an Personen gebundenes Erfahrungswissen und nur teilweise kodifizier- und austauschbar, wobei *face-to-face* Kontakte und persönliche Beziehungen eine wichtige Rolle spielen (vgl. Farhauer & Kröll 2014, 168). Das „Wissen“ der Wissensökonomie ist damit nicht nur auf das gezielt von Wissenschaft sowie von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen produzierte „technische“ Wissen begrenzt. Auch das „praktisch“ erworbene Wissen in Form von spezifischen Fähigkeiten und Kompetenzen ist für die Hervorbringung von Innovationen bedeutsam, ebenso wie das Zusammenführen von internem und externem Wissen (vgl. Strambach 2014, 6; Siebel 2015, 195). Vor allem zwei Branchen werden in der Debatte um die Wachstumspotentiale (im Hinblick auf Beschäftigung und Produktivität) einer wissensbasierten Ökonomie besonders thematisiert: die Kreativ- und Kulturwirtschaft (vgl. z.B. Mossig & Müller 2014; Siebel 2015, 199ff) sowie die wissensintensiven unternehmensorientierten Dienstleistungen (vgl. Siebel 2015, 194). Beide Branchen „erzielen ihre primäre Wertschöpfung durch die immateriellen, symbolischen und ästhetischen Attribute ihrer Produkte und Dienstleistungen.“ (Strambach 2014, 7).

In der zweiten Perspektive, welche jedoch mit der ersten auch eng verbunden ist, wird gezielt auf die Rolle von „Wissen“ in ökonomischen Handlungszusammenhängen und damit auf die „Ökonomisierung“ von Wissen geblickt. Dabei stehen vor allem die Charakteristika von „Wissen“ als immaterielles Gut im Fokus (vgl. Strambach 2014, 7f): So ergibt sich der Marktwert von „Wissen“ nur in Abhängigkeit bestimmter konkreter Kontexte und Handlungssituationen. Auch wird die Distribution nicht nur über „objektiv“ gegebene monetäre Preise bestimmt, sondern Vertrauen, Reputation und soziale Netzwerke spielen im Wissensaustausch eine wichtige Rolle. Die Anwendung und Nutzung von Wissen „bedarf [...] der Handlungskompetenz der Akteure“ (Strambach 2014, 7). Eine Standardisierung und eine unabhängige Qualitätsbeurteilung wird damit erschwert. Des Weiteren wird Wissen durch seine Nutzung nicht aufgebraucht und „entwertet“. Vielmehr kann es in der Anwendung, über kreative Rekombinationen und dynamische Lernprozesse, an Wert gewinnen (vgl. Strambach 2014, 8). All diese Eigenschaften beeinflussen fundamental die gegenwärtigen ökonomischen Strukturen und Prozesse, sowie zukünftige Entwicklungen.

Die Bedeutung von Wissen als Produktionsfaktor einerseits, sowie die Ökonomisierung von Wissen andererseits, stehen in enger Beziehung mit einem umfassenden Ausbau von Wissenschaft, von grundlagen- und anwendungsorientierter Forschung, sowie von Bildungseinrichtungen und der damit verbundenen Anhebung des Bildungsniveaus weiter Teile der Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten (vgl. Liefner 2017, 2). Ausbildung und Qualifizierung sowie die Schaffung von politischen, rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen für die Wissensproduktion und -weitergabe bilden eine essentielle Grundlage für Innovationsfähigkeit und wissensbasierte Wachstumsprozesse (vgl. Strambach 2014, 7).

Welche Implikation ergeben sich aus einer innovationsbasierten Wissensökonomie, aus der gestiegenen Bedeutung von Wissen als Produktionsfaktor und aus der Bedeutung von Wissen als immaterielles, ökonomisches Gut nun für die Raumentwicklung? Wie beeinflusst „Wissen“ die räumliche Verteilung ökonomischer Aktivitäten und wie in weiterer Folge Prozesse der Zentralisierung und Peripherisierung?

Allgemein wird angenommen, dass räumliche Nähe in der Wissensökonomie von entscheidender Bedeutung ist. Die permanente oder auch nur temporäre (z.B. auf Messen) räumliche Ballung von Akteuren erleichtert die Nutzung und den Austausch von implizitem, nicht-kodifiziertem Wissen („*tacit knowledge*“) durch *face-to-face* Interaktionen und schafft auch eine Basis für die arbeitsteilige Generierung von neuen Innovationen im Rahmen der Integration und Teilung von unterschiedlichen Wissensbeständen. Entscheidend ist hier aber nicht alleine die räumliche Nähe, sondern auch eine kognitive, soziale, institutionelle oder organisatorische Nähe (vgl. Farhauer & Kröll 2014, 177ff), welche die Wissenszirkulation zwischen Akteuren sowie Lernprozesse über persönliche Beziehungen und soziale Netzwerke ermöglicht. Auch bietet die lokale, räumliche Ballung den Vorteil der kurzfristigen und flexiblen Zusammenarbeit in einzelnen Projekten, um rasch auf neue Anforderungen oder eine veränderte Nachfrage reagieren (vgl. Siebel 2015, 195f), sowie um Wissensvorsprünge und Innovationen generieren zu können. Die Wissensökonomie ist demnach eine Ökonomie, deren Akteure (kooperierende und komplementäre Unternehmen, Forschungseinrichtungen, unternehmensbezogene Dienstleister, Verbände) vor allem in räumlichen *Clustern* (vgl. Farhauer & Kröll 2014, 154ff; Chilla, Kühne & Neufeld 2016, 181f) lokalisiert sind, dort gemeinsame Infrastrukturen und Ressourcen nutzen und sich in *lokalen bzw. regionalen Innovationssystemen* (RIS) organisieren (vgl. Trippel, Martin & Tödting 2014; Chilla, Kühne & Neufeld 2016, 186). Neben der Nutzung des „local buzz“, also der hohen Dichte an sozialen Interaktionen und an (informellen) (Wissens-)Netzwerken, die in Clustern gegeben ist, ist aber auch die Einbindung in „global knowledge pipelines“ aus denen neues, externes Wissen von anderen Orten „importiert“ werden kann, für die Entwicklung der Wissensökonomie und für die Innovationsfähigkeit von Bedeutung (vgl. z.B. Musil & Eder 2017).

Daraus kann grundsätzlich abgeleitet werden, dass vor allem Agglomerationsräume und (groß-)städtische Zentren sowie Metropolregionen aufgrund der Wirkung urbaner Agglomerationsvorteile (vgl. Kap. 2.3.3) attraktive Standorte für die Wissensökonomie bzw. wissensintensive Dienstleistungen darstellen. Hier findet sich räumlich konzentriert eine kritische Masse an vertikal wie horizontal kooperierenden heterogenen Akteuren aus verschiedenen Branchen, was die Produktion, die Zirkulation und die Konsumtion von Wissen begünstigt. Es wirken aufgrund der räumlichen Ballung und der hohen Diversität positive Externalitäten in Form von „Wissensspillovern“. Auch bieten die Agglomerationsräume aufgrund einer guten infrastrukturellen Ausstattung im Bereich der Kommunikations-, Informations- und Transporttechnologien Möglichkeiten der globalen Vernetzung (vgl. Stein & Kujath 2013, 1148f). Zusätzlich präferieren die gut ausgebildeten und hoch qualifizierten Arbeitskräfte der Wissensökonomie, v.a. jene der Kultur- und Kreativwirtschaft, ein urbanes, städtisches Milieu als Lebens- und Arbeitsort (Siebel 2015, 197f). Dies wurde vor allem in der Theorie der „*creative class*“ von Richard Florida thematisiert, welche davon ausgeht, dass die kreativen und „talentierten“ Arbeiter der Wissensökonomie ein tolerantes und offenes Umfeld mit vielfältigen Konsummöglichkeiten bevorzugen. Die Unternehmen der

Wissensökonomie („Technologie“) richten ihre Standortentscheidungen an diesen Präferenzen aus und siedeln sich in attraktiven Großstädten und Metropolen an. Die räumliche Zusammenführung von Talent, Toleranz und Technologie bedingt damit die Standortstruktur (vgl. Farhauer & Kröll 2014, 229ff).

Aus der allgemein steigenden Bedeutung der wissensintensiven Dienstleistungen und aus den dargelegten Wirkungen auf die Raumstruktur lassen sich Konsequenzen für die in dieser Arbeit näher analysierten Dynamik von regionalen Zentralisierungs- und Peripherisierungsprozesse ableiten: Um als Standort global wettbewerbsfähig zu sein und um sich in den Weltmarkt nachhaltig integrieren zu können, müssen Regionen günstige Bedingungen vor allem für innovative Unternehmen der Wissensökonomie bieten („innovative Region“). Dies betrifft beispielsweise das Ausbildungsniveau der Arbeitskräfte, öffentliche sowie private Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, aber auch ein innovatives Umfeld mit institutionalisierten Formen wie auch informellen Möglichkeiten der Kooperation und des Lernens, in welches die Wirtschaftsakteure nicht nur funktional sondern auch sozio-kulturell eingebettet sind („embeddednes“) (vgl. Chilla, Kühne & Neufeld 2016, 184). Ergänzt wird dies durch eine gute infrastrukturelle und technologische Ausstattung. Regionen welche diese Voraussetzungen nicht bieten können, droht eine Abkoppelung aus der überregionalen wirtschaftlichen Dynamik und damit auch die Gefahr einer Peripherisierung (vgl. Kap. 2.1.2).

Nun kann in Bezug auf die oben diskutierten theoretischen Argumente angenommen, also auch unter Rückgriff auf empirische Untersuchungen bestätigt werden (vgl. Stein & Kujath 2013), dass vor allem Agglomerationsräume auf die Unternehmen der Wissensökonomie anziehend wirken. Ausgehend davon gilt es jedoch einen näheren Blick auf die städtischen Räume zu werfen, da nicht angenommen werden kann, dass alle Städte quasi „automatisch“ Zentren der Wissensökonomie darstellen. Vielmehr ist davon auszugehen, dass räumlich selektiv nur bestimmte Städte, wie z.B. jene, die Universitäts- oder Fachhochschulstandorte sind, oder jene, die durch ihre Größe und funktionale Diversität als Metropolen ausreichend Urbanisationsvorteile generieren können („Metropolisierung“, vgl. Kap. 2.2.1), profitieren. In einem Städtesystem können deshalb Städte in die globale Wissensökonomie integriert sein, während gleichzeitig andere städtische Räume aufgrund von Standortnachteilen abgekoppelt werden. Auch scheint es möglich, dass in räumlich peripherer Lage sich kleinräumig Zentren der Wissensökonomie, ausgehend von einzelnen innovativen KMUs oder sog. „Hidden Champions“ (vgl. Ermann, Lang und Megerle 2011), bilden. Peripherisierungs- und Zentralisierungsprozesse stehen demnach fundamental mit der räumlichen Dynamik wissensintensiver ökonomischer Aktivitäten, v.a. im Dienstleistungs- und Technologiebereich, in Beziehung. Auf einer interregionalen Ebene kann angenommen werden, dass nicht alle steirischen Stadtregionen in gleichem Ausmaß von der Dynamik der Wissensökonomie, vor allem im Hinblick auf Beschäftigungszuwächse, geprägt sind und dass sich demnach interregionale Peripherisierungs- und Zentralisierungsprozesse, in Form von ökonomischer Abkoppelung einerseits und ökonomischer Integration andererseits, feststellen lassen. Aber auch auf intraregionalen Ebene können sich durch den Wandel hin zu einer Wissensökonomie Veränderungen von Zentrum und Peripheriestrukturen ergeben, was ebenfalls in dieser Arbeit näher untersucht werden soll.

So wird der Übergang von einer Phase der Suburbanisierung zu einer Phase der Reurbanisierung innerhalb von Stadtregionen (vgl. Kap. 2.2.3) häufig mit dem Strukturwandel hin zu einer Wissensökonomie in Zusammenhang gebracht (vgl. Gans 2017, 323; Gans 2015, 24f; Growe & Münter 2010, 57ff). Unternehmen der Wissensökonomie, speziell jene der Kultur- und Kreativwirtschaft, bewerten nicht nur allgemein den städtischen Raum, sondern speziell auch die Kernstadt als Standort günstiger als die suburbanen Gebiete oder die Außenzone (vgl. z.B. Siebel 2015, Gornig & Mundelius 2012, Brake 2012). Vor allem in den Kernen der Stadtregionen entsteht ein „urbanes“ bzw. „kreatives Milieu“, welches für die jungen und hochqualifizierten Akteure der Wissensökonomie attraktiv ist und Kreativität sowie Innovation begünstigt. Auch die gute Erreichbarkeit sowie ein verbessertes Image begünstigen eine „Renaissance des Arbeitens in den Städten“ (Growe & Münter 2010, 57) und eine zunehmende Verlagerung von Arbeitsplätzen, vor allem im Bereich der unternehmensorientierten Dienstleistungen, in die Kernstadt.

Es gilt demnach auch auf einer intraregionalen Ebene der Frage nachzugehen, wie Reurbanisierung und Suburbanisierung mit wissensintensiven ökonomischen Aktivitäten in Beziehung stehen und welches räumliche Muster von Zentrum und Peripherie sich in den Stadtregionen der Steiermark zeigt. Während in der Phase der Suburbanisierung die Kernstädte eine Peripherisierung und konkret auch eine ökonomische „Abkoppelung“ erfahren haben, mitverursacht vor allem durch Deindustrialisierungsprozesse, so ist in einer Phase der Reurbanisierung umgekehrt von einer (ökonomischen) Zentralisierung der Kernstadt auszugehen, die ihre Ursachen im Strukturwandel hin zur Wissensökonomie und in der Zunahme der Beschäftigten in wissensintensiven Dienstleistungen zeigt. Ob dies so für die Steiermark zutrifft, wird in dieser Arbeit untersucht.

2.4.2 Gesellschaft: Demographischer Wandel

Die Raumentwicklung auf unterschiedlichen räumlichen Maßstabebenen wird durch das demographische Prozessgeschehen entscheidend beeinflusst. Die demographische Dimension von Peripherisierungs- und Zentralisierungsprozessen, welche sich vor allem über Abwanderung von Bevölkerung auf der einen, und von Zuwanderung der Bevölkerung auf der anderen Seite, also über demographische Schrumpfung hier und demographisches Wachstum dort zeigt, bildet einen zentralen Schwerpunkt der vorliegenden Arbeit. Daher wird im Folgenden näher auf die Hintergründe und Ausprägungen gegenwärtiger demographischer Entwicklungen eingegangen und es werden die resultierenden Konsequenzen für stadtrregionale Prozesse der Zentralisierung und Peripherisierung in Zusammenhang mit Suburbanisierung und Reurbanisierung erörtert.

In der Stadt- und Regionalentwicklung nimmt die Diskussion um den „Demographischen Wandel“ und um seine räumlich differenzierten Ausprägungen und Auswirkungen in den letzten Jahren einen zentralen Stellenwert ein (vgl. Chilla, Kühne & Neufeld 2016, 207ff). Mit „Demographischer Wandel“, in Anlehnung an die von van de Kaa (1987) entwickelten theoretischen Grundargumente auch als „*second demographic transition*“ umschrieben, wird ein Makrotrend bezeichnet, der in den europäischen Ländern auf einen Ende der 1970iger Jahren einsetzenden, grundlegenden gesellschaftlichen Wertewandel in Verbindung mit Säkularisierungstendenzen zurückzuführen ist. Mit steigendem materiellem Wohlstand änderten sich die Bedürfnisse und die kulturellen Wertvorstellungen der Gesellschaft; ebenso wandelte sich der Einfluss sozialer

Institutionen. Selbstverwirklichung, Autonomie und Individualität wurden wichtiger und veränderten so beispielsweise die gesellschaftliche Rolle der Frau, die (sozial akzeptierten) Formen von Partnerschaft und die individuelle Ausgestaltung von Lebensentwürfen und Lebensstilen. Dies schlug sich rasch in einer unter das Bestanderhaltungsniveau sinkenden Geburtenrate wider, die natürliche Bevölkerungsentwicklung führte, ohne Berücksichtigung von Zuwanderung, in vielen Staaten, so auch in Österreich, zu einer Bevölkerungsabnahme. Ausgelöst durch diese sozialen Wandlungsprozesse und den Rückgang der Fertilität ergaben sich weitere demographische Änderungen in den europäischen Gesellschaften (vgl. Gans & Leibert 2007), welche meist mit den Schlagwörtern einer „weniger, grauer, vereinzelter und bunter“ werdenden Bevölkerung umrissen werden. Von besonderer Bedeutung ist hierbei, dass diese grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen in einer räumlichen Differenzierung auftreten. Einzelne Städte und Regionen, oder auch einzelne Stadtviertel und -quartiere, sind in unterschiedlichem Ausmaß von den demographischen Wandlungsprozessen betroffen. Dies gilt auch für Österreich, wo das „weniger, grauer, vereinzelter und bunter“ Werden der Bevölkerung in den letzten Jahren zu zunehmenden regionalen Disparitäten auf unterschiedlichen Maßstabsebenen beigetragen hat (vgl. Mayerhofer 2014, ÖROK 2015, 39).

Mit dem Schlagwort „weniger“ wird grundsätzlich die Abnahme der Bevölkerungszahl aufgrund der über längere Zeiträume negativen natürlichen Bevölkerungsentwicklung angesprochen. In Österreich sank die Gesamtfertilitätsrate (TFR) nach dem Baby-Boom in den 1960iger Jahren von über 2,8 Kinder pro Frau (1961) auf durchschnittlich 1,4 Kinder in den 1990iger Jahren und im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts ab und lag damit deutlich unter dem Bestanderhaltungsniveau (2,1 Kinder pro Frau). In den letzten Jahren konnte jedoch wieder ein leichter Anstieg der Geburten verzeichnet werden, 2016 lag die Gesamtfertilitätsrate bei 1,53 Kindern pro Frau und es wurde auch eine positive Geburtenbilanz verzeichnet. Das langfristige zahlenmäßige „weniger werden“ aufgrund einer geringen Fertilität bedingt in weiterer Folge zwangsläufig ein „Ergrauen“, d.h. eine Alterung der Bevölkerung, da der Anteil jüngerer Menschen immer weiter abnimmt und so die Bevölkerung insgesamt „altert“. Dies wird als (kollektive) „Alterung von unten“ bezeichnet, während der Anstieg der individuellen Lebenserwartung aufgrund des medizinischen Fortschritts zusätzlich zu einer (individuellen) „Alterung von oben“ führt. In Österreich stieg die Lebenserwartung der Bevölkerung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts deutlich. Männer können bei einer Geburt im Jahr 2016 mit einer Lebenserwartung von ca. 79 Jahren rechnen, für Frauen liegt der Wert bei knapp 84 Jahren. Der anhaltende Zuwachs an Lebenserwartung trägt in weiterer Folge auch zu einer „Singularisierung“ oder „Vereinzlung“ der Gesellschaft bei, da im hohen Alter, nach dem Tod des Partners oder der Partnerin, mehr Personen alleine leben. Die Zahl der Singlehaushalte nimmt parallel ebenso auch in den jüngeren Altersklassen zu, was auf einen soziokulturellen Wertewandel und einen Wandel der Lebensstile („Individualisierung“) und der daraus abgeleiteten Veränderungen der Haushalts- und Familienstrukturen zurückzuführen ist. So bedingen längere Ausbildungszeiten, ein ansteigendes Erstheiratsalter, hohe Scheidungsraten sowie das vermehrte Auftreten von (nicht-ehelichen) Partnerschaftsformen jenseits der klassischen Kernfamilie eine immer weiter steigende Anzahl an Singlehaushalten. Der Wandel in den Haushalts- und Familienformen beeinflusst dabei auch die

Wohnstandortpräferenzen der Bevölkerung (vgl. Siebel 2015, 161ff): Die steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen führt beispielsweise dazu, dass die Frage nach der Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen, Versorgungseinrichtungen etc. wichtiger wird. Wohnstandorte in peripherer Lage mit langen Pendeldistanzen verlieren damit an Attraktivität; Wohnen in der Innenstadt gewinnt hingegen an Bedeutung. Auch der steigende Anteil von Alleinerziehenden bedingt eine vermehrte Nachfrage nach gut erschlossenen und ausgestatteten, zentralen Wohnstandorten. Die klassischen suburbanen Einfamilienhausgebiete erschweren hier vielfach, z.B. durch fehlende Betreuungseinrichtungen und aufgrund der Abhängigkeit vom MIV, die Organisation des Alltags. Eine leistungsfähige „Stadtmaschine“ bietet hier meist ein umfassenderes Angebot (vgl. Siebel 2015, 167ff). Die Pluralisierung an Lebensstilen, Haushaltsformen und Biographiemustern im Zuge eines umfassenden sozio-demographischen Wandels kann demnach als ein zentraler Faktor in der Erklärung des Wandels von Suburbanisierung hin zu Prozessen einer Reurbanisierung aufgefasst werden (vgl. Gans 2017, 323).

Mit dem Rückgang der Bevölkerung (Fertilität unter dem Bestandserhaltungsniveau), mit der Alterung der Bevölkerung (Anstieg der Lebenserwartung) sowie mit dem Trend zu einer „Singularisierung“ der Bevölkerung (Zunahme der Singlehaushalte, Veränderung der Haushalts- und Familienformen) sind drei zentrale Elemente und Prozesse des demographischen Wandels ausgemacht, die sich auch in Österreich klar identifizieren lassen. Von besonderer Bedeutung für die gegenwärtige wie zukünftige demographische Entwicklung von einzelnen Städten und Regionen ist jedoch speziell das *Wanderungsgeschehen* (vgl. Mayerhofer 2014, 90), da Bevölkerungsbewegungen in Form von Wanderungen zu erheblichen Effekten auf die regionale Bevölkerungsstruktur, sowohl am Herkunfts- also auch am Zielort, führen (v.a. in Bezug auf Alters- und Haushaltsstrukturen). So können Wanderungsgewinne Prozesse der Schrumpfung und der Alterung in einer Raumeinheit verlangsamen oder gar umkehren; Wanderungsverluste in einer Region hingegen können auf diese Prozesse verstärkend wirken. Mayerhofer (2014, 91) spricht diesbezüglich von einer möglichen „...Spaltung in demographische ‚Gewinner‘ und ‚Verlierer‘ auf Regionsebene, wobei die Trennlinie [...] zunehmend nach dem Zentrum-Peripherie Muster verläuft“.

In Österreich hat der positive Wanderungssaldo mit dem Ausland (*Außenwanderung*) trotz sinkender Geburtenzahlen in der österreichischen Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten zu einem dauerhaft stabilen Wachstum geführt (ÖROK 2015, 39). Österreich ist zu einem Zuwanderungsland innerhalb Europas geworden; der Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung hat sich dementsprechend erhöht, die Bevölkerung wurde „bunter“. 2014 stammten 42,6% der ausländischen Bevölkerung aus Ländern der Europäischen Union, 38,2% aus Ex-Jugoslawien (inkl. Kroatien) und der Türkei, und 19,2% aus anderen Drittstaaten (ÖROK 2015, 39). Zu beachten ist, dass sich die internationalen Wanderungsgewinne vor allem auf die größeren Städte, allen voran Wien, und deren Umland als Zielgebiete konzentrieren (Mayerhofer 2014, 90). Der Rückgang der Bevölkerung wird in den Ballungs- und Zentralräumen durch Zuwanderung in ein demographisches Wachstum umgedreht (ÖROK 2015, 40f), Außenwanderungsgewinne sind somit auch als Treiber von Reurbanisierungsprozessen anzusehen (vgl. Gans 2017, 324f).

Dieses räumlich konzentrierte Wachstum in den Städten wird weiters durch parallel zur Außenwanderung ablaufende Prozesse der *Binnenwanderung* beeinflusst (vgl. für einen Überblick über die gegenwärtige Struktur der Binnenwanderungen in Österreich auf Basis der Urban

Rural-Typologie: Statistik Austria 2018). Vor allem der Arbeitsmarkt sowie ein großes und diversifiziertes Angebot an Gütern und Dienstleistungen (v.a. im Bildungs- und Freizeitbereich) wirken als Pull-Faktoren in regionale und überregionale städtische Zentren sowie in die Großstädte (inkl. Wien) (ÖROK 2015, 42f). Vor allem junge Menschen am Beginn oder am Ende der Ausbildungsphase wandern innerhalb Österreichs, was die regionalen Differenzierungen der Altersstrukturen wie auch der Haushaltsformen weiter verstärkt. Der Rückgang der „klassischen“ Kernfamilien, wie er oben beschrieben wurde, bedingt weiters, dass die Nachfrage nach Wohnraum am Stadtrand abnimmt und in Folge sich auch der Umfang (stadtregioal) Wanderungen von jungen Familien mit Kindern in die Einfamilienhausgebiete und suburbanen Vororte reduziert. Kinderlose Paare oder Singles präferieren meist urbane, innerstädtische Wohnquartiere in den Kernstädten, wodurch sich die Binnenwanderungsströme in Richtung der größeren Städte, bedingt durch Änderungen der Präferenzen in der Wohnstandortwahl, weiter verstärken („Renaissance“ des urbanen Wohnens). Suburbanisierungsprozesse mit dominierenden Wanderungsströmen aus der Kernstadt oder aus dem ländlichen Raum in das nahe Stadtumland und an den Stadtrand schwächen sich mehr und mehr ab, die Zahl der inter- und intraregionalen Wanderungsfälle in Richtung der Stadtzentren nehmen zu. Diese These der Reurbanisierung wird in der Arbeit noch (empirisch) näher behandelt werden (vgl. Kap. 4 und 5).

Auswirkungen des (internationalen wie nationalen) Wanderungsgeschehens, sowie das Bevölkerungswachstum auf regionaler Ebene, hat Mayerhofer (2014) auf Basis einer Cluster-Klassifizierung der österreichischen Bezirke nach wirtschaftsstrukturellen Merkmalen näher untersucht. Dabei wurde deutlich, dass sowohl im Zeitraum von 1961 bis 1991, als auch von 1991 bis 2010, die Bevölkerungsdynamik in humankapitalintensiven Regionen (Metropole (Wien), Großstädte, Umlandregionen und Mittelstädte) sowie in sachkapitalintensiven Regionen (intensiv geprägt durch Industrie und Tourismus) insgesamt größer war als in den ländlichen Regionen Österreichs (Mayerhofer 2014, 91f). Für die vorliegende Arbeit interessant ist vor allem die Beobachtung, dass von 1961 bis 1991 die sachkapitalintensiven Regionen, primär aufgrund der Zuwanderung von sog. „Gastarbeitern“ aus dem Ausland, stärker wuchsen als die humankapitalintensiven Regionen. Im Zeitraum von 1991 bis 2010 kehrte sich dies jedoch um (ebd., 91). Innerhalb der humankapitalintensiven Regionen wuchs das Umland und teils auch die Mittelstädte von 1961 bis 1991 sehr stark, während das Wachstum in den Großstädten und vor allem in Wien sehr unterdurchschnittlich verlief. Dies kann als ein deutliches Anzeichen für erhebliche Suburbanisierungsprozesse in dieser Zeit interpretiert werden (ebd., 91). Seit 1991 reduzierte sich jedoch das Wachstum der Umlandregionen deutlich und vor allem Wien konnte durch Zuwanderungsgewinne ein deutliches Bevölkerungswachstum verzeichnen. Die Prognosen für die Entwicklung der Bevölkerung bis 2030 (vgl. ÖROK-Prognosen 2014) zeigen, dass das stärkste Wachstum eindeutig in den humankapitalintensiven Regionen zu erwarten ist und dass das Muster von Wachstum und Rückgang der Bevölkerung in Österreich primär durch das Wanderungsgeschehen geprägt wird (ebd., 93). Dies bedingt in weiterer Folge auch eine relativ „jüngere“ Bevölkerung in den humankapitalintensiven Regionen und mittelfristig einen, v.a. im Vergleich mit den „überalterten“ ländlichen Räumen, noch hohen Anteil an Personen im erwerbsfähigen Alter

(ebd., 93). Mayerhofer (2014, 93) schließt daraus auf „...eine erhebliche Ausweitung demographischer Entwicklungsunterschiede nach dem Zentrum-Peripherie-Muster“ in Österreich und spricht von „...Disparitäten [die] kleinräumig durchaus erheblich sein werden“.

In der vorliegenden Arbeit werden diese demographischen Entwicklungen und die aus ihnen resultierenden Disparitäten detaillierter auf einer stadtreionalen Ebene betrachtet und dabei konzeptionell in die dialektische Dynamik von (interregionaler) räumlicher Peripherisierung und Zentralisierung, sowie in die Dynamik von (intraregionaler) Sub- und Reurbanisierung, eingebunden. Demographische Wandlungsprozesse, wie sie in diesem Kapitel beschrieben wurden, beeinflussen in erheblichem Maße die Entstehung von Peripherien und Zentren, wobei vor allem die Dynamik von Zu- und Abwanderung von entscheidender Relevanz ist (vgl. Kap. 4 und 5). Wichtig ist es jedoch auch, die demographischen Entwicklungen nicht isoliert zu betrachten, sondern sie immer im Kontext mit weiteren Dimensionen (v.a. Ökonomie, Politik) von Peripherisierungs- und Zentralisierungsprozessen zu sehen. Nur dadurch kann auch eine Erklärung von beobachtbaren Phänomenen vorgenommen werden. So zeigt der skizzierte demographische Wandel beispielsweise weitreichende Auswirkungen auf die regionalökonomische Entwicklung von Städten und Regionen. Durch Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung ändert sich regional das Angebot an Arbeitskräften (Quantität des Humankapitals) und auch die Arbeitsproduktivität (Qualität des Humankapitals), wenn ältere Arbeitnehmer_innen weniger produktiv und innovativ sind. Weiters wird auch die Sparquote durch die Alterung der Bevölkerung reduziert und auch die Konsumstruktur ändert sich (ebd., 95ff). All dies beeinflusst die regionale Wirtschaftsentwicklung negativ, begünstigt in weiterer Folge die Abwanderung der Bevölkerung und damit verschärfend auch die Alterung und bedingt somit schließlich umfangreiche Peripherisierungsprozesse. Das Zusammenwirken von demographischen und ökonomischen Faktoren wird nach Mayerhofer (2014, 98-101) auch in Österreich zu einer Polarisierung der Raumstruktur führen, vor allem da sich das Erwerbspotential, also die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter, regional stark in begünstigte Regionen und abgehängte Räume ausdifferenzieren wird.

3 Methodik

Das folgende Kapitel behandelt die angewandte Methodik zur Beantwortung der dieser Arbeit zugrundeliegenden Forschungsfragen. Dies beinhaltet eine Auseinandersetzung mit den Untersuchungsregionen, vor allem in Bezug auf die Frage nach der Methodik der Abgrenzung der Stadtregionen in Österreich allgemein und speziell in der Steiermark auf Basis der Urban-Rural Typologie, sowie in Bezug auf die Definition der Raumtypen Kernstadt, Urbane Zone und Außenzone (Kap. 3.1). Weiters erfolgt eine Darstellung der Operationalisierung der Dimensionen von Peripherisierung und Zentralisierung (Kap. 3.2) und es werden die Datengrundlagen und Analyseschritte im Rahmen der quantitativen Raumstrukturanalyse kurz dargelegt (Kap. 3.3). Ebenso wird die Auswahl von zwei Stadtregionen als Fallbeispiele (Kap. 3.4) näher erörtert. Schließlich erfolgt eine Erläuterung des qualitativen methodischen Zugangs in Form von Experteninterviews (Kap. 3.5).

3.1 Räumliche Abgrenzung der Untersuchungsregionen

Im folgenden Kapitel steht die Abgrenzung des Untersuchungsraumes und damit die Frage nach der (räumlichen) Definition von Stadtregionen im Mittelpunkt. In Kap. 3.1.1 werden hierzu bestehende Ansätze der Stadtregionsabgrenzung in Österreich diskutiert. Ausführlich wird dabei auf die Urban-Rural Typologie eingegangen, welche die Grundlage für die in dieser Arbeit vorgenommene Ausweisung von Stadtregionen in der Steiermark bildet. Die acht steirischen Stadtregionen werden anschließend in Kap. 3.1.2 näher vorgestellt, wobei auch näher auf die räumlichen Betrachtungsperspektiven eingegangen wird.

3.1.1 Abgrenzung von Stadtregionen in Österreich: Urban-Rural Typologie (2016)

Abgrenzungen von Stadtregionen in Österreich wurden 1971, 1981, 1991 und 2001, auf Basis der jeweiligen Volkszählungsdaten von der Statistik Austria vorgenommen. Eine mit der Abgrenzung von 2001 eng verknüpfte und darauf aufbauende Definition von Stadtregionen findet sich auch in der ÖROK Studie „Räumliche Entwicklungen in österreichischen Stadtregionen“ (ÖROK 2009, vgl. S. 53f). Im Mittelpunkt der österreichischen Definition einer Stadtregion stehen zwei räumliche Zonen: eine dicht besiedelte *Kernzone* oder ein *Agglomerationsraum* (2009), sowie eine *Außenzone*, die über intensive Pendlerverflechtungen mit der Kernzone funktional verbunden ist (Wonka & Laburda 2010, 1108). Stadtregionen werden damit allgemein als „Funktionale räumliche Einheiten, die sich aus dem städtisch verdichteten Agglomerationsraum und der diesem zugeordneten Außenzone zusammensetzen“, (ÖROK 2009, 54) definiert¹. Bei der Stadtregionsabgrenzung im Jahr 2001 wurde die Abgrenzung neu konzeptualisiert (vgl. hierzu Giffinger, Kalasek & Wonka 2006, ÖROK 2009): Die *Kernzone* wird auf einer rasterbasierten Basis (500m Rasterzellen) bestimmt, wobei als Indikatoren Zahl und Dichte der Einwohner_innen sowie der Beschäftigten herangezogen werden. Eine Kernzone wird als ein zusammenhängendes

¹ An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass eine administrativ-politische und damit institutionalisierte Abgrenzung bzw. Definition von Stadtregionen in Österreich, im Unterschied zu beispielsweise Deutschland (Metropolregionen), nicht existiert. Bestrebungen zur einer aktiven Stadtregionspolitik und zu einer verstärkten Etablierung stadtreionaler Kooperationen sind jedoch zu verzeichnen (vgl. hierzu z.B. ÖROK 2016, oder <https://www.stadtregionen.at>)

Gebiet von mehreren Rasterzellen mit einer kombinierten Einwohner-/Beschäftigtendichte von mehr als 250/km² sowie einer kombinierten Einwohner-/Arbeitsplatzzahl von mindestens 20.000 definiert. In der Kernzone kann weiters ein hochverdichtetes Zentrum ausgemacht werden, wenn in mindestens acht zusammenhängenden Rasterzellen (2 km²) jeweils ein Dichtewerte von 2.500/km² erreicht wird. Die auf Basis von Rasterzellen abgegrenzte verdichtete Kernzone wird daran anschließend auf Gemeindegrenzen erweitert (Wonka & Laburda 2010, 1110). In der Abgrenzung im Rahmen der ÖROK-Studie 2009 wurde die Kernzone als *Agglomerationsraum* bezeichnet, welcher sich aus *Kernsiedlungsgebiet* (rasterbasiert) und einem *Ergänzungsgebiet* (auf Basis der Gemeindegrenzen) zusammensetzt (vgl. ÖROK 2009, 54f). Die *Außenzone* (= Umlandzone im Modell nach Boustedt (vgl. Kap. 2.2.2)) umfasst Gemeinden, von denen aus mehr Erwerbstätige in die Kernzone auspendeln, als in der Gemeinde arbeiten (Nichtpendler und Binnenpendler in der Gemeinde). Insgesamt muss dabei die Zahl von 50 Tagespendlern in die Kernzone überschritten werden. Zusätzlich müssen mehr als 30% der Erwerbstätigen, gemessen an der Gesamtzahl der in der Gemeinde wohnhaften Erwerbstätigen, auspendeln (Wonka & Laburda 2010, 1114). Auf Basis dieser Vorgehensweise und der gewählten Schwellenwerte wurden bei der Bestimmung von Kernzone und Außenzone im Rahmen der Stadtregionsabgrenzung 2001 österreichweit 34 Stadtregionen definiert, in welchen mehr als zwei Drittel (64%) der damaligen Gesamtbevölkerung lebten (Fassmann 2009, 59; Wonka & Laburda 2010, 1115ff). Differenziert wurden hierbei neben der Stadtregion Wien sechs Großstadtregionen, neun Mittelstadtregionen und 18 Kleinstadtregionen. In der ÖROK-Studie (ÖROK 2009) werden aufgrund leicht veränderter Schwellenwerte insgesamt 38 Stadtregionen mit in Summe 964 Gemeinden in Österreich ausgewiesen. 2009 lebten 69% der Bevölkerung in einer Stadtregion, 50% in Agglomerationsräumen und 14% in der Außenzone. Auch waren 77,5% der Beschäftigten in den Stadtregionen konzentriert (vgl. ÖROK 2009, 55f)².

In dieser Arbeit wird auf die von der Statistik Austria 2016 erstellten *Urban-Rural Typologie* (Statistik Austria 2016) zurückgegriffen, welche die Stadtregionsabgrenzung von 2001 (bzw. 2009) weiterführt und sie um eine Klassifikation aller Gemeinden Österreichs in einzelne Raumtypen ergänzt. Ziel der statistischen Typisierung ist eine Gliederung des Stadt-Land Kontinuums mit Hilfe von strukturellen wie funktionalen Merkmalen (vgl. Kap. 2.2.2) (Statistik Austria 2016, 2).

Welche Klassen oder Raumtypen werden hierbei differenziert? Grundsätzlich erfolgt eine Typisierung der Gemeinden in die Klassen „Städtisch/Urban“ und „Ländlich/Rural“. Alle Gemeinden, die in die Klasse „Städtisch/Urban“ fallen, sind Teil einer Stadtregion (Bezeichnung: SR 100). Innerhalb der Klasse wird noch zwischen *Urbanen Großzentren* (101), *Urbanen Mittelzentren* (102) und *Urbanen Kleinzentren* (101) unterschieden. Die Kategorie „Ländlich/Rural“ unterteilt sich in „Regionale Zentren“ (RZ 200), in den Typus „Ländlicher Raum im Umland von Zentren“

² Da die Stadtregionen in Österreich keine eigenständige administrative Ebene darstellen, sind auch aktuelle Vergleichsdaten weitestgehend nicht vorhanden (vgl. Kap. 2.2). Auf Basis der Abgrenzung der Stadtregionen durch die Statistik Austria werden jedoch einige Daten im Rahmen der jährlich erscheinenden Berichte „Österreichs Städte in Zahlen“, die vom Österreichischen Städtebund und von der Statistik Austria herausgegeben werden, veröffentlicht (vgl. Österreichischer Städtebund 2016 und 2018, Statistik Austria 2014). Weiters finden sich aktuelle Daten auf der Plattform www.stadtregionen.at

(LR 300), sowie in den Typus „Ländlicher Raum“ (LR 400). Gemeinden der beiden letztgenannten Kategorien werden weiters in „Zentral“, „Intermediär“ und „Peripher“ differenziert. Von einer Gemeinde der Kategorie „Zentral“ kann eine Stadtregion (städtische Kernzone) innerhalb von 30 Minuten Fahrzeit im MIV erreicht werden. Vom Typ „Intermediär“ aus beträgt die Fahrzeit in eine Stadtregion mehr als 30 Minuten, jedoch kann ein Regionales Zentrum (RZ 200) in unter 20 Minuten erreicht werden. Bei einer „peripheren“ Gemeinde lässt sich mittels MIV keine Stadtregion unter 30 Minuten und kein Regionales Zentrum innerhalb von 20 Minuten Fahrzeit erreichen. Bei den Regionalen Zentren (RZ 200) wird eine Differenzierung zwischen „zentral“ und „intermediär“ vorgenommen. Als Kriterium wird hierbei die Erreichbarkeit einer städtischen Kernzone innerhalb von 30 Minuten Fahrzeit im MIV herangezogen. Ergänzt wird die Typisierung der Urban-Rural Typologie noch durch das Zusatzkriterium „Tourismus“. Alle angeführten Raumtypen können, bei überdurchschnittlicher Bedeutung des Tourismus (Nächtigungen), mit diesem Zusatzkriterium versehen werden (vgl. Statistik Austria 2016, 3).

Wie wurden die einzelnen Raumtypen, insbesondere jene der Klasse „Städtisch/Urban“, nun genau abgegrenzt? Welche Methodik der Klassifikation der einzelnen Gemeinden wurde angewandt? Unterschieden werden muss hier grundsätzlich zwischen der *rasterbasierten Abgrenzung* und der daran anschließenden *Gemeinde-Abgrenzung*. Die rasterbasierte Abgrenzung der Urbanen Zonen (Stadtregionen) Österreichs basiert auf einer Identifizierung verdichteter Siedlungsstrukturen (strukturelles Merkmal), wobei als Kriterium hier das sog. „Bevölkerungspotential“ herangezogen wird (vgl. zur Definition des „Bevölkerungspotentials“ Statistik Austria 2016, 5). In einem ersten Schritt werden auf Grundlage von 500m Rastern stark bevölkerte Kernzonen identifiziert, welche ein Bevölkerungspotential von größer oder gleich $300/\text{km}^2$ sowie insgesamt von 25.000 aufweisen. In einem zweiten Schritt, nach der Identifizierung der rasterbasierten Kernzone, wird anschließend das Vorhandensein eines hochverdichteten Zentrums überprüft. Hierfür müssen mindestens acht zusammenhängende Rasterzellen ein Bevölkerungspotential von $2.750/\text{km}^2$ aufweisen. Trifft dies zu, so handelt es sich um die Kernzone eines Urbanen Zentrums bzw. einer Stadtregion (SR 100). In einem dritten Schritt wird, falls kein hochverdichtetes Zentrum ausgemacht werden kann, geprüft, ob es Rasterzellen mit einem Bevölkerungspotential von mind. $300/\text{km}^2$ gibt, welche auch mindestens vier zusammenhängende Rasterzellen mit einem Bevölkerungspotential von mindestens $2.750/\text{km}^2$ aufweisen. Ist dies der Fall, so wird eine sog. potentielle Kernzone eines Regionalen Zentrums (RZ 200) ausgewiesen.

Im Anschluss an die rasterbasierte Abgrenzung von Kernzonen mit Hilfe des Strukturmerkmals des Bevölkerungspotentials wird eine Abgrenzung auf Ebene der Gemeinden vorgenommen. Die rasterbasierten Kernzonen werden auf das Gebiet einer Gemeinde ergänzt. Eine Gemeinde wird dabei dem Typ „Urbanes Zentrum/Stadtregion (SR 100) – Kernzone“ dann zugeordnet, wenn mind. 50% des Bevölkerungspotentials in einer rasterbasierten Kernzone liegen. Ist dies der Fall, so wird anschließend noch eine Unterteilung in Urbane Groß-, Mittel- und Kleinzentren vorgenommen: Ein Urbanes Großzentrum (UZ 101) hat mehr als 100.000 Einwohner_innen in der Kernzone (auf Ebene der Gemeinden), ein Urbanes Mittelzentrum (UZ 102) hat weniger als 100.000 aber mehr als 30.000 Einwohner_innen und ein Urbanes Kleinzentrum (UZ 103) hat insgesamt weniger als 30.000 Einwohner_innen. 116 Gemeinden wurden 2016 als Urbanes Groß-

zentrum klassifiziert, in welchen am 1.1.2015 3.471.595 Menschen lebten. Als Urbanes Mittelzentrum wurden 36 Gemeinden, als Urbanes Kleinzentrum 79 Gemeinden ausgewiesen. In der erstgenannten Kategorie lebten 2015 475.452 Einwohner_innen, in der zweitgenannten 535.523 Einwohner_innen (vgl. Statistik Austria 2016, 15). In Summe lebten damit 4.482.570 Menschen und damit etwas mehr als 52% der österreichischen Wohnbevölkerung 2015 in Gemeinden der Urbanen Zone und damit in einem als „städtisch/urban“ klassifiziertem Raum.

Mit der Ausweisung von dicht besiedelten Rasterzellen und ihrer Ausweitung auf einzelne Gemeinden ist erst ein Teil der Stadtregionen in Österreich bestimmt: die *Kernzone* oder die *Urbane Zone (SR 100: inkl. UZ 101, 102 und 103)*. Hier wird ein Strukturmerkmal (Bevölkerungsdichte) zur Abgrenzung herangezogen; die Typisierung erfolgt mit Hilfe von Schwellenwerten. Die zweite Zone der Stadtregionen, die *Außenzone*, wird hingegen über das funktionale Merkmal der Pendlerbeziehungen abgegrenzt. Die Gemeinden der Außenzone sind grundsätzlich der Klasse „Ländlich/Rural“ und dem Raumtyp „Ländlicher Raum im Umland von Zentren“ (LR 300) zugeordnet. Die Abgrenzung erfolgt nur auf Basis der Raumeinheit „Gemeinde“, eine rasterbasierte Abgrenzung wird nicht vorgenommen. Entscheidend für die Zuordnung einer Gemeinde zu diesem Raumtyp ist das Kriterium einer starken funktionalen Verflechtung mit einem Urbanen Zentrum bzw. einem Regionalen Zentrum, wobei zwei Indikatoren berücksichtigt werden, die auch bei der Definition der Außenzone im Rahmen der Stadtregionsabgrenzung 2001 Anwendung fanden (vgl. Statistik Austria 2016, 9f): Erstens müssen mehr Personen als Erwerbsspendler aus der Gemeinde auspendeln als in der Gemeinde, bzw. am Wohnort, arbeiten. Insgesamt müssen dabei mindestens 50 Pendler identifiziert werden können. Und zweitens muss der Anteil der Pendler in den Kernraum mehr als 30% der in der Gemeinde wohnhaften Erwerbstätigen betragen. Trifft dies zu, so wird die Gemeinde dem Raumtyp „Ländlicher Raum im Umland von Zentren“ (LR 300) zugeordnet, falls nicht, dem Typ „Ländlicher Raum“ (LR 400). Innerhalb der Kategorie LR 300 wird weiter differenziert in *zentrale* Ländliche Räume im Umland von Zentren (LR 310) (Erreichbarkeit eines Kernraumes in <30 Minuten Fahrzeit im MIV), in *intermediäre* Ländliche Räume im Umland von Zentren (LR 320) (Kernraum >30 Minuten Fahrzeit im MIV, Regionales Zentrum oder ausländisches Urbanes Cluster in <20 Minuten Fahrzeit im MIV erreichbar), sowie in *periphere* Ländliche Räume im Umland von Zentren (LR 330) (vgl. Statistik Austria 2016, 9f).

Zusammenfassend können Stadtregionen in Österreich, basierend auf Anwendung der Urban-Rural-Typologie der Statistik Austria (2016), auf Ebene der Gemeinden durch Bestimmung einer Kernzone/Urbane Zone (SR 100) und einer Außenzone (LR 300) abgegrenzt werden.

3.1.2 Die Stadtregionen (Urbanen Zentren) der Steiermark im Überblick

Auf Basis der in Kapitel 3.1.1 vorgestellten Abgrenzung von Stadtregionen mittels der Urban-Rural-Typologie lassen sich für die Steiermark insgesamt acht Stadtregionen ausweisen (vgl. Tab. 3). Als *Urbanes Großzentrum* (UZ 101) wird die Stadtregion Graz definiert, in welcher zu Jahresbeginn 2015 459.744 Menschen lebten. Es handelt sich hierbei, nach der Stadtregion Wien, um die zweitgrößte Stadtregion Österreichs. Die Kernzone umfasst insgesamt 13 Gemeinden, darunter auch die Stadt Graz, mit insgesamt 332.114 Einwohner (2015). In der Außenzone liegen 42 Gemeinden mit 127.630 Einwohner. Die zwei Stadtregionen der Obersteiermark,

Obersteiermark – Bruck an der Mur/Kapfenberg und Obersteiermark – Leoben, werden als *Urbane Mittelzentren* (UZ 102) eingestuft. Die erstgenannte Stadtregion umfasst zwei Gemeinden in der Kernzone und fünf Gemeinden in der Außenzone. Die Bevölkerungszahl lag 2015 bei insgesamt 51.795 Einwohner, wobei 38.992 Bewohner in der Kernzone lebten, 12.803 in der Außenzone. In der Stadtregion Leoben lebten 2015 31.188 Menschen in den vier Gemeinden der Kernzone und 18.518 Menschen in den fünf Gemeinden der Außenzone. Die restlichen fünf Stadtregionen der Steiermark werden als *Urbanes Kleinzentrum* (UZ 103) eingestuft da sie jeweils weniger als 30.000 Einwohner aufweisen: die Stadtregion Aichfeld-Murboden – Judenburg (3 Gemeinden, 18.950 Einwohner (2015)), die Stadtregion Aichfeld-Murboden – Knittelfeld (7 Gemeinden, 33.541 Einwohner (2015)), die Stadtregion Weiz (5 Gemeinden, 19.270 Einwohner (2015)), die Stadtregion Leibnitz (4 Gemeinden, 22.574 Einwohner (2015)), sowie die Stadtregion Weststeiermark – Voitsberg (7 Gemeinden, 32.253 Einwohner (2015)).

Im Rahmen der 2009 von der ÖROK vorgenommenen Abgrenzung der Stadtregionen in Österreich (ÖROK 2009) (vgl. Kap. 2.2.2), wurden in der Steiermark insgesamt sechs Stadtregionen ausgewiesen. In der Abgrenzung auf Basis der Urban-Rural-Typologie, wie sie in dieser Arbeit Anwendung findet, werden für die Obersteiermark zwei getrennte Stadtregionen definiert (Leoben und Bruck/Mur-Kapfenberg). Beide zusammen ergeben die Stadtregion Bruck an der Mur/Leoben aus der ÖROK-Abgrenzung von 2009. Auch die Stadtregion Knittelfeld wird in der vorliegenden Arbeit geteilt (in Aichfeld-Murboden – Judenburg und in Aichfeld-Murboden – Knittelfeld). Daraus ergeben sich die insgesamt acht Stadtregionen. Zu beachten ist somit, dass sich die Abgrenzungen von 2009 und 2016 teilweise unterscheiden. Auch wenn nur einzelne Gemeinden anders zugeordnet wurden so ist die Abgrenzung auf Basis der hier verwendeten Urban-Rural Typologie 2016 nicht deckungsgleich mit jener aus dem Jahr 2009 und auch nicht mit früheren Abgrenzungen (vgl. Kap. 3.1.1).

In der Untersuchung der ÖROK im Jahr 2009 wurde auch eine Typisierung der österreichischen Stadtregionen vorgenommen, wobei die Merkmale „Größe der Stadtregion“, „Wirtschaftsstruktur“ und „Einbettung in das Siedlungssystem“ herangezogen wurden (vgl. ÖROK 2009, 56ff). In der Steiermark konnten dabei vier unterschiedliche Typen ausgemacht werden (vgl. ÖROK 2009, 59): Die Stadtregion Graz wurde als „Größere Mittelstadtregion mit hohem Anteil urbaner Dienstleistungen“ typisiert. Die „urbanen Dienstleistungen“ erreichen hier einen Beschäftigungsanteil von über 20%, die Wohnbevölkerung in der Kernstadt liegt zwischen 75.000 und 250.000 Einwohner und in der gesamten Stadtregion zw. 150.000 und 500.000 Einwohner. Die Stadtregion Weiz wurde als „Industriell geprägte Kleinstadtregion in der Nähe von Großstadtregionen“ ausgewiesen. Hier liegt der Beschäftigtenanteil in der Industrie über 30%, jener in den Urbanen Dienstleistungen unter 13%. Die beiden Stadtregionen Leibnitz und Voitsberg wurden 2009 als „Diversifizierte Kleinstadtregion in singulärer Lage“ klassifiziert, ohne einen regionalen Schwerpunkt in der Wirtschaftsstruktur. Die Gesamteinwohnerzahlen beider Stadtregion liegen jeweils unter 50.000 Einwohner. Die beiden 2009 definierten Stadtregionen der Obersteiermark (Knittelfeld und Bruck an der Mur/Leoben) konnten als „Industriell geprägte Klein- und Mittelstadtregion im Siedlungsverband“ typisiert werden. Auch hier ist demnach die Industrie von be-

sonderer Bedeutung. Auf diese Typisierung wird im empirischen Teil der Arbeit noch Bezug genommen werden. Auch wenn sich die Indikatorwerte der Typisierung verändert haben, so ist die grundlegende strukturelle Charakteristik der einzelnen Stadtregionstypen nach wie vor gegeben.

Die vorgenommene Untersuchung von Prozessen der Peripherisierung und Zentralisierung zwischen und in den steirischen Stadtregionen erfolgt primär auf Ebene einzelner Gemeinden³. Sie bilden die grundlegendste Einheit für eine quantitativ ausgerichtete Raumstrukturanalyse, was vor allem auf die Verfügbarkeit des verwendeten statistischen Datenmaterials zurück zu führen ist. Dieses wird von der amtlichen Statistik in Österreich auf Ebene der 2.100 Gemeinden (Gebietsstand 2015) erhoben. Die einzelnen Gemeinden werden in der Analyse dabei einerseits zu acht Stadtregionen zusammengefasst die die einzelnen *Teilräume* der Untersuchung bilden. Andererseits lassen sich die Gemeinden zu einzelnen *Raumtypen* (Kernstadt, Urbane Zone, Außenzone) zuordnen (vgl. Tab. 3). Für die vorliegende Untersuchung wurden hierbei aus der Urbanen Zone/Kernzone die einzelnen Kernstädte gesondert herausgelöst. Sie werden demnach als eigener Raumtyp betrachtet. Kriterien für die Auswahl einer Kernstadt aus den Gemeinden der Urbanen Zone/Kernzone war primär die Bevölkerungszahl (Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohner im Jahr 2015) und weiters die Funktion als regionales Verwaltungs- und Bezirkszentrum. Die Gemeinde Seiersberg-Pirka, welche 2015 auch über 10.000 aufwies, wird demnach nicht als Kernstadt gezählt. Die Gemeinde Kapfenberg in der Stadtregion Obersteiermark Bruck/Mur-Kapfenberg wird hingegen, aufgrund ihrer Bevölkerungszahl und der engen Verbindung zur Stadt Bruck an der Mur, als Kernstadt gezählt.

In der Steiermark können in Summe 97 Gemeinden einer der acht Stadtregionen zugeordnet werden, was 33% der Gesamtzahl der steirischen Gemeinden (287, Gebietsstand 2015) entspricht. 35 Gemeinden werden dabei der stadtreionalen Kernzone zugeordnet, 62 Gemeinden der stadtreionalen Außenzone. Von den 35 Gemeinden der Kernzone liegen 13 in einer Stadtregion die als Urbanes Großzentrum (UZ 101) (Graz) klassifiziert ist, was 7,8% aller Gemeinden Österreichs in dieser Kategorie entspricht. Sechs Gemeinden bilden Kernzonen in einem Urbanen Mittelzentrum (UZ 102) (Anteil 16,6%) und 16 Gemeinden in einem Urbanen Kleinzentrum (UZ 103) (Anteil 20,2%). Von den Gemeinden der Außenzone entsprechen 61 dem Raumtyp „Ländlicher Raum im Umland von Zentren, zentral“ (LR 310). Nur die Gemeinde Tragöß-Sankt Katharein wurde als „Ländlicher Raum im Umland von Zentren, peripher“ (LR 330) klassifiziert. In Österreich insgesamt fallen 485 Gemeinden in die Kategorie LR 310 und 36 Gemeinden in die Kategorie LR 330.

Die vorliegende Untersuchung betrachtet Zentralisierungs- und Peripherisierungsprozesse auf zwei räumlichen Maßstabsebenen: einerseits steht die *interregionale Ebene* zwischen den Stadtregionen im Fokus, andererseits die *intraregionale Ebene* innerhalb der Stadtregionen. Damit können sowohl Zentralisierungsprozesse (Stadtregionen als „Wachstumsmotoren“, „Metropolisierung“, vgl. Kap. 2.2.1) und Peripherisierungsprozesse (Stadtregionen in der „Abwärts-spirale“, „Innere Peripherien“, vgl. Kap. 2.2.1) innerhalb des Städtesystems der Steiermark untersucht werden, als auch die in den Stadtregionen ablaufenden Prozesse der Raumentwicklung,

³ In Bezug auf regionalpolitische Strategien und Maßnahmen, sowie Instrumente der überörtlichen Raumordnung, wird in Kapitel 6 auch die (stadt-)regionale Ebene sowie die Landesebene (Steiermark) in den Blick genommen

differenziert nach *Kernstadt*, *Urbane Zone/Kernzone* und *Außenzone*. Auch die Prozesse der Reurbanisierung und der Suburbanisierung lassen sich auf diesen beiden räumlichen Maßstabsebenen analysieren: In einer *interregionalen* Perspektive kann Reurbanisierung großräumig als ein demographischer und ökonomischer Konzentrationsprozess (relativ oder absolut) zugunsten der Stadtregionen einer bestimmten Raumeinheit, hier der Steiermark, verstanden werden (vgl. Siedentop 2008, 194). In einer *intra-regionalen* Perspektive kann Reurbanisierung als ein Konzentrations- oder Zentralisierungsprozess (relativ oder absolut) zugunsten der Kernstadt bzw. der Urbanen Zone/Kernzone der Stadtregion aufgefasst werden (vgl. Siedentop 2008, 194). Suburbanisierung ist hingegen auf intraregionaler Ebene als ein Prozess der De-Zentralisierung bzw. Dekonzentration zu verstehen. Als eine weitere Maßstabsebene wäre noch eine *intraurbane Ebene* zu nennen, welche allerdings in der vorliegenden Arbeit nicht behandelt wird (vgl. zu den räumlichen Maßstabsebenen und zu einer Analyse auf Basis dieser beispielsweise Osterhage 2010).

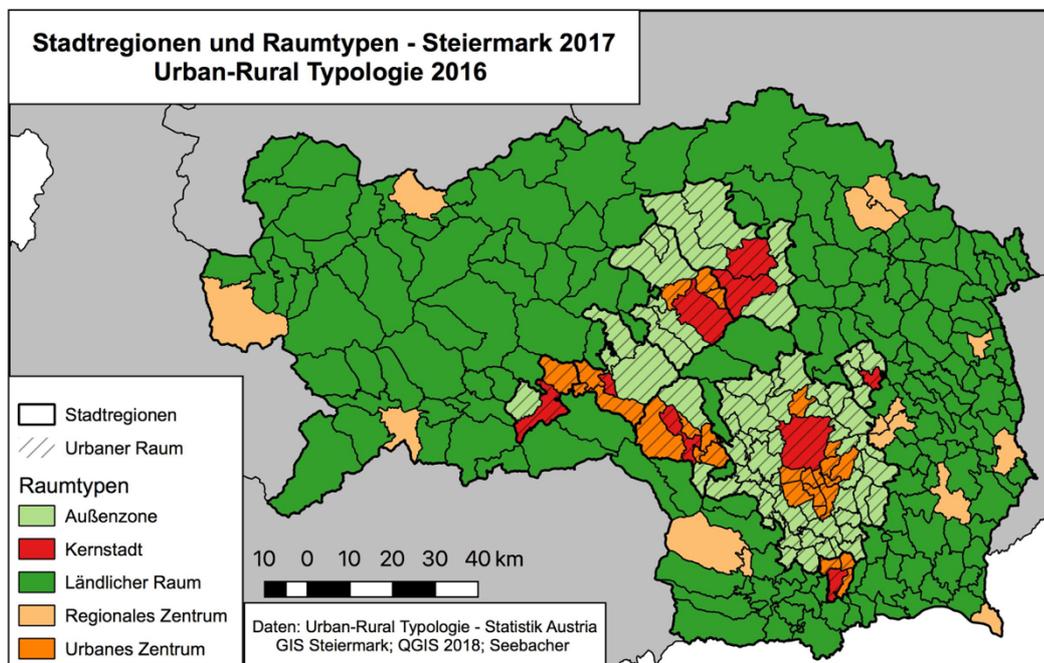


Abbildung 8: Stadtregionen (Teilräume) und Raumtypen in der Steiermark (eigene Abbildung).

Kapitel 3: Methodik

Urbanes Zentrum/Stadtregion	Urbanes Großzentrum Graz (UZ1002)	Urbanes Mittelzentrum Obersteiermark - Bruck an der Mur/Kapfenberg (UZ1015)	Urbanes Mittelzentrum Obersteiermark - Leoben (UZ1016)	Urbanes Kleinzentrum Aichfeld-Murboden - Judenburg (UZ1033)	Urbanes Kleinzentrum Aichfeld-Murboden - Knittelfeld (UZ1021)	Urbanes Kleinzentrum Weiz (UZ1043)	Urbanes Kleinzentrum Leibnitz (UZ1024)	Urbanes Kleinzentrum Weststeiermark - Voitsberg (UZ1018)
Kernstadt	Graz	Bruck an der Mur Kapfenberg	Leoben	Judenburg	Knittelfeld	Weiz	Leibnitz	Köflach
Urbanes Zentrum (ohne Kernstadt) / Kernzone	Feldkirchen bei Graz		Niklasdorf	Fohnsdorf	Zeltweg		Gralla	Rosental an der Kainach
	Gössendorf		Proleb		Großlobming (neu: Lobmingtal)		Tillmitsch	Voitsberg
	Hart bei Graz		Sankt Peter-Freienstein		Spielberg		Wagna	Bärnbach
	Hausmannstätten							Maria Lankowitz
	Kalsdorf bei Graz							
	Stattegg							
	Vasoldsberg							
	Werndorf							
	Fernitz-Mellach							
	Raaba-Grambach							
Seiersberg-Pirka								
Unterpremstätten-Zettling								
Außenzone	Lannach	Pernegg an der Mur	Sankt Michael in Obersteiermark	Sankt Peter ob Judenburg	Kobenz	Mitterdorf an der Raab		Sankt Martin am Wöllmißberg
	Preding	Sankt Lorenzen im Mürztal	Sankt Stefan ob Leoben		Sankt Marein-Feistritz	Mortantsch		Kainach bei Voitsberg
	Sankt Josef (Weststeiermark)	Sankt Marein im Mürztal	Traboch		Sankt Margarethen bei Knittelfeld	Naas		
	Wettmannstätten	Thörl	Vordernberg			Thannhausen		
	Gratkorn	Tragöß-Sankt Katharein	Trofaiach					
	Haselsdorf-Tobelbad							
	Kainbach bei Graz							
	Kumberg							
	Laßnitzhöhe							
	Lieboch							
	Peggau							
	Sankt Bartholomä							
	Sankt Oswald bei Plankenwarth							
	Sankt Radegund bei Graz							
	Semriach							
	Stiwoll							
	Thal							
	Weinitzen							
	Wundschuh							
	Deutschfeistritz							
	Dobl-Zwaring							
	Eggersdorf bei Graz							
	Gratwein-Straßengel							
	Hitzendorf							
	Nestelbach bei Graz							
	Sankt Marein bei Graz							
	Allerheiligen bei Wildon							
	Empersdorf							
	Hengsberg							
	Lang							
	Lebring-Sankt Margarethen							
	Ragnitz							
	Sankt Nikolai im Sausal							
Heiligenkreuz am Waasen								
Sankt Georgen an der Stiefing								
Wildon								
Ligist								
Mooskirchen								
Stallhofen								
Söding-Sankt Johann								
Kirchbach in der Steiermark								
Pirching am Traubenberg								

Tabelle 3: Zuordnung der Gemeinden zu Stadtregionen und Raumtypen (Kernstadt, Urbane Zone, Außenzone) auf Basis der Urban-Rural Typologie 2016.

3.2 Operationalisierung von „Peripherisierung“ und „Zentralisierung“

Im Rahmen der Auseinandersetzung mit den methodischen Grundlagen ist auch auf die Operationalisierung zentraler Konzepte einzugehen und damit zu klären, wie diese sich empirisch erfassen lassen. Konkret wird im Folgenden die Frage behandelt wie Peripherisierung und Zentralisierung „gemessen“ werden können. Die Operationalisierung basiert dabei auf den bereits erläuterten Dimensionen der beiden Prozesse (vgl. Kap. 2.1.2) und umfasst eine demographische, eine ökonomische und eine politische Komponente, auf welche hier näher eingegangen wird.

3.2.1 Demographische Dimension: Abwanderung – Zuwanderung

Zur Analyse der demographischen Dimension von stadtreionalen Peripherisierungs- und Zentralisierungsprozessen in der Steiermark, welche sich über Abwanderung auf der einen und über Zuwanderung auf der anderen Seite konkret räumlich manifestieren, wird die Bevölkerungsentwicklung allgemein und speziell das Wanderungsgeschehen auf Ebene der Stadtregionen näher betrachtet. Über den Indikator der Bevölkerungsentwicklung können demographische Schrumpfräume- und Wachstumsräume, auf Ebene einzelner Gemeinden (aktueller Gebietsstand (2015)), identifiziert werden. Einerseits werden die acht Stadtregionen dabei als zusammengefasste Teilräume betrachtet, andererseits wird die Bevölkerungsentwicklung auch nach den Raumtypen Kernstädte, Urbane Zone und Außenzone differenziert dargestellt. Abgebildet wird der langfristige Trend der Bevölkerungsentwicklung (ausgehend von der VZ 1981), als auch, ermöglicht durch Daten aus der registerbasierten Bevölkerungsstatistik, im Detail die Dynamik der letzten 15 Jahre (2001 bis 2015).

Das stadtreionale Wanderungsgeschehen wird auf Ebene der einzelnen Stadtregionen (Teilräume), wie auch auf Ebene der drei Raumtypen Kernstädte, Urbane Zone und Außenzone analysiert. Der Betrachtungszeitraum erstreckt sich von 2002 bis 2016. Daten aus der Wanderungsstatistik liegen hier für alle Einzeljahre und für alle Gemeinden vor. Differenziert wird grundsätzlich zwischen Außenwanderungen (über die Staatsgrenze) und Binnenwanderungen (innerhalb Österreichs). Bei den Binnenwanderungen erfolgt zusätzlich eine getrennte Analyse und Darstellung der Wanderungsdynamik innerhalb der Steiermark. Weiters wird das Wanderungsgeschehen differenziert nach sechs Altersgruppen betrachtet. Hierdurch ergeben sich Einblicke in die räumlich selektive Dynamik der stadtreionalen Zu- und Abwanderung bestimmter Altersgruppen der Bevölkerung.

3.2.2 Ökonomische Dimension: Abkoppelung – Integration

Die ökonomische Dimension von stadtreionaler Zentralisierung und Peripherisierung wird anhand mehrerer Indikatoren betrachtet, welche Aufschluss über den Grad der Integration auf der einen und über mögliche Abkoppelungsprozesse aus der ökonomischen Wachstumsdynamik auf der anderen Seite geben sollen. Im Unterschied zur Bevölkerungsentwicklung ist die ökonomische Entwicklung einer Region, auch aufgrund der Datenverfügbarkeit, schwerer zu erfassen. Dies macht die Verwendung von mehreren Einzelindikatoren die anschließend in ihrer Gesamtheit bewertet werden erforderlich.

Auch hier bilden die einzelnen Gemeinden, bedingt durch die Datenverfügbarkeit, die räumliche Ausgangsbasis. Die acht Stadtregionen der Steiermark werden darauf aufbauend einerseits als einzelne Teilräume betrachtet, andererseits erfolgt auch hier eine (intraregionale) Untersuchung der ökonomischen Dynamik differenziert nach den drei Raumtypen Kernstädte, Urbane Zone und Außenzone. Die ökonomische Dynamik wird anhand der Entwicklung der Zahl der Beschäftigten sowie der Zahl der Unternehmen und Arbeitsstätten in einer Stadtregion oder in einem Raumtyp erfasst. Angenommen wird, dass ein Wachstum von Beschäftigten, Unternehmen und Arbeitsstätten auf eine positive wirtschaftliche Dynamik hinweist. Weiters wird die Beschäftigtenentwicklung differenziert nach Wirtschaftsbranchen (Abschnitte nach ÖNACE 2008) analysiert. So können insbesondere die dynamisch wachsenden und zukunftssträchtigen Branchen der Wissensökonomie (vgl. Kap. 2.4.1) mit ihren stadtreionalen Standorten näher identifiziert werden. Als ergänzender Indikator wird schließlich noch das Qualifikationsniveau der erwerbsfähigen Bevölkerung zur Operationalisierung der ökonomischen Dimension von Zentralisierung und Peripherisierung herangezogen. Dies lässt sich durch die hohe Bedeutung von (auch formaler) Bildung, Ausbildung und Wissen („Humankapital und Humanressourcen“) in der Wissensökonomie begründen. Als ein weiterer Indikator wäre ev. auch die Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen, da eine hohe (strukturelle) Arbeitslosigkeit auf eine ökonomische Abkoppelung hindeutet. Aufgrund mangelnder Daten und einer fehlenden Zeitreihe zur Unterscheidung von strukturell und konjunkturell bedingter Arbeitslosigkeit wird dieser Indikator hier jedoch nicht angewandt.

3.2.3 Politische Dimension: Abhängigkeit – Steuerung

Die politische Dimension von stadtreionaler Zentralisierung und Peripherisierung lässt sich besonders schwer operationalisieren, da Abhängigkeitsverhältnisse einerseits und die Fähigkeit zur Steuerung von politischen Prozessen sowie zur Machtausübung andererseits nur schwer über makrostrukturelle und quantitative Datensätze zu bestimmen sind. Demnach wären hier auch qualitative Daten zu Bewertungen, zu Machtressourcen und zur individuellen Handlungsfähigkeit erforderlich, welche in dieser Arbeit erhoben wurden, jedoch überwiegend in Kapitel 6 dargestellt und ausgewertet werden.

Versucht wird eine Operationalisierung zur Identifizierung von generalisierbaren und „objektivierten“ Mustern politischer Abhängigkeiten und politischem Steuerungsvermögen über zwei Indikatoren: Einerseits über die Finanzhaushalte der Gemeinden und andererseits über die Sitze (Zentralen bzw. „Headquarter“) von überregional bedeutenden Unternehmen. Auch hier bilden die acht Stadtregionen als Teilräume sowie die Raumtypen Kernstädte, Urbane Zone und Außenzone die räumlichen Untersuchungsebenen.

Angenommen wird, dass Gemeinden die über einen ausgeglichenen Finanzhaushalt sowie über hohe Steuereinnahmen (v.a. Kommunalsteuer) bezogen auf die Wohnbevölkerung verfügen, weniger abhängig von übergeordneten politischen Ebenen und deren Förderungen bzw. Zuweisungen sind und somit selbstbestimmt handeln können. Umgekehrt fällt es finanzschwachen und verschuldeten Kommunen schwerer selbstständig Entwicklungsimpulse zu setzen.

Demnach wird Abhängigkeit als Dimension von Peripherisierung über das Steuer- und Abgabenaufkommen („Steuerkraft-Kopfquote“) der Gemeinden in der Stadtregion und in einem Raumtyp operationalisiert.

Ergänzend wird das räumliche Muster der „Headquarter“ der 100 wichtigsten Unternehmen der Steiermark untersucht. Auch hier wird davon ausgegangen, dass Stadtregionen mit einer oder mit mehreren Zentrale(n) von wichtigen und großen Unternehmen weniger abhängig von externen politischen und ökonomischen Prozessen sind, als wie Stadtregionen die über keine Unternehmenssitze mit Steuerungsfunktionen (Unternehmensleitung, Verwaltung, Forschung) und nur über „verlängerte Werkbänke“ verfügen.

3.3 Quantitative Raumstrukturanalyse: Datengrundlagen und Methodologie

Die quantitative Analyse der Raumstruktur basiert auf sekundärstatistischen Daten die von der öffentlichen Verwaltung (Statistik Austria) erhoben und von dieser zugänglich gemacht werden. Die räumliche Basiseinheit sind dabei die einzelnen Gemeinden. Die im Rahmen der Arbeit verwendeten Datensätze wurden durch Aggregation der einzelnen Gemeindedaten zu größeren, zusammenhängenden Teilräumen (Stadtregionen) und Raumtypen, auf Grundlage der Urban-Rural Typologie, erstellt. Dies war erforderlich da für Österreich keine verbindliche administrativ-planerische Abgrenzung von Stadtregionen vorliegt. Dadurch ist auch eine Vergleichbarkeit der in dieser Arbeit verwendeten Daten mit anderen statistischen Erhebungen und Auswertungen zu Stadtregionen in Österreich nur eingeschränkt möglich. Entsprechende Datengrundlagen, welche jedoch nicht auf der Urban-Rural Typologie basieren, finden sich dabei beispielsweise in der Veröffentlichung „Städte in Zahlen“ des Österreichischen Städtebundes (vgl. Österreichischer Städtebund 2018); ein aktueller Überblick über die Raumentwicklung in den Stadtregionen Österreichs ist auch der „Agenda Stadtregionen in Österreich“ als Produkt der ÖROK-Partnerschaft „Kooperationsplattform Stadtregion“ zu entnehmen (vgl. ÖROK 2016).

Die verwendeten Datensätze stammen von der Statistik Austria wo sie über die Online-Datenbank STATcube abgerufen wurden und ergänzend teilweise auch von der Landesstatistik Steiermark. Genutzt wurden für die Untersuchung der demographischen Entwicklungen dabei auch die Ergebnisse der Volkszählungen bis zum Jahr 2001 sowie für den anschließenden Zeitraum Daten aus dem digitalen Bevölkerungsregister der Statistik Austria wo seit 2002 Registerdaten zu Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung auf Gemeindeebene verfügbar sind.

Die Daten zur ökonomischen Entwicklung stammen aus der Arbeitsstättenzählung 2011 und aus der Abgestimmten Erwerbsstatistik, welche auf Registerbasis jährlich veröffentlicht wird. Hieraus werden die aktuellsten Daten aus dem Jahr 2015 verwendet. Aufgrund der verfügbaren Datensätze lassen sich hier im Unterschied zur demographischen Dimension nur die aktuellen Entwicklungen im Zeitraum von 2011 bis 2015 analysieren, was die Aussagekraft der Ergebnisse doch einschränkt. Langfristige ökonomische Dynamiken zwischen und in den Stadtregionen der Steiermark konnten so nicht erfasst werden. Jedoch lässt sich die ökonomische Erholung infolge der Rezession von 2008/2009 in räumlich differenzierter Perspektive gut nachzeichnen. Bei der Analyse der branchenspezifischen Beschäftigtenentwicklung wird die Klassifikation nach ÖNACE 2008 angewandt. Differenziert werden hier 21 Abschnitte der Wirtschaftstätigkeit, wobei, in Bezug auf die theoretischen Grundlagen (vgl. Kap. 2.4.1), in dieser Arbeit vor allem die Bereiche der

Wissensökonomie im Mittelpunkt stehen. Ein spezieller Fokus liegt demnach auf den Abschnitten „Information und Kommunikation (J)⁴“ und auf den „freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (M)⁵“.

Die Daten zum Finanzhaushalt und zur Verschuldung der Gemeinden werden von der Landesstatistik Steiermark veröffentlicht (vgl. Landesstatistik Steiermark 2016). Auch hier kann aufgrund der Datenverfügbarkeit die langfristige Entwicklung der Gemeindefinanzen nicht nachgezeichnet werden, vielmehr erfolgt eine Beschreibung der gegenwärtigen räumlichen Strukturen. Der Datensatz zu den 100 wichtigsten Unternehmen stammt aus dem Top of Styria Ranking das vom Wirtschaftsmagazin „top of styria“ jährlich erstellt wird⁶. Darin enthalten sind nur Unternehmen, welchen ihren Hauptsitz in der Steiermark haben, sowie eigenständige Tochterunternehmen mit Hauptsitz in der Steiermark, deren Mutterunternehmen aber einen Standort außerhalb der Steiermark haben. In diesem Fall werden nur die Umsatz- und Beschäftigtenzahlen für die Steiermark herangezogen. Bei Unternehmensgruppen werden die Unternehmensdaten in konsolidierter Form verwendet. Die dem Ranking zugrunde liegenden Daten werden von den Unternehmen selbst bereitgestellt bzw. auf Basis einer Datenbank der Wirtschaftskammer abgefragt und einer Plausibilitätsprüfung unterzogen⁷. Somit kann angenommen werden, dass dieses Ranking einen guten Überblick über die wichtigsten steirischen Unternehmen und ihre Headquarter -Standorte bietet.

Aus einer methodologischen Perspektive liegt der quantitativen Raumstrukturanalyse eine positivistisch-realistische erkenntnistheoretische Position zugrunde. Dabei wird ontologisch eine vom Beobachter unabhängige „objektive Realität“ angenommen, die epistemologisch auf Basis empirisch erfahrbarer, „positiver“ Tatsachen („Daten“) erkannt, beschrieben und „neutral“ analysiert werden kann. Diese Perspektive impliziert auch ein objektivistisches Verständnis von „Raum“. Die untersuchten Räume (Stadtregionen) werden als gegebene „Container“ aufgefasst, die durch objektive Strukturen (z.B. in Bezug auf Demographie oder Ökonomie) charakterisierbar sind. Die untersuchten „Raumcontainer“ (Gemeinden, Teilräume, Raumtypen) stellen dabei jedoch methodische Artefakte dar, deren räumliche Abgrenzung einerseits auf politisch-administrativen Grenzziehungen (Gemeinden) basiert, und andererseits das Ergebnis der in dieser Arbeit angewandten Urban-Rural Typologie darstellt.

3.4 Analyse von Fallbeispielen: *Graz* und *Weststeiermark-Voitsberg*

Prozesse der Peripherisierung und Zentralisierung werden in der vorliegenden Arbeit überwiegend in Bezug auf alle Stadtregionen der Steiermark analysiert. Jedoch werden in Kapitel

⁴ Abschnitt „J“ umfasst: Verlagswesen, Herstellung, Verleih und Vertrieb von Filmen und Fernsehprogrammen; Kinos; Tonstudios und Verlegen von Musik, Rundfunkveranstalter, Telekommunikation, Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie, Informationsdienstleistungen.

⁵ Abschnitt „M“ umfasst: Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung, Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung, Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung, Forschung und Entwicklung, Werbung und Marktforschung, Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten, Veterinärwesen.

⁶ www.topofstyria.at (28.08.2018)

⁷ <https://www.topofstyria.at/tos2017/ranking-fakten.php> (28.08.2018)

5 und 6 auch vertiefend zwei ausgewählte Stadtregionen als Fallbeispiele näher behandelt. Dabei liegt einerseits ein Schwerpunkt auf einer vertieften intraregionalen Untersuchung der demographischen und ökonomischen Entwicklungen im Kontext von Sub- und Reurbanisierung, und andererseits auf einer qualitativen Betrachtung der Thematisierung von Peripherisierung und Zentralisierung sowie der steuernde Umgang mit diesen Prozessen von Seiten der Regionalpolitik und der Raumplanung.

Die als Fallbeispiel in dieser Arbeit näher betrachteten Stadtregionen sind die *Stadtregionen Graz* und die *Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg*. Das Urbane Großzentrum Graz bietet sich besonders aufgrund seiner Größe (474.110 Einwohner 2017, 55 Gemeinden) und Bedeutung im steirischen Städtesystem für eine detaillierte Betrachtung von intraregionalen Zentralisierungs- und Peripherisierungsprozessen zwischen Kernstadt, Urbaner Zone und Außenzone mittels demographischer und ökonomischer Indikatoren an. Auch können nur in dieser Stadtregion, bedingt durch die ausreichende Datenbasis, intraregionale Trends und Muster von Suburbanisierungs- und Reurbanisierungsprozessen auf generalisierbarer Ebene identifiziert werden. Weiters zeigte die Stadtregion Graz in den letzten Jahren ein stark positives Wachstum wodurch sie in ihrer Gesamtheit als eine von einer Zentralisierungsdynamik geprägte Region zu bezeichnen ist.

Das Urbane Kleinzentrum Weststeiermark-Voitsberg (32.106 Einwohner 2017, 7 Gemeinden) wiederum wurde als Fallbeispiel gewählt, da auf Basis der interregionalen Untersuchung von Prozessen der Zentralisierung und Peripherisierung zwischen den Stadtregionen der Steiermark (vgl. Kap. 4) deutlich wurde, dass besonders diese Stadtregion durch demographische Schrumpfung und ökonomische Abkoppelungsprozesse gekennzeichnet ist. Hier zeigt sich eine völlig andere Prozessdynamik als beispielsweise in den Stadtregionen Weiz und Leibnitz, welche ebenfalls in räumlicher Nähe zu Graz liegen. Auch ist die Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg, aufgrund des Steiermärkischen Landes- und Regionalentwicklungsgesetzes 2018 (vgl. Kap. 6.1.1) institutionell Teil der Region „Steirischer Zentralraum“. Die Einbindung in den Zentralraum bei einer gleichzeitigen, zumindest teilweise gegebenen „Peripherisierung“, macht eine nähere Auseinandersetzung mit dieser Stadtregion besonders interessant.

3.5 Qualitative Experteninterviews: Akteure in der Stadtregion

Im Rahmen der Betrachtung einzelner Stadtregionen als Fallbeispiele erfolgt neben einer detaillierten quantitativen Raumstrukturanalyse (Fallbeispiel Stadtregion Graz), auch eine Auseinandersetzung mit zentralen stadtreionalen Akteuren (Fallbeispiel Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg). Im Mittelpunkt steht hier die Frage nach der „diskursiven“ Thematisierung von Zentralisierungs- und Peripherisierungsprozessen und damit ob diese Prozesse für die Stadtregion einerseits als „Problem“ oder andererseits als „Chance“ gesehen werden. Demnach steht hier nicht nur die über demographische und ökonomische Daten quantitativ objektivierete regionale Prozessdynamik von Zentralisierung und Peripherisierung im Fokus, sondern die subjektive Bewertung und Wahrnehmung dieser Prozesse und die damit in Verbindung stehenden Handlungslogiken von Akteuren aus Politik, Verwaltung sowie Regionalentwicklung. Die methodologische Perspektive kann demnach als subjektiv-konstruktivistisch bezeichnet werden. Die im Mittelpunkt stehenden Wahrnehmungen der Akteure stellen eine sozial „konstruierte Wirklichkeit“ dar, die in weiterer Folge handlungsleitende Relevanz besitzt (z.B. in Bezug auf die politische

Schwerpunktsetzung). Auf Basis dieser konstruktivistischen Position ist auch ein sozial-konstruktivistisches Raumverständnis anzuwenden, welches „Raum“ – und damit auch die in dieser Arbeit analysierten Stadtregionen und Raumtypen – als Resultat sozialer Handlungspraktiken begreift.

In der Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg wurden in Summe sechs qualitative, leitfadengestützte Interviews mit Akteuren aus der Kommunalpolitik (Gemeinde), aus der Landespolitik, der Kommunalverwaltung und der Interessensvertretung (Wirtschaft), sowie mit Akteuren aus regional tätigen Institutionen der Regionalentwicklung durchgeführt. Die Interviews lassen sich dem Typ des „Experteninterviews“ (vgl. Flick 2014, 214ff) zuordnen, da hier nicht die interviewte Person an sich und als Einzelfall, sondern ihre Rolle als „Experte“ und als Repräsentant einer bestimmten Gruppe (Politik, Verwaltung etc.) interessiert. Ausgegangen wir davon, dass ein Experte „... über technisches, Prozess- und Deutungswissen, dass sich auf sein spezifisches professionelles oder berufliches Handlungsfeld bezieht“ (Bogner & Menz 2002, 46 zit. nach Flick 2014, 215), verfügt. „[D]as Expertenwissen [besteht dabei] nicht allein aus systematisiertem, reflexiv zugänglichem Fach- oder Sonderwissen, sondern es weist zu großen Teilen den Charakter von Praxis oder Handlungswissen auf...“ (Bogner & Menz 2002, 46 zit. nach Flick 2014, 215). Und gerade dieses Praxis- und Handlungswissen in Bezug auf Entwicklungsprozesse in der Stadtregion ist für die vorliegende Arbeit von Interesse. Die Experteninterviews dienen auch dazu die mit Hilfe der quantitativen Analyse generierten Erkenntnisse zu kontextualisieren und die Wahrnehmung und Bewertung der Entwicklungen durch die Akteursgruppen zu untersuchen. Damit entsprechen die Interviews der Form des „systematisierenden Experten-Interviews“ (vgl. Flick 2014, 216).

Die Interviews mit einer durchschnittlichen Länge von ca. 50 bis 60 Minuten wurden im Juni und Juli 2018 in der Region Weststeiermark-Voitsberg sowie in Graz durchgeführt. Insgesamt wurden dabei sieben Personen interviewt da bei einem Interview zwei Personen anwesend waren. Die Auswahl der Interviewpartner erfolgte gezielt. Den Interviewpartnern wurde im Rahmen einer Datenschutzvereinbarung vor Beginn des Interviews zugesichert, dass die Inhalte der Gespräche streng vertraulich behandelt werden und eine Wiedergabe der getätigten Aussagen im Rahmen des Interviews nur in anonymisierter Form erfolgt. Diese Anonymisierung erschien notwendig da nur dadurch eine ausreichende Bereitschaft für eine Thematisierung auch „kritischer“ Themen von Seiten der einer regionalen Öffentlichkeit bekannten Interviewpartner sichergestellt werden konnte. Bis auf eine Ausnahme stimmten alle Interviewpartner einer Aufnahme des Gesprächs mit einem Tonaufzeichnungsgerät zu.

Der eingesetzte Interviewleitfaden bestand aus einem Basisteil der bei allen Interviews die Grundlage bildete und aus einem auf das jeweilige Interview abgestimmten Ergänzungs-Fragenkomplex. Die Fragen umfassten dabei die Themenkomplexe: „Entwicklung der (Stadt-)Region in den letzten 10-15 Jahren“, „Image/Attraktivität der (Stadt-)Region“, „Zusammenarbeit zwischen Akteuren in der (Stadt-)Region“, „Zusammenarbeit mit Akteuren außerhalb der (Stadt-)Region“, „Stärken und Schwächen der (Stadt-)Region“, „spezifische Handlungsfelder in der (Stadt-)Region (Infrastruktur, Tourismus, Industrie und Gewerbe, Ausbildung)“ und „zukünftige Entwicklung der (Stadt-)Region“.

4 Interregionale Prozesse der Zentralisierung und Peripherisierung zwischen den Stadtregionen der Steiermark

Kapitel 4 thematisiert Peripherisierungs- und Zentralisierungsprozesse zwischen den acht steirischen Stadtregionen, wobei die demographische Dimension (Kap. 4.1), die ökonomische Dimension (Kap. 4.2) sowie die politische Dimension (Kap. 4.3) näher untersucht werden. Aus einer räumlichen Perspektive stehen hier die einzelnen Stadtregionen in ihrer Gesamtheit als Teilräume im Mittelpunkt. Die in diesem Kapitel vorgestellten Analysen dienen damit vorwiegend der Beantwortung der Forschungsfrage 1 (vgl. Kap. 1.2).

4.1 Demographische Dimension: Zuwanderung und Abwanderung

Im folgenden Teilkapitel wird die demographische Dimension von Zentralisierung und Peripherisierung näher analysiert. Über eine langfristige Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung (Kap. 4.1.1) werden Regionen, die durch demographische Schrumpfung einerseits, sowie durch demographisches Wachstum andererseits gekennzeichnet sind, identifiziert. Anschließend wird das Wanderungsgeschehen (Kap. 4.1.2), differenziert nach Außen- und Binnenwanderung sowie nach Altersklassen, für die einzelnen Stadtregionen dargestellt, um Abwanderung und Zuwanderung als zentrale Komponenten von interregionaler Zentralisierung und Peripherisierung zu erfassen.

4.1.1 Bevölkerungsentwicklung

Betrachtet man die Entwicklung der Bevölkerungszahlen der acht Stadtregionen der Steiermark seit der Volkszählung im Jahr 1981, wie sie in Abbildung 9 in einer Indexdarstellung ersichtlich ist, so wird eine klar divergierende Entwicklung deutlich: drei Stadtregionen, Graz, Weiz und Leibnitz, zeigen ein Bevölkerungswachstum, während alle anderen Stadtregionen konstant an Bevölkerung verlieren.

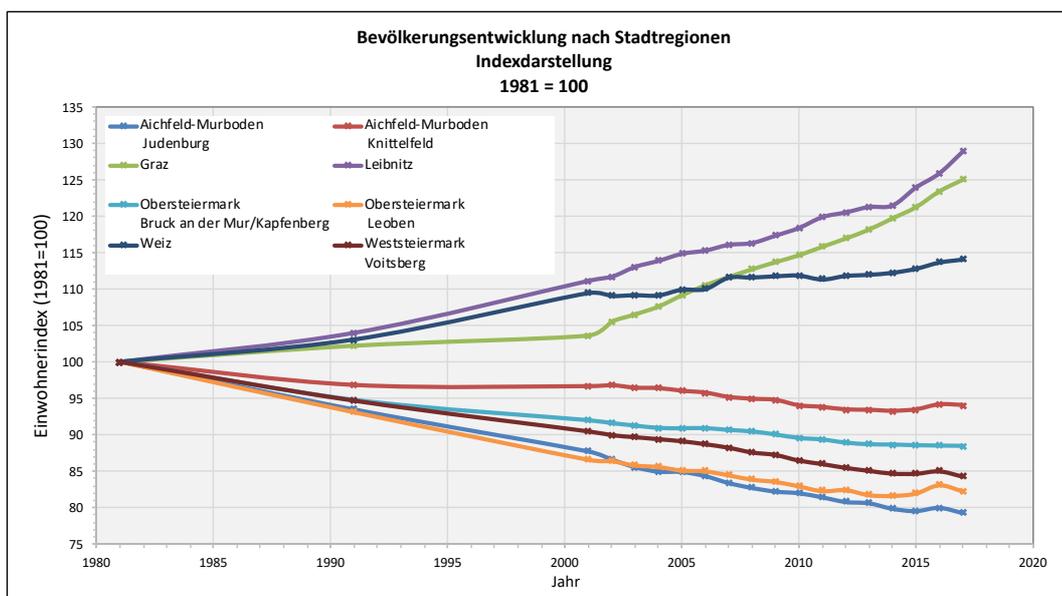


Abbildung 9: Indexdarstellung der Bevölkerungsentwicklung nach Stadtregionen. Daten: Statistik Austria.

Besonders hoch waren die Bevölkerungsverluste in der Stadtregion Judenburg und in der Stadtregion Leoben, weniger stark in der Stadtregion Knittelfeld. Die größte Stadtregion der Steiermark, die Stadtregion Graz, entwickelte sich bis Anfang der 2000er-Jahre wenig dynamisch und blieb in Bezug auf das Bevölkerungswachstum hinter den Stadtregionen Weiz und Leibnitz zurück. In den letzten 15 Jahren änderte sich dies deutlich, Graz konnte erhebliche Bevölkerungsgewinne verzeichnen, wobei die Dynamik in Leibnitz jedoch noch stärker war.

Für einen näheren Blick auf die Bevölkerungsentwicklung gibt Abbildung 10 die durchschnittliche jährliche Veränderungsrate der Bevölkerung, differenziert nach vier Zeiträumen, für die einzelnen Stadtregionen wieder. Dadurch können die Entwicklungen seit 1981 näher betrachtet werden. Deutlich zeigt sich die Spaltung in wachsende und schrumpfende Stadtregionen. Die drei Stadtregionen Weiz, Leibnitz und Graz wuchsen in allen vier Beobachtungsperioden, die restlichen Stadtregionen verzeichneten durchgehend Bevölkerungsrückgänge, wobei die Stadtregionen Knittelfeld sowie Leoben seit 2011 jedoch eine leicht positive Entwicklung zeigten. Allgemein ist zu beobachten, dass sich in den schrumpfenden Stadtregionen die Dynamik des Rückgangs der Bevölkerung über die vier betrachteten Zeiträume seit 1981 abgeschwächt hat. Bei den wachsenden Stadtregionen ist zu erkennen, dass das Wachstum in der Stadtregion Weiz seit 2001 weniger dynamisch verlief, die Stadtregion Leibnitz hingegen ein konstantes demographisches Wachstum über alle Perioden verzeichnen konnte. Interessant ist die Entwicklung der Bevölkerung in der Stadtregion Graz: hier konnte von 1981 bis 1991 und auch von 1991 bis 2001 nur ein geringer Bevölkerungszuwachs ausgemacht werden; nach 2001 kam es jedoch zu einer deutlichen Bevölkerungszunahme, welche sich auch im Zeitraum von 2011 bis 2017 noch verstärkt fortsetzt.

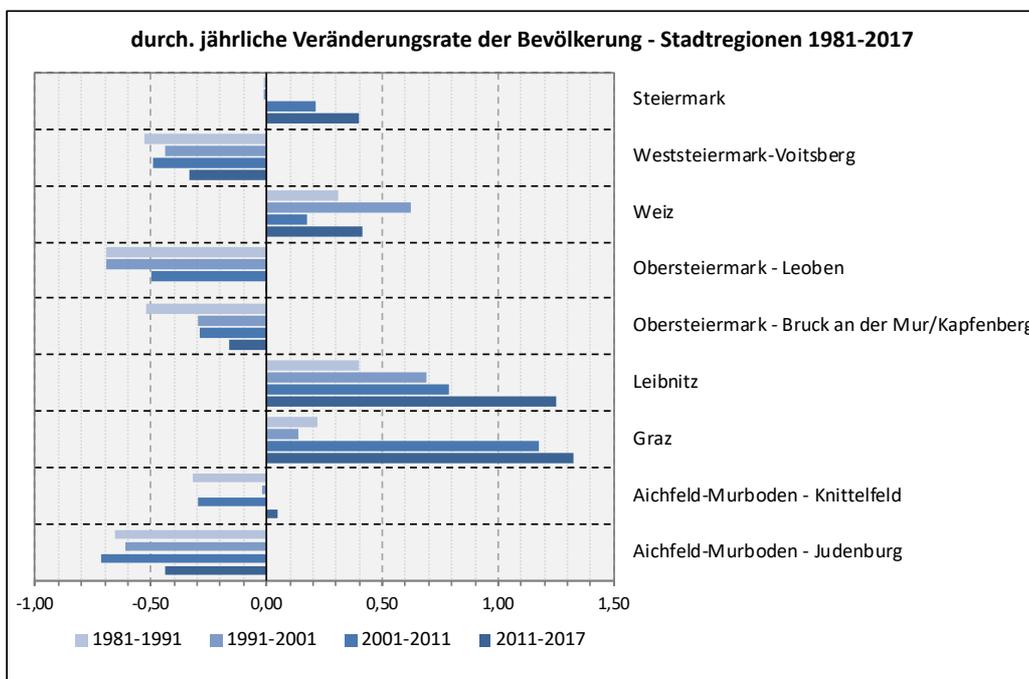


Abbildung 10: Durchschnittliche jährliche Veränderungsrate der Bevölkerung nach Stadtregionen 1981-2017. Daten: Statistik Austria.

In Tabelle 4 wird die demographische Entwicklung in den Stadtregionen der Steiermark für den Zeitraum von 2001 bis 2016 dargestellt, wobei drei fünf-jährige Beobachtungsperioden ausgewiesen werden. Neben der relativen Bevölkerungsveränderung und der durchschnittlichen jährlichen Veränderungsrate der Bevölkerung wird hier auch die absolute Bevölkerungsveränderung angeführt. Grundsätzlich lassen sich auch hier die zuvor angesprochenen Trends ablesen: eine Trennung zwischen den drei demographisch wachsenden Stadtregionen, Graz, Leibnitz und Weiz und den schrumpfenden Stadtregionen. Von 2001 bis 2016 nahm die Bevölkerung in den Kernstädten um 50.785 Personen zu. In allen Stadtregionen der Steiermark zusammen gab es 2016 um 69.635 Einwohner mehr als 2001. Aus der Tabelle wird auch ersichtlich, dass die Wachstumsdynamik v.a. in der Periode von 2011 bis 2016 groß war, während in der Periode von 2006 bis 2011 die Entwicklung gedämpfter verlief.

Stadtregionen (Urbane Zentren + Außenzone)	Absolute Bevölkerungsveränderung				Relative Bevölkerungsveränderung			
	2001-2006	2006-2011	2011-2016	SUMME	2001-2006	2006-2011	2011-2016	2001-2016
Aichfeld-Murboden - Judenburg	-805	-693	-342	-1.840	-3,85	-3,45	-1,76	-8,81
Aichfeld-Murboden - Knittelfeld	-320	-711	129	-902	-0,92	-2,07	0,38	-2,60
Graz	26.201	20.089	28.903	75.193	6,67	4,79	6,58	19,14
Leibnitz	759	839	1.096	2.694	3,75	4,00	5,02	13,31
Obersteiermark - Bruck an der Mur/Kapfenberg	-638	-912	-488	-2.038	-1,19	-1,72	-0,93	-3,79
Obersteiermark - Leoben	-962	-1.638	489	-2.111	-1,83	-3,18	0,98	-4,02
Weiz	91	229	400	720	0,49	1,22	2,10	3,85
Weststeiermark - Voitsberg	-671	-1.030	-380	-2.081	-1,95	-3,05	-1,16	-6,04
SUMME/MITTEL	23.655	16.173	29.807	69.635	0,15	-0,43	1,40	1,38
Stadtregionen (Urbane Zentren + Außenzone)	durch. jährliche Veränderungsrate							
	2001-2006	2006-2011	2011-2016	2001-2016				
Aichfeld-Murboden - Judenburg	-0,77	-0,69	-0,35	-0,59				
Aichfeld-Murboden - Knittelfeld	-0,18	-0,41	0,08	-0,17				
Graz	1,33	0,96	1,32	1,28				
Leibnitz	0,75	0,80	1,00	0,89				
Obersteiermark - Bruck an der Mur/Kapfenberg	-0,24	-0,34	-0,19	-0,25				
Obersteiermark - Leoben	-0,37	-0,64	0,20	-0,27				
Weiz	0,10	0,24	0,42	0,26				
Weststeiermark - Voitsberg	-0,39	-0,61	-0,23	-0,40				
MITTEL	0,03	-0,09	0,28	0,09				

Tabelle 4: Absolute und relative Bevölkerungsveränderung nach Stadtregionen nach 5-jährigen Beobachtungszeiträumen.
 Daten: Statistik Austria.

Die dargestellten demographischen Entwicklungen von Wachstum und Schrumpfung in den Stadtregionen haben auch zu einer Veränderung der räumlichen Verteilung der Bevölkerung in der Steiermark geführt. In Tabelle 5 sind die Anteile der einzelnen Stadtregionen an der Gesamtbevölkerung des Bundeslandes dargestellt. Im Jahr 1981 lebten 53,21% der steirischen Bevölkerung in einer Stadtregion. Dieser Wert blieb bis zum Jahr 2001 nahezu konstant (53,08%), erhöhte sich jedoch auf 56,86% im Jahr 2017. Stark erhöht hat sich dabei besonders der Anteil der Stadtregion Graz: von 31,95% im Jahr 1981 auf 38,32% im Jahr 2017. Dies unterstreicht die große Bedeutung, die Graz im steirischen Städtesystem innehat. Im Jahr 1981 folgte nach Graz die Stadtregion Leoben, in welcher damals knapp mehr als 5% der Gesamtbevölkerung lebten. 2017 lag die Stadtregion Bruck an der Mur/Kapfenberg mit 4,18% an zweiter Stelle hinter Graz. Insgesamt verloren die zwei obersteirischen Stadtregionen zwischen 1981 und 2017 knapp zwei Prozentpunkte an Bevölkerungsanteil. Ihren Anteil zwischen 1981 und 2017 erhöhen konnten neben Graz nur die zwei wachsenden Stadtregionen Weiz (1,58% im Jahr 2017) und Leibnitz (1,90% im Jahr 2017).

Stadtregionen	2017	2011	2001	1991	1981
Aichfeld-Murboden - Judenburg	1,53	1,61	1,77	1,88	2,01
Aichfeld-Murboden - Knittelfeld	2,73	2,79	2,93	2,93	3,03
Graz	38,32	36,33	33,20	32,71	31,95
Leibnitz	1,90	1,81	1,71	1,60	1,53
Obersteiermark - Bruck an der Mur/Kapfenberg	4,18	4,32	4,55	4,68	4,93
Obersteiermark - Leoben	4,03	4,13	4,44	4,76	5,11
Weiz	1,58	1,57	1,58	1,49	1,44
Weststeiermark - Voitsberg	2,59	2,71	2,91	3,04	3,21
SUMME	56,86	55,27	53,08	53,09	53,21

Tabelle 5: Veränderung der Bevölkerungsanteile nach Stadtregionen 1981-2017. Daten: Statistik Austria.

4.1.2 Wanderungsgeschehen

Nachdem nun die stadtregionale Bevölkerungsentwicklung allgemein dargestellt wurde, wird im folgenden Kapitel das Wanderungsgeschehen als wesentlicher Treiber der beobachtbaren demographischen Entwicklungen näher thematisiert. Wie in Kapitel 2.4.2 erläutert, ergeben sich regionale Bevölkerungsverluste und Bevölkerungsgewinne gegenwärtig nur in äußerst geringem Maße durch eine kleinräumig differenzierte natürliche Bevölkerungsbewegung. Von entscheidender Bedeutung ist viel mehr die Wanderungsdynamik. Stadtregionale Bevölkerungsverluste sind auf Abwanderung, Bevölkerungsgewinne hingegen auf Zuwanderung von Bevölkerung zurückzuführen. Im Folgenden werden nun Zu- und Abwanderung interregional, differenziert nach den einzelnen Stadtregionen, betrachtet. Weiters wird zwischen Binnen- und Außenwanderungen unterschieden und eine Differenzierung nach Altersgruppen vorgenommen. Dabei werden keine absoluten Zahlen der Wanderungsfällen präsentiert, da diese wenig aussagekräftig sind. Vielmehr steht der Wanderungssaldo, der die Differenz aus Zu- und Abwanderung in und aus einer Raumeinheit auf die Größe der Bevölkerung (Bevölkerungsstand) in der jeweiligen Raumeinheit bezieht, als Maßzahl im Mittelpunkt.

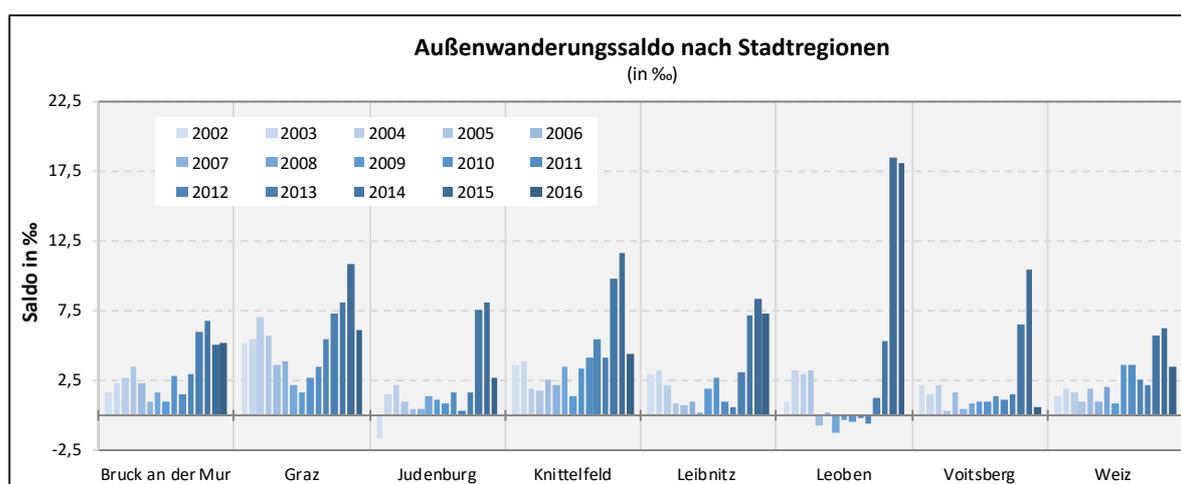


Abbildung 11: Außenwanderungssaldo nach Stadtregionen 2002-2016. Daten: Statistik Austria.

In Abbildung 11 ist der Außenwanderungssaldo der steirischen Stadtregionen für die Jahre 2002 bis 2016 dargestellt. Deutlich erkennbar ist, dass alle Stadtregionen einen positiven Wanderungssaldo mit dem Ausland aufweisen und dass im Beobachtungszeitraum die Außenwanderungsgewinne in allen Stadtregionen zugenommen haben. Vor allem in den Jahren 2014 bis 2016 ist eine verstärkte Zuwanderung aus dem Ausland zu beobachten, was primär mit den Flüchtlingsbewegungen in diesem Zeitraum in Zusammenhang stehen dürfte. Ebenfalls ersichtlich ist ein deutlicher Einbruch der Wanderungszahlen in den Jahren 2008 bis 2010, besonders ausgeprägt in den größeren Stadtregionen Graz, Bruck an der Mur und Leoben. Hier kann der Einbruch der Konjunktur 2008/2009 und die folgende ökonomische Rezession als Erklärungsfaktor herangezogen werden. Sieht man von den Jahren 2014 bis 2016 ab, so werden stabile Unterschiede im Niveau der Außenwanderungsgewinne zwischen den Stadtregionen deutlich: Vor allem die Stadtregion Graz aber auch die Stadtregionen Bruck an der Mur und Knittelfeld ziehen Zuwanderer aus dem Ausland an. Deutlich geringere Außenwanderungsgewinne zeigen die kleineren Stadtregionen Judenburg, Leibnitz und Weststeiermark-Voitsberg. Leoben stellt mit einem negativen Außenwanderungssaldo in den Jahren von 2006 bis 2012 und der hohen Zuwanderung 2015 und 2016 einen Sonderfall dar.

Deutlicher werden Differenzen zwischen den steirischen Stadtregionen, wenn man das Binnenwanderungsgeschehen betrachtet (vgl. Abb. 12). Über den gesamten Beobachtungszeitraum weisen nur die beiden Stadtregionen Graz und Leibnitz konstant einen positiven Binnenwanderungssaldo auf. In Leibnitz ist dabei eine Zunahme der Wanderungsgewinne aus Österreich über den Zeitverlauf festzustellen, während in Graz ein stabiles Niveau auszumachen ist. Demgegenüber mussten von 2002 bis 2016 die drei Stadtregionen Bruck an der Mur, Knittelfeld und Weststeiermark-Voitsberg beständig Binnenwanderungsverluste verzeichnen. Weniger eindeutig, doch mit klar negativer Tendenz zeigt sich die Situation in den Stadtregionen Judenburg und Leoben. Der stark negative Wanderungssaldo von Leoben im Jahr 2016 ist dabei als ein einmaliger Effekt in Folge der Schließung einer großen Flüchtlingsunterkunft zu deuten. Einen ausgeglichenen bis leicht positiven Binnenwanderungssaldo weist die Stadtregion Weiz auf.

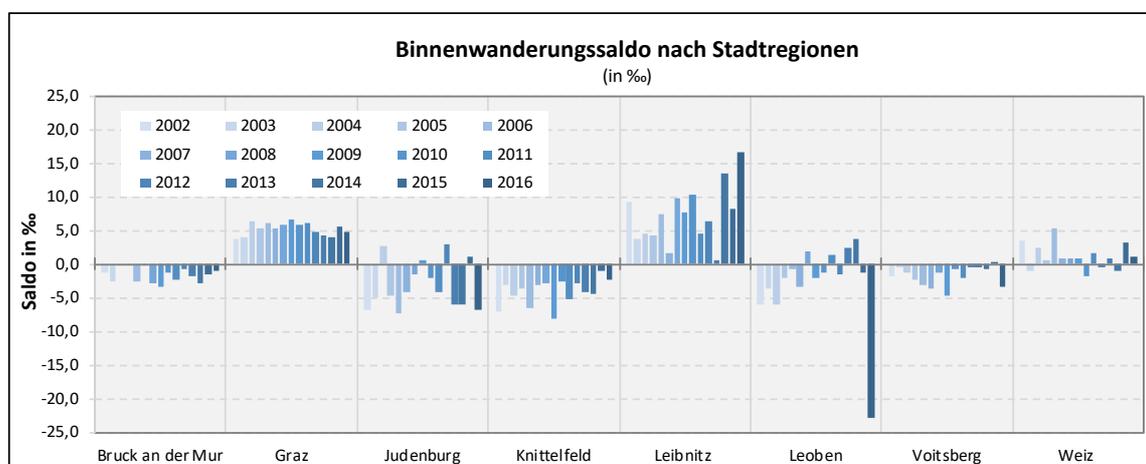


Abbildung 12: Binnenwanderungssaldo nach Stadtregionen 2002-2016. Daten: Statistik Austria.

Eine detailliertere Analyse der Außen- und Binnenwanderungen in die steirischen Stadtregionen wird über eine Differenzierung der Wanderungen nach Altersgruppen möglich. Aus Tabelle 6 werden für den Zeitraum von 2002 bis 2016 die bereits erwähnten Unterschiede zwischen Außen- und Binnenwanderung deutlich. Bei den Außenwanderungen sind in allen Altersgruppen mit Ausnahme der über 75-Jährigen in Summe positive Wanderungssalden zu verzeichnen. Am höchsten ist der Wanderungssaldo mit 9,9 zugewanderten Personen aus dem Ausland auf 1.000 Einwohner erwartungsgemäß in der Altersgruppe der 15 bis 29-Jährigen. Innerhalb dieser Altersgruppe konzentrieren sich die Wanderungen vor allem auf die Stadtregion Graz (16,7), gefolgt von Leoben (13,5) und Knittelfeld (13,6). Dies dürfte mit dem Angebot an Ausbildungseinrichtungen, sowie mit dem Eintritt in die Erwerbstätigkeit bzw. mit dem Angebot an entsprechenden Arbeitsplätzen in diesen Stadtregionen in Zusammenhang stehen. Die geringsten Wanderungssalden in diesen Altersgruppen weisen die Stadtregionen Weststeiermark-Voitsberg (6,3) und Judenburg (6,5) auf. Diese beiden Stadtregionen weisen im Mittel von 2002 bis 2016 auch über alle Altersgruppen die geringste Zuwanderungsdynamik mit dem Ausland auf. Am höchsten sind die Außenwanderungssalden in den Stadtregionen Graz (5,2) und Knittelfeld (4,2).

Betrachtet man die über den Zeitraum von 2002 bis 2016 gemittelten Binnenwanderungssalden differenziert nach Altersgruppen (vgl. Tabelle 6), so werden deutliche Unterschiede im Vergleich zur Struktur der Außenwanderungen deutlich.

Außenwanderungssaldo nach Alter Ø 2002-2016							
Stadtregion	bis 14 Jahre	15 bis 29 Jahre	30 bis 44 Jahre	45 bis 59 Jahre	60 bis 74 Jahre	75 Jahre und älter	Zusammen
Obersteiermark - Bruck an der Mur/Kapfenberg	7,0	9,6	3,5	0,4	-0,4	-1,5	3,1
Graz	7,0	16,7	3,6	0,8	-0,2	-1,1	5,2
Aichfeld-Murboden - Judenburg	4,4	6,5	2,3	-0,1	0,3	-1,3	1,9
Aichfeld-Murboden - Knittelfeld	8,7	11,6	4,6	1,2	-0,3	-1,5	4,2
Leibnitz	3,9	7,5	3,3	0,9	0,3	-0,4	2,8
Obersteiermark - Leoben	7,4	13,5	1,5	0,2	-0,3	-1,8	3,3
Weststeiermark-Voitsberg	4,0	6,3	2,5	0,5	0,5	-1,1	2,1
Weiz	3,8	7,3	2,8	0,8	0,1	-0,5	2,6
SUMME/MITTEL	5,8	9,9	3,0	0,6	0,0	-1,1	3,2
Binnenwanderungssaldo nach Alter Ø 2002-2016							
Stadtregion	bis 14 Jahre	15 bis 29 Jahre	30 bis 44 Jahre	45 bis 59 Jahre	60 bis 74 Jahre	75 Jahre und älter	Zusammen
Obersteiermark - Bruck an der Mur/Kapfenberg	1,9	-9,0	-1,0	-0,7	-0,8	0,3	-1,6
Graz	1,3	24,3	0,5	0,1	-0,1	0,0	5,2
Aichfeld-Murboden - Judenburg	-2,8	-14,4	-2,1	0,2	-1,2	1,5	-3,2
Aichfeld-Murboden - Knittelfeld	-2,0	-15,6	-3,7	-0,8	-0,5	-1,5	-4,1
Leibnitz	10,9	8,2	9,5	5,8	4,2	0,4	7,2
Obersteiermark - Leoben	-3,9	1,5	-3,7	-1,4	-2,0	-11,0	-2,8
Weststeiermark - Voitsberg	1,4	-8,1	-2,9	0,1	0,7	-1,5	-1,8
Weiz	1,9	-2,5	2,4	1,0	1,0	4,2	1,1
SUMME/MITTEL	1,1	-2,0	-0,1	0,5	0,2	-1,0	0,0

Tabelle 6: Außen- und Binnenwanderungssalden nach Stadtregionen und Altersgruppen. Daten: Statistik Austria.

Klar ersichtlich sind auch hier die Differenzen zwischen den Stadtregionen. Binnenwanderungsgewinne zeigen die Stadtregionen Leibnitz, Graz und Weiz. Alle anderen Stadtregionen zeigen von 2002 bis 2016 Bevölkerungsrückgänge durch Abwanderung. Die Wanderungsverluste fallen dabei über alle Stadtregionen betrachtet in der Altersgruppe der 15- bis 29-Jährigen am stärksten aus (-2,0). In dieser Altersgruppe zeigen sich aber extreme interregionale Divergenzen. So gewann Graz durch Binnenwanderung 24,3 Personen pro 1.000 Einwohner dieser Altersgruppe hinzu, während im selben Zeitraum Knittelfeld 15,6 Personen pro 1.000 Einwohner verlor.

Ebenfalls stark negativ ist der Wanderungssaldo in dieser Altersgruppe in der Stadtregion Judenburg (-14,4). Wanderungsgewinne weisen neben Graz hingegen auch Leibnitz (8,2) und Leoben (1,5) auf. Hier kann von primär ausbildungsorientierten und tlw. berufsbezogenen Wanderungen ausgegangen werden, welche sich stark auf den Universitäts- und Fachhochschulstandort Graz, sowie auf Leoben als Ziele konzentrieren. Aus den Wanderungsdaten in Tabelle 6 wird ersichtlich, dass das Wachstum der Stadtregionen Leibnitz und Weiz vor allem auf Wanderungsgewinne in der Altersklasse von 30-44 Jahren und in jener von 0-14 Jahren zurückzuführen ist. Vor allem junge Familien, so kann angenommen werden, ziehen von innerhalb Österreichs in diese beiden Stadtregionen. Leibnitz weist bei den 0- bis 14-Jährigen mit 10,9 den höchsten Wanderungssaldo auf. Bei den 30- bis 44-Jährigen liegt der Wert bei 9,5 und ist damit ebenso deutlich höher als in den anderen Stadtregionen. Graz erreicht in beiden Altersklassen nur sehr gering positive Wanderungssalden. Vor allem die obersteirischen Stadtregionen Leoben, Knittelfeld und Judenburg verlieren hier Bevölkerung durch Abwanderung. Somit kann zusammenfassend festgehalten werden, dass die Stadtregion Graz, neben Wanderungsgewinnen aus dem Ausland, vor allem von ausbildungsbezogener Zuwanderung in der Altersklasse der 15- bis 29-Jährigen profitiert. Das Wachstum der Stadtregionen Leibnitz und Weiz ist hingegen auf die Zuwanderung von Familien mit Kindern zurückzuführen. Die höchsten Binnenwanderungsverluste zeigen die Stadtregionen Knittelfeld und Judenburg.

4.2 Ökonomische Dimension: Integration und Abkoppelung

Im folgenden Teilkapitel wird die ökonomische Dimension von Zentralisierung und Peripherisierung in interregionaler Perspektive näher analysiert. Hierzu wird zu Beginn im Überblick die Entwicklung von Unternehmen, Arbeitsstätten und Beschäftigten in den einzelnen Stadtregionen dargestellt (Kap. 4.2.1). Anschließend erfolgt eine differenziertere Auseinandersetzung mit der sektoralen Beschäftigungsentwicklung, sodass ökonomisches Wachstum und Schrumpfung, und auch die Integration in dynamische Märkte (Zentralisierung) bzw. eine Abkoppelung aus diesen (Peripherisierung), über die regionale Entwicklung der Beschäftigung nach Branchen näher analysiert werden kann (Kap. 4.2.2). Schließlich wird die Bildungsstruktur der Erwerbsbevölkerung im Überblick thematisiert, da das regionale Bildungsniveau als wichtiger Standortfaktor für die ökonomische Entwicklung von (Stadt-)Regionen in der gegenwärtigen Wissensökonomie anzusehen ist (Kap. 4.2.3).

4.2.1 Entwicklung von Unternehmen, Arbeitsstätten und Beschäftigten

In Tabelle 7 sind differenziert nach den Stadtregionen der Steiermark einerseits die absoluten Zahlen zu Unternehmen, Arbeitsstätten und Beschäftigten für das Jahr 2015 dargestellt, andererseits die jeweiligen Anteile der Stadtregionen an den Gesamtzahlen für die Steiermark. Weiters ist die relative Veränderung zwischen den Jahren 2011 und 2015 angeführt.

Insgesamt gab es 2015 in allen Stadtregionen zusammen 379.161 Beschäftigte, was einem Anteil von mehr als 63 % an der Gesamtbeschäftigung der Steiermark entspricht. Berücksichtigt man nur die unselbständig Beschäftigten, so liegt der Anteil bei ca. 66 %, bei Unternehmen und Arbeitsstätten knapp über 50 %. Dies kann als ein Indiz für das Vorhandensein großer Unternehmen mit einer größeren Zahl an Beschäftigten in den Stadtregionen gedeutet werden.

Besonders große Differenzen zwischen dem Anteil an Beschäftigten und jenem an Unternehmen weisen dabei vor allem die Stadtregionen Graz, Leoben und Bruck an der Mur auf.

Stadtregionen (Urbane Zentren + Außenzone)	2015			
	Arbeitsstätten	Beschäftigte	unselbst. Beschäftigte	Unternehmen
Aichfeld-Murboden - Judenburg	1.495	10.190	9.172	1.177
Aichfeld-Murboden - Knittelfeld	2.264	15.416	13.739	1.870
Graz	37.747	266.779	239.989	32.138
Leibnitz	1.972	11.183	9.936	1.561
Obersteiermark - Bruck an der Mur/Kapfenberg	3.435	25.744	23.484	2.735
Obersteiermark - Leoben	3.137	24.679	22.641	2.445
Weiz	1.534	13.152	11.928	1.269
Weststeiermark - Voitsberg	2.377	12.018	10.147	1.994
SUMME	53.961	379.161	341.036	45.189
Steiermark	103.863	600.970	516.461	88.923
	Anteile 2015 in %			
	Arbeitsstätten	Beschäftigte	unselbst. Beschäftigte	Unternehmen
Aichfeld-Murboden - Judenburg	1,44	1,70	1,78	1,32
Aichfeld-Murboden - Knittelfeld	2,18	2,57	2,66	2,10
Graz	36,34	44,39	46,47	36,14
Leibnitz	1,90	1,86	1,92	1,76
Obersteiermark - Bruck an der Mur/Kapfenberg	3,31	4,28	4,55	3,08
Obersteiermark - Leoben	3,02	4,11	4,38	2,75
Weiz	1,48	2,19	2,31	1,43
Weststeiermark - Voitsberg	2,29	2,00	1,96	2,24
SUMME	51,95	63,09	66,03	50,82
	Veränderung 2011-2015 in %			
	Arbeitsstätten	Beschäftigte	unselbst. Beschäftigte	Unternehmen
Aichfeld-Murboden - Judenburg	2,0	0,3	0,3	-0,2
Aichfeld-Murboden - Knittelfeld	0,8	0,0	-0,3	0,3
Graz	2,2	5,0	5,8	-0,7
Leibnitz	7,7	1,0	0,9	3,4
Obersteiermark - Bruck an der Mur/Kapfenberg	1,9	2,9	3,3	-0,2
Obersteiermark - Leoben	1,6	3,9	4,6	-1,1
Weiz	0,0	9,4	10,5	-4,4
Weststeiermark - Voitsberg	-2,5	-3,1	-3,0	-3,9
SUMME	2,0	4,2	4,8	-0,8
Steiermark	0,7	3,3	4,0	-1,6

Tabelle 7: Beschäftigte, Unternehmen und Arbeitsstätten (Anzahl, Anteile und Veränderung 2011-2015) nach Stadtregionen. Daten: Landesstatistik Steiermark.

Wie bei der Bevölkerung so ist auch bei der Beschäftigung das Urbane Großzentrum Graz die mit Abstand größte Stadtregion der Steiermark, mit einem Anteil an den Beschäftigten von mehr als 44 %. Bei Betrachtung der unselbstständig Beschäftigten sind es sogar ca. 46,5%. Im Jahr 2017 lebten in der Stadtregion Graz hingegen „nur“ 38,3 % der Bevölkerung der Steiermark (vgl. Tabelle 5). Somit ist die ökonomische Bedeutung der Stadtregion, bei einer nur auf die Beschäftigung ausgerichteten Betrachtung, noch ausgeprägter als die demographische. Dies trifft auch auf die industriell geprägten Stadtregionen Weiz und Judenburg, sowie auf die beiden Urbanen Mittelzentren Leoben und Bruck an der Mur, zu, welche mit einem gemeinsamen Anteil von 8,3 % an den Gesamtbeschäftigten das obersteirische Beschäftigungszentrum bilden. Geringer ist das „Gewicht“ der Beschäftigten, im Vergleich zu jenem der Einwohner, in den Stadtregionen Knittelfeld, Leibnitz und Voitsberg. Generell korrelieren die Anteile an Bevölkerung aber

sehr stark mit jenen an den Beschäftigten. Alle Stadtregionen weisen absolut mehr als 10.000 Beschäftigte auf.

Betrachtet man die Dynamik der Veränderung der Beschäftigung über den Zeitraum von 2011 bis 2015 in Tabelle 7, so wird deutlich, dass diese in den Stadtregionen höher als im gesamten Bundesland war. Dort wuchs die Zahl der Beschäftigten um 3,3 %, in den Stadtregionen jedoch um 4,2 %. Auch die Zahl an Arbeitsstätten wuchs in den Stadtregionen deutlich stärker (+2 %) und der Rückgang der Zahl an Unternehmen war hier mit -0,8 % weniger ausgeprägt.

Die einzelnen Stadtregionen zeigen dabei eine unterschiedliche Entwicklungsdynamik: Bei den Beschäftigten kann vor allem die Stadtregion Weiz mit +9,4 % (+10,5 % bei den unselbstständigen Beschäftigten) ein starkes Wachstum aufweisen. Dahinter folgt die Stadtregion Graz mit einem Zuwachs von 5 % an Beschäftigten. Ebenso positiv verlief die Entwicklung in den beiden obersteirischen Stadtregionen, wenig dynamisch bis stagnierend hingegen in Judenburg und Knittelfeld, sowie in Leibnitz. Dort ist jedoch die stärkste Zunahme an Arbeitsstätten und Unternehmen festzustellen. Ein Rückgang der Zahl der Beschäftigten, der Unternehmen und der Arbeitsstätten fand in der Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg statt. Die Beschäftigungsentwicklung war mit -3 % hier deutlich negativ. Die Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg weist damit neben einer negativen demographischen Entwicklung (Rückgang der Bevölkerung, Wanderungsverluste (vgl. Kap. 4.1)) auch bei Betrachtung der Zahl der Beschäftigten eine negative ökonomische Entwicklung auf. Sie schrumpft demographisch und ist anscheinend nicht ausreichend in externe ökonomische Wachstumsprozesse integriert. Dies kann als Anzeichen einer Peripherisierung der Stadtregion gedeutet werden.

Interessant erscheint die Beobachtung, dass vor allem die Stadtregionen in unmittelbarer Nähe zum Urbanen Großzentrum Graz eine entgegengesetzte Entwicklung aufweisen: Weiz im direkten östlichen Anschluss an die Stadtregion Graz zeigt starke Beschäftigungszuwächse, während die Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg im Westen Verluste an Beschäftigten aufweist. Im folgenden Kapitel soll durch eine branchenspezifische Analyse der Beschäftigungsentwicklung näher auf die Ursachen bzw. Hintergründe dieser ungleichen Entwicklung zwischen den einzelnen Stadtregionen eingegangen werden.

4.2.2 Branchenspezifische Beschäftigungsentwicklung und stadtregionale Spezialisierung

Die unterschiedliche Entwicklung der Zahl der Beschäftigten (am Arbeitsort) in den Stadtregionen kann direkte Folge einer regional differenzierten Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur sein, da nicht angenommen werden kann, dass sich alle Branchen gleichermaßen dynamisch entwickeln. Tabelle 8 gibt Auskunft über die Spezialisierung in Bezug auf die Beschäftigten in den acht Stadtregionen. Dargestellt ist, differenziert nach den Gliederungsabschnitten nach ÖNACE 2008, der absolute und der relative Beschäftigtenanteil jeder Branche sowie der Lokalisationsquotient über alle Stadtregionen. Die Branchen mit den größten Anteilen an allen Beschäftigten stellen die Abschnitte „Herstellung von Waren“, „Handel“ und „Gesundheits- und Sozialwesen“ dar. Betrachtet man die räumliche Konzentration der einzelnen Branchen auf Basis des Lokalisationsquotienten, so wird deutlich, dass neben dem Bergbau einerseits die Industrie („Herstellung von Waren“) sich räumlich konzentriert, andererseits aber auch die Branchen der Wissensökonomie („Information und Kommunikation“, „freiberufliche/techn. Dienstleistungen“

und „sonst. wirtschaftl. Dienstleistungen“) räumlich relativ stark in den Stadtregionen konzentriert sind. Der im Vergleich zu den anderen Branchen höhere Lokalisationsquotient deutet darauf hin, dass diese Branche nicht gleichmäßig über die Gemeinden der Stadtregionen verteilt sind, sondern sich räumlich ballen.

In welcher Stadtregion eine räumliche Konzentration bestimmter Branchen auftritt kann auch aus Tabelle 8 entnommen werden. Hier wird ersichtlich, dass der Abschnitt „Herstellung von Waren“ beispielsweise besonders stark in Weiz konzentriert ist. Hier sind die Beschäftigungsanteile dieser Branche doppelt so hoch wie im Durchschnitt über alle Stadtregionen. Unterdurchschnittliche Anteilswerte verzeichnen v.a. die Stadtregionen Graz und Leibnitz. Graz ist jedoch die einzige Stadtregion, wo der Abschnitt „Information und Kommunikation“ überdurchschnittliche Beschäftigungsanteile erreicht. Auch die „freiberuflichen/techn. Dienstleistungen“ sind stark auf Graz und auch auf Leoben konzentriert, was mit den Forschungsaktivitäten an diesen beiden Universitätsstandorten in Zusammenhang stehen dürfte. Die beiden zentralen Branchen der Wissensökonomie zeigen somit eine ausgeprägte Konzentration in Graz.

Branche (ÖNACE 2008 (Abschnitte))	Beschäftigte	Anteil in %	Lokalisationsquotient	Stadtregion							
				Aichfeld-Murboden - Judenburg	Aichfeld-Murboden - Knittelfeld	Graz	Leibnitz	Obersteiermark - Bruck/Kapfenberg	Obersteiermark - Leoben	Weiz	Weststeiermark - Voitsberg
Land- und Forstwirtschaft <A>	7.746	2,16	0,11	+	+	-	-	+	-	+	++
Bergbau 	483	0,13	0,29	-	-	-	-	+	+	++	++
Herstellung von Waren <C>	59.404	16,58	0,17	+	+	-	-	+	+	++	+
Energieversorgung <D>	3.012	0,84	0,16	++	-	-	-	++	-	-	+
Wasserversorgung und Abfallentsorgung <E>	2.078	0,58	0,10	-	-	-	+	+	+	+	+
Bau <F>	21.172	5,91	0,06	+	-	-	+	-	+	+	+
Handel <G>	51.779	14,45	0,03	+	-	-	+	+	-	-	+
Verkehr <H>	14.971	4,18	0,06	-	++	-	-	+	+	-	-
Beherbergung und Gastronomie <I>	16.731	4,67	0,03	+	-	+	+	-	-	-	+
Information und Kommunikation <J>	9.589	2,68	0,18	-	-	+	-	-	-	-	-
Finanz- und Versicherungsleistungen <K>	9.699	2,71	0,07	-	-	+	+	-	-	-	+
Grundstücks- und Wohnungswesen <L>	6.404	1,79	0,08	-	+	+	-	-	-	-	-
Freiberufliche/techn. Dienstleistungen <M>	26.690	7,45	0,12	-	-	+	-	-	+	-	-
Sonst. wirtschaftl. Dienstleistungen <N>	16.251	4,54	0,14	-	-	+	-	-	-	-	-
Öffentliche Verwaltung <O>	25.926	7,24	0,06	+	+	+	-	-	-	-	-
Erziehung und Unterricht <P>	27.328	7,63	0,07	-	-	+	-	-	+	-	-
Gesundheits- und Sozialwesen <Q>	42.423	11,84	0,03	+	-	+	-	-	+	-	-
Kunst, Unterhaltung und Erholung <R>	4.991	1,39	0,12	-	+	+	-	-	-	-	-
Sonst. Dienstleistungen <S>	10.469	2,92	0,06	-	-	+	+	-	-	-	+
Sonstige <T> und <U>	1.164	0,32									
SUMME	358.310	100		- = Anteilswerte unter Durchschnitt; + = Anteilswerte über Durchschnitt; ++ = Anteilswerte mehr als doppelt so hoch wie Durchschnitt							

Tabelle 8: Beschäftigungsanteile nach ÖNACE-Abschnitten 2015, Lokalisationsquotienten 2015 und räumliche Verteilung der Beschäftigten 2015 nach Branchen und Stadtregionen. Daten: Statistik Austria.

Branche (ÖNACE 2008 (Abschnitte))	Veränderung 2011-2015		Stadtregion							
	Beschäftigte (absolut)	Veränderung in %	Aichfeld-Murboden - Judenburg	Aichfeld-Murboden - Knittelfeld	Graz	Leibnitz	Obersteiermark - Bruck/Kapfenberg	Obersteiermark - Leoben	Weiz	Weststeiermark - Voitsberg
Land- und Forstwirtschaft <A>	-18	-0,23	+	++	-	-	+	-	+	+
Bergbau 	25	5,46	++	+	-	--	++	+	++	--
Herstellung von Waren <C>	566	0,96	+	-	+	--	+	+	+	-
Energieversorgung <D>	542	21,94	-	--	++	++	++	--	--	+
Wasserversorgung und Abfallentsorgung <E>	-86	-3,97	-	++	--	-	++	++	-	++
Bau <F>	-336	-1,56	--	-	-	-	+	-	+	+
Handel <G>	665	1,30	-	+	+	-	-	-	+	+
Verkehr <H>	-454	-2,94	-	++	-	-	--	+	++	-
Beherbergung und Gastronomie <I>	415	2,54	-	--	+	-	+	-	++	+
Information und Kommunikation <J>	2169	29,23	=	+	++	++	++	++	++	-
Finanz- und Versicherungsleistungen <K>	105	1,09	-	+	+	--	-	-	++	-
Grundstücks- und Wohnungswesen <L>	516	8,76	++	++	+	++	-	-	-	++
Freiberufliche/techn. Dienstleistungen <M>	2583	10,71	+	--	++	++	-	++	+	-
Sonst. wirtschaftl. Dienstleistungen <N>	1557	10,60	--	++	++	++	+	--	++	--
Öffentliche Verwaltung <O>	-7207	-21,75	++	++	--	--	--	--	--	--
Erziehung und Unterricht <P>	-1025	-3,62	--	--	-	++	-	++	+	+
Gesundheits- und Sozialwesen <Q>	15196	55,81	+	++	++	++	++	++	++	++
Kunst, Unterhaltung und Erholung <R>	-1461	-22,64	--	++	--	+	+	++	++	++
Sonst. Dienstleistungen <S>	719	7,37	-	+	++	++	++	--	++	--
Sonstige <T> und <U>	442	61,47	+	++	++	++	++	++	++	++
SUMME			-- = Abnahme um mehr als -10%; - = Abnahme bis -10%; + = Zunahme bis 10%; ++ = Zunahme um mehr als 10%							

Tabelle 9: Veränderung (absolut und relativ) der Beschäftigungsanteile 2011-2015 nach ÖNACE-Abschnitten und nach Stadtregionen. Daten: Statistik Austria.

Aus Tabelle 9 ist die Veränderungsdynamik der nach Branchen differenzierten Beschäftigung für den Zeitraum von 2011 bis 2015 zu entnehmen. Das stärkste relative Wachstum wies der Bereich „Gesundheits- und Sozialwesen“ auf (+55,81%), an zweiter Stelle folgt jedoch bereits der Abschnitt „Information und Kommunikation“ mit einer Zunahme von knapp 30% (+2.583 Beschäftigte). Auch die freiberuflichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleitungen zeigten mit mehr als 10% eine hohe Zuwachsrate. Damit kann die These von einer hohen Dynamik der Wissensökonomie in den Stadtregionen (vgl. Kap. 2.4.1) auch in der Steiermark bestätigt werden.

Die Veränderungsdynamik zeigt sich in einem interregional differenziertem Muster: So verzeichnen die Stadtregionen Graz und Leibnitz, und tlw. die obersteirischen Stadtregionen Bruck/Mur und Leoben, einen Zuwachs von mehr als 10% bei den Beschäftigten in den drei oben genannten Abschnitten (J, M und N). Die Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg weist hingegen von 2011 bis 2015 eine Abnahme der Beschäftigung in diesen Branchen auf. Hier ist demnach eine tlw. ökonomische Abkoppelung anzunehmen. Besonders integriert in die Dynamik der Wissensökonomie ist damit primär die Stadtregion Graz (und tlw. Leoben), welche hohe Beschäftigungszuwächse und eine hohe Konzentration der wissensintensiven Dienstleistungsbranchen aufweisen. Für die Stadtregionen der Steiermark kann demnach bestätigt werden, dass, wie in Kap. 2.4.1 ausgeführt, vor allem die größeren Agglomerationsräume gute Standortbedingungen für die Unternehmen der Wissensökonomie bieten. In Interregionaler Perspektive zeigen sich somit doch Differenzen bezüglich des Grades der Einbindung in übergeordnete ökonomische Zusammenhänge in der Wissensökonomie. Die Branche „Gesundheits- und Sozialwesen“, welche das höchste Wachstum aufweist, verteilt sich im Unterschied zu den Branchen der Wissensökonomie gleichmäßig über alle Stadtregionen. Mit einer Ausnahme (Judenburg) weisen hier alle Stadtregionen einen Zuwachs von über 10% auf. Generell zeigen sich hohe Zuwachsraten über alle Branchen ergänzend zu den Stadtregionen Graz und Leibnitz auch in Weiz und Knittelfeld.

In Tabelle 10 ist ergänzend der Spezialisierungskoeffizient angeführt, der Auskunft über den Grad der branchenspezifischen Spezialisierung der einzelnen Stadtregionen gibt. Das Urbane Großzentrum Graz zeigt, bedingt auch durch die Größe, eine geringe Spezialisierung. Hier sind demnach viele Branchen vertreten, die Abweichung von der durchschnittlichen Branchenverteilung über alle Regionen ist gering. Die größte Spezialisierung ist in Weiz festzustellen. Zurückzuführen ist dies auf die große Bedeutung der Industrie und des Bergbaus in der Region. Auch Knittelfeld ist eine stark spezialisierte Stadtregion, wobei hier vor allem der Abschnitt „Verkehr“ von Relevanz ist. Eine direkte Verbindung zwischen dem Grad der Spezialisierung und der allgemeinen ökonomischen Dynamik einer Stadtregion lässt sich auf Basis der analysierten Daten dabei jedoch nicht herstellen.

Dies wird auch bei Betrachtung der Ergebnisse einer Shift & Share Analyse für die acht steirischen Stadtregionen für den Zeitraum von 2011 bis 2015 deutlich (vgl. Tabelle 10). Ein Regionalfaktor über 1, welcher auf eine bessere Entwicklung im Teilraum (Stadtregion) im Vergleich mit der Entwicklung im Gesamttraum (alle Stadtregionen) hinweist, kann für die Stadtregionen Weiz, Graz und Leoben festgestellt werden. Hier war die Beschäftigungsentwicklung von 2011 bis 2015 positiver als in den anderen Stadtregionen. Betrachtet man für diese drei Stadtregionen

nun die jeweiligen Struktur- und Standortfaktoren, so wird deutlich, dass beide nur in der Stadtregion Graz einen Wert größer als 1 erreichen. Hier lag eine günstige Branchenstruktur vor, welche die Beschäftigungsentwicklung positiv beeinflusst hat, und ebenso eine positive Wirkung des „Standortes“, wodurch die Entwicklung noch dynamischer war, als alleine durch die Branchenstruktur angenommen werden konnte. Auch in Weiz und Leoben lag der Standortfaktor über 1, während hier hingegen der Strukturfaktor auf eine eher ungünstige Branchenstruktur hinweist. Somit kann die positive Entwicklung in diesen beiden Stadtregionen vor allem als eine Folge standortspezifischer Faktoren interpretiert werden und weniger als eine Folge des Vorhandenseins wachstumsstarker Branchen. So konnten in Leoben im Beobachtungszeitraum die höchsten Zuwächse in den Bereichen „Wasserversorgung und Abfallentsorgung“, „Information und Kommunikation“, „Gesundheits- und Sozialwesen“, sowie „Kunst, Unterhaltung und Erholung“ ausgemacht werden. In Weiz waren es die Branchen „Bergbau“, „Gesundheits- und Sozialwesen“ und ebenfalls „Kunst, Unterhaltung und Erholung“, die relativ am stärksten wuchsen. Zusammenfassend gab es nur in Graz ein Wachstum, das gleichzeitig durch den Besitz mit insgesamt wachstumsstarken Branchen sowie durch positive Standortwirkungen verursacht wurde. Auf die intra-regionale Beschäftigungsdynamik in der Stadtregion Graz wird in Kap. 4.4. noch näher eingegangen.

Stadtregionen	Spezialisierungskoeffizient	Shift & Share Analyse		
		Regionalfaktor	Strukturfaktor	Standortfaktor
Aichfeld-Murboden - Judenburg	0,15	0,955	1,036	0,922
Aichfeld-Murboden - Knittelfeld	0,23	0,961	0,978	0,982
Graz	0,05	1,007	1,003	1,004
Leibnitz	0,11	0,957	0,994	0,963
Obersteiermark - Bruck an der Mur/Kapfenberg	0,18	0,990	0,999	0,991
Obersteiermark - Leoben	0,09	1,004	0,976	1,030
Weiz	0,25	1,053	0,994	1,060
Weststeiermark - Voitsberg	0,15	0,943	1,003	0,941

Tabelle 10: Spezialisierungskoeffizienten 2015 und Ergebnisse der Shift & Share Analyse 2011-2015 nach Stadtregionen.
 Daten: Statistik Austria.

Eine im Vergleich zum Gesamttraum weniger dynamische Entwicklung (Regionalfaktor < 1) zeigt sich in den beiden Stadtregionen im Raum Aichfeld-Murboden, in Leibnitz, und in geringem Maße in Bruck/Mur sowie in der Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg. Die letztgenannte Stadtregion zeigt einen leicht positiven Strukturfaktor jedoch einen wenig günstigen Standortfaktor. Hier ist demnach anzunehmen, dass trotz einer relativ günstigen Branchenstruktur regionales Wachstum durch standortspezifische Faktoren gebremst wird. Dasselbe gilt auch für die Stadtregion Judenburg. Sich im gesamttraum dynamisch entwickelnde Branchen, wie v.a. der Bereich „Information und Kommunikation“, konnten sich hier aufgrund fehlender Standortbedingungen (Anzahl und Heterogenität der ökonomischen Akteure, Forschungs- und Bildungseinrichtungen), weniger positiv entwickeln. Im Folgenden wird auf eine dieser Standortbedingungen, nämlich auf das Bildungsniveau der Bevölkerung und möglich interregionale Differenzierungen, noch näher eingegangen.

4.2.3 Qualifikationsstruktur der Erwerbsbevölkerung

In der gegenwärtigen Wissensgesellschaft und Wissensökonomie ist das Humankapital eine der wichtigsten Voraussetzung für ökonomisches Wachstum. Bildung, Ausbildung und Qualifizierung der Erwerbspersonen bilden eine zentrale Grundlage für regionale Entwicklungsprozesse. Die Standortentscheidungen der Unternehmen orientieren sich in erheblichem Maße an der regionalen Verfügbarkeit entsprechend qualifizierter Mitarbeiter, bzw. sind die Unternehmen in die Ausbildung und Qualifizierung ihrer Mitarbeiter mehr und mehr aktiv integriert. Folglich soll demnach ein Blick auf die Entwicklung der Bildungsstruktur der Erwerbsbevölkerung in den steirischen Stadtregionen geworfen werden, da angenommen wird, dass ein hohes Bildungsniveau einen günstigen Standortfaktor für die dynamisch wachsenden wissensintensiven Dienstleistungen darstellt. Betrachtet wird dabei, aufgrund der Datenverfügbarkeit, jedoch nur das formale Bildungsniveau, welches über die höchste abgeschlossene Ausbildung erfasst werden kann.

In Tabelle 11 ist die Anteilsverteilung in Bezug auf die höchste abgeschlossene Ausbildung (in % der über 14-Jährigen), differenziert nach Stadtregionen, für die Jahre 1991, 2001 und 2015 dargestellt. Klar erkennbar ist dabei der generelle Anstieg des Bildungsniveaus seit 1991, mit einer deutlichen Erhöhung des Anteils an Personen, die über einen Hochschulabschluss verfügen, und mit einem erheblichen Rückgang an Personen, die nur über einen Pflichtschulabschluss verfügen.

Stadtregionen	Höchste abgeschlossene Ausbildung (Anteile in % der über 14-Jährigen) - 1991						
	Allgemeinbildende Pflichtschule	Lehre	Fachschule	Allgemeinbildende Höhere Schule	Berufsbildende Höhere Schule (incl. Kolleg)	Hochschulverwandte Ausbildung	Universität
Aichfeld-Murboden - Judenburg	39,9%	38,5%	11,4%	3,2%	3,4%	1,4%	2,3%
Aichfeld-Murboden - Knittelfeld	41,8%	38,5%	10,4%	2,7%	3,5%	1,2%	1,9%
Graz	35,9%	31,4%	10,9%	8,2%	5,5%	1,4%	6,7%
Leibnitz	45,7%	35,2%	8,4%	3,9%	3,4%	1,3%	2,0%
Obersteiermark - Bruck an der Mur/Kapfenberg	41,5%	37,0%	10,7%	2,9%	4,5%	1,0%	2,4%
Obersteiermark - Leoben	40,0%	37,0%	11,4%	4,0%	3,7%	0,9%	2,9%
Weiz	40,3%	38,1%	10,0%	2,9%	4,9%	1,5%	2,2%
Weststeiermark - Voitsberg	47,5%	33,4%	10,2%	2,2%	4,1%	1,1%	1,2%
Stadtregionen	Höchste abgeschlossene Ausbildung (Anteile in % der über 14-Jährigen) - 2001						
	Allgemeinbildende Pflichtschule	Lehre	Fachschule	Allgemeinbildende Höhere Schule	Berufsbildende Höhere Schule (incl. Kolleg)	Hochschulverwandte Ausbildung	Universität
Aichfeld-Murboden - Judenburg	33,6%	41,2%	12,2%	3,2%	4,9%	1,7%	3,2%
Aichfeld-Murboden - Knittelfeld	35,4%	41,2%	11,0%	3,1%	5,1%	1,5%	2,6%
Graz	30,5%	32,9%	10,3%	7,8%	7,1%	2,0%	9,5%
Leibnitz	37,3%	38,8%	10,1%	3,7%	5,4%	1,7%	3,0%
Obersteiermark - Bruck an der Mur/Kapfenberg	34,8%	40,0%	10,8%	3,6%	6,2%	1,4%	3,2%
Obersteiermark - Leoben	34,9%	39,8%	11,0%	4,0%	5,1%	1,3%	4,0%
Weiz	33,7%	39,7%	10,4%	3,7%	7,2%	1,8%	3,6%
Weststeiermark - Voitsberg	38,1%	37,0%	12,7%	2,5%	6,0%	1,4%	2,2%
Stadtregionen	Höchste abgeschlossene Ausbildung (Anteile in % der über 14-Jährigen) - 2015						
	Allgemeinbildende Pflichtschule	Lehre	Fachschule	Allgemeinbildende Höhere Schule	Berufsbildende Höhere Schule (incl. Kolleg)	Hochschulverwandte Ausbildung	Universität
Aichfeld-Murboden - Judenburg	26,3%	41,0%	16,0%	2,7%	6,7%	1,8%	5,5%
Aichfeld-Murboden - Knittelfeld	27,4%	40,7%	15,2%	3,0%	7,2%	1,6%	4,8%
Graz	22,2%	28,6%	11,2%	9,3%	9,6%	2,0%	17,1%
Leibnitz	27,8%	40,1%	12,6%	4,3%	7,7%	1,8%	5,7%
Obersteiermark - Bruck an der Mur/Kapfenberg	26,3%	39,3%	14,5%	3,7%	8,6%	1,5%	6,0%
Obersteiermark - Leoben	24,8%	38,1%	14,4%	5,4%	8,5%	1,4%	7,4%
Weiz	24,5%	38,6%	14,6%	4,0%	9,7%	1,9%	6,7%
Weststeiermark - Voitsberg	28,4%	37,3%	16,4%	3,0%	8,6%	1,6%	4,7%

Tabelle 11: Höchste abgeschlossene Ausbildung (Anteile in % der über 14-Jährigen) 1991, 2001 und 2015 nach Stadtregionen. Daten: Landesstatistik Steiermark

Erkennbar ist weiters, dass sich die regionalen Unterschiede in der Bildungsstruktur zwischen den Stadtregionen im Beobachtungszeitraum nicht angeglichen haben und es tlw. zu einer Zunahme der Unterschiede gekommen ist. So wies die Stadtregion Graz sowohl 1991 als auch 2015 das höchste Bildungsniveau auf, der Anteil der Universitätsabsolventen erhöhte sich hier von 6,7% auf 17,1%, der Anteil der Personen mit Pflichtschulabschluss reduzierte sich um mehr als 13%. Ebenfalls einen Rückgang verzeichneten die Lehrabschlüsse. Die Stadtregion mit dem niedrigsten Bildungsniveau war 1991 wie auch 2015 Weststeiermark-Voitsberg, wo 1991 mehr als 47% der Bevölkerung über 14 Jahre nur einen Pflichtschulabschluss vorweisen konnten. Bis 2015 reduzierte sich dieser Anteil stark auf 28,4%, jedoch ist dieser nach wie vor der höchste Wert im Vergleich mit allen anderen Stadtregionen. Erhöht hat sich auch in der Region Weststeiermark-Voitsberg der Anteil der Universitätsabsolventen, wobei dabei der Abstand zu Graz gewachsen ist. So unterschieden sich 1991 die Anteilswerte beider Stadtregionen um 7,3%, 2015 um 12,4%. Vor allem bei den Universitätsabschlüssen haben sich allgemein die interregionalen Unterschiede im Beobachtungszeitraum erhöht. Bei den Pflichtschulabschlüssen konnte hingegen eine Verringerung der Differenzen zwischen den Stadtregionen festgestellt werden. Erhöht haben sich die Unterschiede auch im Bereich der Lehre, wo ein Rückgang in Graz auf 28% im Jahr 2015 einem Wachstum in den anderen Stadtregionen gegenüber steht (Höchstwert 41% in Judenburg).

Neben der Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg wiesen 2015 auch Leibnitz und Knittelfeld ein eher unterdurchschnittliches Bildungsniveau der Erwerbsbevölkerung auf. Eine im Durchschnitt höhere formale Bildung ist hingegen in Weiz und v.a. in Leoben zu beobachten. Hier findet sich der zweithöchste Anteil an Personen mit Universitätsabschluss. Die Stadtregion Leoben ist neben Graz die einzige, die mit der Montanuniversität Leoben über eine Universität verfügt. In Graz sind insgesamt vier Universitäten (Karl-Franzens-Universität Graz, Technische Universität Graz, Medizinische Universität Graz und Kunstuniversität Graz) angesiedelt, sowie die beiden Fachhochschulen Joanneum und Campus 02 und zwei Pädagogische Hochschulen, an denen insgesamt ca. 60.000 Studierende betreut werden (vgl. Wirtschaftsbericht Stadt Graz 2016). Graz kann somit als Standortzentrum der tertiären Ausbildungseinrichtungen in der Steiermark angesehen werden, da neben der Universität in Leoben nur noch in Kapfenberg (sowie in Bad Gleichenberg) eine Außenstelle der Fachhochschule Joanneum angesiedelt ist. Bei den Bildungseinrichtungen der Sekundarstufe ist hingegen von einer Vollversorgung aller steirischen Stadtregionen auszugehen. So sind in jeder Stadtregion zur Matura führende Schulen vorhanden. In allen Kernstädten ist zumindest eine Allgemeinbildende Höhere Schule (AHS) lokalisiert. Ebenso finden sich Berufsbildende Höhere Schulen (BHS) wie HTL, HAK und HLW, wobei hier das Angebot und die Spezialisierungsmöglichkeiten erwartungsgemäß mit der Größe der Stadt bzw. Stadtregion zunehmen.

Zusammenfassend kann in Bezug auf interregionale Unterschiede in der Bildungsstruktur festgehalten werden, dass durchaus Differenzen auszumachen sind, die sich im Beobachtungszeitraum seit 1991 in ihrem grundlegenden räumlichen Muster erhalten haben. Besonders zwischen Graz und den kleineren Stadtregionen, hier vor allem Voitsberg, ist ein Gefälle im Bildungsniveau der Erwerbsbevölkerung und damit in der Qualifikation des Humankapitals festzustellen. Generell hat der Anteil der Bevölkerung, welcher nur über einen Pflichtschulabschluss

verfügt, stark abgenommen, parallel zur Zunahme der Universitätsabschlüsse, die sich jedoch mehr und mehr in Graz konzentrieren.

4.3 Politische Dimension: Abhängigkeit und Steuerung

Nach der Betrachtung der demographischen und ökonomischen Dimension von interregionaler Zentralisierung und Peripherisierung zwischen den Stadtregionen der Steiermark wird nun die politische Dimension in den Mittelpunkt gerückt. In diesem Kapitel wird der Frage nachgegangen, ob einerseits bestimmte Stadtregionen politisch von übergeordneten Zentren abhängig sind und ob andererseits bestimmte Stadtregionen in der Steiermark als eben diese übergeordneten Zentren, in welchen wichtige politische und ökonomische Steuerungsfunktionen ihren Standort haben, zu qualifizieren sind. Die Frage nach politischer Abhängigkeit (Peripherisierung) und Steuerungsfunktionen (Zentralisierung) wird dabei über eine Analyse des Finanzhaushaltes (Steuerkraft-Kopfquote) der Stadtregions-Gemeinden (Kap. 4.3.1), sowie über eine Betrachtung der räumlichen Verteilung der Unternehmenssitze der 100 wichtigsten Unternehmen der Steiermark (nach dem Top of Styria Ranking 2017) (Kap. 4.3.2) zu beantworten versucht.

4.3.1 Finanzhaushalte der Gemeinden

Die Analyse des Finanzhaushaltes einer Gemeinde stellt eine komplexe Aufgabe dar, die vor allem durch die mangelnde Verfügbarkeit von Budget- und Haushaltsdaten erschwert wird. Trotz gestiegener Transparenz im Bereich der Finanzdaten der österreichischen Gemeinden⁸ ist eine umfassende Analyse von mehreren Gemeinden über einen längeren Zeitraum nur schwer mit öffentlich zugänglichen Daten direkt möglich. Eine Untersuchung, welche sich detailliert mit der Finanzlage der Stadtregions-Gemeinden in Österreich auseinandersetzt, findet sich in der Studie „Räumliche Entwicklungen in österreichischen Stadtregionen“ der ÖROK (vgl. ÖROK 2009, 68ff).

Die folgende Analyse bezieht sich primär auf die Maßzahl der Steuerkraft-Kopfquote, welche als ein „Indikator für die Finanzkraft und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Gemeinde“ (Land Steiermark 2017, 6) gesehen werden kann. Die Steuerkraft-Kopfquote ergibt sich aus der Summe der gemeindeeigenen Abgaben (Kommunalsteuer, Grundsteuer und sonstige Abgaben; allerdings ohne Abgaben und Gebühren für gemeindeeigene Infrastrukturen (Müll, Wasser etc.)) und den auf die einzelnen Gemeinden verteilten Ertragsanteilen aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben (vgl. Land Steiermark 2017, 5). Die Verteilung der Ertragsanteile auf die Gemeinden innerhalb eines Bundeslands erfolgt dabei in Abhängigkeit der Finanzkraft und auf Basis des abgestimmten Bevölkerungsschlüssels (ebd., 5f). Dieser weist den Gemeinden einen Multiplikator für ihre Bevölkerungszahl zu, welcher mit der Größe der Bevölkerung in der Gemeinde zunimmt. Kritische Grenzen liegen dabei bei 10.000 und 50.000 Einwohnern. Der Anstieg des Multiplikators der Bevölkerungszahl mit der Anzahl der Einwohner einer Gemeinde resultiert aus der größeren Belastung von größeren Gemeinden aufgrund der Bereitstellung von zentral-

⁸ vgl. z.B. <http://www.gemeindefinanzen.at> (28.09.2018)

örtlichen Einrichtungen und Infrastrukturen (ebd., 6). Allgemein werden damit größere Gemeinden in der Zuweisung der Ertragsanteile begünstigt, was sich folglich auch auf die Steuerkraft-Kopfquoten auswirkt. Diese sind in größeren Gemeinden deutlich höher.

In Tabelle 12 sind für die acht Stadtregionen sowie für die Steiermark insgesamt die (aggregierten) Steuerkraft-Kopfquoten für das Jahr 2016 angeführt. Den höchsten Wert erreicht hier erwartungsgemäß das Urbane Großzentrum Graz, wobei, wie ebenfalls aus Tabelle 12 entnommen werden kann, beträchtliche intraregionale Unterschiede bestehen. Die höchste Steuerkraft-Kopfquote erreicht die Gemeinde Raaba-Grambach in der Urbanen Zone südlich von Graz und nicht die Kernstadt Graz selbst. Raaba-Grambach erzielt auch steiermarkweit den höchsten Wert, zurückzuführen vor allem auf hohe Einnahmen aus der Kommunalsteuer, die sich hier im suburbanen, direkt an Graz angrenzenden Raum, in Folge zahlreicher Betriebsansiedlungen positiv entwickelt haben. Insgesamt befinden sich die drei Gemeinden mit der höchsten Steuerkraft-Kopfquote der Steiermark (Raaba-Grambach, Lannach und Premstätten) allesamt in der Stadtregion Graz (vgl. Land Steiermark 2017, 19 und 24). Dieses Muster ist dabei über die letzten Jahre konstant geblieben. Die Kernstadt Graz lag im Jahr 2015 noch an vierter Stelle steiermarkweit und vereinte 31% aller gemeindebezogenen Abgaben und Steuern in der Steiermark auf sich (vgl. Landesstatistik Steiermark 2016, 5). 2016 fiel die Stadt Graz mit einer Steuerkraft-Kopfquote von 1.769 € auf den 8. Rang zurück; nach wie vor konzentrieren sich jedoch ca. 30% aller Steuern und Abgaben des Gemeindebereiches in der Steiermark auf Graz. Aufgrund des Bevölkerungswachstums der Stadt Graz und der damit verbundenen Wirkung des Multiplikators im Finanzausgleich ist in Zukunft aber v.a. mit stark steigenden Ertragsanteilen zu rechnen (vgl. Landesstatistik Steiermark 2017, 11). Am unteren Ende der Rangliste weist die Gemeinde Stiwoll in der Außenzone der Stadtregion Graz mit einer Steuerkraft-Kopfquote von 813 € den niedrigsten Wert aller Gemeinden in der Steiermark auf. Die Stadtregion Graz ist die einzige Stadtregion, die im kurzen Zeitraum von 2014 bis 2016 in Summe einen leichten Rückgang der Steuerkraft-Kopfquote zu verzeichnen hatte.

Stadtregionen	Steuerkraftkopfquote 2016	Steuerkraftkopfquote 2016		Veränderung 2014-2016
		+ Gemeinde	- Gemeinde	
Aichfeld-Murboden - Judenburg	1.251	Judenburg (1.357)	St. Peter o. Judenburg (1.032)	3,69%
Aichfeld-Murboden - Knittelfeld	1.214	Zeltweg (1.391)	St. Marein-Feistritz (928)	0,62%
Graz	1.550	Raaba-Grambach (2.594)	Stiwoll (813)	-1,18%
Leibnitz	1.248	Leibnitz (1.383)	Wagna (1.052)	4,77%
Obersteiermark - Bruck an der Mur/Kapfenberg	1.379	Kapfenberg (1.608)	Pernegg an der Mur (929)	3,12%
Obersteiermark - Leoben	1.397	Leoben (1.680)	Proleb (869)	3,34%
Weiz	1.480	Weiz (1.864)	Mortantsch (857)	4,28%
Weststeiermark - Voitsberg	1.103	Voitsberg (1.183)	Kainach b. Voitsberg (861)	2,53%
STIEIERMARK	1.314			

Tabelle 12: Steuerkraft-Kopfquote 2016, Gemeinden mit höchster und niedrigster Steuerkraft-Kopfquote 2016 und Veränderung der Steuerkraft-Kopfquote 2014 bis 2016 nach Stadtregionen. Daten: Landesstatistik Steiermark.

Nach der Stadtregion Graz weist das Urbane Kleinzentrum Weiz die höchste Steuerkraft-Kopfquote auf, welche sich von 2014 bis 2016 um mehr als 4% erhöht hat. Somit liegt eine in Bezug auf die Bevölkerung kleinere, aber ökonomisch sehr starke Stadtregion an zweiter Stelle; die größeren obersteirischen Stadtregionen folgen auf Rang drei und vier und weisen ebenso

eine relativ hohe Zuwachsrate von mehr als 3% auf. In allen drei Stadtregionen werden die höchsten Werte in den Kernstädten erreicht, in der Stadtregion Obersteiermark - Bruck/Kapfenberg jedoch von der Gemeinde Kapfenberg und nicht von der größeren Bezirkshauptstadt Bruck an der Mur. Die Kernstadt Weiz belegte 2016 mit einer Steuerkraft-Kopfquote von 1.864 € den vierten Rang nach Gemeinden mit der höchsten Steuerkraft-Kopfquote in der Steiermark (vgl. Landesstatistik Steiermark 2017, 24).

Die restlichen vier Stadtregionen weisen aggregierte Steuerkraft-Kopfquoten auf, die unter der Gesamtquote der Steiermark (1.314 €) liegen. Die intraregionalen Unterscheide innerhalb dieser vier Stadtregionen sind dabei deutlich kleiner als in den Stadtregionen mit einer höheren Steuerkraft-Kopfquote. Die Veränderungen zwischen 2014 und 2016 zeigen auch hier kein einheitliches Bild: Während in der Stadtregion Leibnitz die in interregionaler Perspektive höchste Zunahme an Steuer- und Abgabeneinnahmen zu verzeichnen war, fiel in der Stadtregion Knittelfeld diese Zunahme mit 0,62% nur knapp positiv aus. Am geringsten war die Steuerkraft-Kopfquote 2016 mit 1.103 € in der Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg (vgl. auch Landesstatistik Steiermark 2017, 12). Dies korrespondiert mit den bereits in Kapitel 4.2. dargestellten ökonomischen Entwicklungsprozessen in dieser Stadtregion und ist vor allem auf einen deutlich negativen Pendlersaldo, der zu einer Verringerung der Gemeindeabgaben beiträgt, zurückzuführen.

Die Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg ist auch jene Stadtregion der Steiermark, welche anteilmäßig die geringsten Kommunalsteuereinnahmen aufweist (vgl. Abbildung 13). Hier tragen die Kommunalsteuern, deren Höhe sich aus der Lohnsumme der Beschäftigten in der Gemeinde ergibt, nur 16,5% zur Steuerkraft-Kopfquote bei. Für die Steiermark insgesamt liegt dieser Wert bei 24,3%. Im interregionalen Vergleich sind die Gemeinden in dieser Stadtregion demnach besonders abhängig von den zugewiesenen Ertragsanteilen. Wie in Kapitel 4.1 erläutert ist die Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg durch Bevölkerungsverluste geprägt, was die Einnahmen aus den Ertragsanteilen in Zukunft auch weiter reduzieren wird. So fiel z.B. die Bevölkerungszahl der Gemeinde Köflach im Jahr 2017 unter die kritische Grenze von 10.000 Einwohnern. In Voitsberg wurde diese Grenze bereits 2004 unterschritten. Dies stellt die Gemeinden mittel- und langfristig vor Finanzierungsprobleme und bringt sie in eine (politische) Abhängigkeit, was auch in Interviews mit lokalen Akteuren aus Politik und Verwaltung thematisiert wurde (vgl. Kap. 6.2).

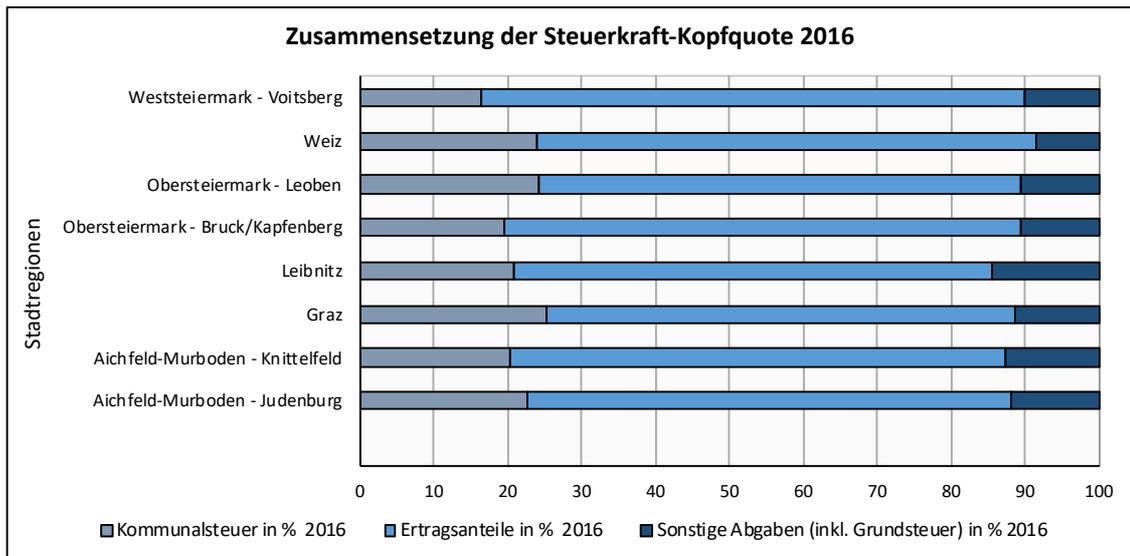


Abbildung 13: Zusammensetzung der Steuerkraft-Kopfquote 2016 nach Steuergruppen und nach Stadtregionen.
 Daten: Landesstatistik Steiermark.

Die geringste Abhängigkeit von Ertragsanteilen ist in der Stadtregion Graz gegeben, wo auch, wie bereits erwähnt, die höchsten Anteile an Kommunalsteuer zu verzeichnen sind (vgl. Landesstatistik Steiermark 2017, 26). Insgesamt resultieren aus der Kommunalsteuer hier mehr als 25% der Steuerkraft-Kopfquote. Hohe Kommunalsteuereinnahmen verzeichnen auch die Stadtregionen Weiz und Leoben. Hier kann angenommen werden, dass Gemeinden in diesen Stadtregionen in größerem Umfang selbständig Investitionsmaßnahmen umsetzen können, als Gemeinden, die keine Einnahmen aus der Kommunalsteuer lukrieren. Die Höhe der Kommunalsteuereinnahmen korreliert direkt mit der Zahl der Unternehmen und Beschäftigten in einer Gemeinde, wodurch sich hier ein räumliches Muster zeigt, das starke Ähnlichkeiten mit den in Kapitel 4.2 dargestellten ökonomischen Strukturen aufweist. Im folgenden Kapitel wird hierzu ergänzend auf die Standorte bzw. Unternehmenssitze großer und regional bedeutender Unternehmen geblickt, die auch erheblich das Kommunalsteueraufkommen beeinflussen.

4.3.2 Unternehmenssitze (Headquarter)

Das räumliche Muster der Headquarter der 100 wichtigsten Unternehmen in der Steiermark auf Basis des Top-Styria Rankings 2017 zeigt eine klare Standortkonzentration zugunsten der Stadtregionen: Von den insgesamt 100 Unternehmen haben 66 ihren Hauptsitz in einer der acht Stadtregionen der Steiermark. Leibnitz ist die einzige Stadtregion, in welcher keines der Top 100-Unternehmen seinen Sitz hat. Der größte Anteil entfällt erwartungsgemäß auf die Stadtregion Graz, wo 44 Unternehmen beheimatet sind. In Tabelle 7 (Kap. 4.2.1) wurden die Anteilswerte der einzelnen Stadtregionen an allen Unternehmen in der Steiermark 2015 angeführt. Hier erreicht die Stadtregion Graz einen Anteilswert von 36%; somit sind die Unternehmenssitze der Top 100-Unternehmen mit 44% überrepräsentiert. Dies trifft bis auf die Stadtregion Judenburg (zwei Top 100-Unternehmen), sowie auf die bereits erwähnte Stadtregion Leibnitz, auch auf alle anderen Stadtregionen zu. Die Top 100-Unternehmen sind demnach noch stärker räumlich auf die Stadtregionen konzentriert als alle Unternehmen insgesamt.

In der Stadtregion Graz steht an der Spitze der 44 Top 100-Unternehmen der Maschinen- und Anlagenbauer Andritz AG, der global mehr als 25.000 Mitarbeiter beschäftigt und seinen Hauptsitz in Graz hat, gefolgt vom Automobilzulieferer AVL List GmbH (8.600 Mitarbeiter). Im Top Styria Ranking ist auch die Energie Steiermark AG sowie die Steiermärkische Krankenanstalten GmbH angeführt, welche beide ihren Hauptsitz in Graz haben. Insgesamt beschäftigen 19 Unternehmen mehr als 1.000 Mitarbeiter. Alle Top-100 Unternehmen der Stadtregion Graz erreichten 2017 gemeinsam einen Umsatz von ca. 18,5 Milliarden €.

Mit deutlichem Abstand hinter Graz folgen die Stadtregionen Bruck an der Mur und Weiz mit jeweils sechs Top 100-Unternehmen. In Bruck/Mur ist besonders die auf Motoren und Antriebstechnik spezialisierte Firma Pankl Racing Systems AG (Bruck an der Mur und Kapfenberg) mit ca. 1.500 Beschäftigten von großer Bedeutung, in Weiz v.a. der Industriekonzern der Knill-Gruppe. In Leoben haben fünf Top 100-Unternehmen ihren Hauptsitz, besonders der Leiterplattenhersteller AT&S (Austria Technologie & Systemtechnik AG) mit knapp 10.000 Mitarbeitern weltweit ist hier ein wichtiger (überregionaler) ökonomischer Player. Fünf Top 100-Unternehmen finden sich in der Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg. Die Region kann auf eine lange Geschichte der Glasherstellung verweisen, auf welche auch die Entwicklung der Stölzle-Glasgruppe zurückgeht, die ihren Sitz in Köflach hat und europaweit ca. 2.400 Mitarbeiter beschäftigt. Nach dem Ende des Bergbaus in der Region und der Stilllegung des Dampfkraftwerkes Voitsberg (2006 bzw. 2015) stellt die Stölzle Oberglas GmbH heute das größte Unternehmen der Stadtregion dar. In der Stadtregion Judenburg haben zwei Top-100 Unternehmen ihren Sitz, in Knittelfeld drei.

4.4 Zusammenfassung: „Zentral“ und „Peripher“: Stadtregionen mit Wachstumsdynamik vs. Stadtregionen in der Abwärtsspirale

Welches interregionale Muster von Prozessen der Zentralisierung und Peripherisierung kann für die Stadtregionen der Steiermark nun zusammenfassend festgestellt werden und welche Antwort lässt sich in Bezug auf die gestellte Forschungsfrage 1 an dieser Stelle formulieren?

Bei der *demographischen* Dimension von Peripherisierung und Zentralisierung war in einer interregionalen Perspektive eine divergierende Entwicklung zwischen den acht steirischen Stadtregionen über die letzten 15 Jahre auszumachen. Bevölkerungszuwächse gab es in Weiz, Leibnitz und Graz, die restlichen Stadtregionen haben hingegen einen Rückgang an Bevölkerung erfahren. Wird ergänzend das Wanderungsgeschehen betrachtet, so sind für alle Stadtregionen Außenwanderungsgewinne, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, festzustellen, jedoch weisen alle Stadtregionen mit Ausnahme von Leibnitz, Graz und auch Weiz z.T. erhebliche Binnenwanderungsverluste auf. Wird Peripherisierung mit demographischer Schrumpfung und Abwanderung operationalisiert (vgl. Kap. 2.1.2 und 3.2), so lassen sich für fünf der acht Stadtregionen Peripherisierungstendenzen nachweisen. Durch Zentralisierung (demographisches Wachstum und Zuwanderung) geprägt ist hingegen das Urbane Großzentrum Graz sowie die beiden Kleinzentren im Nahbereich der Landeshauptstadt, Leibnitz und Weiz.

In Bezug auf die *ökonomische* Dimension von Zentralisierung und Peripherisierung zeigt sich interregional folgendes Bild: Die Entwicklung der Zahl der Beschäftigten verlief besonders dynamisch in den Stadtregionen Graz und Weiz. Beschäftigungszuwächse konnten auch fünf weitere Stadtregionen verzeichnen; eine negative Entwicklung der Beschäftigung von 2011 bis 2015

war hingegen in der Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg zu beobachten. Die branchenspezifische Analyse der Beschäftigung in den steierischen Stadtregionen zeigt tlw. eine ungleiche Verteilung der Branchen mit starkem Beschäftigungswachstum zwischen den einzelnen Stadtregionen. Die wachstumsstarken Branchen der Wissensökonomie sind dabei besonders in der Stadtregion Graz aber auch in der Stadtregion Leoben konzentriert. Für die ökonomisch wachsende Stadtregion Weiz konnte hingegen eine Spezialisierung auf die industrielle Produktion festgestellt werden. Zusammenfassend zeigen die Regionalfaktoren als Ergebnis einer Shift & Share Analyse für den Zeitraum von 2011 bis 2015 ein überdurchschnittliches Beschäftigungswachstum in den Stadtregionen Graz, Weiz und Leoben, während die Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg deutlich unterdurchschnittlich abschneidet. Peripherisierung als Prozess der ökonomischen Abkoppelung, die hier über die Beschäftigungsentwicklung empirisch bestimmt wird, zeigt sich demnach vor allem in der weststeierischen Stadtregion. Auch weist die Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg eine ungünstige Struktur in Bezug auf das (formale) Bildungsniveau der Erwerbsbevölkerung, mit einem niedrigen Anteil an Universitätsabschlüssen, auf. Diese konzentrieren sich erwartungsgemäß besonders in der Stadtregion Graz, was die Standortqualität für die dynamischen wissensintensiven Dienstleistungsbranchen dort entsprechend erhöht.

Die *politische* Dimension von Zentralisierung und Peripherisierung, konzeptualisiert als die Fähigkeit zur selbstbestimmten Steuerung der lokalen bzw. regionalen Entwicklung einerseits, und als politische (und auch ökonomische) Abhängigkeit von regionsexternen Entscheidungen andererseits (vgl. Kap. 2.1.2), wurde in der vorliegenden Arbeit über die „Steuerkraft-Kopfquote“ sowie über das Standortmuster von „Headquarter“-Funktionen operationalisiert (vgl. Kap. 3.2). Dabei zeigen sich ähnliche Ergebnisse wie bei der Analyse der ökonomischen Dimension: Hohe Steuereinnahmen, vor allem aus der Kommunalsteuer, können die Gemeinden in den Stadtregionen Graz und Weiz, sowie in etwas geringerem Umfang auch in der Stadtregion Leoben, vorweisen. Dies schafft Möglichkeiten für Investitionen und reduziert die Abhängigkeit von Bedarfszuweisungen in Form der auf die Einwohnerzahl bezogenen Ertragsanteile. Eine im interregionalen Vergleich geringe Steuerkraft-Kopfquote, in Verbindung mit einem hohen Anteil an Einnahmen aus Ertragsanteilen, weist die Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg auf. In Bezug auf die Sitze der 100 wichtigsten und größten Unternehmen der Steiermark ist eine starke Konzentration auf die Stadtregion Graz festzustellen, jedoch ist in allen Stadtregionen, mit Ausnahme von Leibnitz, zumindest ein Hauptsitz eines Unternehmens aus dem Ranking „Top of Styria“ lokalisiert. Es kann angenommen werden, dass das Vorhandensein von „Headquarter“-Funktion die Abhängigkeit von (für die Region negativen) regionsexternen Entscheidungen (z.B. im Hinblick auf betriebliche Umstrukturierungen) reduziert und die ökonomische Entwicklung der Region fördert.

Zusammenfassend kann in interregionaler Perspektive festgehalten werden, dass Peripherisierungsprozesse in Form von demographischer Schrumpfung und Abwanderung, teilweiser Abkoppelung aus der ökonomischen Wachstumsdynamik, sowie politischer Abhängigkeit am deutlichsten in der Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg und etwas weniger stark ausgeprägt auch in den Stadtregionen im Raum Aichfeld-Murboden beobachtet werden können. Zentralisierungsprozesse hingegen sind für das Urbane Großzentrum Graz und die Stadtregion Weiz nach-

zuweisen. Hier trifft eine Bevölkerungszunahme durch Zuwanderung auf eine hohe wirtschaftliche Dynamik, die in weiterer Folge eine geringe externe (politische wie ökonomische) Abhängigkeit bedingt. Für die Stadtregion Leibnitz konnte zwar ein starkes Bevölkerungswachstum nachgewiesen werden, jedoch keine überdurchschnittlich dynamische ökonomische Entwicklung, so dass hier von einer umfassenden Zentralisierung, wie sie in dieser Arbeit konzeptualisiert wird, nicht ausgegangen werden kann.

Räumlich betrachtet ergibt sich demnach folgendes Bild: Die größte Stadtregion der Steiermark, welche auch geographisch den „Zentralraum“ der Steiermark bildet, ist durch demographische und ökonomische Zentralisierungsprozesse geprägt, die folglich ansatzweise als Prozesse einer „Metropolisierung“ (vgl. Kap. 2.1.1 und 2.2.1, Kühn 2016, 153) gedeutet werden können. Die zwei Urbanen Kleinzentren in unmittelbarer räumlicher Nähe zur Stadtregion Graz, die mit dieser funktionell (Pendlerverflechtungen) sowie tlw. institutionell (Region „Steirischer Zentralraum“, vgl. Kap. 6.1) verbunden sind, zeigen hingegen ein entgegengesetztes Bild ihrer Entwicklungsdynamik: Während die Stadtregion Weiz im Vergleich mit allen steirischen Stadtregionen am deutlichsten Merkmale von Zentralisierungsprozessen aufweist, sind in der Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg die in interregionaler Perspektive stärksten Peripherisierungstendenzen zu beobachten. Die Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg bildet damit die „Innere Peripherie“ (vgl. Kap. 2.1.1) des Steirischen Zentralraumes. Die Stadtregion Weiz hingegen kann einerseits mit Blick auf den Zentralraum als ein dynamisches Teilzentrum im Nahbereich der „metropolisierenden“ Landeshauptstadt Graz, andererseits, mit Blick auf die Oststeiermark, auch als „Wachstumsmotor“ für die Regionalentwicklung in der östlichen Steiermark definiert werden.

Bei den vier Stadtregionen im Mur- und Mürztal zeigt sich kein einheitliches empirisches Bild: In Bezug auf die demographische Dimension sind z.T. erhebliche Schrumpfungsprozesse festzustellen, jedoch ist eine im interregionalen Vergleich tlw. überdurchschnittliche ökonomische Entwicklungsdynamik zu beobachten, vor allem in der Stadtregion Leoben. Die Stadtregion Leoben fungiert in Bezug auf die Beschäftigungsentwicklung, vor allem auch in den wissensintensiven Branchen, als Wachstumszentrum der Obersteiermark. Generell zeigen die beiden obersteirischen Stadtregionen und Urbanen Mittelzentren Leoben und Bruck an der Mur/Kapfenberg eine deutlich positivere Entwicklungsdynamik als die beiden Stadtregionen Knittelfeld und Judenburg im Raum Aichfeld-Murboden. Diese beiden Stadtregionen können, bedingt durch sehr starke Abwanderungstendenzen und eine negative bzw. nur knapp positive Beschäftigungsdynamik, zusammenfassend als „peripherisiert“ bezeichnet werden. Aufgrund der auch geographisch peripheren Lage kann hier mit Kühn (2016, 153) von „Peripherien in der Abwärtsspirale“ gesprochen werden.

Wie lässt sich auf Basis der in diesem Kapitel vorgestellten empirischen Befunde nun noch die in Kap. 1.2 gestellte Frage nach den Auswirkungen von interregionalen Zentralisierungs- und Peripherisierungsprozessen auf das Städtesystem der Steiermark beantworten? Kann eine Entwicklung hin zu einer monozentrierten Struktur mit der „Dominanz“ eines städtischen Zentrums beobachtet werden, oder ist eine polyzentrische Struktur gegeben? Betrachtet man hierzu allein die demographische Entwicklung, so lässt sich durchaus eine Tendenz zu einer starken Zentralisierung auf den größten urbanen Raum der Steiermark, die Stadtregion Graz, feststellen. So wuchs der Bevölkerungsanteil dieser Stadtregion an der Gesamtbevölkerung der Steiermark,

wie in Tabelle 5 angeführt, von 33,2% im Jahr 2001 auf 38,32% im Jahr 2017. Parallel hierzu konnten wachsende Bevölkerungsanteile nur in der Stadtregion Leibnitz und in geringem Umfang auch in der Stadtregion Weiz ausgemacht werden. Das demographische Wachstum verteilt sich somit nicht gleichermaßen auf alle Stadtregionen, sondern konzentriert sich in erheblichem Ausmaß auf die Stadtregion Graz. In Bezug auf die ökonomische Entwicklung ist ebenso eine erhebliche Konzentration festzustellen: 2015 waren in der Stadtregion Graz 46,47% aller unselbstständig Beschäftigten der Steiermark tätig (vgl. Tab. 7). Im Jahr 2011 lag dieser Wert bei 45,69%. Im Zeitraum von 2011 bis 2015 konnten neben Graz dabei nur die Stadtregion Weiz und in sehr geringem Ausmaß auch die Stadtregion Leoben steigende Anteilswerte bei den unselbstständig Beschäftigten verzeichnen. Somit ist auch das Beschäftigungswachstum nicht gleichmäßig über die steirischen Stadtregionen verteilt.

Zusammenfassend kann auf Basis der empirischen Befunde damit von einer „Dominanz“ der Stadtregion Graz und von einer monozentrischen Struktur des steirischen Städtesystem gesprochen werden, da in den letzten Jahren eine erhebliche Konzentration des demographischen und ökonomischen Wachstums auf das Urbane Großzentrum Graz auszumachen war. Jedoch konnten die Urbanen Kleinzentren Leibnitz (Bevölkerung) und Weiz (Beschäftigte) z.T. relativ höhere Wachstumsraten als die Stadtregion Graz erreichen, was eine gänzliche interregionale Zentralisierung auf Graz abgeschwächt hat.

5 Intraregionale Prozesse der Zentralisierung und Peripherisierung in den Stadtregionen der Steiermark

Kapitel 5 thematisiert Peripherisierungs- und Zentralisierungsprozesse innerhalb der steirischen Stadtregionen auf Basis der Raumtypen *Kernstadt*, *Urbane Zone* (bzw. *Kernzone*) und *Außenzone*, wobei die demographische Dimension (Kap. 5.1), die ökonomische Dimension (Kap. 5.2) sowie die politische Dimension (Kap. 5.3) getrennt untersucht werden. Aus einer räumlichen Perspektive stehen damit nicht einzelne Stadtregionen wie in Kapitel 4 im Mittelpunkt, sondern die definierten Raumtypen (vgl. Kap. 3.2). Diese Bezugnahme auf die stadtreionalen Raumtypen ist vor allem im Hinblick auf die Frage nach Sub- und/oder Reurbanisierungsprozessen in den Stadtregionen der Steiermark von Relevanz. Die in diesem Kapitel vorgestellten Analysen beziehen sich demnach auf die Forschungsfrage 2 (vgl. Kap. 1.2). In Kapitel 5.4 wird ergänzend die größte Stadtregion der Steiermark, das Urbane Großzentrum Graz, im Detail näher untersucht, wobei hier die kleinräumige, intraregionale Dynamik von Zentralisierung und Peripherisierung im Fokus steht.

5.1 Demographische Dimension: Zuwanderung und Abwanderung

In Kapitel 5.1 wird die demographische Dimension von Zentralisierung und Peripherisierung in intraregionaler Perspektive näher analysiert. Hierzu wird zu Beginn die Bevölkerungsentwicklung (Kap. 5.1.1) in den Raumtypen Kernstadt, Urbane Zone und Außenzone dargestellt. Anschließend erfolgt eine Analyse des Wanderungsgeschehens (Kap. 5.1.2), differenziert nach Außen- und Binnenwanderung sowie nach Altersklassen, um Abwanderung und Zuwanderung als zentrale Komponenten von intraregionaler Zentralisierung und Peripherisierung zu erfassen.

5.1.1 Bevölkerungsentwicklung

In Abbildung 14 ist der Index der Bevölkerungsentwicklung von 1981 bis 2017 differenziert nach Raumtypen dargestellt. Es lässt sich eine divergierende Entwicklung beobachten, welche sich in den frühen 2000er-Jahren verändert. Bis dahin weisen die Gemeinden in den Außenzonen der Stadtregionen sowie jene in den Urbanen Zentren (ohne Kernstadt) bzw. in der Urbanen Zone, also in direktem räumlichem Anschluss an die Kernstadt, Bevölkerungszuwächse auf. Die Kernstädte der steirischen Stadtregionen, und damit auch die Urbanen Zentren allgemein, verzeichnen in diesem Zeitraum jedoch Bevölkerungsverluste. Dies kann als ein klares Zeichen für stadtreionale Suburbanisierungsprozesse in den 1980iger und 1990iger-Jahren interpretiert werden.

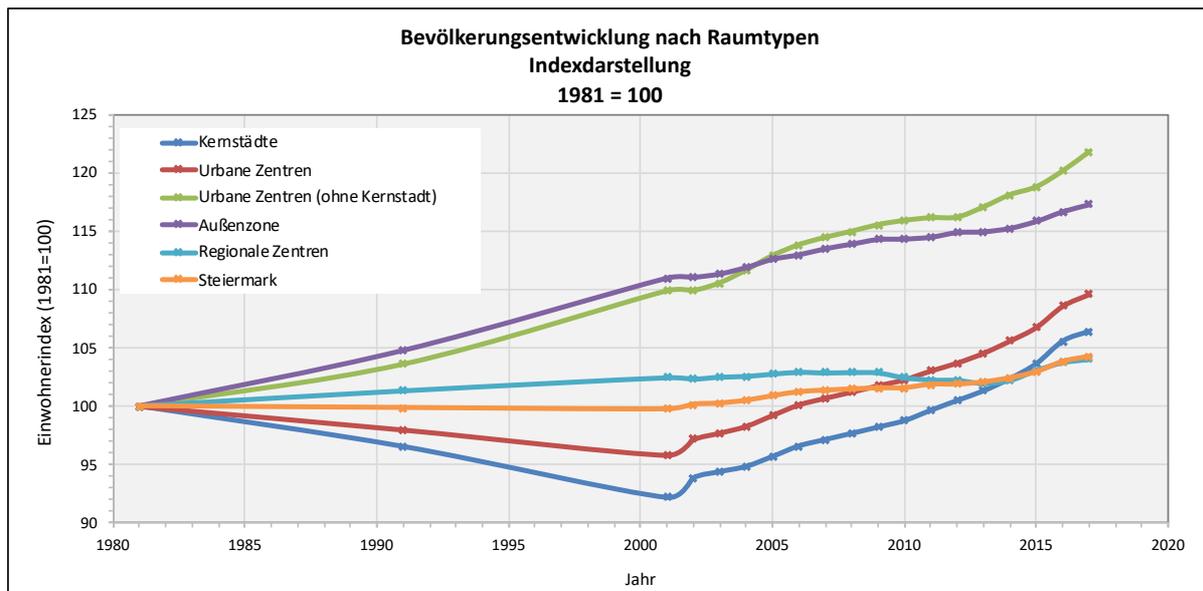


Abbildung 14: Indexdarstellung (1981=100) der Bevölkerungsentwicklung nach Raumtypen. Daten: Statistik Austria.

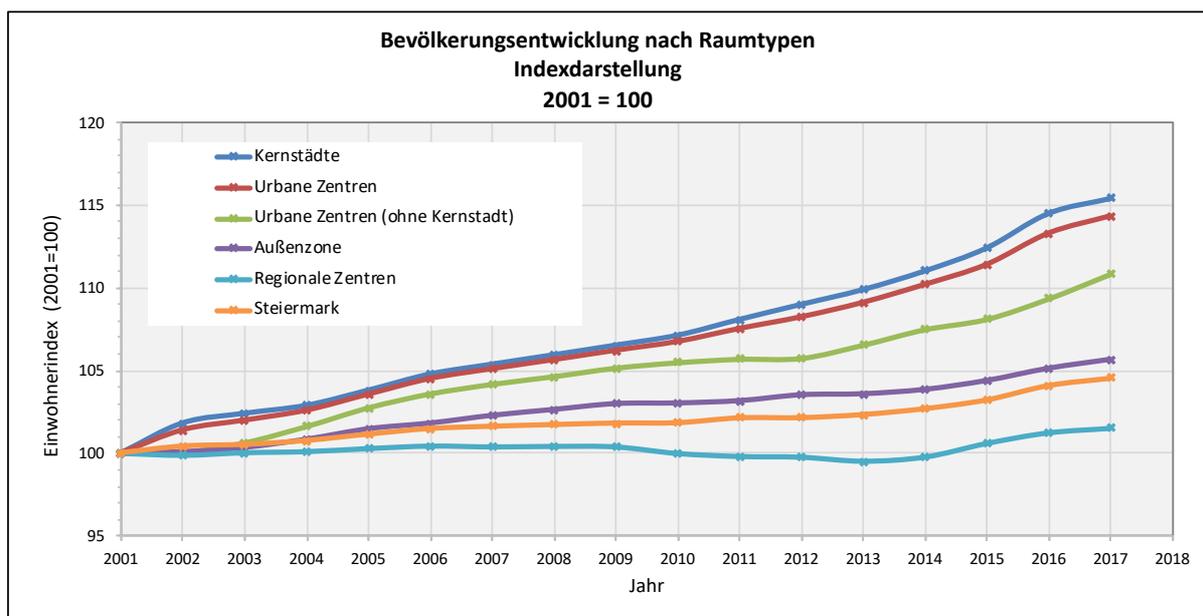


Abbildung 15: Indexdarstellung (2001=100) der Bevölkerungsentwicklung nach Raumtypen. Daten: Statistik Austria.

Nach 2000 verzeichnen die Kernstädte einen Zuwachs an Bevölkerung, wodurch die Urbanen Zentren allgemein eine dynamischere demographische Entwicklung erfahren, welche seit 2010 über jener der Steiermark insgesamt liegt. Parallel dazu kommt es zu einer leichten Abschwächung der Bevölkerungszuwächse in den Gemeinden in den Außenzonen der Stadtregionen. Dies kann als ein Indiz für eine beginnende Phase der Reurbanisierung gedeutet werden. Jedoch ist in den Gemeinden im Nahbereich der Kernstädte, in den Urbanen Zentren bzw. der Urbanen Zone, ein durchgehend starkes Wachstum zu beobachten. Somit ist auch in den „suburbanen“ Gebieten der Stadtregionen eine konstante Bevölkerungszunahme gegeben.

In Abbildung 15 ist die Entwicklung der Bevölkerung nach Raumtypen als Indexdarstellung mit dem Jahr 2001 als Ausgangspunkt dargestellt. Auch hier wird die dynamische Entwicklung der Bevölkerung in den Kernstädten in den letzten 15 Jahren deutlich. Und parallel dazu die abgeschwächte Dynamik in der Außenzone, welche sich ähnlich wie die Steiermark insgesamt entwickelte. Die Gemeinden der Urbanen Zone (ohne Kernstadt) nahmen eine Zwischenposition ein. Für die Urbane Zone generell ist jedoch eine sehr dynamische Entwicklung auszumachen.

In Abbildung 14 und 15 sind für Vergleichszwecke als Raumtyp auch „Regionale Zentren“ angeführt. Sie stellen eine Raumkategorie der in dieser Arbeit verwendeten Urban-Rural Typologie dar (vgl. Kap. 3.1.1). Regionale Zentren sind Teil des ländlichen Raumes, bzw. der Kategorie „Ländlich/Rural“, und weisen im Gegensatz zu den Urbanen Zonen eine geringer verdichtete Kernzone auf. Zur Ausweisung von Regionalen Zentren werden auch Infrastrukturkriterien herangezogen (vgl. Statistik Austria 2016). Auch Regionale Zentren können aus einer Kernzone und einer Außenzone bestehen und sich somit aus mehreren Gemeinden zusammensetzen⁹. In Abbildung 16 ist zu erkennen, dass in den letzten Jahren die Bevölkerungszahlen der Regionalen Zentren der Steiermark weitestgehend konstant blieben, die Entwicklungsdynamik lag dabei deutlich unter jener der Kernstädte und auch jener des gesamten Bundeslandes.

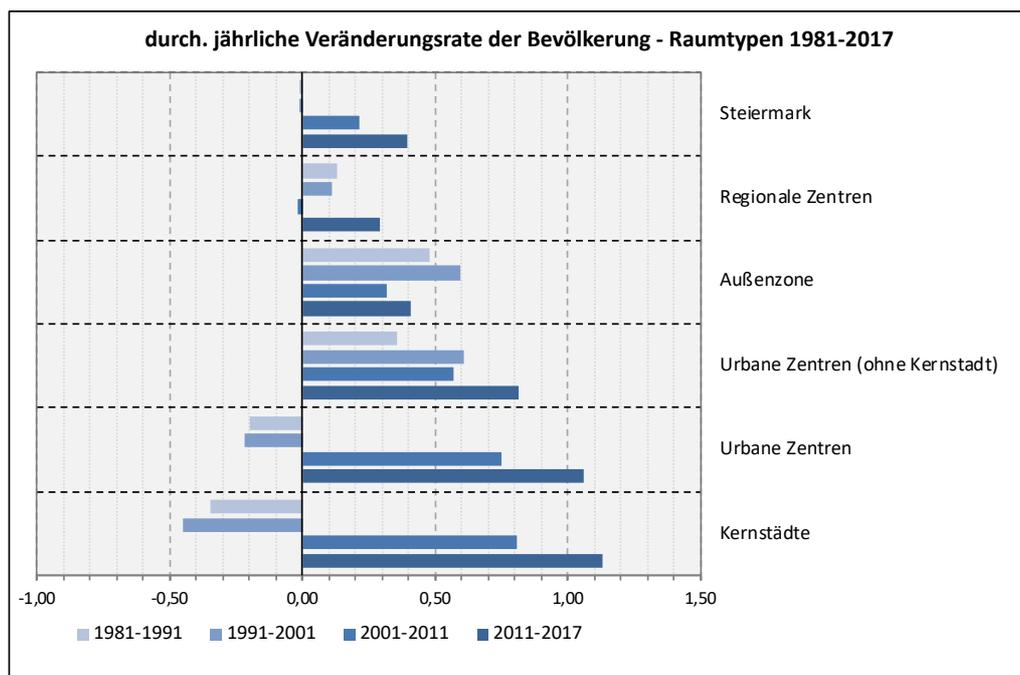


Abbildung 16: Durchschnittliche jährliche Veränderungsrate nach Raumtypen 1981-2017. Daten: Statistik Austria.

⁹ Folgende Regionale Zentren werden für die Steiermark definiert: Gleisdorf (14.496 EW 2015, 3 Gemeinden), Deutschlandsberg (14.313 EW 2015, 2 Gemeinden), Feldbach (13.110 EW 2015, 1 Gemeinde), Mürzzuschlag (12.743 EW 2015, 2 Gemeinden), Fürstenfeld (8.408 EW 2015, 1 Gemeinde), Liezen (8.052 EW 2015, 1 Gemeinde), Schladming (6.716 EW 2015, 1 Gemeinde), Hartberg (6.527 EW 2015, 1 Gemeinde), Murau (3.718 EW 2015, 1 Gemeinde) und Bad Radkersburg (3.092 EW 2015, 1 Gemeinde).

Bei der Betrachtung der durchschnittlichen jährlichen Veränderungsrate der Bevölkerung in den vier Beobachtungsperioden differenziert nach Raumtypen, lässt sich klar ein Trend der Verlagerung der demographischen Wachstumsdynamik in die Kernstädte ablesen. So zeigen die Kernstädte in den zwei Perioden von 1981 bis 1991 und von 1991 bis 2001 negative Veränderungsraten, nach 2001 jedoch ein äußerst dynamisches Wachstum. Vor allem seit 2011 wuchsen die Kernstädte im Durchschnitt um mehr als 1,10% jährlich. Dies bedingte auch ein Wachstum der Urbanen Zentren allgemein. In den Außenzonen der Stadtregionen kam es, komplementär zum Wachstum in den Kernstädten, hingegen zu einem Rückgang der Bevölkerungsdynamik seit der Jahrtausendwende. Das stärkste Wachstum wurde hier in der Periode von 1991 bis 2001 verzeichnet. Die Gemeinden in den Urbanen Zentren (ohne Kernstadt) zeigen ein recht konstantes Bevölkerungswachstum, wobei hier die positiven Veränderungsraten in der letzten Beobachtungsperiode am höchsten waren. In der Periode zuvor war die Dynamik weniger stark. Allgemein verzeichnen gegenwärtig somit die direkt an die Kernstadt angrenzenden suburbanen Gemeinden ein Bevölkerungswachstum, auch wenn dies geringer ist als das Wachstum der Kernstädte.

Aus Abbildung 16 wird zusammenfassend ein deutlicher Wandel der stadtreionalen demographischen Entwicklungsdynamik in der Steiermark deutlich: Während in der Periode von 1981 bis 1991, und auch in jener von 1991 bis 2001, die Außenzone, die suburbanen Gemeinden in den Urbanen Zentren (ohne Kernstadt) sowie die Regionalen Zentren eine positive Bevölkerungsentwicklung erfahren haben, mussten die Kernstädte Bevölkerungsverluste hinnehmen. Demnach kann in diesen Perioden von einer Phase der Suburbanisierung, von einer Dekonzentration der Bevölkerung und auch von einer demographischen Peripherisierung der Kernstädte gesprochen werden. Nach 2001 kam es hingegen zu einem starken Wachstum der Kernstädte. Somit können gegenwärtig Tendenzen einer relativen Reurbanisierung bzw. einer demographischen Zentralisierung der Kernstädte in der Steiermark ausgemacht werden.

In Tabelle 13 wird ergänzend die demographische Entwicklung in den Raumtypen für den Zeitraum von 2001 bis 2016 dargestellt, wobei drei 5-jährige Beobachtungsperioden ausgewiesen werden. Neben der relativen Bevölkerungsveränderung und der durchschnittlichen jährlichen Veränderungsrate der Bevölkerung wird ebenso die absolute Bevölkerungsveränderung angeführt. Grundsätzlich lassen sich auch hier die bereits angesprochenen Trends ablesen: ein stärkeres Wachstum der Bevölkerung in den Kernstädten als in den Gemeinden in der Außenzone und in den suburbanen Gemeinden (Urbane Zentren ohne Kernstadt). Von 2001 bis 2016 nahm die Bevölkerung in den Kernstädten um insgesamt 50.785 Personen zu, die Urbane Zone (ohne Kernstadt) wuchs um 10.141 Personen und die Außenzone um 8.709 Personen.

Raumtypen	Absolute Bevölkerungsveränderung				Relative Bevölkerungsveränderung			
	2001-2006	2006-2011	2011-2016	SUMME	2001-2006	2006-2011	2011-2016	2001-2016
Kernstädte	16.705	11.581	22.499	50.785	4,77	3,16	5,95	14,51
Urbane Zone/Urbane Zentren	20.598	13.863	26.465	60.926	4,49	2,89	5,37	13,29
Urbane Zone (ohne Kernstadt)	3.893	2.282	3.966	10.141	3,59	2,03	3,46	9,35
Außenzone	3.057	2.310	3.342	8.709	1,80	1,34	1,91	5,13
Regionale Zentren	413	-584	1.327	1.156	0,46	-0,64	1,47	1,28
SUMME (UZ+Außenzone+RZ)	24.068	15.589	31.134	70.791				
Steiermark	17.551	7.721	23.437	48.709	1,48	0,64	1,94	4,12
Raumtypen	durch. jährliche Veränderungsrate							
	2001-2006	2006-2011	2011-2016	2001-2016				
Kernstädte	0,94	0,62	1,16	0,97				
Urbane Zone/Urbane Zentren	0,90	0,58	1,07	0,89				
Urbane Zentren (ohne Kernstadt)	0,72	0,41	0,69	0,62				
Außenzone	0,36	0,27	0,38	0,34				
Regionale Zentren	0,09	-0,13	0,29	0,09				
Steiermark	0,30	0,13	0,39	0,27				

Tabelle 13: Absolute und relative Bevölkerungsveränderung nach Raumtypen nach 5-jährigen Beobachtungszeiträumen. Daten: Statistik Austria.

Für die Steiermark kann somit in allen drei Beobachtungszeiträumen von einer Phase der Reurbanisierung gesprochen werden. In Bezug auf die in Tabelle 2 angeführte Typologie entspricht die demographische Entwicklung seit 2001 dem Typ „Relative Zentralisierung“. Hier sind die stärksten Zuwächse im „Kern“ (=Kernstadt) auszumachen, jedoch wachsen, wenn auch weniger dynamisch, ebenso das Umland („Ring“) sowie die Stadtregionen generell.

Diese demographischen Entwicklungen haben auch zu einer Veränderung der räumlichen Verteilung der Bevölkerung in der Steiermark geführt. In Tabelle 14 sind die Anteile der Raumtypen an der Gesamtbevölkerung des Bundeslandes dargestellt. Die Kernstädte verloren aufgrund der Suburbanisierungsprozesse in den 1980iger und 1990iger Jahren deutlich an „demographischem Gewicht“, konnten in den letzten 15 Jahren jedoch wieder Zugewinne verzeichnen. So lebten 2001 nur knapp 30% der steirischen Bevölkerung in den Kernstädten der Stadtregionen, im Jahr 2017 waren es hingegen 32,66%. Parallel dazu hat der Bevölkerungsanteil in den Außenzonen zwischen 1981 und 2001 stark zugenommen, seit 2001 ist hier jedoch eine Stabilisierung bei knapp 14,5% zu beobachten. Ähnlich verlief die Entwicklung auch in den suburbanen Gemeinden um die Kernstädte (Urbane Zentren ohne Kernstädte). In diesem Raumtyp lebten 2017 9,71% der Bevölkerung der Steiermark. Insgesamt hat sich der Anteil der Urbanen Zentren (mit Kernstädten) von 40,33% im Jahr 1981 auf 42,37% im Jahr 2017 erhöht. Der Anteil der steirischen Bevölkerung, welche im Raumtyp der Regionalen Zentren lebt, ist über den gesamten Zeitraum bei 7,5% nahezu konstant geblieben.

Raumtypen	2017	2011	2001	1991	1981
Kernstädte	32,66	31,31	29,59	30,95	32,01
Urbane Zone/Urbane Zentren (UZ)	42,37	40,79	38,75	39,58	40,33
Urbane Zone (ohne Kernstädte)	9,71	9,48	9,16	8,63	8,32
Außenzone	14,49	14,48	14,33	13,52	12,88
Regionale Zentren (RZ)	7,44	7,48	7,66	7,56	7,45
SUMME (UZ+RZ+Außenzone)	64,29	62,75	60,74	60,66	60,66

Tabelle 14: Veränderung der Bevölkerungsanteile nach Raumtypen 1981-2017. Daten: Statistik Austria.

5.1.2 Wanderungsgeschehen

Im Folgenden gilt es, die beobachtete Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Raumtypen unter Berücksichtigung der Wanderungsdynamik zu analysieren. Zu- und Abwanderung werden in einer intraregionalen Perspektive dargestellt, um die demographische Dimension von Zentralisierung und Peripherisierung in Bezug auf die Kernstadt, die Urbane Zone und die stadtregionale Außenzone zu untersuchen. In Analogie zu Kap. 4.1.2 wird auch hier zwischen Binnen- und Außenwanderungen unterschieden und es wird eine Differenzierung nach Altersgruppen vorgenommen.

Betrachtet man die Entwicklung des Außenwanderungssaldo von 2002 bis 2016 differenziert nach Raumtypen, wie in Abbildung 17 dargestellt, so wird deutlich, dass alle drei Raumtypen einen positiven Wanderungssaldo mit dem Ausland aufweisen. Am höchsten fällt dieser für die Kernstädte aus. Sie stellen die bevorzugten Zielorte von Zuwanderern aus dem Ausland dar. Deutlich geringer ist die Zuwanderung aus dem Ausland in die Urbane Zone und damit in die suburbanen Gebiete innerhalb der Stadtregion sowie in die Außenzone. Aus der Abbildung ist klar ersichtlich, dass die Zuwanderung aus dem Ausland zwischen den Jahren 2006 bis 2011 deutlich geringer ausfiel als in den Jahren zuvor und danach. Die geringste Zuwanderung wurde 2009 verzeichnet, was als eine Konsequenz der einbrechenden Konjunktur und der folgenden Rezession gedeutet werden kann. Nur in diesem Jahr war der positive Auswanderungssaldo der Urbanen Zone höher als jener der Kernstädte.

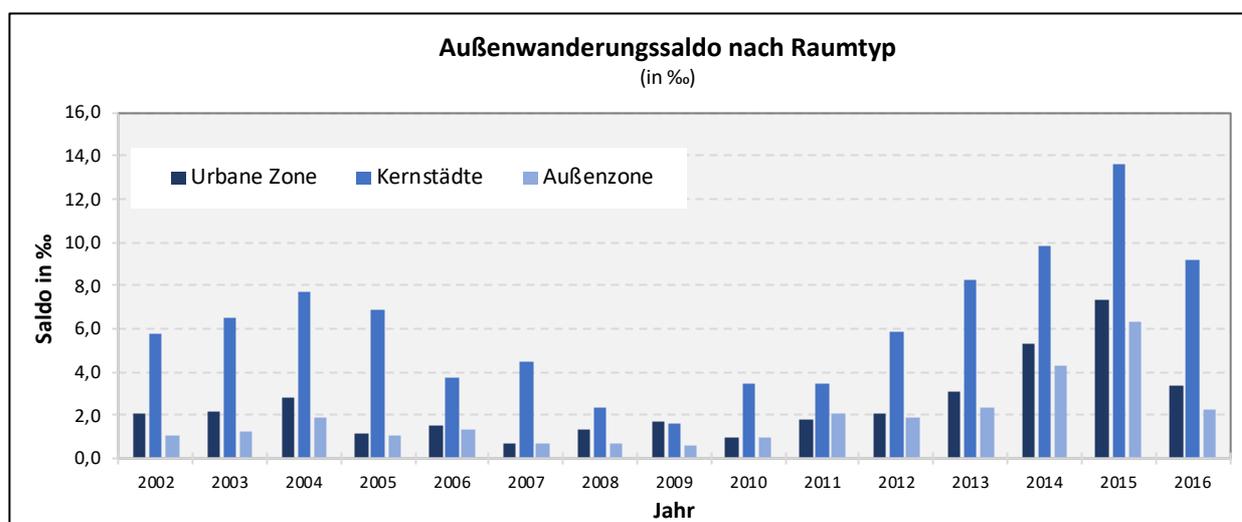


Abbildung 17: Außenwanderungssaldo nach Raumtypen 2002-2016. Daten: Statistik Austria.

Ähnlich wie bei der interregionalen Betrachtung der Wanderungssalden der einzelnen Stadtregionen, werden auch bei der Analyse der Raumtypen starke Unterschiede zwischen dem Muster der Außenwanderungen einerseits und dem Muster der Binnenwanderungen andererseits deutlich. Wie in Abbildung 18 zu erkennen, profitieren die Gemeinden in der Urbanen Zone stärker von Binnenwanderungen als die Kernstädte. Zu beobachten ist jedoch, dass die Wanderungssalden bis zum Jahr 2011 kontinuierlich angestiegen sind, während sich im selben Zeitraum die Zuwanderung in die Urbane Zone reduzierte. Auch hier kann vermutet werden, dass der konjunkturelle Einbruch 2008/2009 die Suburbanisierung „abgebremst“ hat, da beginnend mit 2012

wieder eine verstärkte Wanderung in das nahe Umland um die Kernstädte beobachtet werden kann. Aus Abbildung 18 kann ebenso entnommen werden, dass die Binnenwanderungssalden der Außenzone durchwegs positiv sind, sich jedoch im Beobachtungszeitraum tendenziell verringern. Allgemein kann aus der Betrachtung der Binnenwanderungssalden im Zeitraum von 2002 bis 2016 differenziert nach Raumtypen die These der Reurbanisierung bzw. die Annahme einer (demographischen) Zentralisierung der Kernstädte in den Stadtregionen nur bedingt bestätigt werden. Die Binnenwanderungssalden sind positiv, jedoch ist die Zuwanderung in die suburbanen Gebiete, nur wenige Jahre ausgenommen, deutlich höher als in die Kernstädte. Bevölkerungsgewinne der Kernstädte sind demnach primär eine Folge der positiven Wanderungssalden mit dem Ausland. Ein gleichzeitige „Entleerung“ der Kernstädte durch Binnenwanderungen ist in den steirischen Stadtregionen aber nicht auszumachen.

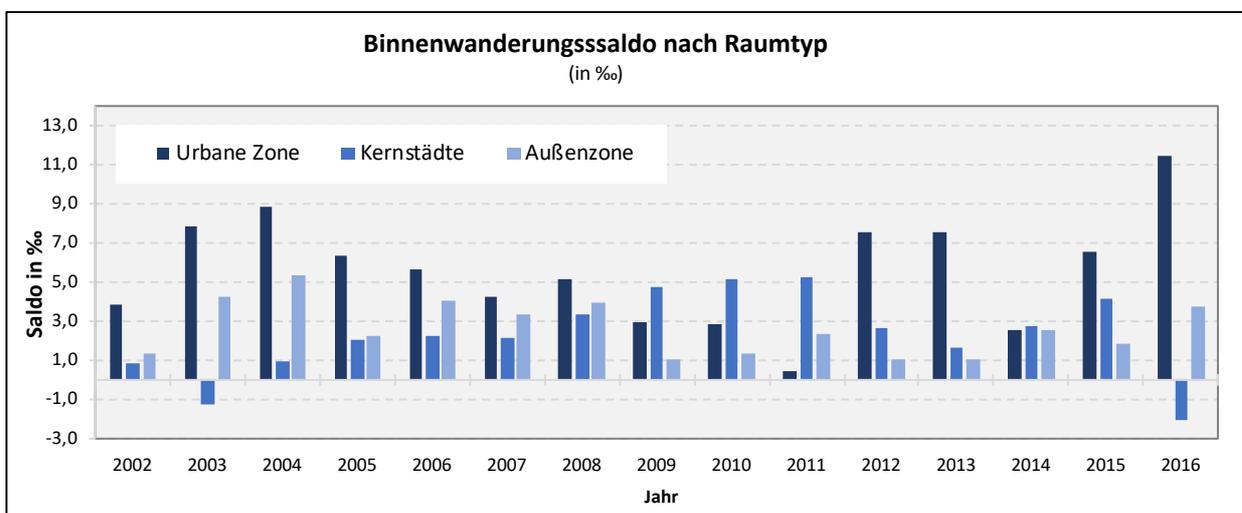


Abbildung 18: Binnenwanderungssaldo nach Raumtypen 2002-2016. Daten: Statistik Austria.

Das Wanderungsgeschehen in den Stadtregionen auf Basis der Raumtypen wird im Folgenden auch noch nach Alter differenziert betrachtet. In Tabelle 15 sind die Außenwanderungssalden nach Altersklassen dargestellt, wobei das Mittel über den Beobachtungszeitraum (2002 bis 2016) dargestellt wird. Ergänzend zu den drei Raumtypen sind auch die Werte für die Stadt Graz mitangeführt. Deutlich wird erneut, dass die Kernstädte die zentralen Zielorte der Außenwanderung sind. Die höchste Zuwanderung wurde dabei in der Gruppe der 15- bis 29-Jährigen verzeichnet. In dieser Altersklasse sind die Unterschiede zur Urbanen Zone und zur Außenzone besonders deutlich. Aber auch in den Altersklassen 0 bis 14 Jahre und 30 bis 44 Jahre sind die Wanderungssalden in den Kernstädten klar höher als in den beiden anderen Raumtypen.

Außenwanderungssaldo nach Alter und Raumtyp Ø 2002-2016							
Raumtyp	bis 14 Jahre	15 bis 29 Jahre	30 bis 44 Jahre	45 bis 59 Jahre	60 bis 74 Jahre	75 Jahre und älter	Zusammen
Kernstädte	9,0	19,7	4,1	0,8	-0,3	-1,1	6,2
Graz (Stadt)	9,6	22,6	4,3	1,0	-0,4	-1,0	7,3
Urbane Zone	4,0	7,1	2,9	0,7	0,1	-1,2	2,5
Außenzone	3,8	5,4	2,0	0,5	0,0	-1,5	1,9
Steiermark	5,8	11,0	3,1	0,6	0,0	-1,4	3,5

Tabelle 15: Außenwanderungssalden nach Raumtypen und Altersgruppen 2002-2016. Daten: Statistik Austria.

In Tabelle 16 sind die Binnenwanderungssalden nach Altersgruppen differenziert, wobei drei Zeitperioden (2002-2006, 2007-2011 und 2012-2016) einander gegenübergestellt werden. Auch wird hier speziell die Binnenwanderung innerhalb des Bundeslandes Steiermark (Ziel- und Herkunftsort liegen in der Steiermark) herausgehoben. Ein Wohnsitzwechsel innerhalb des gleichen Bundeslandes erfolgt meist aufgrund einer Veränderung der Wohnsituation bzw. aus familiären und haushaltsbezogenen Gründen, während Wanderungen über Bundesländergrenzen meist arbeits- und ausbildungsbezogene Motive zugrunde liegen (vgl. Gans 2015). Demnach kann angenommen werden, dass bei einer ausschließlichen Betrachtung der Wanderungen innerhalb der Steiermark Prozesse der Suburbanisierung und Reurbanisierung besonders deutlich erkennbar werden.

Binnenwanderungssaldo nach Alter und Raumtypen									
	Kernstadt			Urbane Zone			Außenzone		
	Ø 2002-2006	Ø 2007-2011	Ø 2012-2016	Ø 2002-2006	Ø 2007-2011	Ø 2012-2016	Ø 2002-2006	Ø 2007-2011	Ø 2012-2016
bis 14 Jahre	-5,7	-7,0	-9,6	14,9	8,2	15,2	9,3	9,7	9,6
15 bis 29 Jahre	23,0	38,1	26,2	0,5	-6,4	0,6	-7,0	-12,8	-14,1
30 bis 44 Jahre	-5,5	-7,5	-9,6	11,2	8,0	14,5	8,3	8,6	9,7
45 bis 59 Jahre	-2,4	-1,7	-1,2	2,4	2,3	3,3	2,6	1,8	1,3
60 bis 74 Jahre	-1,6	-1,6	-0,9	1,3	1,0	2,4	1,6	1,2	0,8
75 Jahre und älter	-7,5	-7,8	-5,1	8,4	6,8	9,0	6,0	8,0	5,9
Zusammen	1,0	4,1	1,8	6,5	3,1	7,1	3,4	2,4	2,0
Binnenwanderungssaldo (Steiermark) nach Alter und Raumtypen									
	Kernstadt			Urbane Zone			Außenzone		
	Ø 2002-2006	Ø 2007-2011	Ø 2012-2016	Ø 2002-2006	Ø 2007-2011	Ø 2012-2016	Ø 2002-2006	Ø 2007-2011	Ø 2012-2016
bis 14 Jahre	-7,9	-7,1	-8,7	13,1	7,3	14,2	8,6	8,1	7,9
15 bis 29 Jahre	15,6	22,7	18,7	2,6	-3,7	3,1	-4,1	-10,8	-13,6
30 bis 44 Jahre	-5,2	-5,7	-7,4	10,6	8,2	14,3	8,2	8,3	9,6
45 bis 59 Jahre	-2,3	-1,6	-1,2	2,3	1,7	3,0	2,2	1,6	1,0
60 bis 74 Jahre	-1,5	-1,5	-1,1	1,1	0,9	2,2	1,3	1,0	0,3
75 Jahre und älter	-6,7	-7,4	-4,5	8,4	6,6	8,4	5,9	7,6	5,9
Zusammen	-0,6	1,4	0,7	6,4	3,3	7,2	3,7	2,3	1,7

Tabelle 16: Binnenwanderungssalden nach Raumtypen und Altersgruppen 2002 -2016. Daten: Statistik Austria.

Allgemein können in Bezug auf die Wanderungssalden der Raumtypen in den drei Beobachtungszeiträumen jedoch keine nennenswerten Differenzen ausgemacht werden (vgl. Tab. 16). Dies kann als ein Indiz dafür gedeutet werden, dass die Binnenwanderung in und aus den steirischen Stadtregionen im Wesentlichen auf das Bundesland Steiermark begrenzt ist. Die einzige Altersklasse, die hier eine Ausnahme bildet, ist jene der 15- bis 29-Jährigen. Hier sind die Differenzen, vergleicht man den Raumtyp der Kernstadt, am höchsten. Die Zuwanderung in die Kernstädte wird demnach maßgeblich auch von Wanderungen von außerhalb des Bundeslandes getragen. In dieser Altersklasse weisen allgemein die Kernstädte die höchsten positiven Wanderungssalden auf, besonders im Zeitraum von 2007 bis 2011, während in der Außenzone hier die stärksten Wanderungsverluste zu verzeichnen sind, die im Beobachtungszeitraum auch zugenommen haben. Die höchsten Wanderungsgewinne weisen die Gemeinden in der Außenzone wie auch in der Urbanen Zone in den Altersklassen der bis 14-Jährigen und in jener der 30- bis 44-Jährigen auf. Es kann demnach angenommen werden, dass innerhalb der steirischen Stadtregionen nach wie vor eine hohe Suburbanisierungsdynamik gegeben ist. Aus Tabelle 16 ist ersichtlich, dass die Kernstädte im Vergleich mit der Urbanen Zone und der Außenzone nur eher geringe Binnenwanderungsgewinne verzeichnen. Erkennbar ist auch, dass in der Periode von 2007 bis

2011 v.a. die Zuwanderung in die Urbane Zone deutlich geringer ausfiel als in der Periode davor und danach. In der Außenzone ist auch hier die Tendenz eines Rückgangs der Binnenwanderungsgewinne über den Beobachtungszeitraum zu beobachten.

Zusammenfassend kann in Bezug auf das Wanderungsgeschehen festgehalten werden, dass die Kernstädte in den steirischen Stadtregionen die primären Zielorte der Außenwanderungsströme darstellen. Die Urbane Zone und die Außenzone hingegen weisen deutlich höhere, positive Binnenwanderungssalden auf. Diese Binnenwanderungsgewinne werden entscheidenden durch die Zuwanderung von jüngeren Familien mit Kindern verursacht, was somit dem klassischen Akteur der Suburbanisierung entspricht. Ausbildungs- und arbeitsplatzbezogene Wanderungen aus dem In- und Ausland in die Kernstädte sind vor allem in der Gruppe der jungen Erwachsenen (20 bis 30 Jahre) auszumachen, die somit auch in der Steiermark die Träger der Reurbanisierung sind.

5.2 Ökonomische Dimension: Integration und Abkoppelung

In Anlehnung an Kapitel 4.2. wird nun die ökonomische Dimension von Zentralisierung und Peripherisierung in intraregionaler Perspektive untersucht. Zu Beginn wird die Entwicklung von Unternehmen, Arbeitsstätten und Beschäftigten differenziert nach den Raumtypen Kernstadt, Urbane Zone und Außenzone dargestellt (Kap. 5.2.1). Anschließend erfolgt eine Auseinandersetzung mit der sektoralen Beschäftigungsentwicklung, sodass ökonomisches Wachstum und Schrumpfung, und auch die Integration in dynamische Märkte (Zentralisierung), bzw. eine Abkoppelung aus diesen (Peripherisierung), in den stadtregionalen Raumtypen (Kap. 5.2.2) nachgezeichnet werden kann. Abschließend wird auf die Bildungsqualifikation der Bevölkerung eingegangen (Kap. 5.2.3).

5.2.1 Entwicklung von Unternehmen, Arbeitsstätten und Beschäftigten

Wie bereits in Kapitel 5.2 dargelegt, lässt sich allgemein eine Konzentration der Beschäftigten, wie auch der Unternehmen und der Arbeitsstätten, auf die Stadtregionen in der Steiermark feststellen. Innerhalb der Stadtregionen wiederum sind eindeutig die Kernstädte jener Raumtyp, welcher als „ökonomisches Zentrum“ angesehen werden kann. So konzentrieren sich im Jahr 2015 74,22% der unselbstständig Beschäftigten der Steiermark in den Kernstädten (vgl. Tab. 17). Urbane Zone und Außenzone erreichen jeweils einen Beschäftigtenanteil von ca. 10%. Weniger stark ausgeprägt ist die Konzentration bei den Unternehmen und Arbeitsstätten, was auf eher großbetriebliche Strukturen in den Kernstädten hindeutet. In der Außenzone ist der Anteil an Unternehmen und Arbeitsstätten im Vergleich zu jenem der Beschäftigten größer, was auf eine kleinstrukturierte Unternehmens- und Betriebsstruktur hinweist.

Vergleicht man die Beschäftigtenanteile der Raumtypen mit den jeweiligen Anteilen an der Wohnbevölkerung, so werden klare Unterschiede zwischen Kernstadt und Außenzone deutlich: In den Kernstädte leben 32,6% der steirischen Bevölkerung (2017, vgl. Tab. 14), der Anteil an den Beschäftigten liegt jedoch bei 43,7%. In der Außenzone hingegen leben 14,49% der Bevölkerung, der Beschäftigtenanteil liegt hier nur bei 9,38%. Relativ ausgeglichen ist dieses Verhältnis in der Urbanen Zone. Als Zentren der Beschäftigung können demnach eindeutig die Kernstädte bezeichnet werden.

	2015			
	Arbeitsstätten	Beschäftigte	unselbst. Beschäftigte	Unternehmen
Kernstädte	30.946	262.880	243.861	25.278
Urbane Zone	9.114	59.911	53.569	7.448
Außenzone	13.901	56.370	43.606	12.463
SUMME (Urbane Zentren + Außenzone)	53.961	379.161	341.036	45.189
Steiermark	103.863	600.970	516.461	88.923
	Anteile 2015 in %			
	Arbeitsstätten	Beschäftigte	unselbst. Beschäftigte	Unternehmen
Kernstädte	29,80	43,74	47,22	28,43
Urbane Zone	8,78	9,97	10,37	8,38
Außenzone	13,38	9,38	8,44	14,02
SUMME (Urbane Zentren + Außenzone)	51,95	63,09	66,03	50,82
Steiermark				
	Veränderung 2011-2015 in %			
	Arbeitsstätten	Beschäftigte	unselbst. Beschäftigte	Unternehmen
Kernstädte	1,7	4,2	4,8	-1,5
Urbane Zone	3,5	3,0	3,5	0,6
Außenzone	1,7	5,2	6,8	-0,1
SUMME (Urbane Zentren + Außenzone)	2,0	4,2	4,8	-0,8
Steiermark	0,7	3,3	4,0	-1,6

Tabelle 17: Beschäftigte, Unternehmen und Arbeitsstätten (Anzahl, Anteile und Veränderung 2011-2015) nach Raumtypen. Daten: Landesstatistik Steiermark.

Bei Betrachtung der Veränderungen von 2011 bis 2015 in Tabelle 17 wird die dynamische Entwicklung der Stadtregionen insgesamt im Vergleich zur Steiermark deutlich. Innerhalb der Stadtregionen hat sich, in Bezug auf die Beschäftigtenzahlen, vor allem die Außenzone mit +5,2% sehr positiv entwickelt. Etwas weniger dynamisch war die Entwicklung in den Kernstädten (+4,2%), die Beschäftigtenzuwächse waren hier jedoch größer als in den suburbanen Gemeinden der Urbanen Zone (+3%). Jedoch entwickelte sich in der Urbanen Zone die Zahl der Arbeitsstätten und Unternehmen im Vergleich mit den anderen Raumtypen am dynamischsten. In Summe lässt sich damit vorerst kein klares Muster der ökonomischen Entwicklung in den stadtreionalen Raumtypen ausmachen. Es ist jedoch auch hier davon auszugehen, dass weder die Kernstädte, noch das (suburbane) Umland durch ökonomische Abkoppelung in Form von Beschäftigungsrückgängen gekennzeichnet sind und dass auch Suburbanisierungsprozesse im Bereich der Wirtschaft nach wie vor von Bedeutung sind.

5.2.2 Branchenspezifische Beschäftigungsentwicklung und stadtreionale Spezialisierung

Nach der Betrachtung der generellen Entwicklung der Zahl der Beschäftigten in den drei Raumtypen wird nun die Entwicklung der Beschäftigung in den steirischen Stadtregionen differenziert nach Branchen untersucht. Damit kann auch der Frage nach der ökonomischen Spezialisierung von Kernstadt, Urbaner Zone und Außenzone nachgegangen werden. Wie bereits in Kap. 4.2.2 erörtert, arbeiten in den drei relativ bedeutsamsten Branchen „Herstellung von Waren“ (Industrie), „Handel“ und „Gesundheits- und Sozialwesen“ in Summe knapp 33% aller Beschäftigten der steirischen Stadtregionen (vgl. Tabelle 18). In Tabelle 18 ist, neben dem Lokalisationsquotient für jede Branche, auch die relative Verteilung der Beschäftigten nach Branchen auf die

drei Raumtypen dargestellt. Eine besonders starke Konzentration auf die Außenzone weisen, wenig überraschend, die beiden ÖNACE Abschnitte „Land- und Forstwirtschaft“ und „Bergbau“ auf. Im Bereich der „Wasserversorgung und Abfallentsorgung“ ist eine deutliche räumliche Konzentrationstendenz auf die Urbane Zone gegeben. Die geringste räumliche Konzentration ist, den ermittelten Konzentrationskoeffizienten nach, im Abschnitt „Beherbergung und Gastronomie“ gegeben. Hier zeigen sich überdurchschnittliche Anteilswerte sowohl in den Kernstädten als auch in der Außenzone.

Branche (ÖNACE 2008 (Abschnitte))	Beschäftigte	Anteil in %	Lokalisationsquotient	Raumtyp		
				Kernstädte	Urbane Zone	Außenzone
Land- und Forstwirtschaft <A>	7746	2,16	0,54	-	+	++
Bergbau 	483	0,13	0,63	-	+	++
Herstellung von Waren <C>	59404	16,58	0,07	-	+	+
Energieversorgung <D>	3012	0,84	0,12	+	-	-
Wasserversorgung und Abfallentsorgung <E>	2078	0,58	0,26	-	++	+
Bau <F>	21172	5,91	0,12	-	+	+
Handel <G>	51779	14,45	0,05	-	+	=
Verkehr <H>	14971	4,18	0,11	-	+	+
Beherbergung und Gastronomie <I>	16731	4,67	0,02	+	-	+
Information und Kommunikation <J>	9589	2,68	0,05	+	+	-
Finanz- und Versicherungsleistungen <K>	9699	2,71	0,05	+	+	-
Grundstücks- und Wohnungswesen <L>	6404	1,79	0,06	+	-	-
Freiberufliche/techn. Dienstleistungen <M>	26690	7,45	0,09	+	-	-
Sonst. wirtschaftl. Dienstleistungen <N>	16251	4,54	0,05	+	+	-
Öffentliche Verwaltung <O>	25926	7,24	0,10	+	-	-
Erziehung und Unterricht <P>	27328	7,63	0,15	+	-	-
Gesundheits- und Sozialwesen <Q>	42423	11,84	0,09	+	-	-
Kunst, Unterhaltung und Erholung <R>	4991	1,39	0,08	+	-	-
Sonst. Dienstleistungen <S>	10469	2,92	0,08	+	-	-
Sonstige <T> und <U>	1164	0,32		-	-	+
SUMME	358.310	100,00				

- = Anteilswerte unter Durchschnitt; + = Anteilswerte über Durchschnitt; ++ = Anteilswerte mehr als doppelt so hoch wie Durchschnitt

Tabelle 18: Beschäftigungsanteile nach ÖNACE-Abschnitten 2015, Lokalisationsquotienten 2015 und räumliche Verteilung der Beschäftigten 2015 nach Branchen und Raumtypen. Daten: Statistik Austria.

Aus Tabelle 18 ist erkennbar, dass die Urbane Zone und die Außenzone oft ähnliche Anteilswerte zeigen. So beispielweise bei den Bereichen „Herstellung von Waren“, „Bau“ und „Verkehr“. Bei diesen Abschnitten weisen die Kernstädte hingegen deutlich unterdurchschnittliche Werte auf. Umgekehrt ist das räumliche Muster im Dienstleistungssektor, wo die Beschäftigten stärker auf die Kernstädte konzentriert sind. Betrachtet man hier speziell die beiden Branchen der Wissensökonomie „Information und Kommunikation“ sowie die „freiberuflichen/technischen Dienstleistungen“, dann wird ebenfalls eine Tendenz hin zu den Kernstädten ersichtlich. Der Abschnitt „Information und Kommunikation“ zeigt jedoch auch in der Urbanen Zone überdurchschnittliche Anteilswerte. Dies deutet darauf hin, dass auch in den suburbanen Gemeinden der Steiermark Unternehmen der Wissensökonomie ihren Standort haben. Innerhalb der Stadtregionen bieten demnach nicht nur die Kernstädte gute Standortbedingungen für die Dienstleistungsarbeitsplätze der Wissensökonomie. Eine Konzentration der Beschäftigten auf die Kernstädte und unterdurchschnittliche Anteile in der Urbanen Zone und der Außenzone zeigen sich bei den Abschnitten „Öffentliche Verwaltung“, „Erziehung und Unterricht“ sowie „Gesundheits- und Sozialwesen“, welche in Bezug auf die interregionale Betrachtungsperspektive als räumlich

wenig konzentriert beschrieben wurden. Die hier festgestellte größere intraregionale Konzentration ist darauf zurückzuführen, dass viele Verwaltungseinrichtungen und Ämter, sowie spezialisierte Bildungs- und auch Gesundheitseinrichtungen (z.B. Landeskrankenhäuser), in den Kernstädten der Stadtregionen lokalisiert sind.

Branche (ÖNACE 2008 (Abschnitte))	Veränderung 2011-2015		Raumtyp		
	Beschäftigte (absolut)	Veränderung in %	Kernstädte	Urbane Zone	Außenzone
Land- und Forstwirtschaft <A>	-18	-0,23	-	+	+
Bergbau 	25	5,46	--	--	++
Herstellung von Waren <C>	566	0,96	+	-	+
Energieversorgung <D>	542	21,94	++	++	-
Wasserversorgung und Abfallentsorgung <E>	-86	-3,97	++	--	++
Bau <F>	-336	-1,56	-	+	-
Handel <G>	665	1,30	+	-	+
Verkehr <H>	-454	-2,94	-	+	+
Beherbergung und Gastronomie <I>	415	2,54	+	-	-
Information und Kommunikation <J>	2169	29,23	++	++	+
Finanz- und Versicherungsleistungen <K>	105	1,09	-	++	+
Grundstücks- und Wohnungswesen <L>	516	8,76	+	++	+
Freiberufliche/techn. Dienstleistungen <M>	2583	10,71	++	++	++
Sonst. wirtschaftl. Dienstleistungen <N>	1557	10,60	++	-	+
Öffentliche Verwaltung <O>	-7207	-21,75	--	--	-
Erziehung und Unterricht <P>	-1025	-3,62	-	+	+
Gesundheits- und Sozialwesen <Q>	15196	55,81	++	++	++
Kunst, Unterhaltung und Erholung <R>	-1461	-22,64	--	++	++
Sonst. Dienstleistungen <S>	719	7,37	+	+	++
Sonstige <T> und <U>	442	61,47	++	++	++
SUMME	14.913				

-- = Abnahme um mehr als -10%; - = Abnahme bis -10%; + = Zunahme bis 10%; ++ = Zunahme um mehr als 10%

Tabelle 19: Veränderung (absolut und relativ) der Beschäftigungsanteile 2011-2015 nach ÖNACE-Abschnitten und Raumtypen. Daten: Statistik Austria.

In Tabelle 19 ist ergänzend die branchenspezifische Veränderungsdynamik der Beschäftigten von 2011 bis 2015 in intraregionaler Perspektive dargestellt. Die höchsten Beschäftigtenzuwächse gab es, neben dem Abschnitt „Sonstige“, im Bereich „Gesundheits- und Sozialwesen“ wo alle drei Raumtypen gleichermaßen Zuwachsraten über 10% aufwiesen. Dahinter folgt bereits der Abschnitt „Information und Kommunikation“, wo in Summe ein Zuwachs von knapp 30% zu beobachten war. Dieser Zuwachs hatte seinen räumlichen Schwerpunkt vor allem in der Urbanen Zone (+46%) sowie in den Kernstädten (+29%), während die Außenzone hier nur ein sehr geringes Beschäftigungswachstum aufwies. Bei den „freiberuflich/technischen Dienstleistungen“ ist dieses räumliche Muster nicht zu beobachten; hier war in allen drei Raumtypen eine dynamische Entwicklung auszumachen. Somit kann festgehalten werden, dass sich die Branchen der Wissensökonomie in den Stadtregionen der Steiermark auf die dichten urbanen Gebiete konzentrieren und dort hohe Wachstumsraten aufweisen, dabei jedoch nicht alleine die Kernstädte als Standorte bevorzugen. Auch in den suburbanen Räumen zeigt sich die Dynamik der Wissensökonomie, was vor allem mit den Standorten größerer, forschungsintensiver Unternehmen in Zusammenhang stehen dürfte.

Die suburbanen Bereiche in den Stadtregionen (Urbane Zone) sind auch jene Räume, welche den höchsten Grad der Spezialisierung nach dem Spezialisierungskoeffizient zeigen (vgl.

Tabelle 20). Hier ist eine ausgeprägte Spezialisierung auf bestimmte Branchen gegeben, bedingt v.a. durch hohe Anteilswerte an Beschäftigten in der Industrie und im Handel. Diese beiden Branchen zeichnen sich aufgrund ihrer meist flächenintensiven Betriebstypen durch eine Präferenz suburbaner Standorte aus. Die im Vergleich mit den Kernstädten hohe Branchenspezialisierung der Außenzone lässt sich als Resultat der überdurchschnittlichen Bedeutung der Branchen „Bau“, „Bergbau“ und „Land- und Forstwirtschaft“ in den stadtregionalen Außenbereichen deuten.

In Tabelle 20 sind weiters die Ergebnisse einer Shift & Share Analyse in Bezug auf die drei Raumtypen Kernstadt, Urbane Zone und Außenzone für den Zeitraum von 2011 bis 2015 angeführt, wobei der Regionalfaktor in einen Struktur- und einen Standortfaktor differenziert wird. Deutlich wird dabei, dass sich die Kernstädte und die Gemeinden in der Außenzone mit einem Regionalfaktor größer 1 positiver entwickelt haben als alle Stadtregionsgemeinden zusammen. Hier konnte eine günstigere Beschäftigungsentwicklung als im Gesamttraum beobachtet werden, wobei das Wachstum in der Außenzone vor allem als eine Folge des Besatzes mit relativ wachstumsstarken Branchen (Strukturfaktor) anzusehen ist. Der Standortfaktor liegt hier nur leicht über 1. In den Kernstädten ist die günstigere Beschäftigtenentwicklung hingegen alleine eine Folge des Standorteffektes, hier liegt der Strukturfaktor unter 1, der Standortfaktor knapp über 1. Demnach gehen von den Kernstädten als Standort positive Wirkungen und „Effekte“ aus, welche trotz einer im Vergleich mit dem Gesamttraum ungünstigen Branchenstruktur ein überdurchschnittliches Wachstum bewirkt haben.

Raumtypen	Spezialisierungskoeffizient	Shift & Share Analyse		
		Regionalfaktor	Strukturfaktor	Standortfaktor
Kernstädte	0,06	1,0004	0,9992	1,0012
Urbane Zone	0,18	0,9821	0,9879	0,9941
Außenzone	0,14	1,0181	1,0174	1,0007

Tabelle 20: Spezialisierungskoeffizienten 2015 und Ergebnisse der Shift & Share Analyse 2011-2015 nach Raumtypen. Daten: Statistik Austria.

Zusammenfassend kann, ähnlich wie in Kap. 5.2.1, festgehalten werden, dass sich auch bei Betrachtung der branchenspezifischen Beschäftigtenentwicklung in intraregionaler Perspektive kein klares Muster von ökonomischer Abkoppelung einerseits und ökonomischer Integration andererseits feststellen lässt. Von einer Abkoppelung sind weder die Kernstädte, die bei einem überdurchschnittlichen Besatz mit den Wachstumsbranchen der Wissensökonomie eine nur leicht positive Entwicklung aufweisen, noch die Außenzone betroffen, wo im Beobachtungszeitraum in vielen Branchen überdurchschnittliche Zuwächse zu verzeichnen waren. Die Urbane Zone zeigte eine besonders dynamische Entwicklung bei den ÖNACE Abschnitten welche den wissensintensiven Dienstleistungen zugeordnet werden können, was als Indikator für eine anhaltende ökonomische Dynamik und eine ausreichend gegebene Standortqualität der suburbanen Räume interpretiert werden kann. In Summe zeigt sich hier jedoch ein nur unterdurchschnittliches Wachstum der Beschäftigten. Somit kann, wie auch bei Betrachtung der demographischen Dimension bereits festgestellt, von einer Parallelität von Suburbanisierung und Reurbanisierung

ausgegangen werden: Das unterdurchschnittliche Wachstum der Urbanen Zone lässt sich als kleines Indiz für eine Reurbanisierung ökonomischer Aktivitäten in den steirischen Stadtregionen deuten. Eine ökonomische Abkoppelung und eine Peripherisierung der Urbanen Zone wie der Außenzone oder der Kernstädte ist nicht gegeben.

5.2.3 Qualifikationsstruktur der Erwerbsbevölkerung

Auch Tabelle 21 zeigt das bereits in Kapitel 4.2.3 dargestellte allgemeine Veränderungsmuster der Qualifikationsstruktur der Erwerbsbevölkerung in den steirischen Stadtregionen. Von 1991 bis 2015 ist klar ein Anstieg des formalen Bildungsniveaus festzustellen. So hat der Anteil der Personen über 14 Jahre, welche nur über einen Pflichtschulabschluss verfügen, in allen drei Raumtypen abgenommen; der Anteil der Personen mit Universitätsabschluss ist hingegen gestiegen. Erhalten hat sich dabei ein deutliches „Bildungs-Gefälle“ zwischen den Kernstädten und dem Umland (Urbane Zone und Außenzone): Die Bevölkerung in den Kernstädten weist bei allen Beobachtungszeitpunkten (1991, 2001 und 2015) ein formal höheres Bildungsniveau auf als die Bevölkerung in den äußeren Bereichen der Stadtregionen.

Raumtypen	Höchste abgeschlossene Ausbildung (Anteile in % der über 14-Jährigen) - 1991						
	Allgemeinbildende Pflichtschule	Lehre	Fachschule	Allgemeinbildende Höhere Schule	Berufsbildende Höhere Schule (incl. Kolleg)	Hochschulverwandte Ausbildung	Universität
Kernstädte	35,1%	30,9%	11,4%	8,4%	5,8%	1,4%	7,0%
Urbane Zone	42,2%	37,7%	9,9%	3,2%	3,8%	1,2%	2,0%
Außenzone	43,8%	37,2%	9,7%	2,8%	3,4%	1,1%	2,0%
STEIERMARK	42,9%	33,8%	10,2%	4,5%	4,0%	1,2%	3,4%
Raumtypen	Höchste abgeschlossene Ausbildung (Anteile in % der über 14-Jährigen) - 2001						
	Allgemeinbildende Pflichtschule	Lehre	Fachschule	Allgemeinbildende Höhere Schule	Berufsbildende Höhere Schule (incl. Kolleg)	Hochschulverwandte Ausbildung	Universität
Kernstädte	31,0%	31,7%	10,3%	8,0%	7,1%	1,9%	9,9%
Urbane Zone	33,6%	40,7%	10,7%	3,8%	6,1%	1,6%	3,5%
Außenzone	34,4%	40,0%	11,4%	3,6%	5,6%	1,6%	3,5%
STEIERMARK	35,6%	36,3%	11,4%	4,6%	5,7%	1,7%	4,9%
Raumtypen	Höchste abgeschlossene Ausbildung (Anteile in % der über 14-Jährigen) - 2015						
	Allgemeinbildende Pflichtschule	Lehre	Fachschule	Allgemeinbildende Höhere Schule	Berufsbildende Höhere Schule (incl. Kolleg)	Hochschulverwandte Ausbildung	Universität
Kernstädte	23,3%	26,9%	11,0%	9,7%	9,6%	1,9%	17,6%
Urbane Zone	24,3%	38,9%	14,0%	4,8%	8,6%	1,7%	7,6%
Außenzone	23,8%	39,3%	14,7%	4,2%	8,4%	1,8%	7,7%
STEIERMARK	25,5%	35,1%	14,0%	5,6%	8,3%	1,8%	9,6%

Tabelle 21: Höchste abgeschlossene Ausbildung (Anteile in % der über 14-Jährigen) 1991, 2001 und 2015 nach Raumtypen. Daten: Landesstatistik Steiermark.

1991 lag dabei der Unterschied zwischen den Anteilswerten in Bezug auf Personen mit Universitätsabschluss zwischen den Kernstädten und der Urbanen Zone wie der Außenzone bei 5%-Punkten, im Jahr 2015 hat sich dieser auf ca. 10%-Punkte erhöht. Vor allem in den Kernstädten ist damit eine verstärkte Konzentration bzw. ein verstärktes Wachstum der Gruppe der for-

mal hochqualifizierten Erwerbspersonen auszumachen. Dies kann als sowohl Folge (Zuwanderung aufgrund von Ausbildung oder Erwerbstätigkeit) als auch weiterer Treiber von Reurbanisierungsprozessen gedeutet werden.

Am anderen Ende der Bildungshierarchie nach höchst abgeschlossener Ausbildung zeigt sich im Zeitverlauf hingegen eine Abnahme der Differenzen zwischen Kernstadt und Umland: Der Anteil der Personen welche nur über einen Pflichtschulabschluss verfügen, war 2015 mit ca. 24% in allen Raumtypen gleich hoch und lag unter dem Durchschnittswert der Steiermark (25,5%). Im Jahr 1991 gab es hier hingegen noch deutlichere Unterschiede zwischen den Kernstädten und ihrem Umland (vgl. Tabelle 21). Zugenommen haben die räumlichen Differenzen im Bereich der Lehrabschlüsse, wo in den Kernstädten von 1991 bis 2015 ein Rückgang festzustellen ist, in der Urbanen Zone und in der Außenzone hingegen ein nahezu konstanter Anteilswert beobachtet werden kann.

Interessant erscheint auf Basis der angeführten Anteilswerte in Tabelle 21 die Tatsache, dass zwischen der Urbanen Zone und der Außenzone nur sehr geringe Unterschiede in Bezug auf die formale Qualifikation der Erwerbsbevölkerung bestehen. Anzunehmen wäre vielmehr, dass aufgrund der Suburbanisierungsdynamik in den letzten Jahrzehnten das Bildungsniveau der Bevölkerung in den suburbanen Gemeinden der Urbanen Zone Ähnlichkeiten zu jenem der Bevölkerung in den Kernstädten aufweist, vor allem bei den Universitätsabschlüssen. Dies kann in den steirischen Stadtregionen jedoch nicht beobachtet werden. Ein räumlich detaillierterer Blick macht hier deutlich, dass ein hoher Anteil von Personen mit Universitätsabschluss in suburbanen Gemeinden vorwiegend ein Phänomen der Stadtregion Graz ist (vgl. Kap. 5.4). Hier finden sich sowohl in der Urbanen Zone, aber auch in der Außenzone, Gemeinden mit einem hohen Anteil an Personen mit einem tertiären Bildungsabschluss. So weist die direkt nördlich an die Stadt Graz angrenzende Gemeinde Stattegg (Urbane Zone) im Jahr 2015 einen Anteilswert von Personen mit Universitätsabschluss von 22,4% auf. Dieser Wert entspricht damit exakt jenem der Kernstadt Graz (22,4%). Im Jahr 1991 lag in der Gemeinde Stattegg der Anteil an Universitätsabsolventen noch bei 7,6% (Graz 9,1%).

Zusammenfassend ist für alle steirischen Stadtregionen festzuhalten, dass zwischen den Kernstädten einerseits, und der Urbanen Zone sowie der Außenzone andererseits, Unterschiede im formalen Bildungsniveau der Personen über 14 Jahre, und somit in der Ausstattung mit Humankapital, festzustellen sind. Diese Differenzen beziehen sich dabei primär, unter den Rahmenbedingungen eines generell gestiegenen Bildungsniveaus, auf die Personen mit Universitätsabschluss, deren Anteil sich seit 1991 relativ betrachtet in den Kernstädten am dynamischsten entwickelt hat. Dies kann, wie bereits erwähnt, mit Reurbanisierungsprozessen in Zusammenhang gebracht werden.

5.3 Politische Dimension: Abhängigkeit und Steuerung

Nach der Betrachtung der demographischen und der ökonomischen Dimension von intraregionaler Zentralisierung und Peripherisierung wird nun ergänzend die politische Dimension betrachtet. Es wird in diesem Kapitel der Frage nachgegangen, wie die Raumtypen Kernstadt, Urbane Zone und Außenzone sich im Spannungsfeld von politischer Abhängigkeit und Steue-

rungsfähigkeit positionieren. Der Frage nach politischer Abhängigkeit (Peripherisierung) einerseits und Steuerungsfunktionen (Zentralisierung) andererseits wird dabei über eine Analyse des Finanzhaushaltes (Steuerkraft-Kopfquote) der Raumtypen-Gemeinden (Kap. 5.3.1), sowie über eine Betrachtung der räumlichen Verteilung der Unternehmenssitze der 100 wichtigsten Unternehmen der Steiermark (nach dem Top of Styria Ranking 2017) (Kap. 5.3.2), nachgegangen.

5.3.1 Finanzhaushalte der Gemeinden

Betrachtet man die Steuerkraft-Kopfquote, die wie bereits ausgeführt (vgl. Kap. 4.3.1) als zentraler Indikator für die Finanzkraft und wirtschaftliche Stärke einer Gemeinde herangezogen werden kann, so zeigen sich in intraregionaler Perspektive deutliche Differenzen zwischen den Raumtypen Kernstadt, Urbane Zone und Außenzone. Die (aggregierte) höchste Steuerkraft-Kopfquote erreichten 2016 die Kernstädte, gefolgt von der Urbanen Zone (vgl. Tabelle 22). In beiden Raumtypen lag die Steuerkraft-Kopfquote damit über jener der Steiermark. Deutlich unter dem gesamtsteirischen Wert lag 2016 hingegen die Außenzone, wo eine Steuerkraft-Kopfquote von 1.074 € erreicht wurde. Diese aggregierten Werte nach Raumtypen zeigen damit ein zu erwartendes Bild, da vor allem aufgrund der mit der Einwohnerzahl steigenden Ertragsanteile in den bevölkerungsmäßig großen Kernstadt-Gemeinden höhere Einnahmen erzielt werden. Innerhalb der Raumtypen bestehen beträchtliche Unterschiede zwischen den Gemeinden. Bei den Kernstädten erreicht die Gemeinde Weiz die höchste Steuerkraft-Kopfquote, die Gemeinde Köflach in der Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg die geringste. Damit stehen zwei Urbane Kleinzentren an den beiden Enden der Rangskala. Deutlich größere Differenzen zwischen den Gemeinden treten in der Urbanen Zone und in der Außenzone auf. Wie bereits in Kapitel 4.3.1 dargestellt, erreicht die Gemeinde Raaba-Grambach südlich von Graz die höchste Steuerkraft-Kopfquote der Steiermark. Die Gemeinden im (suburbanen) Süden von Graz weisen im Raumtyp der Urbanen Zone allgemein die höchsten Steuerkraft-Kopfquoten auf. Demgegenüber erreichen 14 der insgesamt 26 dem Raumtyp der Urbanen Zone zugeordneten Gemeinden nicht die Steuerkraft-Kopfquote der Steiermark. Auch in der Außenzone der steirischen Stadtregionen werden große Unterschiede zwischen den Gemeinden deutlich. Hier erreichen jedoch nur 6 von 62 Gemeinden den Gesamtwert der Steuerkraft-Kopfquote für die Steiermark. An der Spitze stehen dabei auch die Gemeinden der Außenzone der Stadtregion Graz.

Raumtypen	Steuerkraftkopfquote 2016	Steuerkraftkopfquote 2016		Veränderung 2014-2016
		+ Gemeinde	- Gemeinde	
Kernstädte	1.685	Weiz (1.864)	Köflach (1.157)	- 1,38 %
Urbane Zone	1.346	Raaba-Grambach (2.594)	Proleb (869)	3,07 %
Außenzone	1.074	Lannach (2.395)	Stiwoll (813)	2,68 %
STEIERMARK	1.314			0,70 %

Tabelle 22: Steuerkraft-Kopfquote 2016, Gemeinden mit höchster und niedrigster Steuerkraft-Kopfquote 2016 und Veränderung der Steuerkraft-Kopfquote 2014 bis 2016 nach Raumtypen. Daten: Landesstatistik Steiermark.

Bei der Betrachtung der relativen Veränderung der Steuerkraft-Kopfquote zwischen den Jahren von 2014 bis 2016 (vgl. Tabelle 22) wird ein Zunahme an „Steuerkraft“ in der Urbanen Zone sowie der Außenzone ersichtlich. Hier liegen die Zuwächse deutlich über jenen für das gesamte Bundesland. Bei den Kernstädten hingegen ist eine Abnahme der Steuerkraft-Kopfquote zu verzeichnen. Auch wenn die Aussagekraft dieser Werte durch den kurzen Betrachtungszeitraum begrenzt ist, so können die beobachteten Veränderungen doch als Entwicklungstrend gedeutet werden.

Abbildung 19 zeigt die Zusammensetzung der Steuerkraft-Kopfquote nach Kommunalsteuer und Ertragsanteile sowie sonstige Steuern und Abgaben, differenziert nach Raumtypen. Die höchsten Einnahmen aus der Kommunalsteuer weisen die suburbanen Gemeinden der Urbanen Zone auf, bedingt vor allem durch hohe Beschäftigungszahlen und viele Unternehmen und Betriebe. Hier ist demzufolge die Abhängigkeit von den zugewiesenen Ertragsanteilen am geringsten. Leicht niedriger ist der Anteil der Steuereinnahmen aus der Kommunalsteuer in den Kernstädten. In der Außenzone der Stadtregionen liegt der Kommunalsteueranteil an den gesamten gemeindebezogenen Steuer- und Abgabeneinnahmen unter 20%. Die Gemeinden der Außenzone finanzieren sich demnach vorwiegend über die zugewiesenen Ertragsanteile aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben, was eine strukturelle Form von (finanzieller) Abhängigkeit von übergeordneten politischen Ebenen (Bund, Land) mit sich bringt. Angenommen werden kann, dass die Gemeinden der Urbanen Zone bedingt durch die hohen Kommunalsteuereinnahmen über größere Spielräume bei Investitionen und demnach über mehr politisch Gestaltungsfreiheit verfügen.

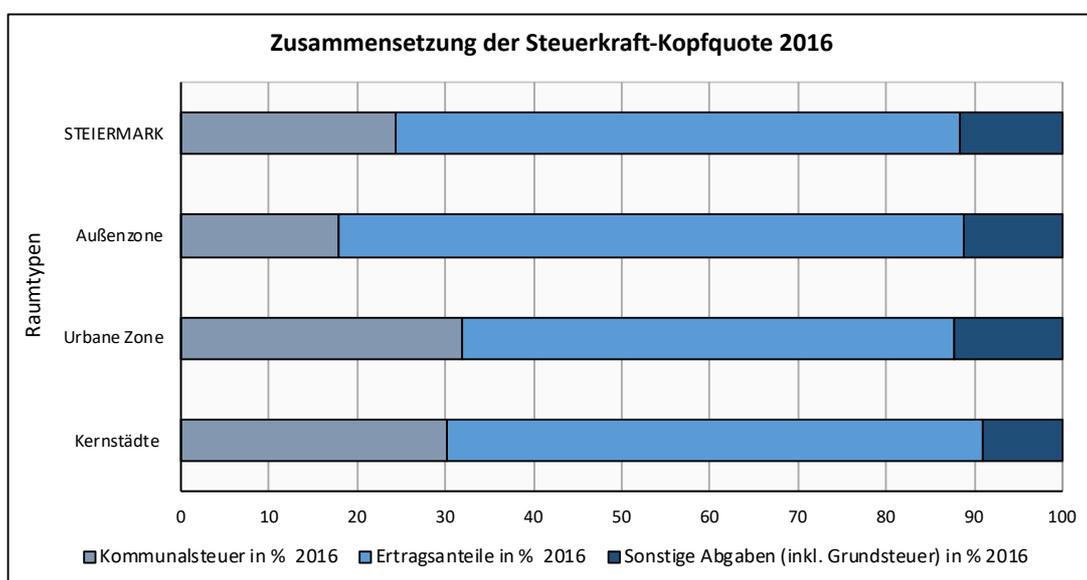


Abbildung 19: Zusammensetzung der Steuerkraft-Kopfquote 2016 nach Steuergruppen und nach Raumtypen. Daten: Landesstatistik Steiermark.

5.3.2 Unternehmenssitze (Headquarter)

Die räumliche Verteilung der Unternehmenssitze der wichtigsten 100 Unternehmen der Steiermark nach dem Top of Styria Ranking 2017 auf Ebene der Raumtypen zeigt folgendes Bild:

Von den insgesamt 66 Top 100-Unternehmen in den steirischen Stadtregionen haben 44 Unternehmen und damit ca. 66% ihren Sitz in einer Kernstadt. In der Urbanen Zone haben 17 Unternehmen ihr Headquarter (25%) und in der Außenzone fünf Unternehmen (7,5%). Somit lässt sich innerhalb der Stadtregionen eine klare Konzentration auf die Kernstädte feststellen, welche die günstigsten Standortbedingungen für die Hauptsitze und die Headquarterfunktionen aufweisen.

In Tabelle 17 (Kap 5.2.1) sind die Anteile der drei Raumtypen an allen Unternehmen in der Steiermark angeführt. Die Kernstädte erreichen hier 2015 einen Anteilswert von 28,4%, bei den Top 100-Unternehmen liegt der Anteilswert bei 44%. Hier ist demnach eine deutliche Überrepräsentation gegeben, welche ebenfalls darauf hindeutet, dass die Hauptsitze der größeren Unternehmen stark in den Kernstädten geballt sind. Eine Überrepräsentation der Top 100-Unternehmen im Vergleich zu allen Unternehmen ist auch in der Urbanen Zone auszumachen. Hier waren 2015 8,38% aller Unternehmen angesiedelt; der Anteilswert der Top 100-Unternehmen lag bei 17%. Umgekehrt ist die Situation in der Außenzone. Hier liegt der Anteilswert der Top 100-Unternehmen (5%) deutlich unter dem Anteil an allen Unternehmen (14,2%). In der Außenzone sind demnach deutlich weniger Steuerungsfunktionen an Unternehmenshauptsitzen lokalisiert als in der Urbanen Zone und in den Kernstädten. Dies kann als ein Zeichen einer höheren Abhängigkeit der Außenzone gedeutet werden, ist aber überwiegend eine Folge der eher kleinteiligen Unternehmensstruktur. Von einer generellen (unternehmens-)politischen bzw. ökonomischen Abhängigkeit der Außenzone aufgrund fehlender Headquarter-Funktionen kann demnach nur bedingt ausgegangen werden. Hier sind noch ergänzende kleinräumige Untersuchungen anzustellen.

5.4 Fallbeispiel: Urbanes Großzentrum Graz

Im folgenden Kapitel wird näher die intraregionale Dynamik von Zentralisierung und Peripherisierung am Beispiel der Stadtregion Graz analysiert, wobei demographische und ökonomische Indikatoren im Mittelpunkt stehen. Besonders wird dabei auf gegenwärtige Prozesse einer möglichen Reurbanisierung bzw. Zentralisierung der Kernstadt innerhalb der Stadtregion Graz eingegangen. Das Urbane Großzentrum Graz (vgl. Kap. 3.1.2) bietet sich als Fallbeispiel an, da in der größten Stadtregion der Steiermark ausreichend Gemeinden als Untersuchungseinheiten vorhanden sind, um Strukturen und längerfristige Trends veranschaulichen zu können. Auch wurde die Stadtregion Graz im Rahmen einer ÖROK-Studie zu den Stadtregionen in Österreich 2009 (vgl. ÖROK 2009) als Fallbeispiel bereits näher betrachtet, so dass mit aktuelleren Daten nun die damals aufgezeigten Entwicklungen neu interpretiert und ergänzt werden können.

Die Stadtregion Graz, in welcher am 01.01.2017 474.110 Menschen lebten, umfasst nach der in dieser Arbeit angewandten Abgrenzung insgesamt 55 Gemeinden, von denen 12 in der Urbanen Zone und 42 in der Außenzone liegen. Die Landeshauptstadt Graz bildet mit 283.869 Einwohnern im Jahr 2017 die Kernstadt. Damit liegen von allen Gemeinden in einer stadtregionalen Außenzone in der Steiermark (62) mehr als zwei Drittel in der Stadtregion Graz. Bei Gemeinden in der Urbanen Zone (ohne die Kernstädte) sind es knapp die Hälfte. Dies unterstreicht die große Bedeutung der Stadtregion Graz und macht deutlich, dass die zuvor beschriebenen

gesamtsteirischen Entwicklungen in den einzelnen Raumtypen ganz zentral von den Entwicklungen der Kernstadt, der Urbanen Zone und der Außenzone der Stadtregion Graz bestimmt werden.

5.4.1 Kleinräumige Dynamik von Zentralisierung und Peripherisierung im stadtreionalen Kontext: *demographische* Entwicklung

Betrachtet man die Bevölkerungsentwicklung nach Raumtypen in der Stadtregion Graz mit dem Jahr 1981 als Ausgangsbasis (vgl. Abb. 20), dann wird die ununterbrochen hohe Wachstumsdynamik in der Urbanen Zone (ohne Kernstadt) deutlich. Vor allem die direkt an die Stadt Graz angrenzenden Gemeinden konnten in den letzten Jahrzehnten erhebliche Bevölkerungsgewinne verzeichnen. Etwas weniger dynamisch aber ebenso deutlich positiv verlief die demographische Entwicklung in der Außenzone der Stadtregion. Parallel dazu verlor die Stadt Graz bis 2001 kontinuierlich an Bevölkerung, was auch das Wachstum der gesamten Stadtregion bremste. In den letzten 15 Jahren war jedoch ein signifikantes demographisches Wachstum der Kernstadt auszumachen.

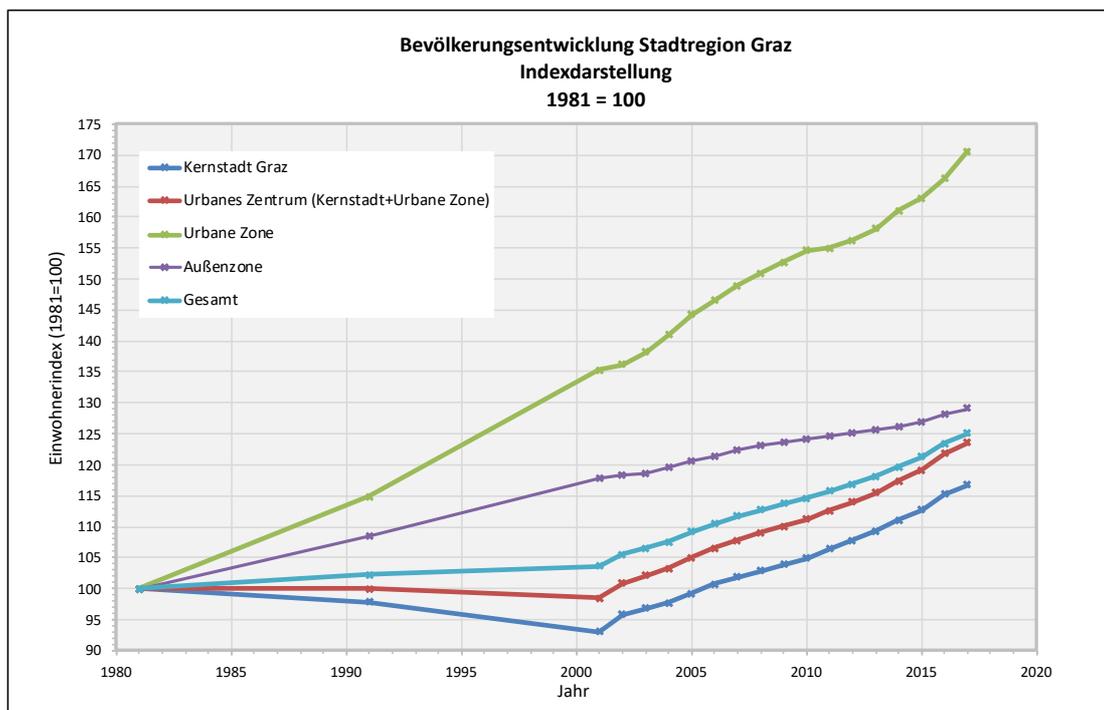


Abbildung 20: Indexdarstellung (1981=100) der Bevölkerungsentwicklung in der Stadtregion Graz nach Raumtypen. Daten: Statistik Austria.

Die Stadtregion Graz wuchs, wie aus Tabelle 23 und den angeführten Bevölkerungsständen abgelesen werden kann, zwischen 2001 und 2017 um insgesamt 81.285 Einwohner, was einer relativen Bevölkerungsveränderung von 20,7% entspricht. Im selben Zeitraum wuchs die Kernstadt Graz um 57.625 Einwohner und damit um mehr als 25%. 70% des gesamten absoluten stadtreionalen Bevölkerungswachstums entfielen damit auf die Stadt Graz. Doch auch die Gemeinden in der Urbanen Zone um die Kernstadt sowie in der Außenzone der Stadtregion wiesen

von 2001 bis 2017 ein Bevölkerungswachstum auf, welches absolut bei 12.507 und 11.153 Bewohnern lag. Dies entspricht einem relativen Wachstum von 26,09% in der Urbanen Zone und von 9,41% in der Außenzone. Damit wird das starke Wachstum der Kernstadt Graz etwas relativiert, da relativ betrachtet das Umland demographisch leicht stärker wuchs. Somit kann von einer Parallelität von Re- und Suburbanisierung in den letzten 15 Jahren gesprochen werden. Eine klare Einordnung der Stadtregion Graz in die in Tabelle 2 vorgestellte Typisierung erscheint damit nicht möglich. Aufgrund des längerfristig etwas stärkeren Wachstums in der Urbanen Zone ist eine Zuordnung zur Phase der Suburbanisierung und zum Typ 3 „Relative Zentralisierung“ (Wachstum im „Ring“ (=Urbane Zone) > Wachstum im „Kern“ (=Kernstadt)) vorzunehmen. Betrachtet man jedoch die in Tabelle 23 angeführten Daten zur absoluten und relativen Bevölkerungsveränderung in der Periode von 2011 bis 2016, so entspricht die demographische Entwicklung der Stadtregion Graz dem Typ einer „Relativen Zentralisierung“ (vgl. Tab. 2) wodurch sie als Reurbanisierung zu bezeichnen ist.

	Bevölkerungsstand			durch. jährliche Bevölkerungsveränderung (absolut)			durch. jährliche Veränderungsrate (relativ)		
	2001	2011	2017	2001-2006	2006-2011	2011-2016	2001-2006	2006-2011	2011-2016
Kernstadt Graz	226.244	258.847	283.869	3751	2770	4282	1,66	1,13	1,65
Urbane Zone (ohne Kernstadt)	48.080	55.053	60.587	795	599	800	1,65	1,15	1,45
Außenzone	118.501	125.215	129.654	694	648	698	0,59	0,53	0,56
SUMME Stadtregion Graz	392.825	439.115	474.110	5240	4018	5781	1,33	0,96	1,32

Tabelle 23: Bevölkerungsstände, absolute und relative Bevölkerungsveränderung in der Stadtregion nach Raumtypen und nach 5-jährigen Beobachtungszeiträumen. Daten: Statistik Austria.

In Tabelle 23 sind weiters für drei fünfjährige Zeiträume die durchschnittlichen Raten der absoluten wie relativen jährlichen Bevölkerungsveränderung dargestellt. Auch hier wird das demographische Wachstum der Stadtregion deutlich. Von 2011 bis 2016 nahm die Bevölkerung im Durchschnitt jährlich um mehr als 5.700 Personen zu, was einem jährlichem Wachstum von 1,32% entspricht. Etwas weniger dynamisch jedoch auch deutlich positiv war die Bevölkerungsentwicklung in der Periode von 2006 bis 2011. Betrachtet man die durch. jährlichen Veränderungsrate, so wird deutlich, dass die Kernstadt, mit Ausnahme von 2006 bis 2011, dabei das höchste durch. relative Wachstum pro Jahr aufwies. Das Wachstum in der Urbanen Zone hat sich, vergleicht man die Zeiträume 2001 bis 2006 und 2011 bis 2016, tendenziell eher abgeschwächt, während sich das Bevölkerungswachstum in Graz hingegen eher beschleunigt hat. Das Wachstum der Außenzone verlief weitestgehend konstant. Hier ist auch keine Abschwächung in der Periode 2006 bis 2011 durch die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise festzustellen.

Diese unterschiedlichen demographischen Entwicklungen in den einzelnen Teilräumen hatten auch eine Umverteilung von Bevölkerung innerhalb der Stadtregion in den letzten Jahren zur Folge (vgl. Abb. 21). So reduzierte sich zwischen 1981 und 2001 der Anteil der Bevölkerung, welcher in der Kernstadt Graz lebt, von 64,14% auf 57,59%. Parallel dazu stieg in diesen zwei Jahrzehnten das „demographische Gewicht“ der Urbanen Zone und der Außenzone um jeweils mehr als 3% an. Somit kann für diesen Zeitraum von einer ausgeprägten Phase der Suburbanisie-

rung und einer De-Zentralisierung der stadtregionalen demographischen Entwicklung gesprochen werden, wie sie auch in der ÖROK-Studie 2009 noch beschrieben wurde (vgl. ÖROK 2009, 96), wo von einer „dynamische[n] Bevölkerungsentwicklung in der Außenzone“ und einer gleichzeitigen „Stagnation bzw. Schrumpfung im Agglomerationsraum“ (entspricht weitestgehend der Urbanen Zone + Kernstadt) gesprochen wird. Ab der Jahrtausendwende zeigte sich aber ein deutlich verändertes Bild: Der Bevölkerungsanteil der Kernstadt wuchs wieder auf knapp 60% im Jahr 2016 an, während der Anteil der Bevölkerung in der Außenzone der Stadtregion deutlich zurückging. Der Bevölkerungsanteil der Urbanen Zone an der Gesamtbevölkerung blieb hingegen nahezu konstant (ca. 12,5%). Damit kann beginnend ab 2001 von einem Prozess der Zentralisierung der Bevölkerung in der Stadtregion Graz gesprochen werden und damit auch von einer Reurbanisierung, die jedoch, wie oben bereits angemerkt, von nach wie vor festzustellenden Suburbanisierungsprozessen in der Urbanen Zone begleitet wird.

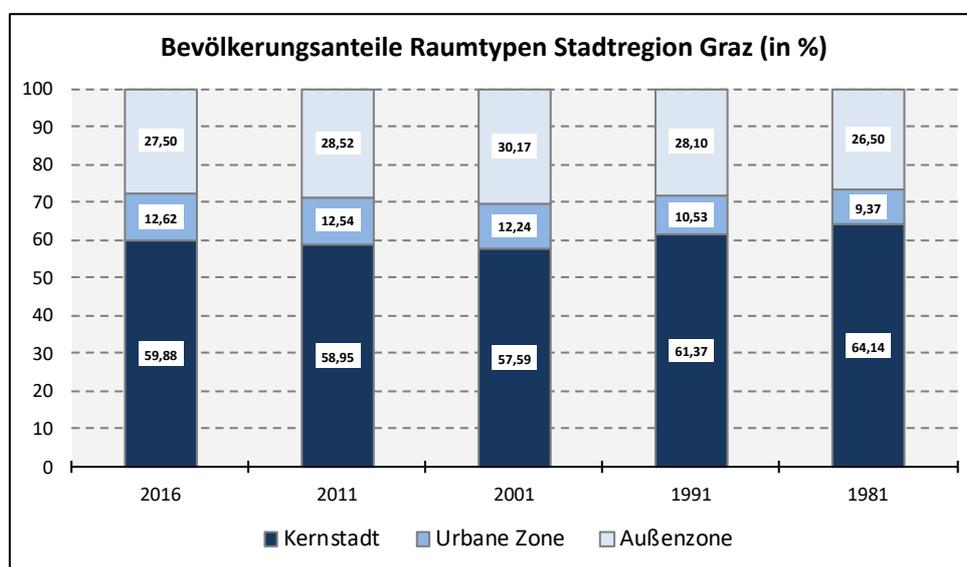


Abbildung 21: Veränderung der Bevölkerungsanteile nach Raumtypen 1981-2017. Daten: Statistik Austria.

Nachdem die Bevölkerungsentwicklung in der Stadtregion Graz differenziert nach den drei Raumtypen dargestellt wurde, soll nun das Wanderungsgeschehen als Determinante der Dynamik der demographischen Entwicklung analysiert werden. Dabei stehen die intraregionalen Wanderungsströme innerhalb der Stadtregion im Mittelpunkt, d.h. es werden vor allem die Wanderungsbeziehungen zwischen der Kernstadt, der Urbanen Zone und der Außenzone der Stadtregion Graz thematisiert. Auf die Binnen- wie auch Außenwanderungsverflechtungen der gesamten Stadtregion Graz wurde bereits in Kapitel 4.1.2 näher eingegangen.

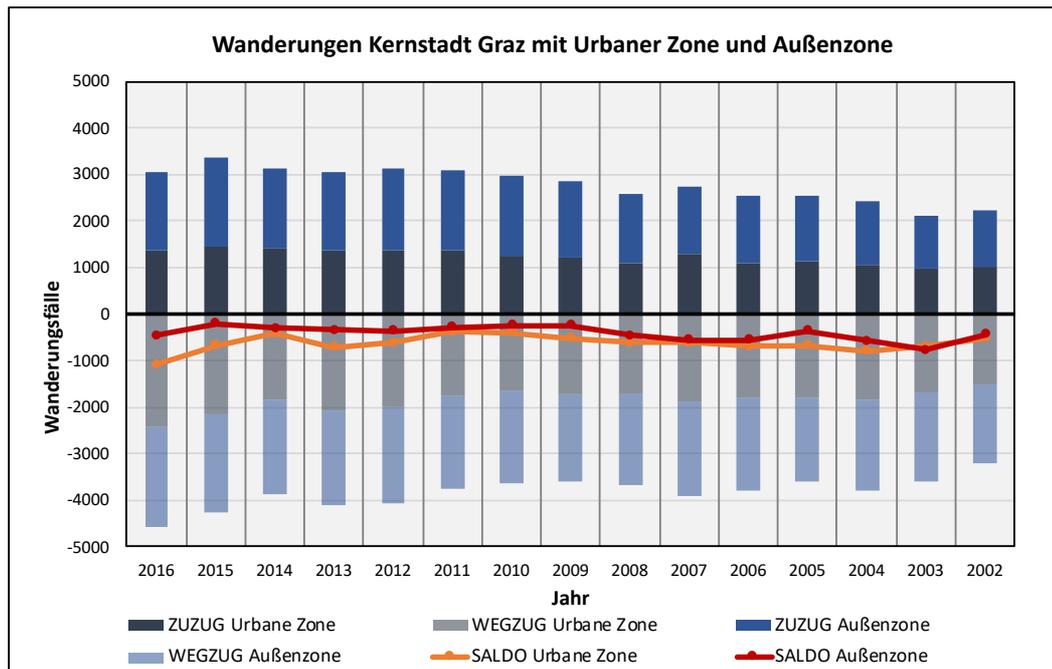


Abbildung 22: Wanderungsfälle und (absoluter) Wanderungssaldo zwischen der Kernstadt Graz, der Urbanen Zone und der Außenzone der Stadtregion Graz 2002-2016. Daten: Statistik Austria.

In Abbildung 22 sind die (absoluten) Wanderungsfälle zwischen der Stadt Graz, der Urbanen Zone und der Außenzone für die Jahre von 2002 bis 2016 dargestellt. Erkennbar ist eine leichte Zunahme der Wanderungsfälle sowie ein etwa gleich großer Anteil der Urbanen Zone und der Außenzonen an der Gesamtzahl der Wegzüge und der Zuzüge aus und in die Kernstadt Graz. Die (absoluten) Wanderungssalden von Graz sind sowohl für die suburbanen Gemeinden der Urbanen Zone in direkter räumlicher Nähe als auch für die weiter entfernten Gemeinden in der Außenzone der Stadtregion negativ. Die Kernstadt Graz verliert in Summe demnach Bevölkerung an die restliche Stadtregion. Dies trifft auf den gesamten Beobachtungszeitraum zu, eine Trendwende von Suburbanisierung zu Reurbanisierung ist bei Betrachtung der Wanderungsverflechtungen in der Stadtregion nicht auszumachen.

Das oben dargestellte Wachstum der Wohnbevölkerung in der Kernstadt Graz ist somit nicht auf Wanderungsgewinne aus dem Umland zurückzuführen, sondern eine Konsequenz von positiven Wanderungssalden mit dem Ausland bzw. der gesamtsteirischen und österreichischen Binnenwanderung. Dies zeigt Abbildung 23, wo die Entwicklung der (relativen) Wanderungssalden (Wanderungsfälle bezogen auf 1.000 Einwohner) der Stadt Graz dargestellt ist. Deutlich wird auch hier der konstant negative Wanderungssaldo mit der restlichen Stadtregion. Demgegenüber stehen die stark positiven Wanderungssalden mit dem Ausland, welche, wie bereits angemerkt, nur in Folge der Wirtschaftskrise 2008/2009 einen Einbruch zeigen. Ebenfalls positiv ist der Binnenwanderungssaldo mit Österreich. Hier zeigt sich über den Beobachtungszeitraum, ausgehend von einem Tiefpunkt im Jahr 2003, eine leichte Zunahme der Wanderungsgewinne. Ab 2011 nimmt die Dynamik hier jedoch wieder ab, Außenwanderung und Binnenwanderung divergieren. Ebenfalls (leicht) positiv ist der Wanderungssaldo der Stadt Graz mit dem gesamten Bundesland Steiermark.

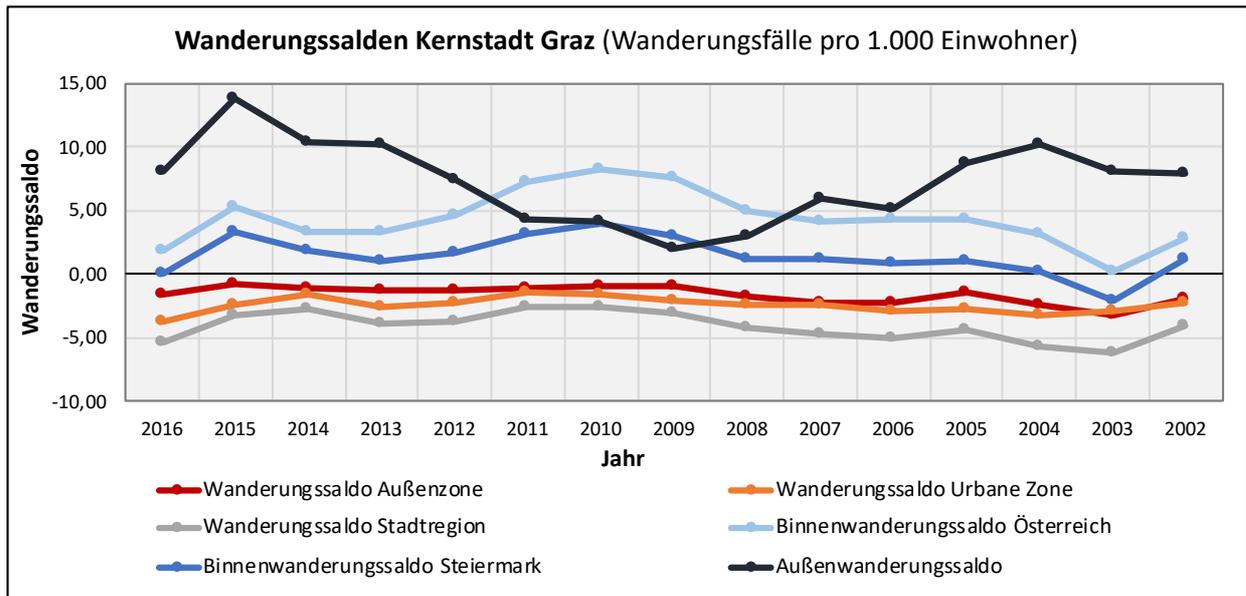


Abbildung 23: Wanderungssalden der Kernstadt Graz mit ausgewählten Raumeinheiten (Stadtregion, Steiermark, Österreich und Ausland) 2002-2016. Daten: Statistik Austria.

Zusammenfassend kann bei Betrachtung der Wanderungsverflechtungen in der Stadtregion Graz festgehalten werden, dass die Kernstadt in den letzten 15 Jahren konstant Bevölkerung an die Umlandgemeinden in der Urbanen Zone und der Außenzone verliert, was auf eine nach wie vor vorhandene Suburbanisierungsdynamik hinweist. Das starke Wachstum der Kernstadt, das als Reurbanisierung verstanden werden kann (siehe oben), ist damit primär eine Konsequenz der hohen Außenwanderungsgewinne und in geringerem Ausmaß der positiven Binnenwanderungssalden. Hier kann überwiegend von Bildungs- und Erwerbsmigration ausgegangen werden. In der Stadtregion Graz zeigt sich somit ein sehr ähnliches Muster der Wanderungsströme wie in der Stadtregion Wien (vgl. Eder et al. 2018, 11) und in allen steirischen Stadtregionen der Steiermark zusammen (vgl. Kap. 5.4).

5.4.2 Kleinräumige Dynamik von Zentralisierung und Peripherisierung im stadtreionalen Kontext: ökonomische Entwicklung

Nach der Auseinandersetzung mit der intra-regionalen demographischen Entwicklung in der Stadtregion Graz wird nun der Fokus auf eine kleinräumige Untersuchung der ökonomischen Entwicklungstendenzen gelegt. Im Mittelpunkt steht die Veränderungsdynamik der Zahl der Beschäftigten in der Stadtregion im Zeitraum von 2011 bis 2015.

	2015			
	Arbeitsstätten	Beschäftigte	unselbst. Beschäftigte	Unternehmen
Kernstadt Graz	22.525	188.209	174.096	18.864
Urbane Zone Graz	4.941	34.877	31.549	4.041
Außenzone Graz	10.281	43.693	34.344	9.233
SUMME (Stadtregion Graz)	37.747	266.779	239.989	32.138
Steiermark	103.863	600.970	516.461	88.923
	Anteile 2015 in %			
	Arbeitsstätten	Beschäftigte	unselbst. Beschäftigte	Unternehmen
Kernstadt Graz	59,67	70,55	72,54	58,70
Urbane Zone Graz	13,09	13,07	13,15	12,57
Außenzone Graz	27,24	16,38	14,31	28,73
SUMME (Stadtregion Graz)	100,00	100,00	100,00	100,00
	Veränderung 2011-2015 in %			
	Arbeitsstätten	Beschäftigte	unselbst. Beschäftigte	Unternehmen
Kernstadt Graz	2,10	4,66	5,17	-1,15
Urbane Zone Graz	5,11	5,96	6,79	1,81
Außenzone Graz	1,16	5,67	7,85	-0,97
SUMME (Stadtregion Graz)	2,23	4,99	5,76	-0,74
Steiermark	0,7	3,3	4,0	-1,6

Tabelle 24: Beschäftigte, Unternehmen und Arbeitsstätten (Anzahl, Anteile und Veränderung 2011-2015) in der Stadtregion Graz nach Raumtypen. Daten: Landesstatistik Steiermark.

Wie aus Tabelle 24 entnommen werden kann, gab es 2015 in der Stadtregion Graz in Summe 239.989 unselbstständig Beschäftigte, von denen mehr als 72% ihren Arbeitsort in der Kernstadt Graz hatten. In den Gemeinden der Urbanen Zone und der Außenzonen hatten jeweils ca. 13 % bzw. 14% aller Beschäftigten der Stadtregion ihren Arbeitsort. Dieser erheblichen Konzentration der Beschäftigten in der Stadt Graz steht eine gleichmäßigere räumliche Verteilung der Arbeitsstätten und der Unternehmen gegenüber. Hier weist nach der Kernstadt die Außenzone mit 27% bzw. 28% bedeutende Anteilswerte auf. Damit ist die Kernstadt durch größere Unternehmen geprägt während in der Außenzone eine kleinteilige Wirtschaftsstruktur mit weniger Beschäftigten pro Unternehmen bzw. Arbeitsstätte gegeben ist. Dies wurde bereits auch für die steierischen Stadtregionen allgemein beobachtet (vgl. Kap. 5.2).

Betrachtet man die Entwicklungsdynamik im kurzen Zeitraum von 2011 bis 2015 (vgl. Tab. 24), so ist die im Vergleich zur Steiermark insgesamt deutlich positivere ökonomische Entwicklung der Stadtregion Graz klar ersichtlich (vgl. Kap. 4.2). Innerhalb der Stadtregion zeigt sich aber ein räumliches Muster der Veränderungsdynamik, welches jenem der demographischen Entwicklung entgegensteht: So weist die Kernstadt Graz in Bezug auf die Beschäftigten wie auch auf die Zahl an Unternehmen und Arbeitsstätten die geringsten Zuwachsraten auf, die auch unter jenen der Stadtregion insgesamt liegen. Zwar wuchs die Zahl der Beschäftigten in der Kernstadt Graz mit ca. 5% deutlich, das Wachstum der Urbanen Zone, und bei den unselbstständig Beschäftigten v.a. das Wachstum der Außenzone, war jedoch höher. Die Zahl der Unternehmen und der

Arbeitsstätten entwickelte sich vor allem in der Urbanen Zone positiv, während hier in den anderen Raumtypen der Stadtregion leichte Rückgänge zu beobachten waren. Zusammenfassend kann demnach nicht von einer (ökonomischen) Reurbanisierung in der Stadtregion gesprochen werden. Das starke Wachstum der Beschäftigtenzahlen in der Außenzone sowie der Unternehmen und Arbeitsstätten in der Urbane Zone entspricht vielmehr dem Muster einer Phase der Suburbanisierung. Entsprechend der Typologie in Tabelle 2 (Kap. 2.2.3) ist somit eine „relative Dezentralisierung“ der ökonomischen Aktivitäten, mit einem stärkerem Wachstum im „Ring“ (= Urbane Zone bzw. Außenzone) als im „Kern“ (= Kernstadt Graz), gegeben.

Tabelle 25 und 26 ermöglichen einen detaillierten Blick auf die nach Branchen (Abschnitte nach ÖNACE 2008) differenzierte Beschäftigtenstruktur und ihre Veränderungsdynamik. Die relativ wie absolut bedeutendsten Branchen in der Stadtregion Graz sind „Handel“, „Herstellung von Waren“ (Industrie) und der Bereich „Gesundheits- und Sozialwesen“. In diesen drei Branchen waren 2015 ca. 39% der Beschäftigten tätig. Auch der dem Bereich der Wissensökonomie zuzuordnende Abschnitt „freiberufliche/techn. Dienstleistungen“ ist mit mehr als 21.800 Beschäftigten eine zentrale Komponente der ökonomischen Struktur der Stadtregion. Betrachtet man die Lokalisationsquotienten sowie die räumliche Verteilung der einzelnen Branchen auf die Raumtypen Kernstadt, Urbane Zone und Außenzone, so wird ein deutlicher Unterschied zwischen Kernstadt und Umland deutlich: Stark räumlich konzentriert sind die Bereiche der „Land- und Forstwirtschaft“ sowie des „Bergbaus“, welche erwartungsgemäß überdurchschnittlich starke Anteilswerte in der Außenzone und Urbanen Zone aufweisen. Ebenfalls eine erhebliche Konzentration in der Urbanen Zone weist der Abschnitt „Wasserversorgung und Abfallentsorgung“ auf.

Die nach der Anzahl der Beschäftigten wichtigste Branche der Stadtregion, der Handel, ist dem Lokalisationsquotient nach intraregional räumlich gleichmäßig verteilt, wobei ein Schwerpunkt im Stadtumland (Urbanen Zone und Außenzone) festzustellen ist. Dies lässt sich als eine Konsequenz der Suburbanisierung von großflächigen Handelseinrichtungen und der Entstehung von Einkaufszentren (z.B. in der Gemeinde Seiersberg-Pirka) außerhalb der administrativen Grenzen der Kernstadt Graz deuten. Ein ähnliches räumliches Muster zeigt sich bei der Industrie. Auch hier weist die Kernstadt Graz nur unterdurchschnittliche Anteilswerte auf; der höhere Lokalisationsquotient deutet dabei auf eine im Vergleich mit dem Handel stärkere räumliche Konzentration hin.

Überdurchschnittliche Anteilswerte weist die Kernstadt Graz in den meisten Abschnitten des Dienstleistungssektors auf, wie beispielsweise im Bereich „Öffentliche Verwaltung“, „Erziehung und Unterricht“ und „Kunst, Unterhaltung und Erholung“. Bei den Branchen der Wissensökonomie (Abschnitte „J“ und „M“) zeigt sich ebenfalls eine Standortorientierung zugunsten der Kernstadt. Die niedrigen Lokalisationsquotienten zeigen hier jedoch keine erheblichen räumlichen Konzentrationstendenzen an. Vor allem im Bereich „Information und Kommunikation“ ist auch die Urbane Zone durch hohe Beschäftigtenanteile gekennzeichnet.

Branche (ÖNACE 2008 (Abschnitte))	Beschäftigte	Anteil in %	Lokalisationsquotient	Raumtypen Stadtregion Graz		
				Kernstadt Graz	Urbane Zone Graz	Außenzone Graz
Land- und Forstwirtschaft <A>	4.595	1,83	0,62	-	+	++
Bergbau 	219	0,09	0,59	-	++	++
Herstellung von Waren <C>	32.060	12,78	0,17	-	+	+
Energieversorgung <D>	1.898	0,76	0,12	+	-	-
Wasserversorgung und Abfallentsorgung <E>	1.337	0,53	0,26	-	++	+
Bau <F>	13.767	5,49	0,15	-	+	+
Handel <G>	35.624	14,20	0,06	-	+	+
Verkehr <H>	10.071	4,02	0,15	-	++	+
Beherbergung und Gastronomie <I>	11.843	4,72	0,04	+	-	-
Information und Kommunikation <J>	8.445	3,37	0,06	+	+	-
Finanz- und Versicherungsleistungen <K>	7.402	2,95	0,06	+	+	-
Grundstücks- und Wohnungswesen <L>	4.971	1,98	0,08	+	-	-
Freiberufliche/techn. Dienstleistungen <M>	21.819	8,70	0,09	+	-	-
Sonst. wirtschaftl. Dienstleistungen <N>	13.717	5,47	0,06	+	+	-
Öffentliche Verwaltung <O>	19.038	7,59	0,17	+	-	-
Erziehung und Unterricht <P>	20.709	8,26	0,16	+	-	-
Gesundheits- und Sozialwesen <Q>	30.575	12,19	0,10	+	-	-
Kunst, Unterhaltung und Erholung <R>	3.931	1,57	0,14	+	-	-
Sonst. Dienstleistungen <S>	7.957	3,17	0,12	+	-	-
Sonstige <T> und <U>	807	0,32		-	-	+
SUMME	250.785	100,00				

- = Anteilswerte unter Durchschnitt; + = Anteilswerte über Durchschnitt; ++ = Anteilswerte mehr als doppelt so hoch wie Durchschnitt

Tabelle 26: Beschäftigungsanteile nach ÖNACE-Abschnitten 2015, Lokalisationsquotienten 2015 und räumliche Verteilung der Beschäftigten 2015 in der Stadtregion Graz nach Branchen und Raumtypen. Daten: Statistik Austria.

Branche (ÖNACE 2008 (Abschnitte))	Veränderung 2011-2015		Raumtypen Stadtregion Graz		
	Beschäftigte (absolut)	Veränderung in %	Kernstadt Graz	Urbane Zone Graz	Außenzone Graz
Land- und Forstwirtschaft <A>	-110	-2,34	--	-	+
Bergbau 	-7	-3,10	--	++	-
Herstellung von Waren <C>	130	0,41	-	+	+
Energieversorgung <D>	514	37,14	++	++	++
Wasserversorgung und Abfallentsorgung <E>	-223	-14,29	++	--	++
Bau <F>	-253	-1,80	-	+	-
Handel <G>	695	1,99	+	+	+
Verkehr <H>	-562	-5,29	--	+	-
Beherbergung und Gastronomie <I>	504	4,44	+	-	-
Information und Kommunikation <J>	2014	31,32	++	++	+
Finanz- und Versicherungsleistungen <K>	296	4,17	-	++	++
Grundstücks- und Wohnungswesen <L>	325	7,00	+	++	+
Freiberufliche/techn. Dienstleistungen <M>	2447	12,63	++	++	++
Sonst. wirtschaftl. Dienstleistungen <N>	1484	12,13	++	+	++
Öffentliche Verwaltung <O>	-4570	-19,36	--	--	-
Erziehung und Unterricht <P>	-882	-4,09	-	++	+
Gesundheits- und Sozialwesen <Q>	10970	55,96	++	++	++
Kunst, Unterhaltung und Erholung <R>	-1792	-31,31	--	++	++
Sonst. Dienstleistungen <S>	815	11,41	+	++	++
Sonstige <T> und <U>	302	60,16	++	++	++
SUMME	12.097				

-- = Abnahme um mehr als -10%; - = Abnahme bis -10%; + = Zunahme bis 10%; ++ = Zunahme um mehr als 10%

Tabelle 25: Veränderung (absolut und relativ) der Beschäftigungsanteile 2011-2015 in der Stadtregion Graz nach ÖNACE-Abschnitten und Raumtypen. Daten: Statistik Austria.

Wie haben sich nun die branchenspezifischen Beschäftigungszahlen in der Stadtregion Graz zwischen 2011 und 2015 entwickelt? Starke absolute wie relative Beschäftigungszuwächse gab es im „Gesundheits- und Sozialwesen“, wobei hier alle drei Raumtypen vom Wachstum gleichermaßen profitierten. Ebenfalls hohe (relative) Zuwächse waren im Bereich „Energieversorgung“ zu verzeichnen. Dahinter folgten bereits die wissensintensiven Dienstleistungen in den Bereichen „Information und Kommunikation“ (+31,32%) sowie die „freiberuflichen/techn. Dienstleistungen“ (+12,63%). Beide Abschnitte konnten im Zeitraum von 2011 bis 2015 jeweils einen absoluten Zuwachs von mehr als 2.000 Beschäftigten verzeichnen. Eine hohe Dynamik der Wissensökonomie lässt sich somit für die Stadtregion Graz generell bestätigen. In intraregionaler Perspektive ergibt sich dabei aber ein räumlich uneinheitliches Muster: Die Beschäftigungszuwächse im Bereich „Information und Kommunikation“ fallen am höchsten in den suburbanen Gemeinden der Urbanen Zone aus (+55,34%), gefolgt von der Stadt Graz (+31,78%). Dies entspricht damit dem räumlichen Muster einer relativen Dezentralisierung. Bei den „freiberuflichen/technischen Dienstleistungen“ ist hingegen das Wachstum in der Urbanen Zone (+10,24%) etwas weniger dynamisch als in der Kernstadt (+12,56%) und in der Außenzone (+14,97%), wobei hier die Unterschiede zwischen den Raumtypen deutlich geringer ausfallen als betreffend den Abschnitt „Information und Kommunikation“. Eine signifikante Konzentration der Beschäftigungsdynamik im Bereich der wissensintensiven Dienstleistungen allein auf die Kernstadt ist damit in der Stadtregion Graz für den kurzen Beobachtungszeitraum nicht auszumachen. Dennoch zeigen sich Tendenzen einer Standortpräferenz zugunsten der urbanen Gebiete innerhalb der Stadtregion und allgemein eine positive Entwicklungsdynamik der wissensintensiven Beschäftigungsfelder.

Die bereits erwähnte günstige Entwicklung der Beschäftigung in den Außenbereichen der Stadtregion Graz zeigt sich auch in Tabelle 27, wo die Ergebnisse einer Shift & Share Analyse für die einzelnen Raumtypen der Stadtregion (2011-2015) angeführt sind. Der Regionalfaktor zeigt dabei für die Außenzone einen Wert > 1 , was auf eine im Vergleich mit dem Gesamttraum (Stadtregion) günstigere Entwicklung der Beschäftigten hinweist. Dies ist vor allem auf eine Besetzung mit allgemein wachstumsstarken Branchen zurückzuführen (Strukturfaktor > 1) und weniger als eine Konsequenz spezifischer „Standortqualitäten“ aufzufassen. In der Urbanen Zone liegt hingegen der Standortfaktor > 1 , was auf eine positive Wirkung des „Standortes“ auf die Entwicklung der Zahl der Beschäftigten, trotz des Vorhandenseins eher wachstumsschwacher Branchen, schließen lässt. In der Kernstadt Graz zeigt sich ebenso eine relativ ungünstige Branchenstruktur (Strukturfaktor < 1). Die regionale Beschäftigungsentwicklung war hier jedoch auch schlechter, als es alleine aufgrund der Branchenstruktur zu erwarten gewesen wäre.

Raumtyp Stadtregion Graz	Spezialisierungs- koeffizient	Shift & Share Analyse		
		Regionalfaktor	Strukturfaktor	Standortfaktor
Kernstadt Graz	0,08	0,9968	0,9983	0,9985
Urbane Zone Graz	0,27	0,9978	0,9873	1,0107
Außenzone Graz	0,18	1,0164	1,0181	0,9983

Tabelle 27: Spezialisierungskoeffizienten 2015 und Ergebnisse der Shift & Share Analyse 2011-2015 in der Stadtregion Graz nach Raumtypen. Daten: Statistik Austria.

In Tabelle 27 sind ergänzend die Spezialisierungskoeffizienten für die Kernstadt, die Urbane Zone und die Außenzone der Stadtregion Graz angeführt. Die höchste Branchenspezialisierung zeigt sich dabei in der Urbanen Zone; in der Kernstadt sind hingegen die 21 ÖNACE Abschnitte relativ gleichmäßig vertreten. Angenommen werden könnte hier ein Zusammenhang zwischen dem Grad der Spezialisierung und dem Wachstum der Beschäftigung, da in der „vielfältigen“ Kernstadt die Entwicklung unterdurchschnittlich, in den „spezialisierten“ Umlandbereichen hingegen überdurchschnittlich verlief. Auf mögliche Zusammenhänge und eine nähere statistische Analyse dieser kann an dieser Stelle jedoch nicht näher eingegangen werden.

Als Ergänzung wird in Tabelle 28 auch für die Stadtregion Graz die formale Qualifikationsstruktur der Bevölkerung für die drei Zeitpunkte 1991, 2001 und 2015 dargestellt. Auch hier ist ein deutlicher Anstieg des Bildungsniveaus zu beobachten, jedoch bestehen auf dieser kleinräumigen Ebene, ähnlich wie bei den Raumtypen generell (vgl. Kap. 5.2), deutliche Unterschiede zwischen der Kernstadt und dem Umland. Einerseits haben sich zwischen 1991 und 2015 die Unterschiede bei den Anteilswerten im Bereich der Pflichtschulabschlüsse deutlich reduziert und nivelliert, andererseits besteht bei den Universitätsabschlüssen nach wie vor ein deutliches Stadt-Umland Gefälle. Im Beobachtungszeitraum haben dabei speziell auch die Differenzen zwischen Urbaner Zone und Außenzone zugenommen, was für die Steiermark allgemein so nicht festzustellen war. Auch liegen in der Stadtregion Graz die Anteile von Personen mit Universitätsabschluss in der Urbanen Zone und der Außenzone deutlich höher als in diesen Raumtypen in der Steiermark insgesamt. Dies stellt eine Konsequenz der Wohnsuburbanisierung im Grazer Umland dar, die v.a. auch von Personen mit höheren Bildungsabschlüssen getragen wird. Allgemein ist die gesamte Stadtregion Graz in Bezug auf die Ausstattung mit Humanressourcen damit in einer günstigen Position, was als Stärke im Standortwettbewerb um wissensintensive, innovationsstarke Unternehmen zu bewerten ist.

Raumtypen Stadtregion Graz	Höchste abgeschlossene Ausbildung (Anteile in % der über 14-Jährigen) - 1991						
	Allgemeinbildende Pflichtschule	Lehre	Fachschule	Allgemeinbildende Höhere Schule	Berufsbildende Höhere Schule (incl. Kolleg)	Hochschulverwandte Ausbildung	Universität
Kernstadt Graz	32,0%	28,1%	11,8%	10,9%	6,6%	1,6%	9,1%
Urbane Zone Graz	38,8%	39,0%	10,0%	4,1%	4,3%	1,2%	2,7%
Außenzone Graz	44,5%	36,5%	9,1%	3,1%	3,4%	1,1%	2,2%
GESAMT	35,9%	31,4%	10,9%	8,2%	5,5%	1,4%	6,7%
Raumtypen Stadtregion Graz	Höchste abgeschlossene Ausbildung (Anteile in % der über 14-Jährigen) - 2001						
	Allgemeinbildende Pflichtschule	Lehre	Fachschule	Allgemeinbildende Höhere Schule	Berufsbildende Höhere Schule (incl. Kolleg)	Hochschulverwandte Ausbildung	Universität
Kernstadt Graz	28,7%	27,9%	10,0%	10,2%	7,8%	2,2%	13,2%
Urbane Zone Graz	30,1%	40,8%	10,2%	5,2%	7,0%	1,7%	5,0%
Außenzone Graz	34,4%	39,4%	11,1%	4,0%	5,6%	1,6%	3,9%
GESAMT	30,5%	32,9%	10,3%	7,8%	7,1%	2,0%	9,5%
Raumtypen Stadtregion Graz	Höchste abgeschlossene Ausbildung (Anteile in % der über 14-Jährigen) - 2015						
	Allgemeinbildende Pflichtschule	Lehre	Fachschule	Allgemeinbildende Höhere Schule	Berufsbildende Höhere Schule (incl. Kolleg)	Hochschulverwandte Ausbildung	Universität
Kernstadt Graz	21,5%	22,1%	9,7%	12,0%	10,1%	2,1%	22,4%
Urbane Zone Graz	21,7%	37,1%	12,8%	6,5%	9,4%	1,9%	10,6%
Außenzone Graz	23,7%	39,0%	13,8%	4,7%	8,4%	1,9%	8,5%
GESAMT	22,2%	28,6%	11,2%	9,3%	9,6%	2,0%	17,1%

Tabelle 28: Höchste abgeschlossene Ausbildung (Anteile in % der über 14-Jährigen) 1991, 2001 und 2015 in der Stadtregion Graz nach Raumtypen. Daten: Landesstatistik Steiermark

5.5 Zusammenfassung: Intraregionale „Wachstumskerne“ und „Peripherien“ im Kontext von stadtregionalen Sub- und Reurbanisierungsprozessen

Wie lassen sich die beobachteten intraregionalen demographischen, ökonomischen und politischen Prozesse der Raumentwicklung in den Stadtregionen der Steiermark nun zusammenfassen? Kann von Peripherisierung und Zentralisierung in Bezug auf die Raumtypen Kernstadt, Urbane Zone und Außenzone gesprochen werden? Und wie lässt sich die beobachtete Dynamik in Beziehung zu Suburbanisierung und Reurbanisierung setzen (vgl. Kap. 1.2)?

In Bezug auf die *demographische* Dimension von Zentralisierung und Peripherisierung, die über die Bevölkerungsentwicklung (Schrumpfung und Wachstum) und das Wanderungsgeschehen (Zu- und Abwanderung) empirisch analysiert wurde, zeigt sich folgendes Bild: Peripherisierungstendenzen mit einer negativen Bevölkerungsentwicklung sind weder in den Kernstädten noch in der Urbanen Zone und der Außenzone zu beobachten. Es zeigen sich jedoch deutliche intraregionale Differenzen in der Wachstumsdynamik. So setzt mit Beginn der 2000er-Jahre, nach einer Phase von Bevölkerungsverlusten, ein nachhaltiges demographisches Wachstum der Kernstädte ein, das sich in den Jahren nach 2010 noch weiter verstärkt. Parallel dazu kann eine deutliche Abschwächung des Bevölkerungswachstums in den Gemeinden der stadtregionalen Außenzone festgestellt werden. Die suburbanen Gemeinden der Urbanen Zone zeigen hingegen ein anhaltendes Bevölkerungswachstum, welches hinter jenem der Kernstädte zurückbleibt. Somit kann in intraregionaler Perspektive von demographischen Reurbanisierungsprozessen in Form einer „Relativen Zentralisierung“ (vgl. Tabelle 2) in den Stadtregionen der Steiermark ausgegangen werden. Auch bei der Analyse des Wanderungsgeschehens zeigen sich intraregional in Summe keine Abwanderungstendenzen. Alle Raumtypen verzeichnen im Durchschnitt des Beobachtungszeitraumes von 2002 bis 2016 Zuwanderungsgewinne, wobei die Kernstädte primär von Zuwanderung aus dem Ausland profitieren, die Urbane Zone und die Außenzone hingegen Zielgebiete der Binnenwanderung, vor allem für junge Familien mit Kindern, darstellen. Eine durch (Rück-)Wanderungen aus dem stadtregionalen Umland getragene Reurbanisierung der Kernstädte ist damit in der Steiermark nicht zu beobachten; das demographische Wachstum der Kernstädte ist primär eine Konsequenz der Zuwanderung aus dem Ausland und von Ausbildungs- und Erwerbsmigration in der Altersgruppe der 15 bis 29-Jährigen aus Österreich.

Bei der *ökonomischen* Dimension von Peripherisierung und Zentralisierung, die vorwiegend über die Entwicklung der branchenspezifischen Beschäftigtenzahlen von 2011 bis 2015 untersucht wurde, lassen sich ebenso keine Peripherisierungstendenzen in den einzelnen Raumtypen feststellen. Weder in den Kernstädten noch in der Urbanen Zone und der Außenzone lassen sich Rückgänge der Beschäftigung beobachten, die auf eine Abkoppelung aus der wirtschaftlichen Dynamik hindeuten. Am dynamischsten hat sich in den steirischen Stadtregionen die Beschäftigung in der Außenzone entwickelt, gefolgt von den Kernstädten. Dieses räumliche Muster ist auch das Ergebnis einer Shift & Share Analyse für den Zeitraum von 2011 bis 2015, wo die Kernstädte und die Außenzone einen Regionalfaktor von > 1 aufweisen. In Bezug auf die Verteilung der Branchen der Wissensökonomie zeigt sich eine Standortorientierung zugunsten der dichteren urbanen Gebiete: So erreichen die Kernstädte überdurchschnittliche Anteilswerte bei den beiden Branchen „Information und Kommunikation“ sowie „freiberufliche/technische Dienstleistungen“. Die erstgenannte Branche erreicht ihren höchsten relativen Anteilswert dabei

jedoch nicht in den Kernstädten, sondern in der Urbanen Zone, wo zwischen 2011 und 2015 auch das stärkste Wachstum der Beschäftigung im Abschnitt „Information und Kommunikation“ zu verzeichnen war. Auch bei den freiberuflichen und technischen Dienstleistungen war das Wachstum zwischen 2011 und 2015 nicht alleine auf die Kernstädte konzentriert; hier erzielten die Gemeinden der Außenzone die relativ höchsten Zugewinne an Beschäftigten. In den Stadtregionen der Steiermark ist demnach keine Reurbanisierung in Form einer räumlichen Verlagerung der Beschäftigung allgemein, wie auch im Bereich der Wissensökonomie speziell, in die Kernstädte festzustellen. Von einer ökonomischen Peripherisierung kann somit in intraregionaler Betrachtungsperspektive genauso wenig ausgegangen werden wie von einer ökonomischen Peripherisierung.

Die *politische* Dimension von Zentralisierung und Peripherisierung ist eng mit der ökonomischen Dimension verknüpft. Auch hier zeigt sich kein klares intraregionales räumliches Muster, von welchem ausgehend „Peripherien“ und „Zentren“ in den Stadtregionen bestimmt werden könnten. Bei der Steuerkraft-Kopfquote, die als ein Indikator für den Grad der (politischen und finanziellen) Abhängigkeit einer Gemeinde verwendet wird, werden die höchsten (aggregierten) Werte in den Kernstädten erreicht. Jedoch finden sich in der Urbanen Zone und auch in der Außenzone einzelne Gemeinden mit Werten, die deutlich über jenen der Kernstädte liegen. Auch weisen die suburbanen Gemeinden der Urbanen Zone, speziell jene der Stadtregion Graz, die höchsten Kommunalsteuereinnahmen auf. Ergänzend zeigt die räumliche Verteilung der Unternehmenssitze der 100 wichtigsten Unternehmen der Steiermark eine erhebliche Konzentration auf die Kernstädte und in etwas geringerem Ausmaß auch auf die Urbane Zone.

Zusammenfassend kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass intraregionale Peripherisierungs- und Zentralisierungsprozesse in den Stadtregionen der Steiermark, zwischen den Raumtypen Kernstadt, Urbane Zone und Außenzone, nicht in jener Intensität auftreten wie auf interregionaler Ebene (vgl. Kap. 4.4). In den empirischen Analysen konnte für keinen Raumtyp eine Peripherisierung mit demographischer Schrumpfung und Abwanderung, ökonomischer Abkoppelung sowie politischer Abhängigkeit festgestellt werden. Die Dynamik der Zentralisierung zeigt sich hingegen in unterschiedlichen Ausprägungen: während in Bezug auf die Bevölkerungsentwicklung eine relative Zentralisierung auf die Kernstädte und damit eine Reurbanisierung ausgemacht werden kann, ergibt sich bei Betrachtung der Entwicklung der Beschäftigten ein weniger einheitliches Bild. Hier sind auch in der Urbanen Zone Wachstumsprozesse zu beobachten. Demnach kann zusammenfassend für die Stadtregionen der Steiermark gegenwärtig von einer Parallelität von Suburbanisierung und Reurbanisierung ausgegangen werden.

Die Analyse von stadtreionalen Entwicklungsprozessen in intraregionaler Perspektive bezog sich von Kapitel 5.1 bis 5.3 auf die gesamte Steiermark, ohne Differenzierung nach einzelnen Stadtregionen. In Kapitel 5.4 wurde hierzu ergänzend als Fallbeispiel das Urbane Großzentrum Graz analysiert, um Einblick in die kleinräumige intraregionale Dynamik der Raumentwicklung in der größten Stadtregion der Steiermark zu erhalten. Welches zusammenfassende Bild ergibt sich hier?

Bei Betrachtung der nach Raumtypen differenzierten Bevölkerungsentwicklung in der Stadtregion Graz kann, ähnlich wie bereits oben für alle Stadtregionen erläutert, eine Gleichzeitigkeit von Prozessen der Reurbanisierung (und demographischen Zentralisierung) und Suburbanisierung ausgemacht werden. Nach 2001 setzt ein dynamisches Wachstum der Kernstadt ein, welches sich in den letzten Jahren noch verstärkt hat. Parallel dazu verzeichnen auch die suburbanen Gemeinden der Urbanen Zone ein anhaltend hohes Wachstum, allein in der Außenzone zeigt sich im Beobachtungszeitraum ein Rückgang der Bevölkerungszahlen. Das Wachstum der Kernstadt Graz ist dabei überwiegend auf Außenwanderungsgewinne und in geringerem Ausmaß auch auf Binnenwanderungsgewinne zurückzuführen. Innerhalb der Stadtregion dominieren nach wie vor Wanderungen aus der Kernstadt in das suburbane Umland das intraregionale Migrationsmuster.

In Bezug auf die ökonomische Entwicklung in der Stadtregion Graz, welche über die Veränderungen der Beschäftigtenzahlen erfasst wurde, zeigt sich in der kurzen Beobachtungsperiode von 2011 bis 2015 eine dynamischere Entwicklung im Stadtumland und in den Außenbereichen der Stadtregion als in der Kernstadt Graz. Eine räumliche Zentralisierung der Beschäftigung auf die Kernstadt ist nicht festzustellen. Auch die dem Bereich der Wissensökonomie zuordenbaren Branchen zeigen hohe Anteilswerte und eine positive Dynamik der Beschäftigung in der Urbanen Zone und in der Außenzone. Die These einer ökonomischen Reurbanisierung getragen durch die Expansion der Beschäftigung in den „urbanitätsaffinen“ wissensintensiven Dienstleistungen (vgl. Kap. 2.4.1) kann damit für die Stadtregion Graz nicht bestätigt werden.

6 „Problematisierung“ und Steuerung von *Zentralisierung* und *Peripherisierung* in den Stadtregionen der Steiermark

Kapitel 6 thematisiert stadtregionale Peripherisierungs- und Zentralisierungsprozesse in der Steiermark aus einer politisch-planerischen Perspektive und geht auf die Thematisierung und „Problematisierung“ von Peripherisierung und Zentralisierung durch zentrale regionale Akteure ein. Damit stehen im Unterschied zu den vorangegangenen Kapiteln 4 und 5 nicht die raumstrukturell wirksamen demographischen, ökonomischen und politischen Prozesse im Fokus, sondern vielmehr die Wahrnehmung und der Umgang mit diesen von Seiten der Politik, der Verwaltung, der Regionalentwicklung und Raumplanung („Governance“). Die in diesem Kapitel vorgestellten Analysen dienen dabei überwiegend der Beantwortung der Forschungsfrage 3 (vgl. Kap. 1.2).

Dazu erfolgt zu Beginn (Kap. 6.1) eine kurze Auseinandersetzung mit zentralen regionalpolitischen Strategien und Ansätzen, sowie mit Organisationen der Regionalentwicklung und konkreten regionalplanerischen Instrumenten, welche für die Stadtregionen der Steiermark von Relevanz und auch für den Umgang mit Prozessen der Peripherisierung und Zentralisierung wichtig sind. Dabei werden sowohl die rechtlichen Rahmenbedingungen, als auch Fördermaßnahmen und strategische Leitbilder thematisiert. Im Anschluss wird am Beispiel der Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg die Thematisierung bzw. „Problematisierung“ von Peripherisierung und Zentralisierung auf Basis der Einschätzungen durch Akteure aus Politik, Verwaltung und Planung untersucht (Kap. 6.2), sowie die Anwendung der zuvor dargelegten regionalpolitischen Strategien und Instrumente in Projekten in der Stadtregion dargestellt (Kap. 6.3).

6.1 Regionalpolitische Strategien und raumplanerische Instrumente im Umgang mit stadtregionalen Prozessen der *Zentralisierung* und *Peripherisierung* in der Steiermark

Im folgenden Kapitel werden Ansätze aus Regionalpolitik und Raumordnung vorgestellt, welche in der Steiermark zur politisch-planerischen Steuerung von stadtregionalen Zentralisierungs- und Peripherisierungsprozessen eingesetzt werden (können). Diese Vorstellung umfasst dabei sowohl hoheitliche Ordnungsinstrumente im Bereich der Regionalplanung, wichtige Organe und Institutionen der Regionalentwicklung sowie finanzielle Förderprogramme. Konkret werden zu Beginn in Kap. 6.1.1 die rechtlichen Rahmenbedingungen diskutiert. Daran anschließend wird die Ebene der Regionalplanung thematisiert, wobei auf zentrale Instrumente (Kap. 6.1.2) sowie auf wichtige Institutionen und Organisationen (Kap. 6.1.3) näher eingegangen wird. Schließlich werden noch relevante Förderprogramme von Seiten der EU (Kap. 6.1.4) und interkommunale Kooperationsformen (Kap. 6.1.5) im Überblick dargestellt. Anzumerken ist, dass im Rahmen dieser Arbeit keine vollständige Vorstellung von Regionalpolitik, -entwicklung und Raumordnung in der Steiermark vorgenommen werden kann. Vielmehr stehen hier nur ausgewählte Aspekte im Hinblick auf Stadtregionen im Fokus. Kapitel 6.1 zielt dabei vorwiegend auf eine allgemeine Vorstellung von stadtregionalen Strategien und Instrumenten, jedoch wird, v.a. zum Zwecke der Illustration, konkret auf das Fallbeispiel der Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg eingegangen.

6.1.1 Rechtliche Rahmenbedingungen: Steiermärkisches Landes- und Regionalentwicklungsgesetz 2018 und Steiermärkisches Raumordnungsgesetz 2010

Für die Regionalentwicklung und Regionalplanung in der Steiermark sind die zentralen rechtlichen Grundlagen in zwei Gesetzen festgelegt: im Steiermärkischen Raumordnungsgesetz 2010 (StROG 2010) sowie im Steiermärkischen Landes- und Regionalentwicklungsgesetz 2018 (StLREG 2018). Das letztgenannte Gesetz stellt eine Neuerung dar und soll für die Regionalentwicklung in der Steiermark den gesetzlichen Rahmen vorgeben. Definiert sind hier, neben den allgemeinen Grundsätzen und Zielen der Landes- und Regionalentwicklung, die Aufgaben von Seiten des Landes (Erstellung der Landesentwicklungsstrategie) und der Regionen (Erstellung von Regionalen Entwicklungsstrategien und Regionalen Arbeitsprogrammen), sowie die Organisation der Regionalentwicklung und ihre Finanzierung.

Regionalentwicklung wird im StLREG 2018 § 1 (2) definiert als „Strategien, Programme und Projekte [...], welche die Entwicklung einer Region auf Basis ihrer regionalen Voraussetzungen durch gezielte Koordinierung von Maßnahmen unterstützen.“ Zu den Zielen (§ 2) zählen u.a. die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und die Erhöhung der Wertschöpfung in den Regionen, die Weiterentwicklung der Regionen als Lebensraum für alle Bevölkerungsgruppen sowie die Stärkung der interkommunalen Kooperation. Eine nähere Auseinandersetzung mit Städten und Stadtregionen ist in den Allgemeinen Bestimmungen des StLREG 2018 nicht enthalten.

In § 6 des StLREG 2018 wird die Regionsstruktur definiert. Insgesamt werden sieben Regionen ausgewiesen, welche in § 6 (1) als „räumliche Einheiten, die jede für sich die erforderlichen räumlichen Voraussetzungen für möglichst alle Daseinsgrundfunktionen bieten, sodass sie gut ausgestattete und funktionsfähige Lebensräume für ihre Bevölkerung darstellen“ definiert werden. Auch hier wird nicht näher auf städtische Räume eingegangen. Die im Rahmen dieser Arbeit näher behandelte Region „Steirischer Zentralraum“ umfasst gemäß § 6 (2) Z.7 die Stadt Graz und die politischen Bezirke Graz-Umgebung und Voitsberg.

In Bezug auf die Organisation der Regionalentwicklung (4. Abschnitt) definiert das StLREG 2018 die entsprechenden Institutionen und Organe. Jede Region hat für die Besorgung der strategischen Aufgaben Regionalverbände (§ 10), und für die operativen Aufgaben der Regionalentwicklung Regionalentwicklungs-Gesellschaften (§ 12) einzurichten. Die Regionalverbände umfassen dabei die Organe der Regionalversammlung (§ 14), des Regionalvorstandes (§ 15), einen/eine Vorsitzende (§ 16) sowie Rechnungsprüfer (§ 21). Auf die Organisation des Regionalverbandes wird in Kap. 6.1.3 näher eingegangen.

Das Steiermärkische Landes- und Regionalentwicklungsgesetz 2018 schafft auch eine längerfristig gesicherte budgetäre Basis für die Finanzierung von regionalen Projekten (Abschnitt 5). Dadurch wird v.a. die Abhängigkeit von EU-Regionalförderungen und kurzfristigen Finanzierungen reduziert. Jährlich stehen in Summe ca. 12 Mio. € zur Verfügung, welche auf die einzelnen Regionen verteilt werden¹⁰. Die Region „Steirischer Zentralraum“ erhält im Jahr 2018 ca. 3,4 Mio. €. Die Mittelverteilung ist in § 24 des StLREG 2018 geregelt, wobei zwischen den Mitteln, welche

¹⁰ <http://www.landesentwicklung.steiermark.at/cms/beitrag/12647005/142543756/> (03.09.2018)

die Gemeinden der Region in Form eines Vorwegabzuges der Gemeinde-Bedarfszuweisungsmittel aufbringen, und jenen, welche von Seiten des Landes bereitgestellt werden, differenziert wird. Die Verteilung der Gemeindemittel an die Region erfolgt auf Basis der Einwohnerzahl (Finanzausgleich); die Verteilung der Landesmittel (Sockelbetrag und variabler Anteil) berücksichtigt zusätzlich auch die Fläche und die Finanzkraft (Steuerkraft-Kopfquote).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass das Steiermärkische Landes- und Regionalentwicklungsgesetz 2018 umfassende formale Bestimmungen zu Aufgaben, Organisation und Finanzierung enthält, inhaltlich jedoch keine spezifischen Festlegungen für die speziellen Herausforderungen der steirischen Stadtregionen vorsieht. Dies gilt auch für das Steiermärkische Raumordnungsgesetz 2010, welches primär die Instrumente und Verfahren der überörtlichen und örtlichen Raumordnung definiert. In § 12 Z. 7 des StROG 2010 wird jedoch festgehalten, dass das Landesentwicklungsprogramm im Rahmen der Darstellung der räumlich-funktionalen Entwicklung des Landes auch eine räumliche Abgrenzung von Stadtregionen zu enthalten hat. Im Landesentwicklungsprogramm (LEP) 2009 wird hierzu in § 3 (4) eine Definition von Stadtregionen angeführt: „Als Stadtregionen gelten räumlich funktionelle Einheiten um Kernstädte oder regionale Zentren, die sich aus dem städtisch verdichteten Agglomerationsraum und der zugeordneten Außenzone zusammensetzen. Die Abgrenzung der Stadtregionen mit dem Ziel einer gemeindeübergreifend abgestimmten räumlichen Entwicklung hat im Zuge der Erstellung des betreffenden regionalen Entwicklungsprogramms zu erfolgen“. Im folgenden Kapitel wird näher auf die regionale Planungsebene und damit auch auf die hier erwähnten Regionalen Entwicklungsprogramme eingegangen.

6.1.2 Regionalplanung: Regionale Entwicklungsprogramme und Regionale Entwicklungsstrategien

Die Regionalplanung in der Steiermark umfasst zwei zentrale Instrumente: einerseits die *Regionalen Entwicklungsprogramme* (REPROs), welche überörtliche, räumlich flächenbezogen definierte Vorgaben für die Festlegungen der örtlichen Raumplanung umfassen und im StROG 2010 definiert sind, andererseits die im StLREG 2018 verankerten, strategisch ausgerichteten *Regionalen Entwicklungsstrategien* sowie die *Regionalen Entwicklungsleitbilder*. Beide Instrumente werden auf Ebene der sieben Regionen der Steiermark erstellt und angewendet. Sie lassen sich damit nicht direkt auf die in dieser Arbeit auf Basis der Urban-Rural-Typologie abgegrenzten Stadtregionen beziehen.

Die REPROs, die als Verordnung von der Landesregierung erlassen werden und auf dem Landesentwicklungsprogramm (2009) und dem Landesentwicklungsleitbild (2013) aufbauen, umfassen als zentrale Inhalte, neben den die Verordnung ergänzenden Erläuterungen, einen zusammenfassenden Regionalplan, eine Karte der landschaftsräumlichen Teilräume, für die spezifische Maßnahmen und Ziele definiert werden, sowie eine Vorrangzonenkarte und eine Ausweisung von Siedlungsschwerpunkten. Unterschieden werden in den sieben REPROs Vorrangzonen für Industrie und Gewerbe, für die Landwirtschaft, für Rohstoffe sowie eine Grünzone. Die Vorrangzone für Siedlungsentwicklung wird über die Festlegung von Regionalen Zentren, Regionale Nebenzentren, Teilregionale Zentren und Siedlungsschwerpunkten abgebildet. Die Bestimmungen im REPRO bilden einen bindenden Rahmen für die (Nutzungs-)Festlegungen der Gemeinden

Indiz dafür gesehen werden, dass für die gesamte Region eine positive, „dynamische“ Entwicklung in Form von stadtreionalen Zentralisierungsprozessen angenommen wird. Ergänzt wird diese allgemeine Vision durch aktuell fünf gesamtregionale Ziele: (1) „Zusammenarbeit auf regionaler Ebene“, (2) „Wirtschafts- und Forschungsstandorte stärken“, (3) „Mobilität lenken – Umwelt denken“, (4) „Lebensqualität und Gemeinwohl verbessern“ und (5) „Integrierten sanften Tourismus fördern“. Konkretisiert werden die Ziele im Regionalen Entwicklungsleitbild durch 18 Aktionsfelder und Strategien, denen einzelne Projekte zugeordnet sind. Auf diese wird in Kapitel 6.3 näher eingegangen.

Abbildung 25 zeigt ein Strukturmodell der Region des Steirischen Zentralraumes, in welchem einerseits die Festlegungen des REPROs angeführt, andererseits auch (nicht verbindliche) räumliche Entwicklungsziele auf Basis des Entwicklungsleitbildes verortet sind. Im Strukturmodell werden weiters als „Stadtreionale Kooperationsräume“ die beiden Stadtreionen Graz und Voitsberg angeführt.

6.1.3 Regionalverbände und Regionalmanagements

Wie in Kapitel 6.1.1 bereits erläutert, sind die Regionalverbände als eigene Rechtspersonen (juristische Personen öffentlichen Rechts) gemäß dem StLREG 2018 die Träger der Regionalentwicklung in den sieben steirischen Regionen. Der Regionalverband wird dabei durch die Bürgermeister der einzelnen Gemeinden der Region konstituiert und umfasst als Organe die Regionalversammlung als strategisches Gremium und den Regionalvorstand. Vordergründigste Aufgabe der Regionalverbände und speziell der Regionalversammlung ist die strategische Mitwirkung an der Erstellung und Umsetzung der Regionalen Entwicklungsstrategie. Weiters ist die Regionalversammlung in die Erstellung der REPROs eingebunden.

Neben diesen politisch besetzten und strategisch ausgerichteten Organen und Gremien sind in allen sieben steirischen Regionen auch Regionalmanagements als eigene Gesellschaften aktiv. Sie spielen eine wichtige Rolle im Prozess der politischen Abstimmung innerhalb der Region, wie auch mit der Landesebene, und wirken an der Planung und Umsetzung von regionalen Initiativen sowie bei der Beratung zu Förderprogrammen mit. In der Region „Steirischer Zentralraum“ (Stadt Graz, Bezirke Graz-Umgebung und Voitsberg), welche auch die beiden in dieser Arbeit als Fallbeispiele näher behandelten Stadtreionen Graz und Weststeiermark-Voitsberg mit einschließt, werden diese Aufgaben seit 2015 von der Regionalmanagement Steirischer Zentralraum GmbH wahrgenommen¹¹. Vor 2015 gab es einen Regionalentwicklungsverein für die Stadt Graz und den Bezirk Graz-Umgebung, sowie den Verein „Wirtschaftsoffensive Voitsberg (WOF)“. Diese beiden Vereine wurden in eine gemeinsame Gesellschaft überführt. Das Regionalmanagement fungiert als Geschäftsstelle des Regionalverbandes Steirischer Zentralraum und wirkt an der Erstellung und Umsetzung des Arbeitsprogrammes für den Einsatz der Regionsmittel mit. Auch fällt die Erstellung und Umsetzung des Regionalen Entwicklungsleitbildes in den Zuständigkeitsbereich des Regionalmanagements. Die im Regionalen Entwicklungsleitbild festgelegten fünf Ziele für die Region „Steirischer Zentralraum“, sowie die 18 zugehörigen Aktionsfelder (vgl. Kap. 6.1.2), bilden damit auch für die Arbeit des Regionalmanagements den inhaltlichen Rahmen.

¹¹ <https://www.zentralraum-stmk.at> (09.09.2018)

Im Hinblick auf die Steuerung von stadtreionalen Zentralisierungs- und Peripherisierungsprozessen sind vor allem zwei der fünf regionalen Ziele besonders relevant: das Ziel „Zusammenarbeit auf regionaler Ebene“ mit zwei dazugehörigen Aktionsfeldern („Regional Governance“ und „Innerregionale Kooperation“) sowie das Ziel „Wirtschafts- und Forschungsstandorte stärken“ mit den Aktionsfeldern „Standortentwicklung und -management“ und „Nachhaltige Stadtregionalentwicklung“. Auf konkrete Projekte in diesen Aktionsfeldern wird in Kapitel 6.3 näher eingegangen.

6.1.4 EU-Regionalpolitik und Regionalförderung

Eine wichtige Rolle in der regionalpolitischen Auseinandersetzung mit Zentren und Peripherien spielen finanzielle Fördermaßnahmen und -programme. Vor allem Regionalförderungen aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds-Fonds (ESI-Fonds: ESF, EFRE, ELER, EMFF und Kohäsionsfonds) im Rahmen der Struktur- und Kohäsionspolitik der Europäischen Union sind hierbei von Bedeutung. In der Programmperiode von 2014 bis 2020 erfolgt die Umsetzung von Fördermaßnahmen aus den vier für Österreich relevanten ESI-Fonds dabei auf Basis der Vereinbarung „STRAT.AT 2020“¹². Zum Ausgleich von sozio-ökonomischen Entwicklungsunterschieden und zum Erreichen des im Rahmen der Europa 2020 Strategie formulierten Zieles eines „intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums“ sind für Österreich speziell Finanzmittel aus dem EFRE-Fonds (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) von Bedeutung. Diese Mittel (536 Mio. €) werden prioritär zur Erreichung des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ (IWB/EFRE) in allen Regionen Österreichs eingesetzt¹³. Das Budget wird hierzu auf alle Bundesländer entsprechend verteilt, für die Steiermark stehen von 2014 bis 2020 dabei ca. 130 Mio. € zur Verfügung.

Im Rahmen der Förderschwerpunkte des IWB/EFRE Programmes 2014-2020 wurde ein Fokus auf urbane Räume gelegt. Ein thematisches Programmziel lautet: „Stärkung der integrierten (städtischen) Entwicklung und neuer Formen von Kooperationen in funktionalen Räumen. Abbau von Nutzungskonflikten und Wachstumshemmnissen für innovationsorientierte städtische und regionale Entwicklung“¹⁴. In der Programmstruktur wurden auf Grundlage dieses Zieles zwei integrative Prioritätsachsen definiert, anhand derer die Finanzmittel des Programmes IWB/EFRE auf eine städtische Dimension (P4 – „Nachhaltige Stadtentwicklung“) und eine territoriale Dimension (P5 – „Stadt-Umland Entwicklung und lokale Entwicklungsstrategien“) hin ausgerichtet werden¹⁵. Demnach stehen die österreichischen Stadtregionen besonders im Fokus von Fördermaßnahmen und Projekten finanziert aus dem IWB/EFRE Programm.

Im Rahmen der Priorität P5 ist speziell die Steiermark eine Zielregion. In der Fördermaßnahme M21 – „Initiierung von endogenen Wachstumsimpulsen für Beschäftigung in Stadtregionen“ stehen 12,5 Mio. € für Entwicklungsprojekte in den funktionalen Stadtregionen der Steiermark zu Verfügung. Diese Maßnahme, welche in Bezug auf die Förderungsabwicklung operativ

¹² <https://www.oerok.gv.at/esi-fonds-at/>(09.09.2018)

¹³ <https://www.efre.gv.at/>(09.09.2018)

¹⁴ <https://www.oerok.gv.at/esi-fonds-at/efre/ziel-iwb-efre/iwbeffre-programm-oesterreich-2014-2020.html> (09.09.2018)

¹⁵ <https://www.oerok.gv.at/esi-fonds-at/efre/ziel-iwb-efre/programmierung/programmstruktur.html> (09.09.2018)

vom Land Steiermark¹⁶ betreut wird, zielt darauf ab, einen „Beitrag zur Einbindung lokaler und regionaler Akteure zur Initiierung von Wachstumsimpulsen zur Schaffung und Sicherung von qualitativ vollen Arbeitsplätzen in den Stadtregionen der Steiermark“¹⁷ zu leisten. Inhaltlich liegen die Schwerpunkt der geförderten Projekte dabei in den Bereichen: (a) Sicherung und Entwicklung von Wirtschaftsstandorten in Stadtregionen, (b) Mobilitätsmaßnahmen – Nachhaltige Verkehrsentwicklung im Stadt-Umland Bereich und (c) Attraktivierung der Stadtregionen für Fachkräfte¹⁸. Übergeordnet sollen nachhaltige Netzwerkbildungen und Kooperationen in den Stadtregionen, zwischen Gemeinden wie auch anderen stadtreionalen Akteuren, etabliert werden. Strategisch orientieren sich die Maßnahmen und Projekte dabei an den Entwicklungsleitbildern und -programmen auf Landes- und Regionsebene (vgl. Kap. 6.1.2).

Die Förderprogramme aus dem EFRE-Fonds in der Periode von 2014 bis 2020 stellen somit einen wichtigen regionalpolitischen Ansatz und ein finanzstarkes Entwicklungsinstrument für eine gezielte Steuerung von Prozessen der Zentralisierung und Peripherisierung in den Stadtregionen der Steiermark dar. Stadtregionen können durch geförderte Projekt hier gezielte Impulse setzen, die einerseits den Tendenzen einer Peripherisierung entgegenwirken (z.B. durch Förderung für Beschäftigungsimpulse), andererseits die Steuerung von Zentralisierungsprozessen ermöglichen (z.B. im Bereich der Steuerung der stadtreionalen Mobilität). Dies setzt jedoch eine tragfähige Kooperationsbasis zwischen den einzelnen Gemeinden und anderen Akteuren in den Stadtregionen voraus. Deren Initiierung auf Basis von Pilotprojekten ist ein Ziel der Förderprogramme; die Umsetzung in der Praxis erweist sich jedoch vielfach als schwierig. In Kapitel 6.2 und 6.3 wird am Fallbeispiel der Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg die Frage nach stadtreionalen Kooperationen näher erörtert. Ebenso werden dabei konkrete Projekte, die auf Grundlage der in diesem Kapitel erörterten Förderprogramme und -maßnahmen in der Stadtregion finanziert und umgesetzt werden, kurz vorgestellt.

6.1.5 Kleinregionen, Gemeindeverbände und die Gemeindestrukturereform 2015

Zur Förderung der interkommunalen Kooperation besteht in der Steiermark die Möglichkeit zu einer freiwilligen Zusammenarbeit einzelner benachbarter Gemeinden in Kleinregionen. Die rechtlichen Grundlagen hierzu sind in der Steiermärkischen Gemeindeordnung 1967 (idGF LGBl 63/2018) definiert. Dort werden Kleinregionen, die als Gemeindeverbände gelten und sich zumindest aus zwei Gemeinden konstituieren müssen, in § 38a (1) folgend definiert: „Gemeinden, die untereinander räumlich-funktionell verbunden sind, können sich zur Abstimmung ihrer Entwicklung und zur Planung einer effizienten gemeinsamen Besorgung kommunaler Aufgaben zu Kleinregionen zusammenschließen“. Die gebildeten Kleinregionen haben ihre Entwicklungsziele in einem Kleinregionalem Entwicklungskonzept (KEK) zu definieren. Als Organe agieren

¹⁶ <http://www.landesentwicklung.steiermark.at/cms/ziel/141980290/DE/> (09.09.2018)

¹⁷ https://www.efre.gv.at/foerderungen/massnahmen/m21_initiierung_von_endogenen_wachstumsimpulsen_fur_beschaeftigung_in_stadtregionen/ (09.09.2018)

¹⁸ https://www.efre.gv.at/foerderungen/massnahmen/m21_initiierung_von_endogenen_wachstumsimpulsen_fur_beschaeftigung_in_stadtregionen/ (09.09.2018)

die Kleinregionsversammlung, welche sich aus den Gemeinderäten der einzelnen Gemeinden zusammensetzt, der Kleinregionsvorstand, der sich aus den Bürgermeister*innen konstituiert, und ein Vorsitzender bzw. eine Vorsitzende der Kleinregion.

Die Kooperationen von Gemeinden in Form von Kleinregionen bildeten eine wichtige Grundlage für die Gemeindestrukturreform in der Steiermark im Jahr 2015¹⁹. Im Rahmen dieser Reform wurden aus zahlreichen Kleinregionen neue (Groß-)Gemeinden gebildet, wobei die politischen und administrativen Erfahrungen aus der vorangegangenen Kooperation in der Kleinregion entsprechend berücksichtigt werden konnte. Mit der Gemeindestrukturreform reduzierte sich die Zahl der Gemeinden in der Steiermark von 542 auf 287 Gemeinden. Auch in den Stadtregionen kam es zu zahlreichen Gemeindefusionen, worauf in Kapitel 3 bereits hingewiesen wurde. In der Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg bildete sich im Jahr 2009 eine Kleinregion mit dem Namen „Kernraumallianz Voitsberg“, welche die fünf Kernraumgemeinden Köflach, Voitsberg, Bärnbach, Maria Lankowitz und Rosental an der Kainach umfasst. Diese fünf Gemeinden bilden auch gemäß der Urban-Rural Typologie das Urbane Zentrum der Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg (vgl. Kap. 3.2). Im Zuge der Gemeindestrukturreform wurde dabei intensiv über eine Fusion der Kernraumgemeinden diskutiert, welche auch von einer Bürgerinitiative „KERNraumFUSION“²⁰ aktiv gefordert wurde. Eine Zusammenlegung von Gemeinden im Rahmen der Reform kam schließlich jedoch nicht zustande. Erst im Juli 2018 wurde bekannt, dass die beiden Gemeinden Voitsberg und Bärnbach eine Fusion planen. Hierauf wird in Kap. 6.2 und 6.3 näher eingegangen.

¹⁹ <http://www.gemeindestrukturreform.steiermark.at> (13.09.2018)

²⁰ <http://www.kernraumfusion.at/index.html> (13.09.2018)

6.2 *Zentralisierung* und *Peripherisierung* als „Problem“: politische, administrative und planerische Perspektiven am Beispiel der Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg

Im folgenden Kapitel steht die Thematisierung und kommunikative „Problematisierung“ von Peripherisierungs- und Zentralisierungsprozessen durch Akteure aus Politik, Verwaltung und Regionalentwicklung in der Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg im Mittelpunkt. Von Interesse sind die (subjektiven) Wahrnehmungen und Bewertungen von Prozessen der Raumentwicklung von Seiten wichtiger Akteure in der Region, da diese eine Grundlage für das lokale politische und planerische Handeln darstellen. Die folgenden Analysen beziehen sich demnach auf das „Reden über Peripherie und Zentrum“, oder – mit Bezug auf eine systemtheoretische Begrifflichkeit – auf die „Semantisierung“ von Peripherisierung und Zentralisierung (vgl. Hefner, Redepenning und Dudek 2018). Die auf Basis der mittels qualitativer Experteninterviews gewonnenen Daten vorgenommenen Analysen ermöglichen ergänzende Einblicke in Ursachen, Hintergründe und Kontextbedingungen von stadtreionalen Zentralisierungs- und Peripherisierungstendenzen.

Wie in Kapitel 4 ausgeführt können in einer interregionalen Perspektive Peripherisierungsprozesse in Form von demographischer Schrumpfung, ökonomischer Abkoppelung und politischer Abhängigkeit in der Steiermark vor allem für die Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg ausgemacht werden. Von Interesse scheint dabei die Frage, wie diese strukturellen „Realitäten“ in Kommunikationszusammenhänge übersetzt werden und sich in bestimmten räumlichen Semantiken von „Peripherie“ niederschlagen (vgl. Hefner, Redepenning und Dudek 2018). Das Urbane Kleinzentrum Weststeiermark-Voitsberg liegt ca. 30 km westlich der Landeshauptstadt Graz im politischen Bezirk Voitsberg und wird von den Entwicklungen in der Stadtregion Graz erheblich mitbeeinflusst. Eine Lage in der großräumigen „geographischen Peripherie“ der Steiermark ist somit nicht gegeben, vielmehr ist der Bezirk Voitsberg, wie bereits ausgeführt, seit 2015 mit der Stadt Graz und dem Bezirk Graz-Umgebung in der Region „Steirischer Zentralraum“ auch institutionell vereint. All dies macht eine akteurszentrierte, qualitativ-verstehende Auseinandersetzung mit den vorhandenen stadtreionalen Perspektiven auf Peripherisierung und Zentralisierung zu einer wichtigen Aufgabe.

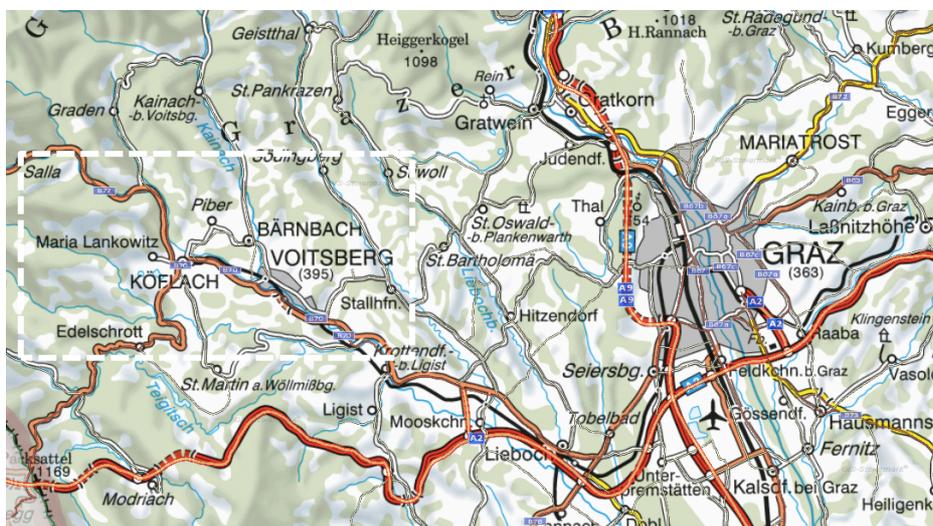


Abbildung 26: Lage der (Stadt-)Region Weststeiermark-Voitsberg im Zentralraum der Steiermark, ÖK 50. Quelle: GIS-Steiermark.

6.2.1 Vom Bergbau-Zentrum zur „Peripherie“ – Regionaler Strukturwandel

Die Entwicklung der Region Weststeiermark-Voitsberg über die letzten zwei Jahrzehnte wurde in allen Interviews als eine Phase des „Strukturwandels“ und des „Systemumbruchs“ charakterisiert. Die Region erlebte von den 1950iger bis 1980iger Jahre eine ökonomische „Boomphase“ aufgrund industriell geprägter Bergbautätigkeit. Im Obertag- und Untertagabbau wurde durch die „Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbau-Gesellschaft (GKB)“ Braunkohle gewonnen, vor allem in den Gemeinden Bärnbach, Köflach und Maria Lankowitz. Die abgebaute Braunkohle wurde einerseits an die steirische Industrie geliefert und andererseits zur Energiegewinnung im Dampfkraftwerk der Österreichischen Draukraftwerke AG (ÖDK; seit 2000 Teil der Verbund AG) in Voitsberg eingesetzt. In Folge gestiegener internationaler Konkurrenz setzte, wie auch in vielen anderen Bergbauregionen West- und Mitteleuropas, in den frühen 1990iger Jahren ein Niedergang des nun mehr und mehr ökonomisch unrentablen Braunkohleabbaus ein, was in den Jahren 2005 und 2006 schließlich zur Schließung des Bergbaus in der Region führte. In Folge kam es 2006 auch zur Stilllegung des Dampfkraftwerk-Komplexes in Voitsberg, der – nach Eigentümerwechseln und gescheiterten Versuchen der Wiederinbetriebnahme – in den Jahren von 2013 bis 2015 abgerissen wurde. Parallel zum Braunkohleabbau war die Region durch die Glasindustrie geprägt, die, nach einer Hochphase in den 1970iger Jahren mit ca. 1.000 Beschäftigten, ebenfalls eine Phase des Niedergangs durchlebt, sich jedoch in der Region erhalten hat, und gegenwärtig auch wieder eine positive Dynamik verzeichnet.

Die starke industrielle Prägung der Region führte zu strukturellen Folgeproblemen, wie sie für eine Vielzahl von (montan-)industriellen Räumen charakteristisch waren: eine hohe Abhängigkeit (Zulieferindustrie) von wenigen großen Betrieben und eine monozentrierte Wirtschaftsstruktur, fehlende Klein- und Mittelbetriebe sowie mangelnde (räumliche) Entwicklungsmöglichkeiten, vor allem für den Wohnbau, aufgrund der flächenintensiven Bergbautätigkeit in Verbindung mit der „Belegung“ von großen Baulanderweiterungsflächen. Akut wurden diese Probleme und Herausforderungen in der Region Weststeiermark-Voitsberg in den 1990iger und frühen 2000er Jahren. Für die Jahre davor wurde in den Interviews durchgehend die ökonomische Stärke und „Autarkie“ der Region betont, da ein mehr oder weniger geschlossener Wirtschaftskreislauf gegeben und die Abhängigkeit von „Außen“ gering war. Auch die sozialen Verhältnisse wurden als „stabil“ und unabhängig beschrieben, was mit dem Selbstbewusstsein resultierend aus der langen Bergbautradition in Zusammenhang gebracht wurde:

„Zur Zeit des Bergbaus war der Kernraum unabhängig. Die haben viel Geschäft gemacht. Da war High-Life!“ (I1 – Sozialpartner/Interessensvertretung)

„Das war eine in sich geschlossene Gesellschaft“ (I4 – Landespolitik)

Die regionale „Autarkie“ zeigte sich beispielsweise darin, dass im Zuge des Baues der A2-Südautobahn keine direkter Autobahnanschluss für den Bezirk Voitsberg vorgesehen wurde. Diese fehlende infrastrukturelle Anbindung wurde in den 1970iger Jahren dabei deutlich weniger kritisiert, als dies gegenwärtig der Fall ist, wo in der Region der fehlende Autobahnanschluss als wesentliches „Entwicklungshemmnis“ interpretiert wird (vgl. Kap. 6.2.4).

Die Art und Weise der Thematisierung des regionalen Strukturwandels bzw. des „Systemumbruchs“ im Rahmen der Interviews machte deutlich, dass das Bild einer überwiegend positiven Entwicklung der Region in den letzten 10 bis 15 Jahren überwiegt. Angesprochen wurden aber auch negative Folgewirkungen und es wurde implizit betont, dass die Transformation der Region noch nicht vollständig abgeschlossen ist:

„Es ist der Strukturwandel gelungen; mit allen negativen Beispielen auch ...“ (I1 – Sozialpartner/Interessensvertretung)

„Also die Bewältigung war teilweise erfolgreich. Es gibt schon noch, gibt schon noch Sachen die man verbessern könnte. Wir haben sehr tolle Industriegrundstücke noch, die man eben mit dieser Agentur [Anmerkung MS: Standortentwicklungsagentur], aktiv – auch mit Spezialisten – vermarkten will.“ (I5 – Kommunalpolitik)

„Wir haben wirklich tolle Firmen im Bezirk, die international tätig sind und exportieren. Also dieser Umbruch von der Grundstoffherzeugung hin zu, zu Technologie ist, ist sicherlich gut gelungen.... Es gibt immer was zu verbessern, aber der Weg, der ist der richtige Weg und wir sind schon sehr weit.“ (I4 – Landespolitik)

Vor allem ein Imagewandel, eine Veränderung hin zu einem positiven Selbstbild, auch in den Köpfen der Bevölkerung, ist noch nicht in vollem Umfang erfolgt. Der ökonomische Umbruch hat zu einer grundlegenden Image- und Bedeutungskrise geführt, deren Folgen – „Agonie“ und eine „Kultur des Jammerns“ – nicht gänzlich überwunden sind. Dies stellt aber auch eine „Generationenaufgabe“ dar.

„Früher waren wir eine..., waren wir die, die Goldgrube Österreichs... Weil, wenn in Voitsberg keine Kohle geliefert wurde, sind in Donawitz die Öfen still gestanden. Das war ein Image, eine Bedeutung... Und die hat man den Menschen genommen da.“ (I4 – Landespolitik)

„Für mich waren, waren viele, leider unsere Menschen auch, und auch viele in der Politik zu lange in einer gewissen Agonie. Wir waren, äh ... wir haben gut verdienende Arbeitskräfte gehabt in der Region durch den Bergbau [...]. Dem hat man zu lange nachgetrauert. Und das ganz schwierige ist eine Region in einen Imagewandel mitzunehmen.“ (I4 – Landespolitik)

„Es ist noch zu wenig, man glaubt noch zu wenig an die Region. Das glaube ich auch. Man hört noch immer eher, oder sagen wir manchmal, zu negative..., die negativen Geschichten und nicht die positiven Geschichten. Das wird noch eine Zeit lang dauern, aber wir sind auf einem guten Weg, auf jeden Fall.“ (I4 – Landespolitik)

Die wirtschaftliche Basis der Region bilden gegenwärtig vor allem Klein- und Mittelbetriebe im Bereich des gewerblichen Handwerks, sowie einzelne (Groß-)Betriebe der Metallbranche und der Glasindustrie (Stölzle Oberglas GmbH als größter Industriebetrieb der Region). Zusätzlich liegt ein industrieller Schwerpunkt im Maschinenbau, wobei hier vor allem Automobilzuliefer-Betriebe dominieren (vgl. WIBIS Steiermark 2018). Für den gesamten Bezirk Voitsberg konnte im Beobachtungszeitraum 2013 bis 2017 ein geringes Beschäftigungswachstum von 0,2%

ausgemacht werden; die Zahl der Beschäftigten je 100 Einwohner lag 2017 mit 24 deutlich unter dem Durchschnittswert der Steiermark. Aufgrund des geringen Beschäftigungszuwachses bzw. des in Kapitel 4.2 dargestellten Beschäftigungsrückganges zwischen 2011 und 2015 in der Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg konnte der Beschäftigungsstand des Jahres 2008 mit 12.572 Beschäftigten bis zum Jahr 2017 nicht mehr erreicht werden (vgl. WIBIS Steiermark 2018, 3). Die Folgen des Strukturwandels überlagerten sich mit den Auswirkungen der Rezession von 2008/2009, sodass trotz einer Restrukturierung und diversifizierten Wirtschaftsstruktur die ökonomische Dynamik im Vergleich zu anderen Bezirken und Stadtregionen der Steiermark als deutlich unterdurchschnittlich zu charakterisieren ist. Dies schlägt sich in hohen Auspendlerquoten in Richtung Graz und Graz-Umgebung nieder (vgl. ebd., 3).

Ein Branche, welche für die Region in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen hat, und von den Akteuren in den Interviews als wichtige Entwicklungschance für die Zukunft gesehen wurde, ist der Tourismus. Als überregional bedeutende touristische Angebote fungieren die 2004 errichtete Therme Nova Köflach sowie das Lipizzanergestüt in Piber (Gemeinde Köflach) (vgl. ebd., 4). Unter der Marke „Lipizzanerheimat“ erfolgt die Vermarktung der Region als touristische Destination, wobei vor allem, bedingt durch die Nähe zu Graz, Tages- und Ausflugs Touristen im Mittelpunkt stehen. Die Bedeutung des Tourismus als wirtschaftliches Standbein, als Ansatzpunkt für eine Imageverbesserung und die Steigerung der regionalen Attraktivität sowie als zukünftiger Entwicklungsschwerpunkt, schlägt sich im Regionalen Entwicklungsleitbild der Region „Steirischer Zentralraum“ nieder (vgl. Kap. 6.1). Im ursprünglichen Leitbild aus dem Jahr 2014 waren nur vier gesamtregionale Ziele definiert, das fünfte Ziel „Integrierten sanften Tourismus fördern“ wurde nachträglich auf Initiative der Region Voitsberg ergänzt:

„Was dazu gekommen ist als Thema, schon durch die Region Voitsberg, ist der Tourismus, also dass der Tourismus verstärkt in das Leitbild eingearbeitet wird. Das wurde dann auch offiziell besprochen und aufgenommen. Weil das war ursprünglich nur als Unterpunkt quasi verankert. Aber dadurch, dass das ein wichtiges Standbein im Bezirk Voitsberg ist, haben wir das aufgenommen.“ (I2 – Regionalentwicklung)

6.2.2 „Peripherie“ im Zentralraum? – Herausforderungen und Chancen

Die in Folge des Niedergangs des Bergbaues und des Strukturwandels einsetzende Peripherisierung der Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg erfolgte im räumlichen Kontext des steirischen Zentralraumes und in räumlicher Nähe zu der demographisch und ökonomisch wachsenden Stadt Graz und zum Nachbarbezirk Graz-Umgebung. Die Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg kann, wie bereits ausgeführt, als „Innere Peripherie“ im Zentralraum angesehen werden. Im Rahmen der Interviews wurde die zentrale Lage und die Beziehung zum „Zentrum“ Graz ausführlich diskutiert. Dabei wurde die Nähe zur „boomenden“ Stadtregion Graz überwiegend als Chance für die eigene Region und die Verflechtungen mit dem Zentralraum als positive Rahmenbedingung für die zukünftige Entwicklung gedeutet:

„Ich glaube wir haben dadurch mehr Chancen. Also es ist die..., es ist durchaus immer so gesehen worden, alles in Graz und alles in Graz-Umgebung. War ja auch so, teilweise. Aber, äh ... in dem Sinn dass wir jetzt, dass Graz und Graz-Umgebung langsam aber ganz sicher an ihre

Kapazitätsgrenzen stößt, seien es Grundstücke, seien es, seien es Möglichkeiten für Firmen sich zu erweitern, seien es Lebensbedingungen, die halt dann nicht mehr die besten sein können [...] dass wir die Chance haben dass das in unsere Region heraus wächst. Und gemeinsam mit Graz und Graz-Umgebung in den Gremien zu sitzen, gemeinsam Entscheidungen zu treffen, äh ... sehe ich als, sehe ich jetzt ganz, ganz wichtig für eine weitere positive Entwicklung unseres Bezirkes.“ (I4 – Landespolitik)

So gehen die interviewten Akteure vielfach davon aus, dass in Zukunft mit einem „Überschwappen“ der ökonomischen Dynamik auf die Region Weststeiermark-Voitsberg zu rechnen sei. Dies wird mit mehr und mehr beobachtbaren „Überlastungserscheinungen“ in der Stadt Graz und deren Umland, und damit implizit mit der Wirkung von negativen Agglomerationseffekten begründet:

„In Lieboch und Lannach wird bald einmal alles zugebaut sein. Dann ist Mooskirchen die nächste Abfahrt von Graz, von Graz-Umgebung aus gesehen. Das muss sich dann auch entwickeln. Aber die Zukunft schaut für mich da rosig aus.“ (I1 – Sozialpartner/Interessensvertretung)

„Man sieht es jetzt schon, die Ansiedlungsproblematik, dass sich viele Firmen in Graz-Umgebung ansiedeln, die Preise aber dort, zum Beispiel Seiersberg und Co, so in die Höhe schnellen und die Betriebe jetzt schon bis Söding oder auch Ligist drängen und es dort eine Zunahme der Bevölkerung gibt.“ (I1 – Sozialpartner/Interessensvertretung)

„Graz-Umgebung ist ein boomender Bezirk, die müssen ja sogar schon Firmen ablehnen, weil sie keinen Platz mehr haben. Oder zumindest sie können sich die Firmen aussuchen, die sich dort ansiedeln.“ (I1 – Sozialpartner/Interessensvertretung)

„Nachdem ja in Graz die Flächen immer weniger werden [lacht] und die Betriebsansiedelungen immer weiter schon Richtung Lieboch, Dobl gehen... Also wird es über früh oder lang... Also haben wir die Hoffnung, dass die Betriebe auch dann zu uns kommen werden [lacht].“ (I3 – Regionalentwicklung)

Vom Zentrum Graz ausgehend werden, wie die obigen Zitate veranschaulichen, „Ausbreitungseffekte“ erwartet, welche zu weiteren Wachstumsimpulsen in der Region Weststeiermark-Voitsberg führen. Die Nähe zu Graz wirkt damit positiv; die Lage im Zentralraum wird als vorteilhaft interpretiert. Viele Gewerbe- und Handwerksbetriebe beispielsweise profitieren von Aufträgen aus dem Großraum Graz und auch als Wohnstandort kann man, aufgrund günstigerer Wohnungs- und Baulandpreise, von einem Zuzug aus dem Raum Graz mehr und mehr profitieren. Dieser Zuzug erfolgt aber räumlich selektiv und ist primär auf die Gemeinden Söding-Sankt Johann und Mooskirchen, beides Gemeinden, die gemäß der Urban-Rural Typologie Teil der Stadtregion Graz sind, begrenzt. In die umgekehrte Richtung wirkende „Entzugseffekte“ aus der Region werden in den Interviews ebenfalls angesprochen, jedoch in deutlich geringerem Ausmaß. Thematisiert werden hier die hohen Auspendlerquoten und es wird darauf hingewiesen, dass Betriebe im Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte sich mehr und mehr gegen Unternehmen

aus der Stadtregion Graz behaupten müssen. So zieht vor allem der in Graz ansässige Automobilzulieferer Magna, z.T. aufgrund höherer Löhne, viele Arbeitskräfte aus der Region an und verschärft damit einen regionalen Fachkräftemangel.

„Was einerseits gut ... Vorteil und Nachteil sein kann, ist einmal die relative Nähe zur Stadt Graz, dass wir da auch mitprofitieren ... Also dass viele dort auch einen Arbeitsplatz haben. Aber die andere Seite ist halt wieder das mit der, mit der Pendleraktivität“ (I3 – *Regionalentwicklung*)

„Magna hat da irrsinnig viel abgesaugt. Aber das kannst über die ganze Steiermark drüber legen.“ (I1 – *Sozialpartner/Interessensvertretung*)

Betont wurden auch die generell bestehenden engen funktionalen Verflechtungen mit der Stadtregion Graz; vielfach wurde von einem „gemeinsamen Lebensraum“ gesprochen, der auch in der Bevölkerung als ein solcher wahrgenommen und erlebt wird:

„Von der Infrastruktur her geht alles bei uns nach Graz, ob es Straße oder Schiene ist, von den Arbeitsplätzen, von, von der Bildung her, von all diesen ..., von all, allen Lebensbereichen eigentlich geht unsere Nähe zu Graz...“ (I4 – *Landespolitik*)

„Ich glaube schon, dass wir von der Nähe zu Graz da profitieren. Wie gesagt, es gehört zu unserer Lebensrealität dazu, dass wir 20.000 Auspendler haben, viele davon in Richtung Graz, Graz-Umgebung, äh pendeln... Aber ich glaube auch ca. 12.000 Einpendler haben. Also da findet schon auch eine Wechselwirkung statt. Wir sind ja auch über die S-Bahn super angeschlossen, nach Graz, Graz-Umgebung ... Man kann auch von den Großen profitieren, profitieren und lernen - Stichwort Tourismus [...] Wenn Graz einen starken Tourismus hat, dann kann man auch dort Leute aufmerksam machen auf die Region.“ (I5 – *Kommunalpolitik*)

Neben den funktionalen Beziehungen wurde in den Interviews deutlich, dass die Nähe zu Graz und die Lage im Zentralraum, bzw. auch die Eingliederung in die Region „Steirischer Zentralraum“, als wichtig für das Image, die Attraktivität und die Außenwahrnehmung der Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg bewertet wird. Man geht davon aus, dass man vom positivem Image des „Leuchtturmes“ Graz, von den mit Graz in Zusammenhang gebrachten Zuschreibungen wie „Wachstum“, „Dynamik“ und „Zentralität“, symbolisch profitiert und mitpartizipieren kann:

„Das Image nach Außen ist natürlich in der Stadtregion Graz, mit Graz als große Stadt ein anderes ... und vor allem für die Unternehmen und Betriebe, die sich ansiedeln. Und da war schon der Gedanke, diese Außenwahrnehmung für Voitsberg mitzunehmen, dass auch das interessanter wird für Betriebsansiedelungen usw. Das man mit dem Bekanntheitsgrad von Graz profitieren kann im Westen. Andererseits aber auch mit den Möglichkeiten, die es im Westen gibt profitieren kann.“ (I2 – *Regionalentwicklung*)

„Weil in der Region gehören wir dazu... Auch wieder positiv besetzt eigentlich, weil wenn man mit Graz und Graz-Umgebung jetzt dann in den Bereichen der Entwicklung spricht, also davon

spricht, dann ist das nur positiv. Mit den angesprochenen Problemen. Ich glaube wir sollten nicht in Konkurrenz zu denen gehen. Da haben wir nicht die Voraussetzungen und Chancen. Sondern wir sollen schauen, dass wir uns mit denen mit gemeinsam entwickeln. Also auch etwas vom Kuchen abholen, sagen wir es so...“ (I4 – Landespolitik)

Im Rahmen von Standortmarketingaktivitäten wird demnach aktiv versucht, mit der räumlichen Nähe zur Stadtregionen Graz und mit der Lage im Steirischen Zentralraum zu werben. Betont wurde in den Interviews vielfach, dass die Stadt Graz und das sich dynamisch entwickelnde Umland um Graz nicht als Konkurrenz gesehen werden soll, sondern dass vielmehr eine gemeinsame Kooperation als wichtig erachtet wird. Ein in Konkurrenz Treten (z.B. um Betriebsansiedlungen) mit Graz sei für die Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg, aufgrund der gegebenen großen strukturellen Unterschiede und unterschiedlichen Entwicklungsdynamiken, keine sinnvolle und nachhaltige Strategie:

„Graz ist anders wie Voitsberg. Der urbane Raum hat immer eine Extrastellung. Den kannst du auch nicht mit den anderen Bezirken in der Steiermark vergleichen. Weil du da immer benachteiligt bist.“ (I1 – Sozialpartner/Interessensvertretung)

„Uns ist klar, dass die Stadt Graz natürlich, und auch Graz-Umgebung, als Speckgürtel, immenses Potential hat, das ist klar. Deshalb sage ich auch: Du kannst nicht gegen die arbeiten, du kannst das Potential nie aufbringen, das geht nicht. Aber wir haben eine ganz klare Kommunikationsschiene und eine ganz klare Vorgehensweise gefunden, also dass wir Projekte haben die wir nur zentral sehen können. Zum Beispiel Breitbandausbau und Verkehr, da kann ich nicht an der Bezirksgrenze aufhören, das hat andere Dimensionen [...] das ist ein Zentralraum-Thema, da werden wir uns auch nicht in die Haare kommen, weil eh jeder das gleiche Interesse hat.“ (I4 – Landespolitik)

Betont wurde die Wichtigkeit regionaler Kooperationen, wie auch aus dem oben angeführten Zitat ersichtlich, vor allem bei den Themen Infrastruktur und Verkehr (vgl. auch Kap. 6.2.4). Hier, so die Akteure, können Lösungen nur mehr auf regionaler Ebene gefunden werden; ein gemeinsames Interesse für die Bearbeitung von Herausforderungen scheint dabei gegeben: So ist beispielsweise die Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg an einer schnellen ÖPNV-Anbindung (S-Bahn) nach Graz interessiert, in der Stadt Graz reduzieren sich durch eine entsprechend in das Umland reichende ÖPNV-Anbindung wiederum die lokalen Verkehrsüberlastungen im MIV als Folge der hohen Zahl an Einpendlern. Regionales Handeln auf einer kooperativen Ebene wird somit von den Akteuren als (zukünftige) Notwendigkeit gesehen; mit der Möglichkeit, dass auch das „Zentrum Graz“ von der „Peripherie im Westen“ profitieren kann:

„Graz und Graz-Umgebung haben glaube ich durchaus von Voitsberg..., also aufgrund der Nähe der Naherholung und, und aufgrund der vorhandenen Ressourcen von Grundstücken noch... wenn man die ÖDK hernimmt..., können profitieren und da wird es viele noch so angedachte Projekte geben... [...]. Es wird nur mehr regional... Entwicklung findet nur mehr regional statt, nicht, nicht auf Gemeindeebene!“ (I5 – Kommunalpolitik)

„Der Stadt Graz stünde ja ein sehr großer Teil [der Finanzmittel] zu, und da ist aber der Ansatz, auch, auch vom Bürgermeister zu sagen, naja, sofern im Umland da auch gute Projekte geschaffen werden die z.B. die Stadt vom Verkehr entlasten... Dann ist das für ihn auch völlig in Ordnung, wenn das Geld jetzt nicht nur direkt nur in der Stadt landet. Dieser Ansatz ist ein ganz ein wichtiger,“ (I2 – *Regionalentwicklung*)

„Man darf ja nicht blauäugig sein. In Zukunft wird es diese alten Strukturen..., die Bezirke nicht mehr geben. Wir sind ja jetzt schon im Konvolut des Steirischen Zentralraumes drinnen...“ (I1 – *Sozialpartner/Interessensvertretung*)

Die institutionelle Einbindung der Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg, gemeinsam mit der Stadt Graz und dem Bezirk Graz-Umgebung, in die Region „Steirischer Zentralraum“ im Jahr 2015, sowie die „Verfestigung“ dieser Region im StLREG 2018, wurde in den Interviews überwiegend positiv bewertet. Jedoch wurde dabei immer auch klar auf die bestehenden strukturellen (Entwicklungs-)Unterschiede innerhalb der Region hingewiesen, welche innerhalb der „Großregion“ ein differenziertes (politisches) Handeln und eine klare Kommunikation in den Gremien der Region (Vorstand, Regionalversammlung) erfordern:

„Voitsberg ist ein Darmfortsatz. Graz und Graz-Umgebung sind so übermächtige Mitbewerber, also ich spreche jetzt von Mitbewerbern... Früher waren wir noch in der LEADER-Gemeinschaft, mit, äh mit Deutschlandsberg, das ist ungefähr ein ähnlicher Bezirk. Sie haben zwar ein bisschen mehr Einwohner, und, und... Gewerbebetriebe, aber ähnlich gelagert strukturell. Und da sind wir jetzt wirklich an einen urbanen Raum angekettet, und äh, seien wir ehrlich... Ich meine der Grazer Hauptplatz ist wunderschön, aber es gäbe auch andere Probleme!“ (I1 – *Sozialpartner/Interessensvertretung*)

„Also wird sind nicht gegen Graz und Graz ist nicht gegen Voitsberg. Also wir suchen uns die Themen und sagen: großes Thema für die Region auf der einen Seite; Kleinregion, kleinregionales Thema auf der anderen Seite. Und da, da haben wir bis jetzt nie Probleme gehabt.“ (I4 – *Landespolitik*)

„Wir sind jetzt einige Jahre, einige Jahre sind wir Partner da in der Region Steirischer Zentralraum, mit Graz und Graz-Umgebung, vorher war ja eher die Ausrichtung Richtung Deutschlandsberg und Leibnitz. Wo wir da über viele Jahre auch zusammengearbeitet haben. Natürlich sind da die Entwicklungen ganz konträr. Wenn man schaut, Graz hat mit einer..., einem Bevölkerungswachstum quasi zu kämpfen [...]; und bei uns ist gerade die konträre Situation ... [...] also das ist dann ein bisschen schwierig dass man das unter ein Dach bringen kann. Da gibt es halt eine langsame Annäherung und man muss schauen, wie man sich arrangiert.“ (I3 – *Regionalentwicklung*)

In den Aussagen der Akteure werden demnach auch Vorbehalte gegen die institutionalisierte und „konstruierte“ Region des „Steirischen Zentralraumes“ deutlich. So wird vielfach betont, dass sich in der regionalen Kooperation doch „viele erst noch entwickeln muss“. Die Region „Steirischer Zentralraum“ wird als „extrem heterogener Raum“ mit ganz unterschiedlichen Her-

ausforderungen charakterisiert, wo neben der regionalen, also der bezirks- und stadtreionsübergreifenden „Zentralraum“-Perspektive, auch eine kleinregionale Betrachtung, explizit bezogen auf die Probleme der Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg bzw. den Bezirk Voitsberg, erforderlich erscheint. Nur so kann der Erfolg eines abgestimmten (politischen) Handelns im Zentralraum sichergestellt werden. Die ungleiche Raumstruktur der Region „Steirischer Zentralraum“ wird dabei auch mit dem Thema eines (intraregionalen) Ressourcenausgleiches zwischen dem „Zentralraum Graz“ und der „Peripherie im Westen“ in Zusammenhang gebracht. Betont wird, vor allem von Akteuren aus der Regionalentwicklungspraxis und der Politik, dass eine kleinregionale Betrachtung auch das Thema des regionalen Ausgleiches umfassen soll:

„Natürlich sind ganz andere Herausforderungen im Westen da als wie in der Zuzug- und Wachstums-Stadtregion Graz. Es gibt natürlich ... , sind natürlich unterschiedliche Ebenen, auf denen man da wirklich arbeiten muss. Einerseits, ja..., also wie hängt das zusammen, also das man einerseits einen Ressourcenausgleich anstreben kann. Weil einfach andere Ressourcen vorhanden sind, was ja positiv sein kann. Und jetzt nicht so gleich daran denken, einer ist benachteiligt, der andere bevorzugt, sondern wirklich nur für die Vorteile zu arbeiten“ (I2 – *Regionalentwicklung*)

„Die haben dann schon gesehen, dass wir da mehr brauchen als der prosperierende urbane Bereich, Graz und Umgebung.“ (I1 – *Sozialpartner/Interessensvertretung*)

„Wichtig wär es für uns, dass wir im Steirischen Zentralraum auch als gleichrangiger Partner wahrgenommen werden, obwohl unsere Strukturen und die Entwicklungen da konträr sind. Und auch aus diesen Entwicklungen, dass man da mitprofitieren kann. Und dass es dann einen Ausgleich auch geben kann. Dass man es dann vielleicht auch schafft mit dem intraregionalen Finanzausgleich.“ (I5 – *Kommunalpolitik*)

Die Zusammenfassung von zwei Stadtregionen mit gegenläufigen Entwicklungsdynamiken (Peripherisierung und Zentralisierung) und damit auch von Regionen mit unterschiedlichem demographischen, ökonomischen und politischen „Gewicht“, macht weiters die Frage nach Abhängigkeiten, nach der oben angesprochenen „Gleichrangigkeit“ und nach dem politischen „Durchsetzungsvermögen“ der Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg zu einer äußerst relevanten. Und hier werden auch deutliche Differenzen im Diskursfeld deutlich: So kritisiert vor allem die Wirtschaft, dass eine kleinregionale Betrachtungsweise in der strukturell heterogenen Region nicht gegeben ist und dass die Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg, auch aufgrund der institutionellen Zusammenfassung mit Graz und Graz-Umgebung in der Region „Steirischer Zentralraum“, (politisch) benachteiligt wird. In einer Presseaussendung der Wirtschaftskammer Steiermark aus dem Jahr 2017 hieß es hierzu:

„Vor allem sauer aufgestoßen hat es den Unternehmen in der Region, dass das Land zwar die Packer Bundesstraße (B70) als ‚Lebensader des Bezirkes nach Graz‘ bezeichnet, der geplante Ausbau aber dennoch erst 2027 starten soll. Dies verstärkt in der Region lediglich den Eindruck, dass man im ‚steirischen Zentralraum‘, den Voitsberg mit Graz und Graz-Umgebung eigentlich bilden soll, lediglich ‚ein Anhängsel des urbanen Gebietes‘ sei. ‚Die letzten Jahre haben deutlich gezeigt, dass Voitsberg und die Landeshauptstadt mit ihrem Speckgürtel nicht

zusammenpassen. Das unterstreicht auch die aktuelle Entscheidung, die B70 erst in zehn Jahren auszubauen. Eine besondere Herzensangelegenheit ist diese Angelegenheit dem Land also scheinbar nicht', kritisiert WKO-Steiermark-Vizepräsident Andreas Herz, selbst Unternehmer aus Söding.²¹

Während von Seiten der Kommunal- und Landespolitik durchwegs, wie die angeführten Zitate auch verdeutlichen, die Wichtigkeit einer Kooperation mit der Stadtregion Graz und auch die gute Kooperationskultur in den regionalen Gremien betont wird, so streicht andererseits die Interessensvertretung der Wirtschaft die Gefahr einer (politischen) Marginalisierung der Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg hervor, da die Region keine ausreichende Aufmerksamkeit von Seiten des Landes erfährt. Um diese Aufmerksamkeit generieren zu können, propagiert die Wirtschaftskammer bereits seit mehreren Jahren aktiv eine verstärkte interkommunale Kooperation der fünf Kernraumgemeinden bzw. auch eine Fusion aller Gemeinden. Diese Strategie einer „Bündelung der Kräfte“ über Kooperationen und Gemeindezusammenlegungen wird auch von anderen Akteuren als wichtige politische Strategie für die Durchbrechung der Peripherisierungsdynamik angesehen. In Kapitel 6.3.1 wird demnach intensiv auf die interkommunalen Kooperationen in der Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg eingegangen.

6.2.3 „Entperipherisierung“ der Stadtregion – „Stärken und Schwächen“

In den Interviews wurde weiters die Frage nach möglichen zukünftigen Entwicklungsszenarien und Entwicklungstrends in der Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg erörtert, wobei auch die Einschätzungen von regionalen Stärken und Chancen einerseits, sowie von Schwächen und den mit ihnen verbundenen Herausforderungen andererseits, im Mittelpunkt standen.

Prioritär wurde in den Interviews die Verkehrsanbindung der Region als gegenwärtige „Schwäche“ sowie als wichtiger Faktor für eine zukünftige „Entperipherisierung“ identifiziert. Der fehlende Autobahnanschluss führte zu Erreichbarkeitsdefiziten, was sich auch negativ auf die ökonomische Dynamik auswirkte, so die Akteure:

„Seien wir uns ehrlich: Für jeden Unternehmer, da ist die Erreichbarkeit, die ist das Wichtigste“
(I1 – Sozialpartner/Interessensvertretung)

„Ein kleines Schmankerl, aber... aber aus Erzählungen: Der Stronach war mal zu Besuch, um sich die ÖDK-Flächen anzusehen. Ist von der Autobahn abgefahren und ist dann kilometerweit hinter einem Traktor nachgefahren. Damit war die Sache für ihn dann erledigt. Ist so gesagt worden. Ob es stimmt oder nicht weiß ich nicht [lacht]. Aber es ist eine Problematik, die schon lange nachhängt [...] Aber das ist ja eh in jedem Bezirk so“ (I1 – Sozialpartner/Interessensvertretung)

Der Ausbau der B70 (Packer Bundesstraße), welche auf ca. 5 km nicht als Landesstraße B geführt wird, wurde zu lange diskutiert und aufgeschoben. Ein politischer Beschluss hierzu fiel erst 2015; derzeit laufen die Planungen für einen lückenlosen Ausbau zwischen Köflach und der

²¹ <https://news.wko.at/news/steiermark/bezirk-voitsberg-jammerhaufen-pa.html> (03.10.2018)

Anschlussstelle zur A2 – Südautobahn bei Mooskirchen (Lückenschluss Krottendorf – Mooskirchen). Der Baubeginn ist aktuell für das Jahr 2022 vorgesehen, was als zu „wenig ambitioniert“ bezeichnet wird. Die Verkehrsinfrastrukturverbindung über eine leistungsfähige Straße in den Kernraum der Stadtregion wird als unbedingtes „Muss“ gesehen; vor allem die Wirtschaftskammer forderte und fordert, wie zuvor erwähnt, diesen Ausbau mit Nachdruck. Auch die S-Bahn nach Graz über die GKB-Strecke wird als wichtiges infrastrukturelles Projekt gesehen, um eine Anbindung an die Landeshauptstadt sicherzustellen. Diese starke Fokussierung auf Verkehrsprojekte unterstreicht die bereits oben ausgeführte Einschätzung, dass sich durch eine Anbindung an den Zentralraum Graz (ökonomische) „Ausbreitungseffekte“ entsprechend leichter in die Region übertragen lassen.

Als eine weitere Herausforderung, welche sich in Zukunft noch verschärfen werde, so die Meinung der interviewten Akteure, wird der Fachkräftemangel genannt. Für viele Betriebe in der Region sei es bereits sehr schwierig, ausreichend qualifiziertes Personal zu finden, auch aufgrund der starken Konkurrenz von Unternehmen aus dem Großraum Graz. Investitionen in Bildung und Ausbildung werden demnach als besonders zukunftsrelevant betrachtet. Ein spezieller Fokus sollte dabei auf Initiativen im Gebiet der Lehrlingsausbildung und auf Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen liegen, mit dem Ziel, Schülerinnen und Schüler „in der Region zu halten“. Weiters wird die Ansiedlung eines dislozierten Standortes der Fachhochschule Campus 02 diskutiert.

Als wichtiges regionales „Asset“, welches in Zukunft auch vermehrt in den Mittelpunkt der Regionalentwicklung gerückt werden soll, wurde die hohe Lebens- und Wohnqualität in der Region genannt. Durch den eher „ländlichen Charakter“ sieht man sich als „attraktiver Lebensraum mit intakter Natur“, der infrastrukturell gut erschlossen ist. Dies soll einerseits zur Vermarktung als Wohnregion eingesetzt werden, speziell im Hinblick auf günstige Wohnungs- und Baulandpreise, andererseits aber auch für eine Forcierung des Tourismus unter der Dachmarke „Lipizzanerheimat“ Verwendung finden. Vor allem eine nachhaltige Positionierung als Naherholungsgebiet im steirischen Zentralraum und für die Stadtregion Graz wurde von den Akteuren als Entwicklungsperspektive genannt. Diese verstärkte Fokussierung auf den Tourismus findet sich, auf Betreiben der Region Weststeiermark-Voitsberg, auch im Entwicklungsleitbild für die Region „Steirischer Zentralraum“.

Bezüglich der „Schwächen“ der Region verweise die Interviewpartner auf das bereits im Zuge der Ausführungen zum Strukturwandel thematisierte (vgl. Kap. 6.2.1) „negative Image“ und auf eine fehlende positive Stimmung in der Bevölkerung. Es werde zu viel „gejammert“, so die Meinung der Akteure, vor allem jener aus der Politik. Es fehle das Bewusstsein für die Stärken der Region und besonders für die hohe Lebensqualität. Dies blockiert tlw. die Entwicklung positiver Zukunftsbilder. Da es sich hier aber um ein „Generationenproblem“ handelt, vollzieht sich der Image- und Bewusstseinswandel nur sehr langsam.

Als eine Herausforderungen, welche ebenso auf viele andere (periphere) Regionen zutrifft, wurde die Abhängigkeit von (regionsexternen) unternehmerischen Standortentscheidungen genannt. Hier ist, in Bezug auf mögliche Absiedelungen und Arbeitsplatzverluste in der Region, eine latente Unsicherheit gegeben, welche sich im Falle einer Abschwächung der konjunkturellen Dynamik verstärken könnte.

„Wenn heute oder morgen ein großer Player ins Ausland geht, und die Automobilzulieferer ... weißt eh .. das wird man nicht aufhalten können...“ (I1 – Sozialpartner/Interessensvertretung)

Grundsätzlich sei aber, auch von Seiten regional bedeutender und großer Unternehmen, ein starkes Vertrauen in den Standort Weststeiermark-Voitsberg gegeben, wie die Aussage im folgenden Zitat veranschaulicht. Hier wird explizit auf die in der Stadtregion angesiedelten Steuerungsfunktionen („Headquarter“) und ihre Bedeutung für die Standortsicherung verwiesen, welche, wie im Falle der Stölzle Oberglas Gruppe, eine Abhängigkeit von (negativen) regionsexternen Entscheidungen (Arbeitsplatzabbau, Schließung) reduzieren.

„Stölzle ist ja eine Weltfirma. Wenn man die hernimmt. Die haben in den letzten Jahren Millionen investiert in den Hauptstandort. Mit einer zusätzlichen Wanne ... einer Aufwertung des Standortes. D.h. das wird das Headquarter bleiben. Die sind ja weltweit irrsinnig vernetzt und haben Betriebe weltweit. Da ist ein Player. Und der hätte das nicht gemacht, wenn er nicht auf diesen Standort etwas hält.“ (I1 – Sozialpartner/Interessensvertretung)

6.3 Anwendung regionalpolitischer Strategien und raumplanerischer Instrumente in der Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg

Nach der allgemeinen Darstellung von unterschiedlichen Steuerungsansätzen und -instrumenten für den Umgang mit Prozessen der Peripherisierung und Zentralisierung in den Stadtregionen der Steiermark (Kap. 6.1), sowie einer Auseinandersetzung mit der „Problematisierung“ dieser Prozesse von Seiten zentraler regionaler Akteure in der Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg (Kap. 6.2), soll nun darauf aufbauend auf die konkrete Anwendung von Strategien und Instrumente zur Steuerung der stadtregionalen Raumentwicklung näher eingegangen werden.

Auf Basis der in Kapitel 4 gewonnenen Erkenntnisse über die demographische und ökonomische Entwicklung der Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg, die durch Schrumpfung, Beschäftigungsrückgänge und durch eine (finanzielle) Abhängigkeit der Gemeinden von Finanzmitteln in Form der Ertragsanteile gekennzeichnet ist, sowie der in Kapitel 6.2 auf Basis der Interviewdaten aufgezeigten Wahrnehmung und Bewertung dieser Entwicklung, stehen in der Region gegenwärtig zwei Handlungsbereiche im Mittelpunkt: einerseits die *Stärkung der interkommunalen Kooperation* und andererseits die *Forcierung von Betriebsansiedelungen* in Verbindung mit der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen. Im Folgenden stehen zwei gegenwärtige Projekte zu diesen beiden regionalpolitischen und -planerischen Handlungsbereichen im Mittelpunkt: einerseits die Fusion der beiden Gemeinden Voitsberg und Bärnbach (Kap. 6.3.1) und andererseits die gemeindeübergreifende Entwicklung eines Gewerbe- und Technologieparks auf den ehemaligen ÖDK-Flächen (Kap. 6.3.2).

6.3.1 Interkommunale Kooperation und Gemeindefusion

„Was man schon gesehen hat, ist in den fünf Kernraumgemeinden, dass man aktiv zu einer aktiven Zusammenarbeit kommen, kommen muss.“ (I1 – Sozialpartner/Interessensvertretung)

„Die zentrale Herausforderung ist sicher die Kooperation. Das man schaut wie die Gemeinden stärker zusammenarbeiten... Und das geht halt nicht von heute auf morgen.“ (I3 – *Regionalentwicklung*)

Interkommunale Kooperation wird von den regionalen Akteuren als eine notwendige „Bündelung von Kräften“ verstanden, durch welche die Stadtregion, bzw. der Kernraum der Stadtregion, ausreichend politischen Einfluss und „Gewicht“ generieren kann (vgl. Kap. 6.2.2). Nur durch eine gemeinsame intraregionale Zusammenarbeit kann eine (politische) Aufmerksamkeit für die regionalen Herausforderungen erzeugt werden, wie das folgende Zitat exemplarisch illustriert:

„Man muss die Region hinter sich haben, sonst hast du jetzt im Land zum Beispiel, jetzt auch nicht die Kraft, wenn, wenn... Weil die merken das sofort... ‚Was willst du da mit den regionalen Themen, ihr streitet ja nur draußen‘, das habe ich auch oft genug hören müssen, oder: ‚Was willst du, Köflach und Voitsberg streiten permanent, was willst du mit uns da jetzt über Regionalentwicklung reden.‘“ (I4 – *Landespolitik*)

Die verstärkte Zusammenarbeit der Gemeinden kann als eine Coping-Strategie im Umgang mit Peripherisierung gesehen werden, da beispielsweise die finanziellen Verluste infolge sinkender Bevölkerungszahlen durch Gemeindefusionen abgedeckt werden können. Auch wird über Kooperationen und Fusionen versucht, einen wachstumsstarken Zentralraum mit „Ausstrahlungseffekten“ aufzubauen. Das Argument einer politischen „Stärkung“ durch Kooperation, bzw. letzten Endes durch eine Gemeindefusion, liegt dabei auch dem geplanten Zusammenschluss der beiden Gemeinden Voitsberg und Bärnbach zugrunde. Allgemein wird (stadt-)regionale Kooperation, die Bildung von Netzwerken zwischen einzelnen lokalen Akteursgruppen und auch zwischen Gemeinden als wichtige Grundlage für die Förderung des vorhandenen endogenen Potentials, sowie für eine Unterbrechung der regionalen Peripherisierungsdynamik betrachtet (vgl. Kühn 2016, 171). Somit können die im Folgenden dargelegten Ansätze und Initiativen für eine verstärkte (kommunalpolitische) Kooperation in der Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg als wichtige Impulse für eine „Entperipherisierung“ verstanden werden.

Wie in Kapitel 6.1.5 bereits ausgeführt, hat die interkommunale Kooperation in der Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg ihre Wurzeln in der Kleinregion „Kernraumallianz Voitsberg“, welche 2006 gegründet wurde und die fünf Gemeinden Voitsberg, Köflach, Bärnbach, Maria Lankowitz und Rosental an der Kainach umfasst. Vorausgegangen war der Einrichtung der Kleinregion die Gründung des Regionalentwicklungsvereins Voitsberg im Jahr 2003, in dem die fünf Gemeinden sich erstmals für Projekte gemeinschaftlich organisierten. Dieser Regionalentwicklungsverein besteht bis heute und fungiert als Träger für Regionalentwicklungsprojekte und Förderungen, aktuell vor allem im Bereich der gemeindeübergreifenden Standortentwicklungskooperation und des Standortmanagements (vgl. Kap. 6.3.2). Im Rahmen des laufenden IWB/EFRE-Programmes wird von 2018 bis 2020 z.B. als konkretes Projekt, unter dem Titel „Ko-

operationsraum Kernraumallianz“, die „Entwicklung und Umsetzung von interkommunalen Kooperationsprojekten in der Kernraumallianz“ gefördert²². Als ein erfolgreiches *best-practice* Projekt, welches in den Tätigkeiten des Regionalentwicklungsvereines Voitsberg und der Kleinregion seinen Ausgang nahm, wurde von den Akteuren in den Interviews die Neuorganisation der Abfallentsorgung genannt. Die fünf Kernraumgemeinden entwickelten gemeinsam mit einem privaten Abfallentsorgungsunternehmen ein Public-Private-Partnership Modell, das nachhaltig zu deutlichen Kosteneinsparungen geführt hat. Auch wenn der Vorbereitungsaufwand mit 34 Sitzungen hierzu „enorm“ gewesen sei, wie von Seiten der Kommunalpolitik in den Interviews erwähnt, so wurde durch dieses Projekt der konkrete Nutzen von interkommunalen Kooperationsprojekten für alle Beteiligten jedoch klar deutlich.

Im Jahr 1989, in einer Zeit als der Niedergang des Bergbaues und die Notwendigkeit einer umfassenden ökonomischen Transformation der Region bereits sichtbar war, wurde die Wirtschaftsoffensive Voitsberg (WOF), auf eine Initiative der Sozialpartner und Interessensvertretungen (WKÖ und ÖGB) hin, als Verein gegründet²³. Involviert in diesen Verein waren auch die Gemeinden und einzelne Vertreter der Landespolitik. Im Rahmen der Interviews wurde betont, dass die Initiative der WOF erheblich zum Abbau des kommunalen und lokalen „Kirchturmdenkens“ beigetragen hat. So wurde im Jahr 2001 auf Basis der Zusammenarbeit in der WOF ein interkommunaler Technologie- und Gründerpark in Rosental verwirklicht. Eine Fusion von Gemeinden war jedoch erst 30 Jahre nach diesen ersten Kooperationsschritten möglich, und dies trotz breiter sozialdemokratischer Mehrheiten und Bürgermeister*innen in allen Gemeinden des Kernraumes sowie der bereits erfolgten Zusammenarbeit in der Kleinregion.

Die Kleinregion „Kernraumallianz Voitsberg“ war, wie im Rahmen der Interviews thematisiert, vor allem von Seiten der Landesregierung und des damaligen Landeshauptmannes Franz Voves, durchaus als Vorbereitung für eine mögliche Fusion aller fünf Kernraumgemeinden zu einer großen Stadt in der Weststeiermark im Rahmen der Steirischen Gemeindefusion 2015 gedacht. Überlegungen und Diskussion gab es bereits seit dem Jahr 2009; vor allem die Wirtschaftskammer und auch die Stadtgemeinde Voitsberg propagierte damals die Idee einer „Weststeirer-City“ und einer „großen Lösung“ in Form einer Fusion aller Kernraumgemeinden. Mit über 50.000 Einwohnern wäre dies die zweitgrößte Stadt der Steiermark gewesen. Hierzu wurde 2011 auch eine Studie zu möglichen Effekten erstellt und eine Befragung der Bevölkerung durchgeführt. Aufgrund unterschiedlicher politischer Interessen und Vorstellungen war dies zum damaligen Zeitpunkt aber nicht durchführbar, sodass auch von Seiten des Landes eine Gemeindefusion in der Stadtregion-Weststeiermark Voitsberg 2015 nicht aktiv versucht wurde:

²² <https://www.efre.gv.at/> und <https://www.zentralraum-stmk.at/projekte/standortentwicklung-und-naherholung/kooperationsraum-kernraumallianz/> (02.10.2018)

²³ Die WOF wurde im Jahr 1996 durch das EU-Regionalbüro Voitsberg erweitert und 2012 in eine GmbH umgewandelt. Im Jahr 2014 erfolgte die Integration der Förderabwicklung des LEADER-Programmes in diese GmbH. Durch die institutionelle Einbindung in die Region „Steirischer Zentralraum“ wurde 2015 die WOF in die Strukturen des Regionalmanagements „Steirischer Zentralraum“ überführt.

„Bei der Gemeindestruktureform, da war das [Anmerkung MS: Fusion der Kernraumgemeinden] noch nicht möglich. Es war nicht möglich weil keiner die Macht verlieren wollte.“ (I1 – Sozialpartner/Interessensvertretung)

„Wobei man politisch schon sagen muss: äh.. es waren 70% des Kernraumes sozialdemokratisch besetzt, durch den Bergbau, ja ... Und es verändert sich langsam und es ist schwer, Macht abzugeben. Aber die Nachfolger denken schon wieder anders. Da gibt es ein gemeinsames Miteinander [...]; das gefällt mir, das gehört auch so [...]. Hat nur lange, ja fast zulange gedauert“ (I1 – Sozialpartner/Interessensvertretung)

„2015 hätte vom Land mehr die Initiative ergriffen werden müssen. Also dass man sagt die Gemeinden sollten sich zusammenschließen. In dem Prozess ist das halt verabsäumt worden.“ (I3 – Regionalentwicklung)

„Es wäre sicher leichter gewesen wenn, wenn im Zuge der Gemeindestruktureform, wenn sich da größere Gemeinden formiert hätten. Dann wäre wahrscheinlich das Standing sicher besser. Dann hätte man größeren Druck erzeugen können und es wären vielleicht andere Entscheidungen gefallen, auch in Bezug auf Krankenhaus und andere große Infrastrukturvorhaben... Also die dann vielleicht anders ausgegangen wären.“ (I3 – Regionalentwicklung)

„Ich habe da immer das Beispiel vom Landeskrankenhaus. Ich meine wir sind da im Sitzungssaal gesessen und ich sage zum XX, sag ich, XX, hätten wir damals schon, hätten wir damals schon die zweitgrößte Stadt der Steiermark gehabt, dann hätte uns niemand das Landeskrankenhaus weggestohlen. Wer nimmt... Hätten wir das oben dann einmal verloren? Nie! Wir hätten nie ein Krankenhaus verloren. So ist es aber passiert.“ (I1 – Sozialpartner/Interessensvertretung)

In den beiden letzten Zitaten wird klar davon ausgegangen, dass im Wettbewerb um politische Aufmerksamkeit und in weiterer Folge im kommunalen Wettbewerb um zentralörtliche Infrastruktureinrichtungen, wie das erwähnte Krankenhaus, die demographische, ökonomische und politische „Größe“ und das „Gewicht“ einer Gemeinde den entscheidenden Vorteil bringen kann. Nur eine „Bündelung der Kräfte“ in Form einer Fusion der Kernraumgemeinden hätte ausreichend Druck auf Landesebene erzeugt, was die Schließung des Landeskrankenhauses²⁴ und die infrastrukturelle Abkoppelung verhindert hätte.

Zum Zeitpunkt der Gemeindestruktureform war aufgrund der langjährigen Zusammenarbeit bereits eine gute Kooperationskultur entwickelt, jedoch fehlte die Bereitschaft zu einer Gemeindefusion von Seiten der Kommunalpolitik („Man war noch nicht so weit“). Dies hat sich in den letzten Jahren, auch bedingt durch einen Generationswechsel bei den Bürgermeister, geändert. Im Juni 2018 verkündeten die zwei Gemeinden Voitsberg und Bärnbach schließlich die

²⁴ Das LKH Voitsberg wurde im Jahr 2017 gemeinsam mit dem LKH Deutschlandsberg zum Verbund-LKH Weststeiermark zusammengefasst. In Voitsberg befindet sich ein Standort des LKH Weststeiermark mit drei medizinischen Abteilungen und Ambulanzen. Eine stationäre medizinische Versorgung der Bevölkerung ist nach wie vor gegeben, für intensive Diskussionen sorgte jedoch die Schließung der Abteilung für Frauenheilkunde und Geburtshilfe.

Absicht, Ende 2019 zu einer Gemeinde zu fusionieren. Zur Vorbereitung der Fusion ist eine Volksbefragung vorgesehen, wobei alle interviewten Akteure von einer deutlichen Zustimmung der Bevölkerung zur Gemeindefusion ausgehen, da die Gemeindegrenzen im Alltag keine Rolle mehr spielen (vgl. die Siedlungsstrukturen in Abb. 27). Eine gewisse „Emotionalität“ bei der Thematik „Gemeindezusammenlegung“ ist jedoch noch gegeben.

„Die Gemeindegrenzen sind jetzt nicht mehr sichtbar.“ (I1 – Sozialpartner/Interessensvertretung)

„Ich glaube, der Bevölkerung ist das egal, nachdem die Städte eh so nahe beieinander liegen und keiner mehr weiß, wo die Gemeindegrenze beginnt und wo sie endet... Daher ist das der Bevölkerung, ist es sicher egal, mehr oder minder. Und das wird auch keine Auswirkung auf die Bevölkerung haben.“ (I3 – Regionalentwicklung)

„Viele Gemeinderäte kennen nicht einmal die Grenze, wo Voitsberg aufhört und wo Bärnbach anfängt. Also da vermischt sich doch einiges ...“ (I5 – Kommunalpolitik)

„Weil wir sagen, wenn der Arbeitsplatz in Voitsberg oder in Bärnbach ist, dann ist es egal, dann ist der Wohnsitz vielleicht in Köflach oder Maria Lankowitz und Einkaufen tut man in Voitsberg oder Bärnbach. Wichtig ist, dass das Geld zirkuliert im Bezirk und dass die Wertschöpfung da bleibt.“ (I5 – Kommunalpolitik)

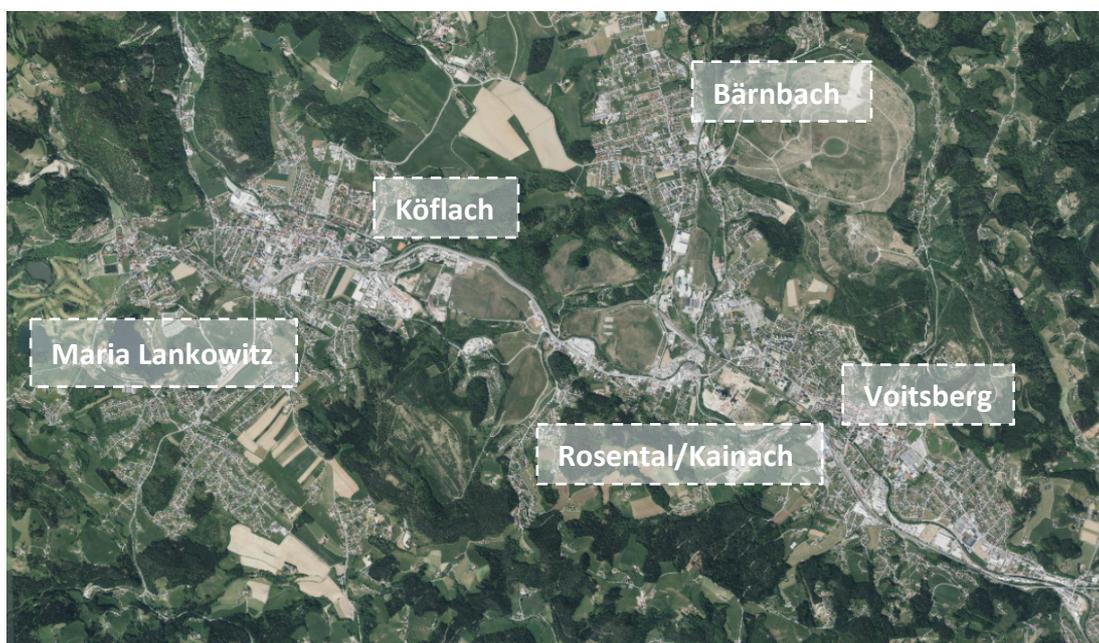


Abbildung 27: Kernraumgemeinden in der Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg, Orthofoto. Quelle: GIS-Steiermark.

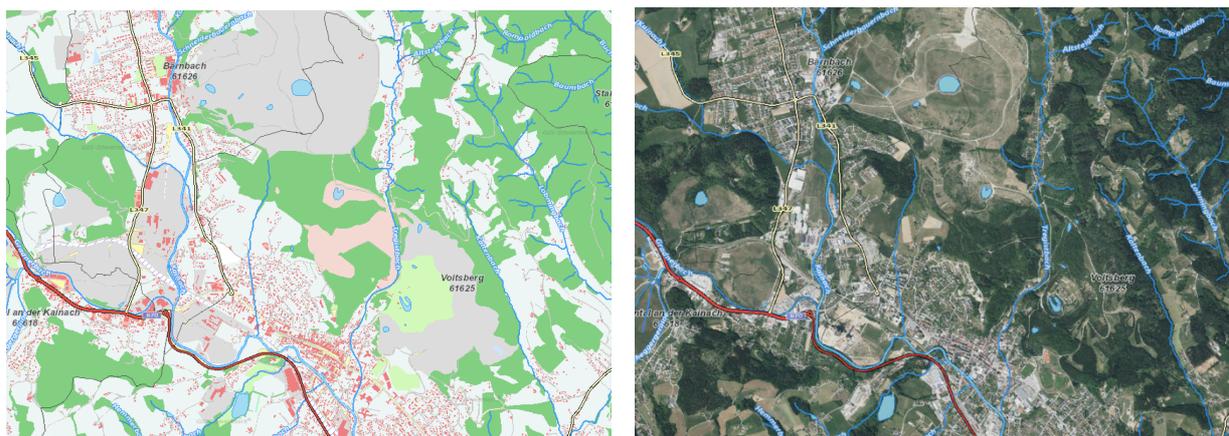


Abbildung 28: Siedlungsgebiete der Gemeinden Voitsberg und Bärnbach, Ortsplan und Orthofoto. Quelle: GIS-Steiermark.

Die politischen Vertreter verwiesen im Rahmen der Vorstellung der Fusionspläne unter dem Titel „Bauen wir eine neue Stadt“ darauf, dass die Zusammenarbeit der beiden Gemeinden sich in den letzten Jahren weiter intensiviert hat, vor allem bei Hochwasserschutzprojekten und im Rahmen der gemeinsamen Vermarktung der ÖDK-Betriebsflächen (vgl. Kap. 6.3.2). Klar herausgestrichen wurden die zukünftigen finanziellen Vorteile, sowie das stärkere „politische Gewicht“ der neuen Gemeinde mit mehr als 15.000 Einwohnern:

„Es sind ganz einfach wirtschaftliche Vorteile, die sich nicht weglegen lassen.“ (I5 – Kommunalpolitik)

„Natürlich glaube ich da schon, dass das mehr Gewicht hat, eine große Gemeinde. Das glaube ich sehr wohl. Man ist ja mit dem Zusammenschluss dann die fünftgrößte Gemeinde der Steiermark mit über 15.000 Einwohnern. Das ist ja auch nicht zu vernachlässigen mehr, und, und je stärker man ist, desto stärker kann man sich einbringen.“ (I5 – Kommunalpolitik)

„Die neue Gemeinde Voitsberg-Bärnbach mit 15.000 Einwohnern ist glaube ich dann die fünftgrößte Stadt in der Steiermark. Das ist schon ein kleiner Beginn. Du tust dir auch mit Verhandlungen in Graz leichter, wenn du eine gewisse Größe aufweist.“ (I1 – Sozialpartner/Interessenvertretung)

In den obigen Zitaten wird die bereits in Kapitel 6.2.3 dargestellte regionalpolitische Strategie deutlich, über eine „innere“ Zentralisierung, hier in Form der Fusion zweier Gemeinden, den allgemeinen Peripherisierungstendenzen in der Region Weststeiermark-Voitsberg entgegenzutreten. Die durch die Fusion neu „gewonnene“ (demographische) Größe und die „Bündelung von Kräften“ soll dazu beitragen, externe (politische) Abhängigkeiten in der Zukunft zu reduzieren. Neben den öffentlich genannten Gründen für eine Fusion von Voitsberg und Bärnbach, wurde in den Interviews jedoch gezielt darauf verwiesen, dass die Fusion der beiden Gemeinden zum jetzigen Zeitpunkt einer spezifischen (politischen) Konstellation geschuldet sei:

„Die beiden haben sich jetzt einfach gefunden. Auch vielleicht geschuldet daran, dass der Bürgermeister von Voitsberg in naher Zukunft in Pension gehen wird ... die nächste Wahl... nein die wollen sie ja schon gemeinsam machen.“ (I1 – Sozialpartner/Interessensvertretung)

„Also das muss man schon auch politisch sehen. Ich meine in Voitsberg und Bärnbach gibt es zwei rote Bürgermeister. Davon wird einer dann nicht mehr antreten und in Pension gehen. Da ist das dann schon leichter, die haben das einfach miteinander geregelt. Das ist dann vielleicht aber auch demokratiepolitisch schwierig.“ (I6 – Kommunalverwaltung)

Auf Basis dieser Aussagen, die die speziellen Bedingungen der geplanten Fusionen in den Vordergrund rücken, stellt sich besonders die Frage nach der zukünftigen Weiterentwicklung der kommunalen Kooperation und nach möglichen weiteren Fusionsschritten innerhalb der „Kernraumallianz Voitsberg“. Hierzu gehen die Einschätzungen der regionalen Akteure auseinander: während die einen von einem unumkehrbaren Prozess der fortschreitenden Integration ausgehen, sehen andere die zukünftige Entwicklung in Bezug auf weitere Kooperationen und Fusionen als unklar und ungewiss:

„Ich bin auch überzeugt, dass die nächsten Schritte kommen im Kernraum. Das wird noch ein paar Jahre dauern... Aber der Prozess ist nicht mehr aufzuhalten [...] In 10 Jahren gibt es wahrscheinlich eine Gemeinde.“ (I4 – Landespolitik)

„Also ich sehe das durchaus als offenen Prozess. Das war ein erster Schritt und es können noch viele folgen.“ (I5 – Kommunalpolitik)

„Für die Zukunft traue ich mich da keine Aussagen zu machen. Das ist politisch. Ich kann nicht sagen wie das mit den Gemeinden im Kernraum in der Zukunft aussieht. Aber eben nur fusionieren, damit man fusioniert, ist zu wenig.“ (I6 – Kommunalverwaltung)

Auch in den Medien wurde die Frage nach möglichen weiteren Fusionsschritten intensiv thematisiert²⁵. Die drei restlichen Kernraumgemeinden Köflach, Maria Lankowitz und Rosental an der Kainach planen keine freiwilligen Zusammenschlüsse und generell will man hier die weiteren Schritte von Voitsberg und Bärnbach abwarten. An einer intensiven kommunalen Kooperation aller Gemeinde soll auch weiterhin festgehalten werden, vor allem bezüglich der Entwicklung der ÖDK-Flächen. Auf dieses Projekt einer interkommunal abgestimmten Standortentwicklung von Gewerbe- und Industrieflächen wird im folgenden Kapitel näher eingegangen.

6.3.2 Standortentwicklung und Standortmanagement

Ein aktuelles raumplanerisches und regionalpolitisches Projekt in der Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg stellt die interkommunale Entwicklung und Vermarktung von Gewerbe- und Industrieflächen auf den sog. ÖDK-Gründen dar. Mit finanzieller Unterstützung durch IWB/EFRE-Förderungen (vgl. Kap. 6.1), sowie mit Hilfe einer 2018 gegründeten Standortagentur

²⁵ Vgl. z.B. <https://steiermark.orf.at/news/stories/2917399/> (02.10.2018)

„Technologieregion Lipizzanerheimat“, soll ein gemeindeübergreifendes Flächenmanagement eingerichtet werden. Die Ansiedlung von Betrieben zur Sicherung von bestehenden und zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen soll hierdurch aktiv unterstützt werden. Auch das Regionalmanagement „Steirischer Zentralraum“ ist an diesem Projekt beteiligt²⁶. Die resultierenden Kommunalsteuereinnahmen werden auf die fünf Kernraumgemeinden entsprechend verteilt. Aus raumplanerischer Sicht soll damit ein kommunaler Wettbewerb um Betriebsansiedelungen, der vielfach mit einer Ausweisung von Gewerbe- und Industriegebieten auf wenig geeigneten Standorten sowie mit hohen finanziellen Aufwendung der einzelnen Gemeinden einhergeht, verhindert werden. Ziel ist die räumlich konzentrierte Entwicklung von Handwerks-, Handels-, Gewerbe- und Industriebetrieben auf infrastrukturell gut erschlossenen und nutzungskonfliktfreien Standorten. Das Gelände des ehemaligen Dampfkraftwerkes der ÖDK stellt einen derartigen Standort dar und wird auch von Seiten der Landes- und Regionalplanung als ein hochwertiges Entwicklungsgebiet für Gewerbe und Industrie (Vorrangzone im REPRO) ausgewiesen.

Die ÖDK-Flächen befinden sich am Stadtrand von Voitsberg und umfassen auch Teile des Gemeindegebietes von Bärnbach (vgl. Abb. 29). Nach der Stilllegung des Kraftwerkes im Jahr 2006 kaufte 2013 die PORR AG das ca. 245.000 m² Areal und begann mit den Abbrucharbeiten der noch bestehenden Kraftwerksanlagen. Im Jahr 2017 erwarb die Stadtgemeinde Voitsberg über die VGI Grundstücksverwertungs GmbH schließlich das Gelände. Geplant ist nun die Errichtung eines innovativen Gewerbe- und Technologieparks auf Basis eines Standortentwicklungskonzeptes und mit Hilfe von Förderungen aus dem IWB/EFRE Projekt „Gewerbe- und Technologiepark 4.0: Innovative Standortentwicklung der ÖDK-Gründe“ (Projektträger: Stadtgemeinde Voitsberg Infrastruktur KG)²⁷.

²⁶ <https://www.zentralraum-stmk.at/projekte/standortentwicklung-und-naherholung/flaechenmanagementoedk-gruende/> (02.10.2018)

²⁷ <https://www.efre.gv.at> (02.10.2018)

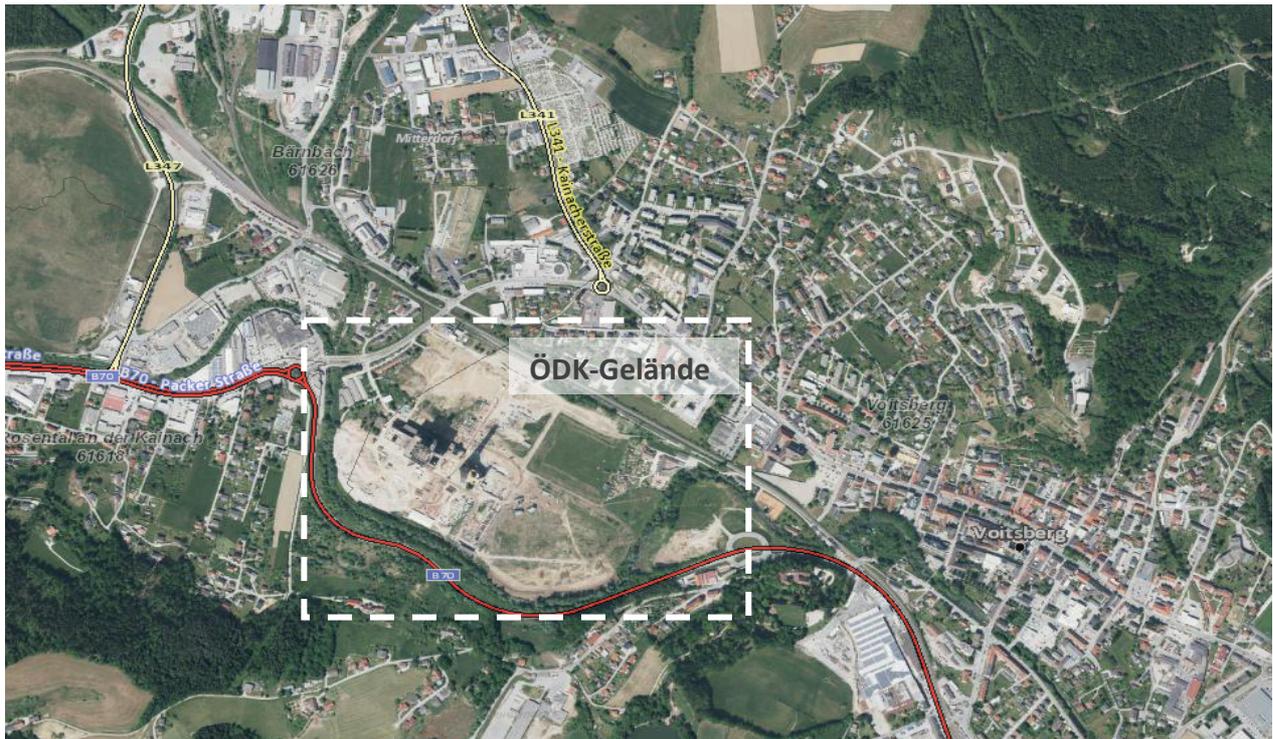


Abbildung 29: Lage des ÖDK-Geländes (inkl. der inzwischen abgetragenen Kraftwerksanlage) am südlichen Stadtrand von Voitsberg, Orthofoto. Quelle: GIS-Steiermark.

Die Einführung eines interkommunalen Flächenmanagements wird, wie bereits erwähnt, ebenfalls durch IWB/EFRE-Fördermittel im Rahmen des Projektes „Stadtregionales Flächenmanagement: Innovative Standortentwicklung in der Kernraumallianz Voitsberg am Beispiel der ÖDK-Gründe als Pilotprojekt“ gefördert, wobei der Regionalentwicklungsverein Voitsberg als Projektträger auftritt²⁸. Mit der 2018, als Ergebnis dieses Projektes, gegründeten Standortagentur „Technologieregion Lipizzanerheimat“ soll eine zielgerichtete Vermarktung und ein professionelles Management des ÖDK-Geländes, in Verbindung mit Servicedienstleistungen für Unternehmen, sichergestellt werden²⁹. Als konkrete Ansiedlungsprojekte auf dem ÖDK-Gelände sind bislang vor allem Erweiterungen und Standortverlagerungen von bestehenden, lokal ansässigen (Handels-)Unternehmen bekannt. So plant die Lagerhaus Graz Land reg. Ges.m.b.H die Ansiedlung auf einer Teilfläche des Areal. Weiter ist die Errichtung eines Fachmarktzentrums sowie weiterer Handelseinrichtungen geplant. In Zukunft ist die Ausweitung des Flächenmanagements auch auf andere Standorte in den Kernraumgemeinden geplant, wobei bereits eine Erfassung, Klassifizierung und Bewertung (A-, B- und C-Flächen) aller Gewerbe- und Industrieflächen im Kernraum durchgeführt wurde. In Summe wurden 31 Flächen im Ausmaß von ca. 100 ha erfasst, wovon 38 ha (inkl. der ca. 20 ha des ÖDK-Areals) sehr günstige Standorteigenschaften aufweisen und sofort verfügbar sind.

²⁸ <https://www.efre.gv.at> (02.10.2018)

²⁹ <https://www.zentralraum-stmk.at/aktuelles/details/news/auftaktveranstaltung-zur-standortagentur-technologieregion-lipizzanerheimat/> (02.10.2018)

Zusammenfassend kann die langjährige interkommunale Kooperation zwischen den fünf Kernraumgemeinden, sei es in den formalen Institutionen des Regionalverbandes Voitsberg (bzw. der Kleinregion „Kernraumallianz Voitsberg“), sei es auf informeller Ebene zwischen einzelnen (politischen) Akteuren, oder im Hinblick auf die geplante Fusion der beiden Gemeinden Bärnbach und Voitsberg, als wichtige Grundlage für einen erfolgreichen und proaktiven Umgang mit Peripherisierungsprozessen gesehen werden. Durch Kooperationen werden „kritische Massen“ wie auch Synergieeffekte evoziert und es wird das endogene Potential gestärkt. Dies reduziert die externe Abhängigkeit der Stadtregion.

Auch die gemeinsame Standortentwicklung in der Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg, speziell im Hinblick auf die Vermarktung der ÖDK-Gründe, kann als ein bedeutender Ansatz zur Stärkung regionaler Netzwerke zwischen Politik und Wirtschaft verstanden werden (vgl. Kühn 2016, 171). Damit wird, mit Hilfe von regionalpolitischen Fördermitteln (IWB/EFRE), aktiv versucht, einer Peripherisierung entgegenzutreten: Abwanderung soll durch die Schaffung von Arbeitsplätzen verhindert, eine (ökonomische) Abkoppelung durch Betriebsansiedelungen vermieden und eine (politische und finanzielle) Abhängigkeit durch erhöhte Kommunalsteuereinnahmen unterbunden werden. Dabei ist jedoch die besondere räumliche Lage der Stadtregion im „Schatten“ der „Boomregion“ Graz mit zu berücksichtigen (vgl. Kap. 6.2): Einerseits besteht durchaus die Möglichkeit, dass die Wachstumsdynamik des Zentralraumes auch die Weststeiermark erfasst, vor allem, wenn die Erreichbarkeit bzw. infrastrukturelle Anbindung gegeben und eine gezielte Vermarktung und Entwicklung von regionalen Standortqualitäten erfolgt. Bei einer Beibehaltung der hohen ökonomischen und demographischen Dynamik könnte sich die Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg von einer „Inneren Peripherie“ zu einem Subzentrum im Steirischen Zentralraum entwickeln. Andererseits ist durch die räumliche Nähe zur Stadtregion Graz aber die Gefahr gegeben, dass bedeutende Ansiedelungen von größeren, wachstumsstarken Unternehmen bzw. von „Headquarter“-Funktionen, vor allem aus den wissens- und technologieintensiven Branchen, auf das Zentrum Graz beschränkt bleiben und die Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg nur „nachrangige“ Ansiedelungen von Betrieben mit wenigen, gering qualifizierten Arbeitsplätzen und hoher Außenabhängigkeit erreichen kann. Diesbezüglich ist auch die bereits geplante Ansiedelung von Handelsbetrieben und die Errichtung eines Fachmarktzentrums auf dem ÖDK-Gelände kritisch zu bewerten, da wesentliche Wachstums- und Beschäftigungsimpulse aus diesen Ansiedelungsprojekten nicht zu erwarten sind.

In Ergänzung der Forcierung von Betriebsansiedelungen erscheint es demnach besonders wichtig, bestehende Unternehmen und Betriebe in der Stadtregion zu unterstützen, wobei hier ein Schwerpunkt auf Aus- und Weiterbildung sowie die Lehrlingsausbildung und berufliche Qualifizierungsmaßnahmen zu legen ist. Dieser Schwerpunkt ergibt sich auch aus der bereits bestehenden Herausforderung des in den Interviews thematisierten Fachkräftemangels und aus den strukturellen Anforderungen der Wissensökonomie. Die Ansiedelung von weiteren Bildungseinrichtungen (z.B. FH), sowie der Ausbau von der Erhalt von bestehenden schulischen Angeboten, ist demnach von zumindest gleichrangiger Wichtigkeit wie die Ansiedelung von Handels- o-

der Gewerbebetrieben in der Region. Auch die regionale Vernetzung von Schulen, Ausbildungseinrichtungen und Betrieben, zum Zwecke der Bindung von Schülerinnen und Schülern an die Region sowie für die „Vermarktung“ von Ausbildungs- und Qualifizierungsprogrammen, erscheint als zukünftig bedeutender Standortfaktor. So konnte Kühn (2016) im Rahmen von Fallstudien in deutschen Mittelstädten nachweisen, dass zur Bewältigung von Peripherisierungsprozessen vor allem Investitionen in die Qualifizierung der Bevölkerung wichtig waren. Er hält hierzu fest: „Anstelle die knapp vorhandenen Ressourcen peripherisierter Städte und Regionen in städtebauliche Projekte oder Verkehrs-Projekte zu investieren, verspricht die Investition in qualifiziertes Personal eher neue Wege zur Entperipherisierung von Städten und Regionen zu eröffnen. Damit kommt der Qualifizierung von Menschen in Schulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen sowie in den Verwaltungen von Städten, Landkreisen und Regionen eine maßgebliche Bedeutung zu, um eine weitere Abwärtsspirale von Städten und Regionen zu vermeiden und den Anschluss an die Wissensgesellschaft zu sichern“ (Kühn 2016, 174).

Auch die Einstellung von qualifiziertem (Leistungs-)Personal in der Stadt- und Kommunalverwaltung sowie die Weiterbildung der dortigen Mitarbeiter scheint für die Entwicklung innovativer Ideen und Projekte in peripherisierten Region ein wichtiger, doch oft übersehener Aspekt zu sein (vgl. Kühn 2016, 174). Dies wurde auch in einem Interview angesprochen, in dem die „problematische“ Verbindung von Politik und Verwaltung auf kommunaler Ebene in der Region Weststeiermark-Voitsberg thematisiert wird:

„Man kann für die Verwaltung nicht die besten Leute suchen und aufnehmen. Die müssen ja aus der Gemeinde sein. Und da ist das Angebot eben auch sehr, sehr begrenzt. Jemand von woanders geht politisch nicht, der muss von da sein. Damit kann man aber eben dann nicht die Besten bekommen, das ist ein Problem. Ich würde auch jemanden aus Wien nehmen. Aber das ist ja ganz unmöglich“ (I6 – Kommunalverwaltung)

7 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

In der vorliegenden Arbeit wurden Prozesse der Zentralisierung und Peripherisierung in Bezug auf die Stadtregionen der Steiermark analysiert. Ausgehend von einem relationalen und prozessorientierten Verständnis von „Peripherie“ und „Zentrum“, auf dessen Basis „Peripherien“ und „Zentren“ als Resultat von demographischen, ökonomischen und politischen Entwicklungsprozessen und nicht als durch die geographische Lage determiniert aufgefasst werden, wurden die Stadtregionen der Steiermark in *interregionaler* und *intraregionaler* Perspektive deskriptiv-analytisch untersucht. Zur räumlichen Abgrenzung der Stadtregionen wurde auf die Urban-Rural Typologie der Statistik Austria (2016) zurückgegriffen, welche für die Steiermark insgesamt acht Stadtregionen ausweist. Innerhalb dieser acht Stadtregionen wurde zwischen den drei Raumtypen Kernstadt, Urbane Zone und Außenzone differenziert. Als Fallbeispiele standen die größte Stadtregion der Steiermark, das Urbane Großzentrum Graz, sowie die „peripherisierte“ Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg im Mittelpunkt der Untersuchung.

Regionale Prozesse der Peripherisierung zeigen sich durch eine negative Wanderungsbilanz (Abwanderung), durch eine unterdurchschnittliche ökonomische Dynamik als Folge einer tlw. Abkoppelung aus nationalen und globalen Marktbeziehungen, sowie in Form einer (politischen) Abhängigkeit von regionsexternen Entscheidungen. In Regionen, die durch Zentralisierungsprozesse geprägt sind, ist hingegen eine positive Wanderungsbilanz (Zuwanderung) zu beobachten. Die wirtschaftliche Entwicklung verläuft dynamisch und die Region kann selbstbestimmt (politische) Entscheidungen, beispielsweise im Hinblick auf Investitionen in die Infrastruktur, treffen. In der vorliegenden Arbeit wurden diese Dimensionen von Peripherisierung und Zentralisierung entsprechend operationalisiert und in inter- wie intraregionaler räumlicher Perspektive, auf Basis sekundärstatistischer Datenmaterials, quantitativ analysiert. In Bezug auf die demographische Dimension standen dabei die allgemeine Bevölkerungsentwicklung sowie die Außen- und Binnenwanderungsbilanzen der einzelnen Stadtregionen und Raumtypen im Fokus. Die ökonomische Dimension wurde primär über eine Betrachtung der branchenspezifischen Beschäftigungsentwicklung in Verbindung mit einer Darstellung der Qualifikationsstruktur der Erwerbsbevölkerung untersucht. Bei der politischen Dimension von Peripherisierungs- und Zentralisierungsprozessen standen die kommunalen Finanzhaushalte, speziell die Struktur des Steueraufkommens, sowie die räumliche Verteilung der Unternehmenssitze („Headquarter“) der 100 wichtigsten Unternehmen der Steiermark im Mittelpunkt.

Welche zentralen Ergebnisse der Untersuchung können nun zusammenfassend festgehalten werden? In *interregionaler* Perspektive (vgl. Forschungsfrage 1, Kap. 1.2) sind über die letzten 15 Jahre divergierende Entwicklungen festzustellen und es können „peripherisierte“ und „zentralisierte“ Stadtregionen differenziert werden. Durch eine starke Zentralisierungsdynamik geprägt waren das Urbane Großzentrum Graz sowie die Urbanen Kleinzentren Weiz und Leibnitz. Die Stadtregion Graz wies vor allem seit dem Jahr 2001 ein dynamisches demographisches Wachstum auf, welches überwiegend durch Außenwanderungsgewinne sowie in geringerem Ausmaß durch Binnenwanderungsgewinne bei jüngeren Bevölkerungsgruppen getragen wird. Noch dynamischer waren die Bevölkerungszuwächse in diesem Zeitraum in der Stadtregion Leibnitz, wobei hier gleichzeitig nur unterdurchschnittliche Beschäftigungszuwächse festzustellen

waren. Leibnitz kann demnach als eine vorwiegend durch die Funktion „Wohnen“ geprägte Stadtregion mit einem geringen Angebot an Arbeitsplätzen beschrieben werden. Die Stadtregion Weiz hingegen konnte in den Jahren von 2011 bis 2015 die stärkste prozentuelle Zunahme an Beschäftigten im Vergleich mit allen steirischen Stadtregionen aufweisen und bildet ein bedeutendes Industriezentrum der Steiermark. Dies bedingt hohe Kommunalsteuereinnahmen, welche die kommunale Finanzlage positiv beeinflussen und den Investitions- und Gestaltungsspielraum der Gemeinden erweitern. Zentralisierungsprozesse konzentrieren sich demnach einerseits auf die größte Stadtregion der Steiermark, in welcher sich auch die Standorte der wachstumsstarken Branchen der Wissensökonomie finden und für welche die Bezeichnung „Metropolitanes Zentrum“ durchaus zutreffend erscheint (Kühn 2016, 153), sowie andererseits auf zwei Kleinzentren in räumlicher Nähe zum Großraum Graz. Leibnitz, und in stärkerem Ausmaß Weiz, können als funktional differenzierte stadregionale „Wachstumspole“ bzw. „Wachstumsmotoren“ in den ländlich-strukturschwachen und geographisch peripheren Regionen der Süd- und Oststeiermark betrachtet werden. Gleichzeitig bilden diese beiden Stadtregionen aber auch „(Sub-)Zentren“ im Zentralraum der Steiermark, da beide durch eine gute infrastrukturelle Anbindung an den Großraum Graz gekennzeichnet sind. Das Ausmaß der funktionalen Verflechtungen (z.B. Pendlerbeziehungen) von Weiz und Leibnitz mit der Stadtregion Graz müsste, vor allem im Hinblick auf die von Graz ausgehenden „Ausbreitungs-“ bzw. „Entzugseffekte“ (vgl. Kap. 2.3.2), in weiteren Untersuchungen näher analysiert werden.

In Bezug auf die in Kap. 1.2 gestellte Frage nach einer monozentrischen oder polyzentrischen Struktur des steirischen Städtesystems kann zusammenfassend, unter Bezugnahme auf das festgestellte interregionale Muster von Zentralisierung und Peripherisierung, von einer auf mehrere urbane Zentren verteilten Wachstumsdynamik gesprochen werden, auch wenn die Stadtregion Graz aufgrund ihres (wachsenden) demographischen und ökonomischen „Gewichts“, doch eine dominante Position im Städtesystem der Steiermark einnimmt.

Den durch Zentralisierungsprozesse charakterisierten Stadtregionen stehen die „peripherisierten“ Stadtregionen der Steiermark gegenüber: Durch Peripherisierungsprozesse gekennzeichnet sind die Stadtregionen im Raum Aichfeld-Murboden, Judenburg und in geringerem Ausmaß auch Knittelfeld, sowie besonders stark die Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg. Während in der Stadtregion Judenburg primär eine starke Abwanderung als „Treiber“ der Peripherisierung fungiert, wird in der Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg die negative demographische Entwicklung noch durch Rückgänge der Beschäftigten, eine ungünstige ökonomische Branchenstruktur, sowie daraus folgend eine geringe Finanzkraft der Gemeinden überlagert. Aufgrund ihrer Lage im Zentralraum der Steiermark und der räumlichen Nähe zu Graz kann die peripherisierte Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg als „Innere Peripherie“ bezeichnet werden, während Judenburg, bedingt durch eine geographisch eher periphere Lage, als eine Stadtregion in der „Abwärtsspirale“ zu definieren ist (vgl. Kühn 2016, 153).

Durch teils erhebliche Bevölkerungsrückgänge im Beobachtungszeitraum sind auch die beiden Urbanen Mittelzentren Leoben und Bruck an der Mur/Kapfenberg gekennzeichnet. In Bezug auf die ökonomische Entwicklung ist hier jedoch eine deutlich positivere Dynamik zu beobachten: So weist die Stadtregion Leoben als Universitätsstandort z.B. eine überdurchschnittliche Konzentration von Beschäftigten in den wissensintensiven Dienstleistungsbranchen auf und

die Stadt Kapfenberg stellt ein Industriezentrum mit „Headquarterfunktionen“ großer Unternehmen dar. Von einer umfassenden Peripherisierung kann hier somit nicht gesprochen werden.

Welches *intraregionale* Muster von Zentralisierung und Peripherisierung (vgl. Forschungsfrage 2, Kap. 1.2) lässt sich in den Stadtregionen der Steiermark beobachten? Grundsätzlich kann hier von einer Parallelität von Suburbanisierungs- und Reurbanisierungsprozessen ausgegangen werden: So ist weder eine eindeutige demographische, ökonomische und politische Peripherisierung der Kernstädte in Verbindung mit einer Zentralisierung in den suburbanen Umlandbereichen (Suburbanisierung), noch eine umfassende (neue) Zentralisierung der Kernstädte in Zusammenhang mit einer Peripherisierung (Abwanderung, Abkoppelung und Abhängigkeit) der suburbanen Bereiche und der Außenzone auszumachen (Reurbanisierung). Vielmehr zeigt sich ein nach den einzelnen Dimensionen von Peripherisierung und Zentralisierung differenziertes räumliches Bild. Allgemein sind Zentralisierungs- und Peripherisierungsprozesse hier weniger eindeutig zu identifizieren als in einer interregionalen Perspektive.

So weisen die Kernstädten, vor allem seit dem Jahr 2001, eine z.T. dynamischere demographische Entwicklung als das stadtrregionale Umland auf. Diese „Relative Zentralisierung“ kann als ein Indiz für eine Phase der Reurbanisierung gedeutet werden. Bevölkerungsverluste in der Urbanen Zone oder der Außenzone sind dabei jedoch nicht festzustellen; auch hier sind nach wie vor Wanderungsgewinne, überwiegend aufgrund von Binnenwanderungen, zu beobachten. Das Bevölkerungswachstum in den Kernstädten ist hingegen primär eine Folge hoher Außenwanderungsgewinne.

Bei Betrachtung der ökonomischen Dimension und speziell der Beschäftigungsentwicklung wird dieser „Reurbanisierungstrend“ relativiert, da in den Jahren von 2011 bis 2015 hohe Zuwachsraten an Beschäftigten, auch in den Branchen der Wissensökonomie, vor allem in den Umlandbereichen (Außenzone) gegeben waren. Eine deutliche Reurbanisierung ökonomischer Aktivitäten in Richtung der Kernstädte konnte für die Steiermark somit nicht nachgewiesen werden. Vielmehr zeigt sich hier ein komplexes räumliches Bild, welches sich auf die politische Dimension, speziell auf die Struktur der kommunalen Finanzhaushalte (Kommunalsteuereinnahme), überträgt. Diese Befunde gelten auch für die als Fallbeispiel näher untersuchte Stadtregion Graz.

Wie lässt sich die in inter- und intraregionaler Perspektive analysierte Prozessdynamik von stadtrregionaler Zentralisierung und Peripherisierung nun in Beziehung zu den in Kap. 2.4 (theoretisch) diskutierten Makrotrends des „*Demographischen Wandels*“ und des Strukturwandels hin zu einer „*Wissensökonomie*“ setzen? In Kapitel 2.4.2 wurde dargelegt, dass die demographische Entwicklung einer Region – im Kontext des gegenwärtigen demographischen Wandels – ganz entscheidend durch das Wanderungsgeschehen beeinflusst wird und dass räumlich selektive Wanderungsgewinne und -verluste österreichweit zu erheblichen regionalen Disparitäten führen. Dies zeigt sich deutlich auch in den acht Stadtregionen der Steiermark, wo klar Zuwanderungsregionen einerseits und Abwanderungsregionen andererseits identifiziert werden konnten. So verteilt sich die Zuwanderung aus dem Ausland grundsätzlich auf alle Stadtregionen, in besonderem Maße profitiert jedoch das Urbane Großzentrum Graz von internationalen Wanderungsströmen. Innerhalb der Stadtregionen weisen besonders die Kernstädte einen positiven Außenwanderungssaldo auf; sie stellen die zentralen Zielorte von Zuwanderern aus dem Ausland

dar. Die Binnenwanderungsgewinne konzentrieren sich auf die Stadtregionen Graz, Leibnitz und tlw. Weiz. Besonders deutlich wird der räumlich selektive Charakter, wenn zusätzlich eine Betrachtung des Binnenwanderungsgeschehens differenziert nach Altersgruppen vorgenommen wird: So erzielte beispielsweise im Zeitraum von 2002 bis 2016 die Stadtregion Graz in der Altersgruppe der 15 bis 29-Jährigen im Durchschnitt einen positiven Wanderungssaldo von 24,3 Personen bezogen auf 1.000 Einwohner, während in der Stadtregion Knittelfeld im selben Zeitraum ein negativer Wanderungssaldo von -15,6 Personen auf 1.000 Einwohner festgestellt wurde (vgl. Kap. 4.1.2). In den Diskussionen über den demographischen Wandel, wie sie in Kap. 2.4.2 dargestellt wurden, wird hervorgehoben, dass vor allem durch die Pluralisierung an Lebensstilen sowie Haushalts- und Familienstrukturen die Dynamik der Suburbanisierung, die zentral durch die Wohnstandortentscheidungen junger Familien getragen wird, eine Abschwächung erfährt. Dies konnte für die Stadtregionen der Steiermark und speziell für die Stadtregion Graz nicht bestätigt werden, da im suburbanen Umland (Urbane Zone und Außenzone) deutlich positive Wanderungssalden besonders bei den unter 14-Jährigen sowie den 30 bis 44-Jährigen auszumachen waren.

Auch der in Kap. 2.4.1 thematisierte Strukturwandel hin zu einer Wissensökonomie zeigt Auswirkungen auf (ökonomische) Entwicklungsprozesse in den steirischen Stadtregionen. So wurde deutlich, dass in den wissensintensiven Branchen des Dienstleistungssektors („Information und Kommunikation“, „freiberufliche/technische Dienstleistungen“) überdurchschnittliche absolute und relative Beschäftigungszuwächse verzeichnet werden konnten. Der Bereich der Wissensökonomie fungiert somit als wichtiger (stadt-)regionaler „Beschäftigungsmotor“. Eine Konzentration dieser Branchen war erwartungsgemäß in der Stadtregion Graz zu finden, jedoch zeigte auch die Stadtregion Leoben hohe Anteilswerte und Zuwachsraten, was auf die Bedeutung von Universitäten und Forschungseinrichtungen als Impulsgeber für regionale Entwicklungsprozesse hindeutet. Nicht bestätigt werden konnte in der vorliegenden Untersuchung hingegen die in der Literatur erörterte These (vgl. Kap. 2.4.1) der Präferenz wissensintensiver Branchen für „urbane“, innerstädtische Standorte. So sind in der Steiermark die wissensbasierten Dienstleistungen nicht nur auf die Kernstädte beschränkt, vielmehr können auch im stadtreionalen Umland eine hohe Dynamik dieser Branchen festgesellt werden. Für nähere Aussagen zu den Standortmustern und -präferenzen der Wissensökonomie wären jedoch detailliertere Untersuchungen, auch auf kleinräumigerer Ebene, anzustellen.

In der vorliegenden Arbeit erfolgte auch eine Auseinandersetzung mit den politischen, planerischen und administrativen Perspektiven auf stadtreionale Peripherisierungs- und Zentralisierungsprozesse (vgl. vgl. Forschungsfrage 3, Kap. 1.2). Hierbei wurde auf regionalpolitische und -planerische Ansätze und Instrumente im Umgang mit stadtreionalen Raumentwicklungsprozessen in der Steiermark näher eingegangen und es wurde, am Beispiel der Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg, dargestellt, wie diese Steuerungsansätze, Strategien und Instrumente im Rahmen von konkreten Projekten angewandt werden. Im Mittelpunkt standen dabei interkommunale Kooperationsprojekte, speziell die geplante Fusion der beiden Gemeinden Bärnbach und Voitsberg, sowie Projekte zur integrativen Standortentwicklung. Ebenso wurde am Beispiel der Stadtregion Weststeiermark-Voitsberg auf Basis eines qualitativen methodologischen Zugangs

untersucht, wie Akteure aus Politik, Wirtschaft, Regionalentwicklungspraxis und Verwaltung Peripherisierungs- und Zentralisierungsprozesse in „ihrer (Stadt-)region“ diskursiv thematisieren bzw. „problematisieren“. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass vor allem das 2018 neu erlassene Steiermärkische Landes- und Regionalentwicklungsgesetz (StLREG 2018), in Verbindung mit etablierten Planungsinstrumenten auf regionaler Ebene (Regionale Entwicklungsprogramme (REPROs), Regionale Entwicklungsleitbilder und -strategien), eine wichtige Grundlage für die regionalpolitische und -planerische Steuerung von Zentralisierungs- und Peripherisierungsprozessen bietet. Durch die Institutionalisierung der sieben steirischen Regionen und eine langfristige Sicherstellung der Finanzierung von regionalen Projekten sind hier (neue) Möglichkeiten der Steuerung gegeben. In wieweit dabei speziell stadtreionale Themen und Herausforderungen adressiert werden (können), ist eine Frage, die auf Ebene der einzelnen Regionen zukünftig verstärkt erörtert werden muss. Eine Fokussierung auf Stadtreionen erfolgt im Rahmen der EU-Regionalförderung durch das IWB/EFRE-Programm für den Zeitraum von 2014-2020, in welchem gezielt Stadt-Umland Kooperationsprojekte gefördert und stadtreionale Themen, beispielsweise im Hinblick auf interkommunale Zusammenarbeit, unterstützt werden. Die interviewten Akteure thematisierten – in Bezug auf das Spannungsfeld von Peripherisierung und Zentralisierung und im Hinblick auf die historische und zukünftige Entwicklung der Stadtreion Weststeiermark-Voitsberg – vor allem die Folgen des ökonomischen Strukturwandels (Niedergang des Bergbaus und Schließung des ÖDK-Kraftwerks), die Chancen, und tlw. auch die Risiken, der räumlichen Nähe zum „Zentrum“ Graz, sowie Entwicklungsansätze für eine „Entperipherisierung“ der Region. Hierbei standen eine Verbesserung der Erreichbarkeit, die Forcierung des Tourismus, sowie besonders die Verstärkung der interkommunalen Kooperation im Mittelpunkt.

Welche Schlussfolgerungen können aus den Erkenntnissen der Arbeit nun für die zukünftige Ausrichtung der Regionalpolitik und der Raumplanung in der Steiermark abgeleitet werden? Grundsätzlich wird aus den dargelegten Analysen die große Bedeutung der acht steirischen Stadtreionen als Lebens- und Wirtschaftsraum deutlich. So lebten 2017 mehr als 56% der Wohnbevölkerung der Steiermark in einer Stadtreion, was ca. 703.000 Einwohnern entsprach. Noch größer ist die ökonomische Bedeutung: in den Stadtreionen konzentrierten sich 2015 66% der unselbstständig Beschäftigten der Steiermark, das waren mehr als 341.000 Personen. Dies legt eine intensive Betrachtung der Stadtreionen, aus (regional-)politischer Perspektive sowie auf Ebene der örtlichen und überörtlichen Raumplanung, in der Steiermark nahe. Bundesweit wird eine verstärkte Aufmerksamkeit für die Raumentwicklung in Stadtreionen im Rahmen der „Agenda Stadtreionen in Österreich“ (vgl. ÖROK 2016) bzw. der ÖROK-Partnerschaft „Kooperationsplattform Stadtreion“ angestrebt, woraus im Jahr 2017 auch die ÖROK-Empfehlung Nr. 55 – „Für eine Stadtreionspolitik in Österreich“ hervorgegangen ist.

Die in *interregionaler* Perspektive aufgezeigten divergenten Entwicklungspfade der steirischen Stadtreionen machen deutlich, dass im Rahmen der Steuerung und Entwicklung von „zentralisierten“ Stadtreionen auf der einen, und von „peripherisierten“ Stadtreionen auf der anderen Seite, jeweils regional abgestimmte und angepasste, dezentrale Strategien und Kon-

zepte erforderlich sind. Ob in den im StLREG 2016 definierten sieben Regionen eine solche „Anpassung“ an die jeweiligen stadtreionalen Herausforderungen vorgenommen wird, wird sich zukünftig zeigen. Die aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen auf Landesebene, die verankerten Regionalmanagements sowie die in der Steiermark stark ausgebildete regionale Planungsebene bieten dafür jedoch eine Grundlage. Als ein besonderer Fall, wo sich die Notwendigkeit des Eingehens auf die spezifischen Herausforderungen in Bezug auf Zentralisierung einerseits und Peripherisierung andererseits in besonderem Maße zeigt, ist die Region „Steirischer Zentralraum“. Die hier zusammengefassten Stadtregionen Graz und Weststeiermark-Voitsberg zeigen, wie in der Arbeit ausführlich thematisiert, eine gegenläufige Entwicklungsdynamik und strukturelle Unterschiede, was besondere Anforderungen an die Politik, die Regionalentwicklungspraxis und die Regionalplanung stellt. Eine gemeinsame Entwicklung des Zentralraumes hat auf die jeweiligen endogenen Potentiale Rücksicht zu nehmen, sowie anstelle von Konkurrenz zwischen ungleichen Partnern (z.B. im Hinblick auf Betriebsansiedelungen), langfristig Formen des regionalen Ausgleiches und der Kooperation in den Mittelpunkt zu stellen. Auch auf Ebene der gesamten Steiermark gilt es, die jeweiligen Potentiale der einzelnen Stadtregionen zu identifizieren und folglich, sowohl über verbindliche Planungsvorgaben als auch über „weiche“ Marketing-Instrumente, entsprechend in Wert zu setzen. Für die Stadtregion Weiz wäre beispielsweise eine Fokussierung auf die industrielle Produktion möglich, für die Stadtregion Leoben hingegen eine noch intensivere Auseinandersetzung mit der Rolle der Universität im stadtreionalen ökonomischen Wirkungsgefüge. Im Sinne einer interregionalen „Arbeitsteilung“ kann über das Landesentwicklungsprogramm, über Instrumente auf der regionalen Planungsebene (REPROs, Regionale Entwicklungsstrategien), sowie durch einzelne (Förder-)Projekte, auf eine verstärkte funktionale Spezialisierung zwischen den einzelnen Stadtregionen hingearbeitet werden. Dies folgt dem Prinzip einer dezentralen Raumentwicklung und dient der Stärkung einer funktional differenzierten polyzentralen Raumstruktur in der Steiermark. Entsprechend der stadtreionalen Schwerpunkte wären dann beispielsweise Vorgaben im Regionalplan spezifisch festzulegen, welche die kommunale Ebene in ihren Planungsentscheidungen lenkt. Vor allem bei der Festlegung von Standorten für Industrie, Gewerbe und Handelseinrichtungen ist eine entsprechende Abstimmung, auch auf stadtreionaler Ebene, von besonderer Relevanz.

In Bezug auf die in *intraregionaler* Perspektive festgestellte Parallelität von Suburbanisierungs- und Reurbanisierungsprozessen in den Stadtregionen der Steiermark lässt sich deutlich die Notwendigkeit von Stadt-Umland Kooperationen und damit auch die Wichtigkeit interkommunaler Zusammenarbeit aufzeigen. Die Tatsache, dass die ökonomische Dynamik – in Form von Beschäftigungszuwächsen – in den suburbanen Gebieten und im stadtreionalen Umland, speziell auch in der Stadtregion Graz, in den letzten Jahren hoch war, und die Kernstädte gleichzeitig Bevölkerungszuwächse verzeichneten, macht den Ausbau der Infrastruktur sowie die Steuerung der stadtreionalen Mobilität zu einer prioritären Planungsaufgabe. Pendler- und Verkehrsströme machen nicht an den Grenzen der Kernstädte halt; sie verlaufen aus dem Umland in die Kernstadt, jedoch vermehrt auch in die entgegengesetzte Richtung. Eine abgestimmte Planung erscheint hier unumgänglich. Für die Zukunft ist eine verstärkte Institutionalisierung und Professionalisierung der Zusammenarbeit innerhalb der Stadtregionen anzustreben. Speziell in kleineren Stadtregionen ist dies vorwiegend über eine Vertiefung interkommunaler Kooperationen zu

erreichen. Der im Rahmen des IWB/EFRE-Programmes (2014-2020) für die Steiermark festgelegte Förderschwerpunkt „Stadtumlandkooperationen, Stadtregionen und urbane Wachstumsimpulse“, sowie die im StLREG 2018 festgelegten Förderprinzipien, bilden dabei eine wichtige Grundlage.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- BASTEN, L. & U. GERHARD, 2016, Stadt und Urbanität. In: T. FREYTAG, H. GEBHARDT, U. GERHARD & D. WASTL-WALTER (Hrsg.), Humangeographie kompakt. – Berlin, Heidelberg, S. 115-139.
- BATHELT, H. & J. GLÜCKLER, 2012³, Wirtschaftsgeographie. – Stuttgart (= UTB 8217).
- BERNT, M., 2014, Schrumpfung. In: B. BELINA, M. NAUMANN & A. STRÜVER (Hrsg.), Handbuch Kritische Stadtgeographie. – Münster, S. 118-123.
- BERNT, M. & H. LIEBMANN (Hrsg.) 2013, Peripherisierung, Stigmatisierung, Abhängigkeit. Deutsche Mittelstädte und ihr Umgang mit Peripherisierungsprozessen. – Wiesbaden.
- BLOTEVOGEL, H.-H., 2010, Raumordnung und Metropolregionen. In: Geographische Rundschau, Bd. 62, Heft 11, S. 4-12.
- BLOTEVOGEL, H.-H. & R. DANIELZYK, 2009, Leistungen und Funktionen von Metropolregionen. In: J. KNIELING (Hrsg.), Metropolregionen. Innovationen, Wettbewerb, Handlungsfähigkeit. – Hannover (= Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 231), S. 22-29.
- BLOTEVOGEL, H.-H. & K. SCHULZE, 2009, Zum Problem der Quantifizierung der Metropolfunktionen deutscher Metropolregionen. In: J. KNIELING (Hrsg.), Metropolregionen. Innovationen, Wettbewerb, Handlungsfähigkeit. – Hannover (= Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 231), S. 30-58.
- BLOTEVOGEL, H.-H., 2005, Zentrale Orte. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.), Handwörterbuch der Raumordnung. – Hannover, S. 1307-1315.
- BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (BBSR) (Hrsg.), 2017, Wie viel (Re-)Urbanisierung durchzieht das Land? – Bonn (= BBSR Analysen KOMPAKT 07/2017).
- BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (BBSR) (Hrsg.), 2015, Divergenzen und Konvergenzen in Großstadtregionen – kleinräumige Analysen. – Bonn (= BBSR Analysen KOMPAKT 01/2015).
- BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (BBSR) (Hrsg.), 2010, Metropolräume in Europa. – Bonn (= BBSR Berichte KOMPAKT 04/2010).
- BORSDORF, A. & O. BENDER, 2010, Allgemeine Siedlungsgeographie. – Wien, Köln & Weimar.
- CHILLA, T., O. KÜHNE & M. NEUFELD, 2016, Regionalentwicklung. – Stuttgart (= UTB 4566).
- EDER, J., E. GRUBER, P. GÖRGL & M. HEMETSBERGER, 2018, Wie Wien wächst: Monitoring aktueller Trends hinsichtlich Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung in der Stadtregion Wien. In: Raumforschung und Raumordnung, <https://doi.org/10.1007/s13147-018-0546-z>.
- ENGLER, P., 2013, Reurbanisierung als wissenschaftliches Konzept – Plädoyer für eine Konzeptualisierung als Bedeutungszunahme des Städtischen. In: disP – The Planning Review, Bd. 49, Heft 2, S. 14-27.
- ERMANN, U., T. LANG & M. MERGELE, 2011, Weltmarktführer in Deutschland. In: Nationalatlas aktuell (5, 11.2011), http://aktuell.nationalatlas.de/weltmarktfuehrer-11_11-2011-0-html/
- FASSMANN, H., 2009², Stadtgeographie I. – Braunschweig (= Das Geographische Seminar).
- FARHAUER, O. & A. KRÖLL, 2014², Standorttheorien. Regional- und Stadtökonomik in Theorie und Praxis. – Wiesbaden.

- FLICK, U., 2014, Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. – Reinbek bei Hamburg.
- FÖRSTE, D., 2013, Innere Peripherien in großstädtischen Kontexten – das Beispiel Berlin. In: M. BERNT & H. LIEBMANN (Hrsg.), *Peripherisierung, Stigmatisierung, Abhängigkeit? Deutsche Mittelstädte und ihr Umgang mit Peripherisierungsprozessen.* – Wiesbaden, S. 193-215.
- FRICKE, A., S. SIEDENTOP & P. ZAKRZEWSKI (Hrsg.) 2015, *Reurbanisierung in baden-württembergischen Stadtregionen.* – Hannover (= Arbeitsberichte der ARL 14).
- FRIEDRICH, J., 2005, Stadtentwicklung. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.), *Handwörterbuch der Raumordnung.* – Hannover, S. 1059-1067.
- GANS, P., 2017, Urban Population Development in Germany (2000-2014): The Contribution of Migration by Age and Citizenship to Reurbanization. In: *Comparative Population Studies*, 42, S. 319-352.
- GANS, P., 2015, Reurbanisierungstypen in Deutschland: Wissensökonomie und Komponenten der Bevölkerungsentwicklung (2004-2010). In: A. FRICKE, S. SIEDENTOP & P. ZAKRZEWSKI (Hrsg.). *Reurbanisierung in baden-württembergischen Stadtregionen.* – Hannover (= Arbeitsberichte der ARL 14), S. 11-31.
- GANS, P. & T. LEIBERT, 2007, Zweiter demographischer Wandel in den EU-15-Staaten. In: *Geographische Rundschau*, Bd. 59, Heft 2, S. 4-13.
- GANS, P., 2005, Schrumpfung. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.), *Handwörterbuch der Raumordnung.* – Hannover, S. 1004-1011.
- GIFFINGER, R. & H. KRAMAR, 2012, Kleinstädte als Wachstumsmotoren ländlich-peripherer Regionen: Das Beispiel Waldviertel. In: *disP – The Planning Review*, Bd. 48, Heft 2, S. 63-76.
- GIFFINGER, R. & H. KRAMAR, 2008, Schrumpfung und Erosion im österreichischen Siedlungssystem: strukturelle Kennzeichen und regionale Perspektiven. In: ÖSTERREICHISCHE GESELLSCHAFT FÜR RAUMPLANUNG (Hrsg.). *Erosionsprozesse im Siedlungsgefüge Österreichs.* – Wien, S. 10-26.
- GORNIG, M. & M. MUNDELIUS, 2012, Reurbanisierung und wissensbasierte Ökonomie. In: G. HERFERT & K. BRAKE (Hrsg.), *Reurbanisierung – Materialität und Diskurs in Deutschland.* – Wiesbaden, S. 130-150.
- GROWE, A., 2012, Emerging Polycentric City-Regions in Germany. Regionalisation of Economic Activities in Metropolitan Regions. In: *Erdkunde*, 66, Heft 4, S. 295-311.
- GROWE, A. & A. MÜNTER, 2010, Die Renaissance der großen Städte. In: *Geographische Rundschau*, Heft 11, S. 54-59.
- HAASE, A., 2018, Schrumpfende Stadt. In: D. RINK & A. HAASE (Hrsg.), *Handbuch Stadtkonzepte.* – Opladen und Toronto, S. 405-427.
- HEFNER, C., M. REDEPENNING & S. DUDEK, 2018, Räumliche Sozialstruktur und raumbezogene Semantiken – Aushandlungen von „Peripherie“ und „Peripherisierung“ am Beispiel dreier Ort. In: *Geographische Zeitschrift*, Bd. 106, Heft 2, S. 97-120.
- HEINEBERG, H., 2014⁴, *Stadtgeographie.* – Paderborn (= Grundriss Allgemeine Geographie, UTB 2166).
- HERFERT, G. & F. OSTERHAGE, 2012, Wohnen in der Stadt: Gibt es eine Trendwende zur Reurbanisierung? Ein quantitativ-analytischer Ansatz. In: G. HERFERT & K. BRAKE (Hrsg.), *Reurbanisierung – Materialität und Diskurs in Deutschland.* – Wiesbaden, S. 86-112.

- HERFERT, G. & K. BRAKE (Hrsg.), 2012, Reurbanisierung – Materialität und Diskurs in Deutschland. – Wiesbaden.
- HESSE, M. & S. SIEDENTOP, 2018, Suburbanisation and Suburbanisms – Making Sense of Continental European Developments. In: Raumforschung und Raumordnung (online first).
- HESSE, M., I. MECKLENBRAUCK, J. POLIVKA & C. REICHER, 2016, Suburbia – quo vadis? Mögliche Zukünfte und Handlungsstrategien für den suburbanen Raum In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 3, S. 275-288.
- HESSE, M., 2010, Reurbanisierung oder Metropolisierung? In: disP – The Planning Review, Bd. 46, Heft 1, S. 36-46.
- HESSE, M., 2010, Metropolitane Peripherien in Deutschland: Ein empirischer Überblick. In: disP – The Planning Review, Bd. 46, Heft 2, S. 69-79.
- HESSE, M., 2008, Reurbanisierung? Urbane Diskurse, Deutungskongkurrenzen, konzeptuelle Konfusion. In: Raumforschung und Raumordnung, Bd. 66, Heft 5, S. 415-428.
- INNINGER, B. & O. KONRAD, 2016, Entwicklung der Bevölkerung 1945-2015. In: STADT GRAZ (Hrsg.), 2016, Reale Abbildung der Stadtentwicklung Graz. Landnutzungskartierung 1945-2015. – Graz. S. 200-221.
- KABISCH, S., A. STEINFÜHRER & A. HAASE, 2012, Reurbanisierung aus soziodemographischer Perspektive: Haushalte und Quartierswandel in der inneren Stadt. In: G. HERFERT & K. BRAKE (Hrsg.), Reurbanisierung – Materialität und Diskurs in Deutschland. – Wiesbaden, S. 113-129.
- KEIL, R., 2014, Suburbanisierung. In: B. BELINA, M. NAUMANN & A. STRÜVER (Hrsg.), Handbuch Kritische Stadtgeographie. – Münster, S. 113-118.
- KNAPP W. & K. VOLGMANN, 2011, Neue ökonomische Kerne in nordrhein-westfälischen Stadtregionen: Postsuburbanisierung und Restrukturierung kernstädtischer Räume. In: Raumforschung und Raumordnung, Bd. 69, S. 303-317.
- KÜHN, M. & T. LANG, 2017, Metropolisierung und Peripherisierung in Europa: eine Einführung. In: Europa Regional, Bd. 23, Heft 4, S. 2-14.
- KÜHN, M., 2016, Peripherisierung und Stadt. Städtische Planungspolitiken gegen den Abstieg. – Bielefeld (= Urban Studies).
- KÜHN, M., 2015, Peripheralization: Theoretical Concepts Explaining Socio-Spatial Inequalities. In: European Planning Studies, Bd. 23, Heft 2, S. 367-378.
- KÜHN, M. & S. WECK, 2013, Peripherisierung – ein Erklärungsansatz zur Entstehung von Peripherien. In: M. BERNT & H. LIEBMANN (Hrsg.), Peripherisierung, Stigmatisierung, Abhängigkeit? Deutsche Mittelstädte und ihr Umgang mit Peripherisierungsprozessen. – Wiesbaden, S. 24-46.
- KÜHN, M. & H. SOMMER, 2013, Periphere Zentren – Städte in peripherisierten Regionen. Theoretische Zugänge, Handlungskonzepte und eigener Forschungsansatz. – Erkner (= Working Paper 48, Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung).
- KUJATH, H.-D., 2012, Reurbanisierung des Wissens – zur Herausbildung von Metropolregionen unter dem Einfluss der Wissensökonomie. In: G. HERFERT & K. BRAKE (Hrsg.), Reurbanisierung – Materialität und Diskurs in Deutschland. – Wiesbaden, S. 216-238.
- KUJATH H.J. & A. STEIN, 2009, Rekonfigurierung des Raumes in der Wissensgesellschaft. In: Raumforschung und Raumordnung, Bd. 67, Heft 5/6, S. 369-382.

- KULKE, E., 2013⁵, Wirtschaftsgeographie. – Paderborn (= Grundriss Allgemeine Geographie, UTB 2434).
- LAND STEIERMARK, 2016, Steiermark Steuerkraft-Kopfquoten 2015. Land-Bezirke-Gemeinden. In: Steirische Statistiken, Heft 12/2016.
- LAND STEIERMARK, 2017, Steuerkraft-Kopfquoten 2016. In: Steirische Statistiken, Heft 10/2017.
- LANG, T., 2013, Der ländliche Raum als Peripherie? In: H. GEBHARDT, R. GLASER & S. LENTZ (Hrsg.), Europa – eine Geographie. – Heidelberg, S. 406.
- LANG, T., 2012, Shrinkage, Metropolization and Peripheralization in East Germany. In: European Planning Studies, Bd. 20, Heft 10, S. 1747-1754.
- MAIER, G. & F. TÖDTLING, 2006⁴, Regional- und Stadtökonomik I. Standorttheorie und Raumstruktur. – Wien, New York.
- MAYERHOFER, P., 2014, Demographischer Wandel als Herausforderung für Österreichs Regionalpolitik. Kleinräumige Perspektiven, ökonomische Konsequenzen, wirtschaftspolitische Handlungsoptionen. In: Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft, Bd. 156, S. 87-114.
- MATTHES, G., 2014, Zur Quantifizierung von Reurbanisierungstendenzen. In: Raumforschung und Raumordnung, Bd. 72, Heft 4, S. 323-336.
- ÖSTERREICHISCHE RAUMORDNUNGSKONFERENZ (ÖROK) (Hrsg.), 2016, Agenda Stadtregionen in Österreich. Empfehlungen der ÖROK-Partnerschaft „Kooperationsplattform Stadtregion“ und Materialienband. – Wien (= ÖROK-Schriftenreihe 195).
- ÖSTERREICHISCHE RAUMORDNUNGSKONFERENZ (ÖROK) (Hrsg.), 2015, 14. Raumordnungsbericht. Analysen und Berichte zur räumlichen Entwicklung Österreichs 2012-2014. – Wien (= ÖROK-Schriftenreihe 198).
- ÖSTERREICHISCHE RAUMORDNUNGSKONFERENZ (ÖROK) (Hrsg.), 2009, Räumliche Entwicklungen in österreichischen Stadtregionen. Handlungsbedarf und Steuerungsmöglichkeiten. – Wien (= ÖROK-Schriftenreihe 179).
- OSTERHAGE, F., 2010, Zwischen Suburbanisierung und Reurbanisierung: Trends der Siedlungsentwicklung in Nordrhein-Westfalen. In: A. DITTRICH-WESBUER, W. KNAPP und F. OSTERHAGE (Hrsg.), Postsuburbanisierung und die Renaissance der (Innen-)Städte. Neue Entwicklungen in Stadtregionen. – Detmold, S. 45-62. (= Metropolis und Region, Band 6).
- SIEBEL, W., 2015, Die Kultur der Stadt. – Berlin (= edition suhrkamp 2698).
- SIEBEL, W., 2005, Suburbanisierung. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.), Handwörterbuch der Raumordnung. – Hannover, S. 1135-1140.
- SIEDENTOP, S., 2018, Reurbanisierung. In: D. RINK & A. HAASE (Hrsg.), Handbuch Stadtkonzepte. – Opladen und Toronto, S. 381-403.
- SIEDENTOP, S., 2008, Die Rückkehr der Städte? Zur Plausibilität der Reurbanisierungshypothese. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 3/4, S. 193-210.
- SIMONS, H. & L. WEIDEN, 2016, Schwarmverhalten, Reurbanisierung und Suburbanisierung. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 3, S. 263-274.
- STATISTIK AUSTRIA, 2016, Urban-Rural-Typologie: http://www.statistik.at/web_de/klassifikationen/regionale_gliederungen/stadt_land/index.html

- STATISTIK AUSTRIA, 2018, Registerbasierte Statistiken – Binnenmigration. Kalenderjahr 2018. Abgestimmte Erwerbsstatistik 2015. – Wien (= Schnellbericht 10.41).
- STEIN, A. & H.-J. KUJATH, 2013, Peripherisierte Städte im Wettbewerb der Wissensgesellschaft In: M. BERNT & H. LIEBMANN (Hrsg.), Peripherisierung, Stigmatisierung, Abhängigkeit? Deutsche Mittelstädte und ihr Umgang mit Peripherisierungsprozessen. – Wiesbaden, S. 24-46.
- STRAMBACH, S., 2014, Wissensökonomie – räumliche Dynamiken im globalen Strukturwandel. In: Geographische Rundschau, Heft 12, S. 4-11.
- STRAMBACH, S., 2004, Wissensökonomie, organisatorischer Wandel und wissensbasierte Regionalentwicklung. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, 48, Heft 1, S. 1-18.
- TRIPPL, M., G. MAIER & F. TÖDTLING, 2012⁴, Regional- und Stadtökonomik II. Regionalentwicklung und Regionalpolitik. – Wien, New York.
- WEHRHAHN, R & V. SANDNER LE GALL, 2016², Bevölkerungsgeographie. – Darmstadt (= Geowissen kompakt).
- WIBIS STEIERMARK, 2018, Factsheet Bezirksprofil Voitsberg (VO; B616): <https://wibis-steiermark.at/regionsprofile/>
